

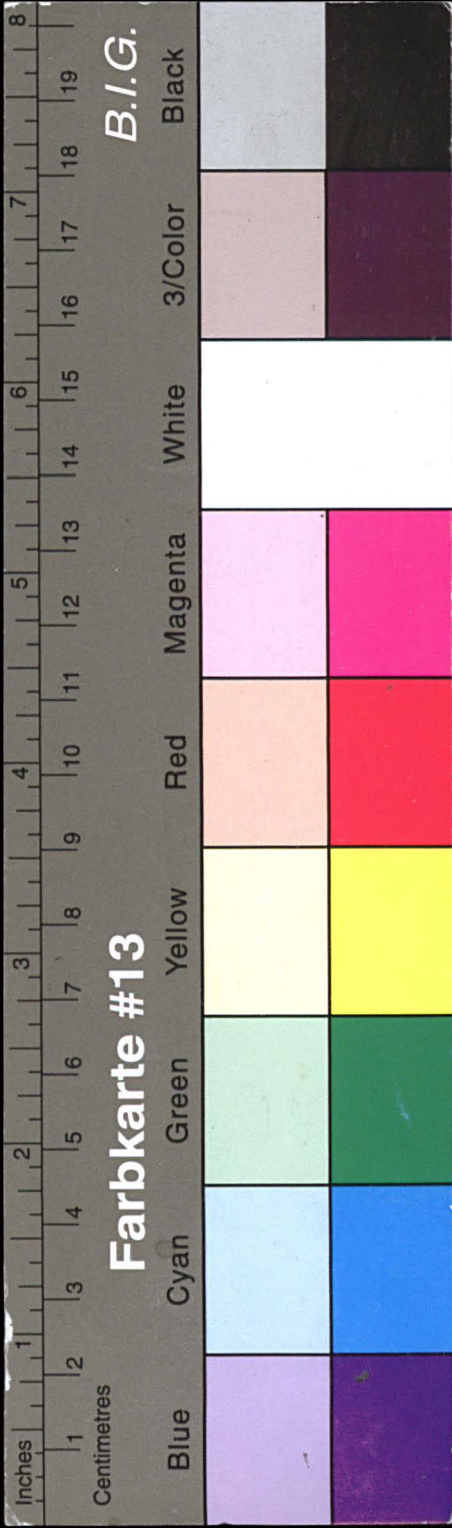
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Kreisarchiv Stormarn

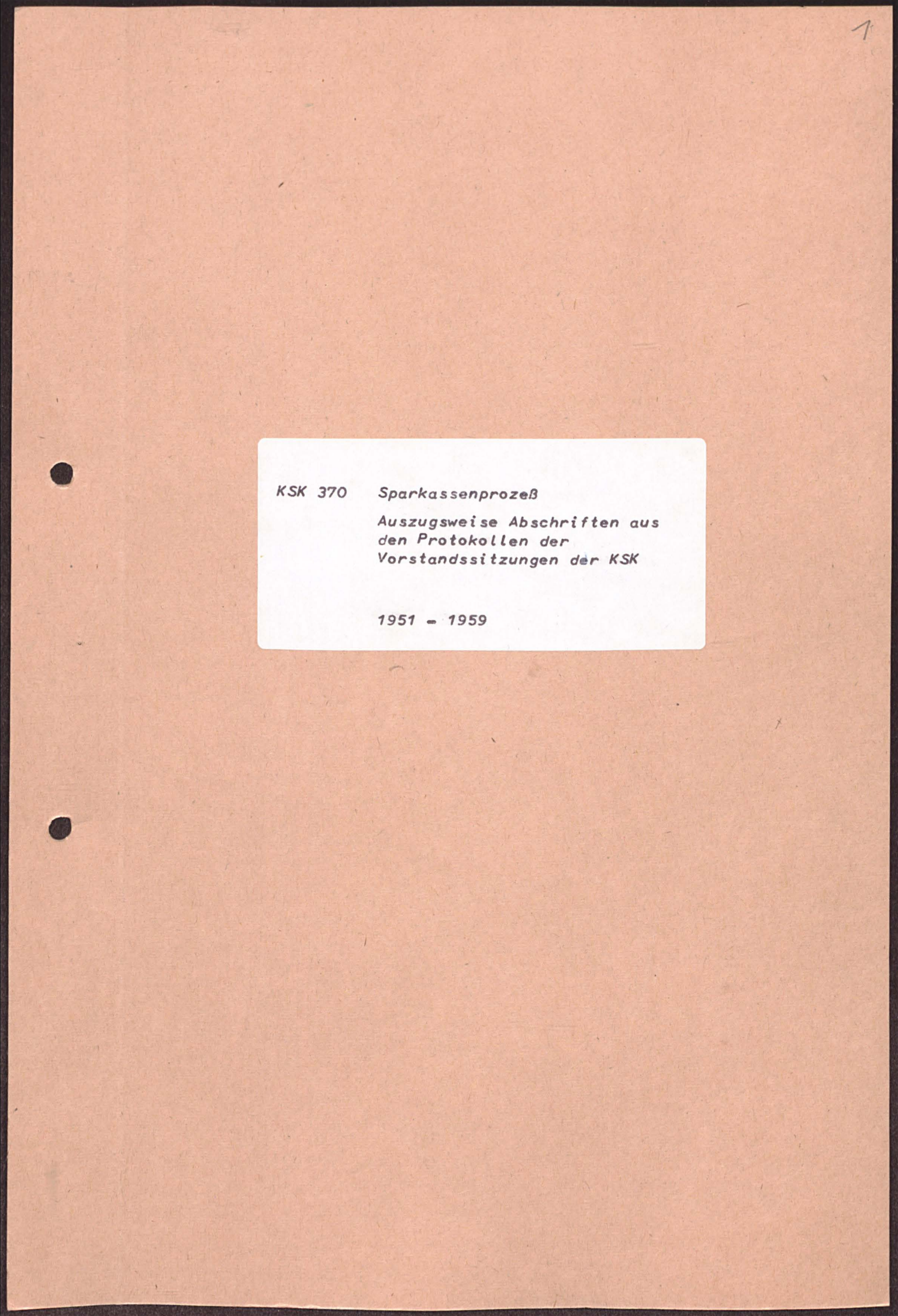
Bestand E103

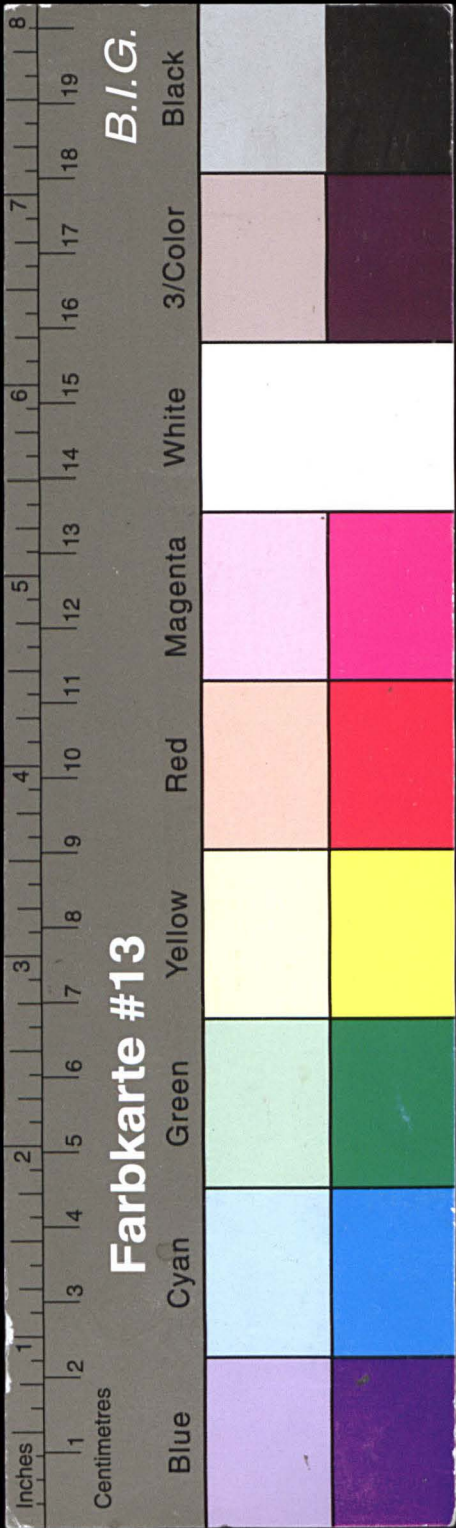
237



Kreisarchiv Stormarn E103

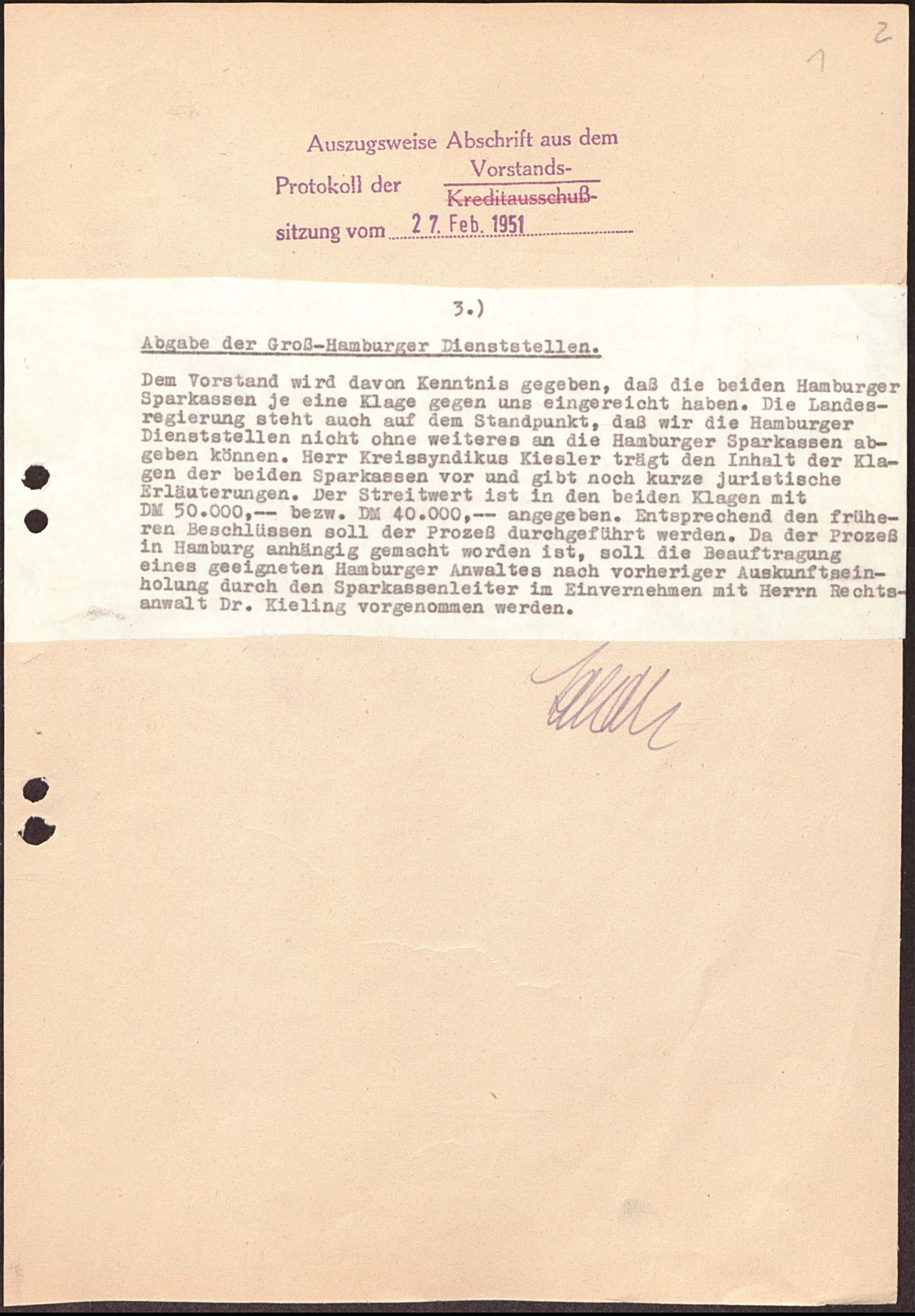
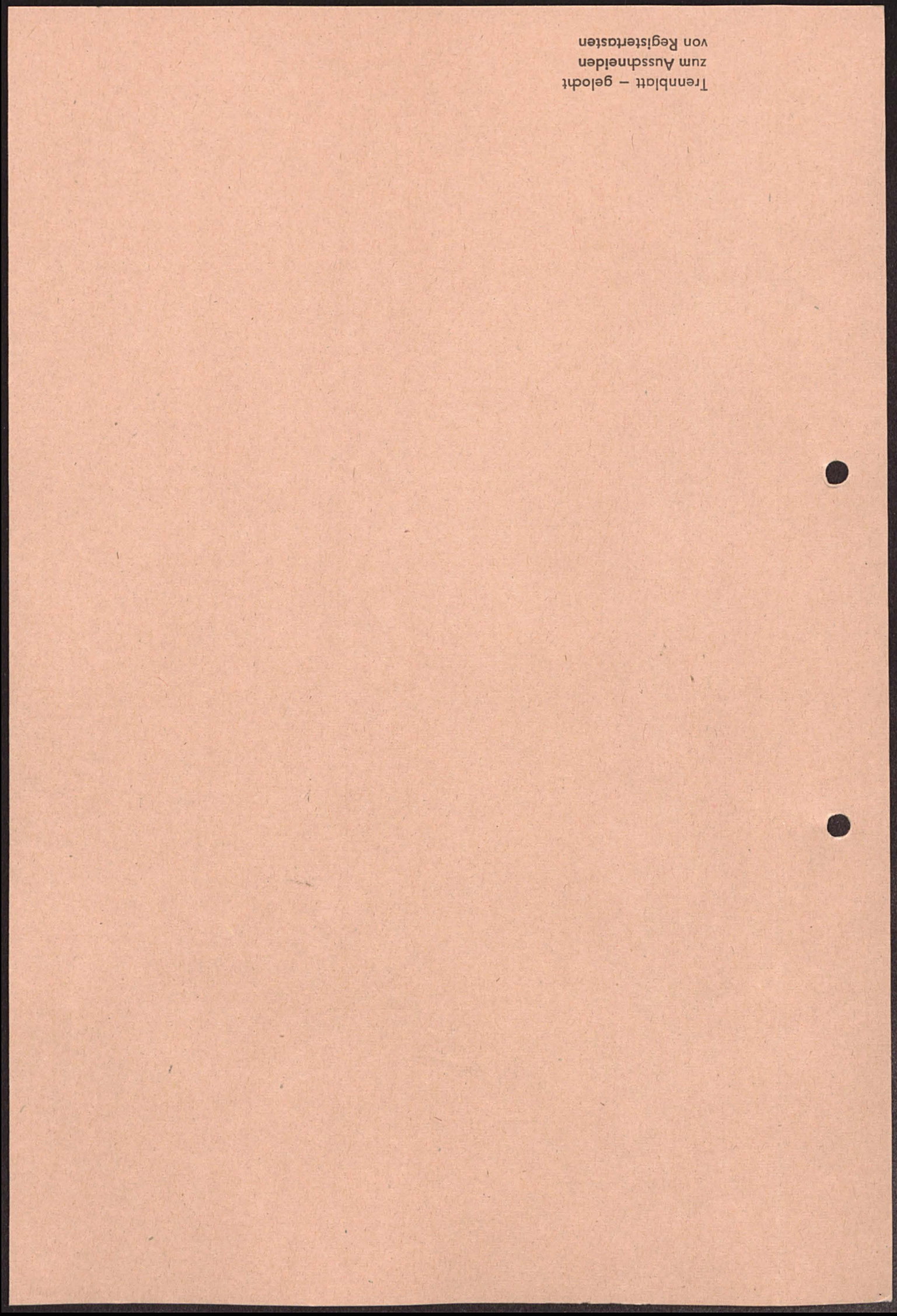
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

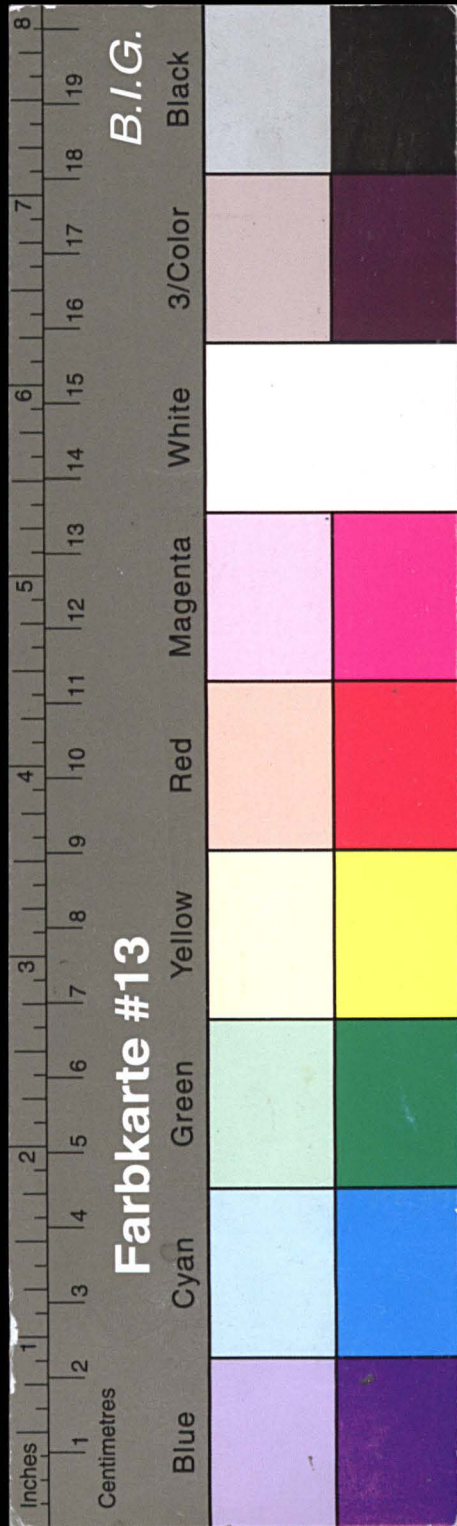




Kreisarchiv Stormarn E103

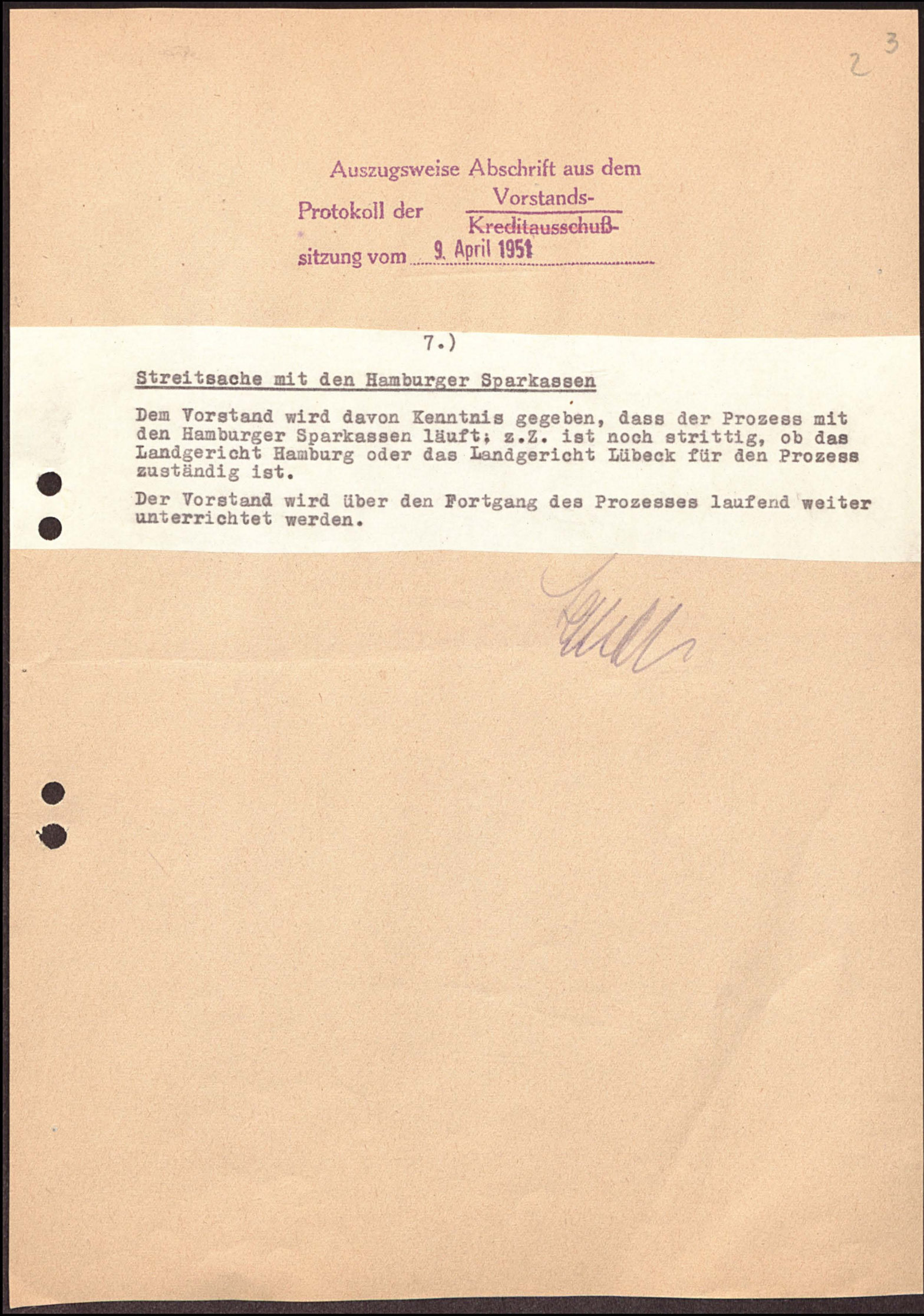
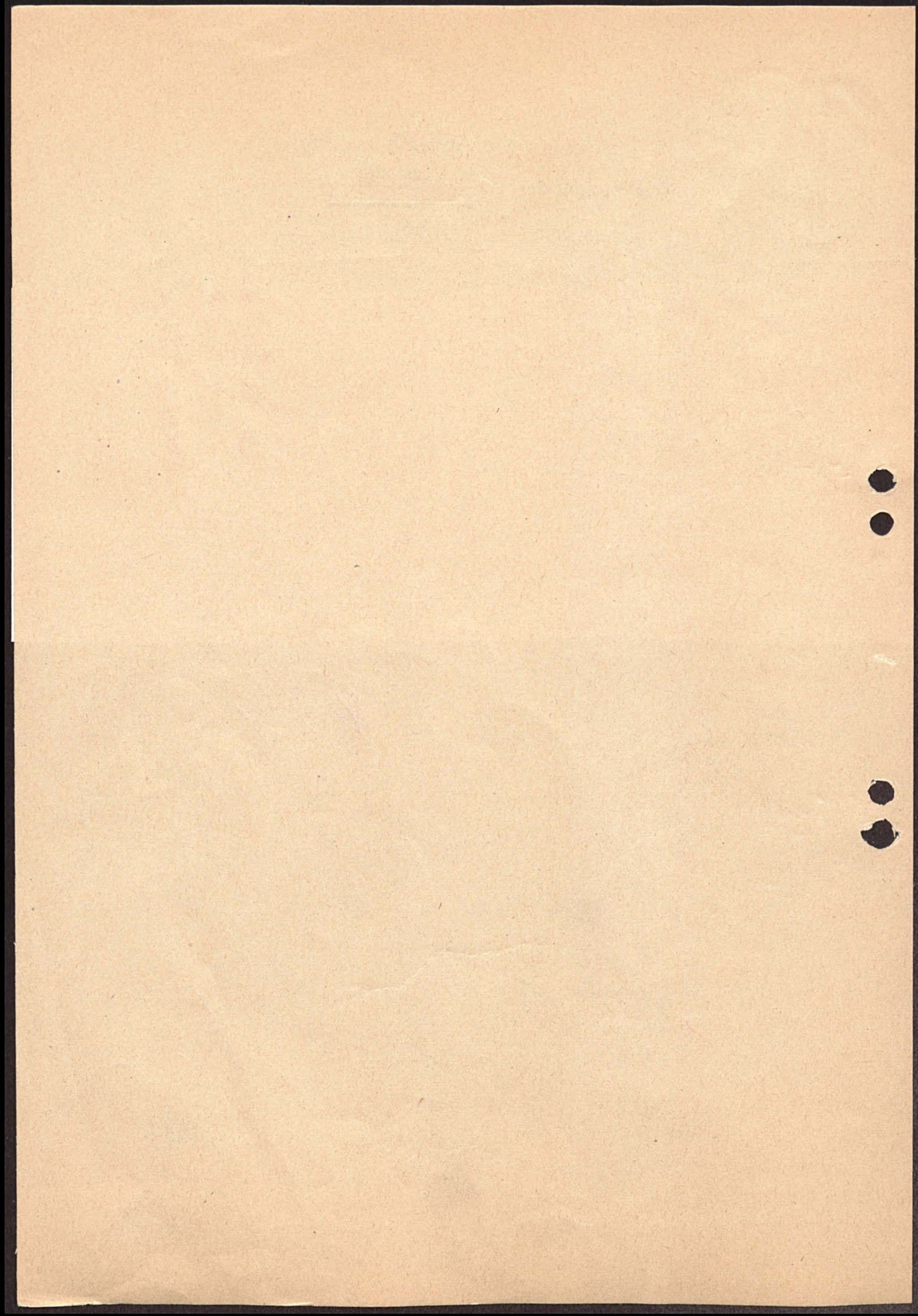
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

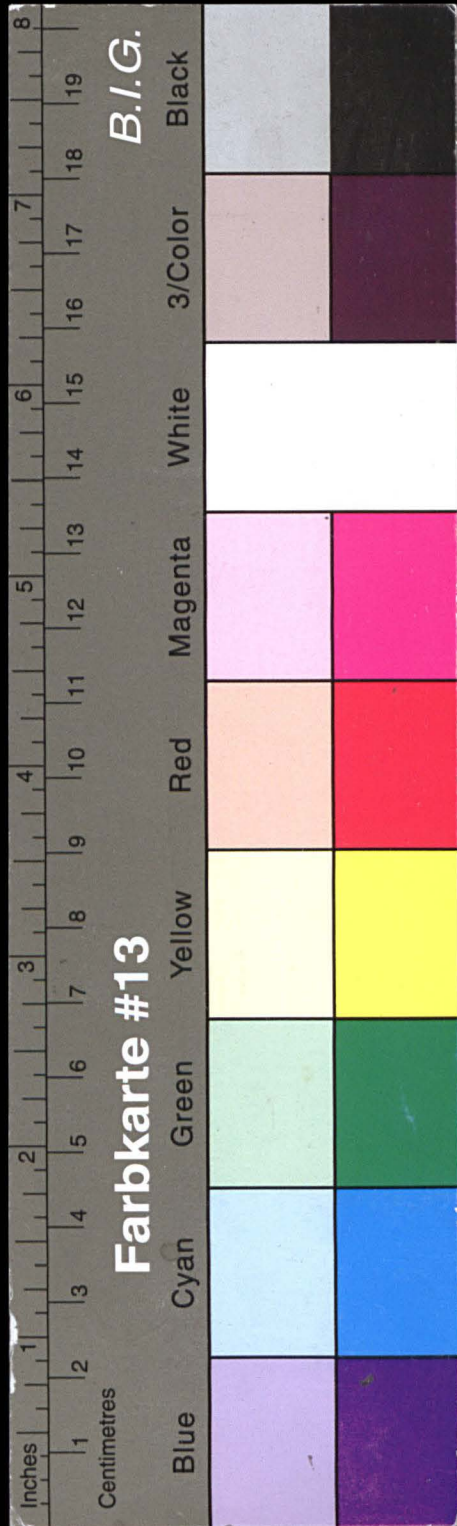




Kreisarchiv Stormarn E103

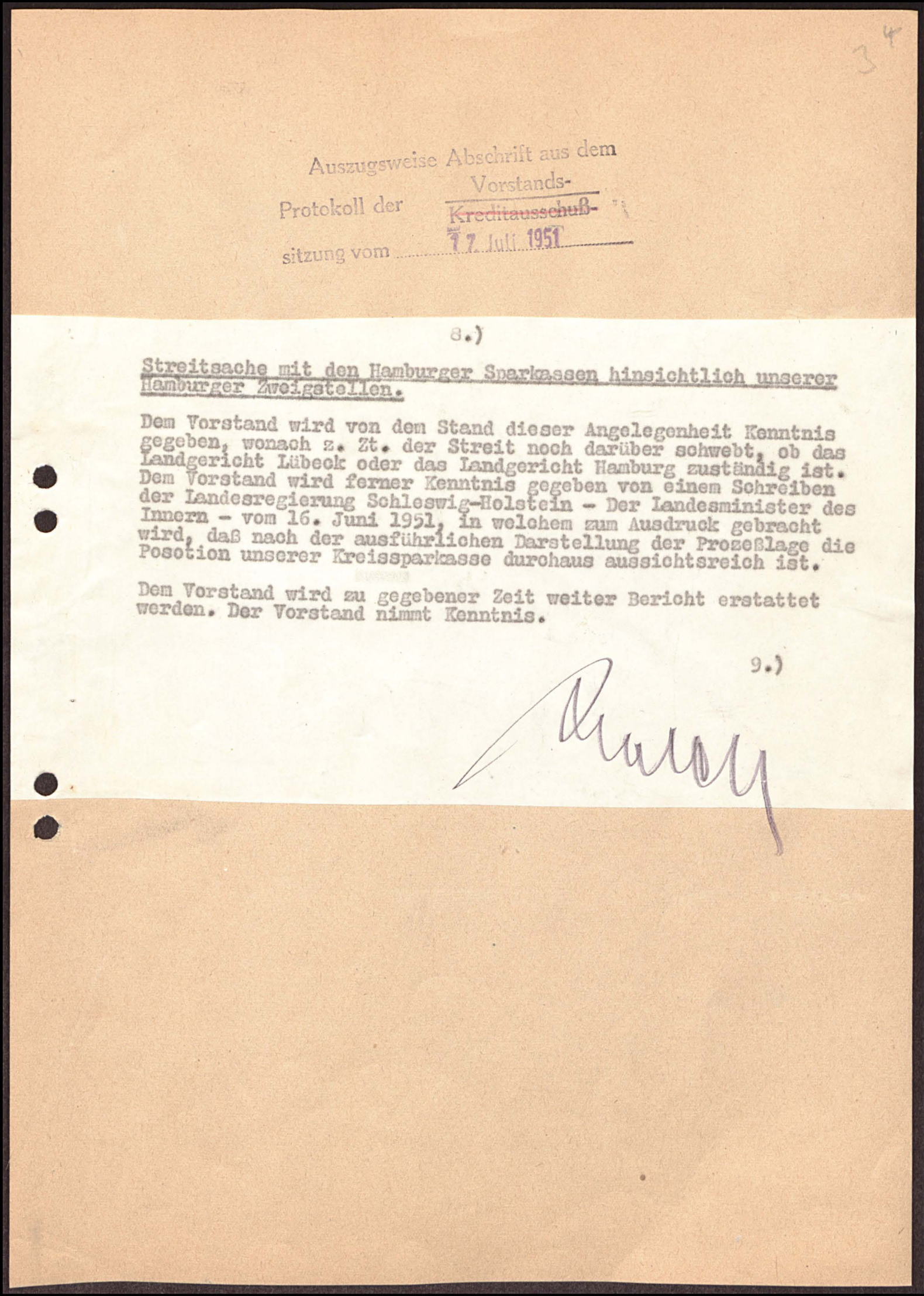
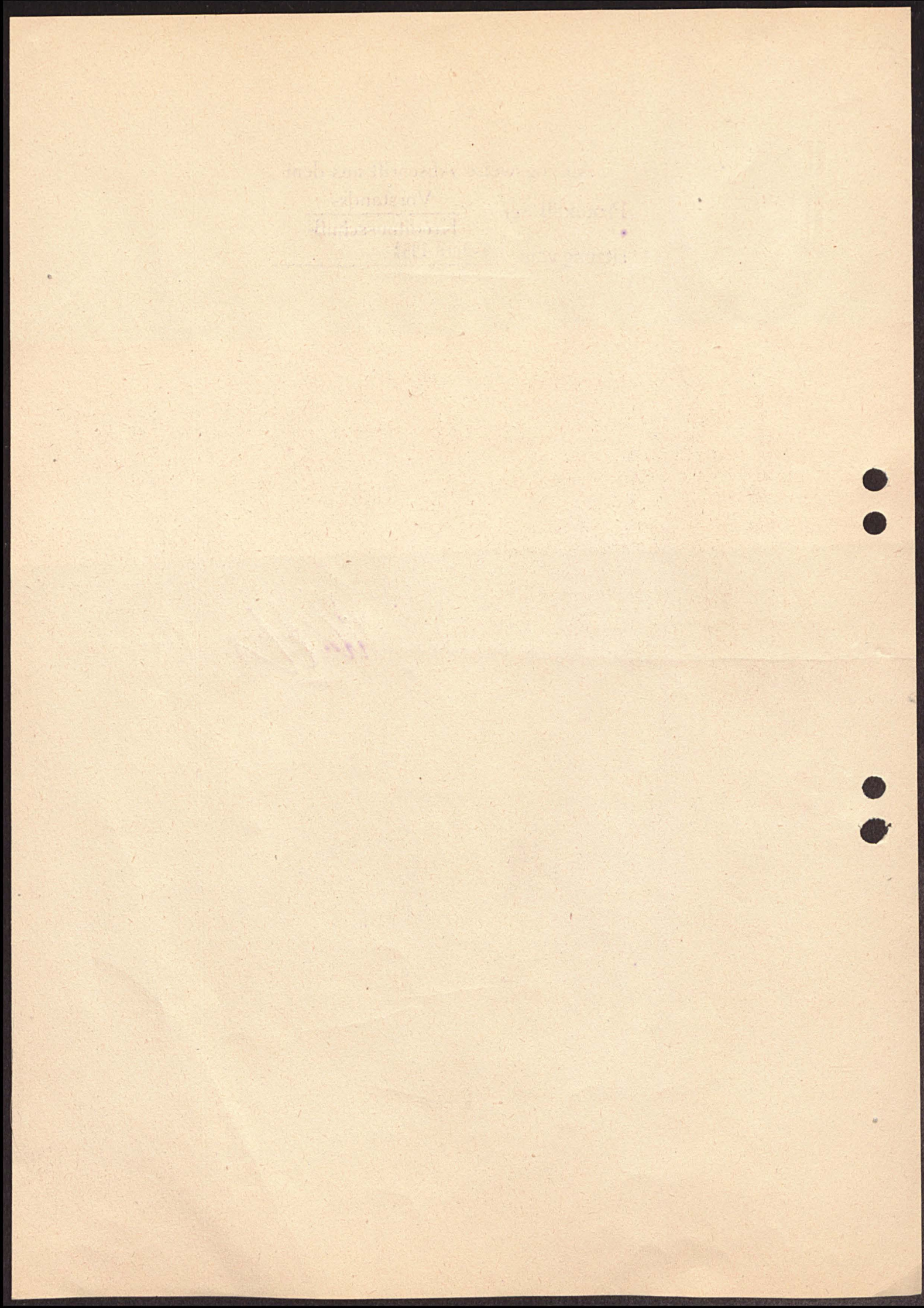
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

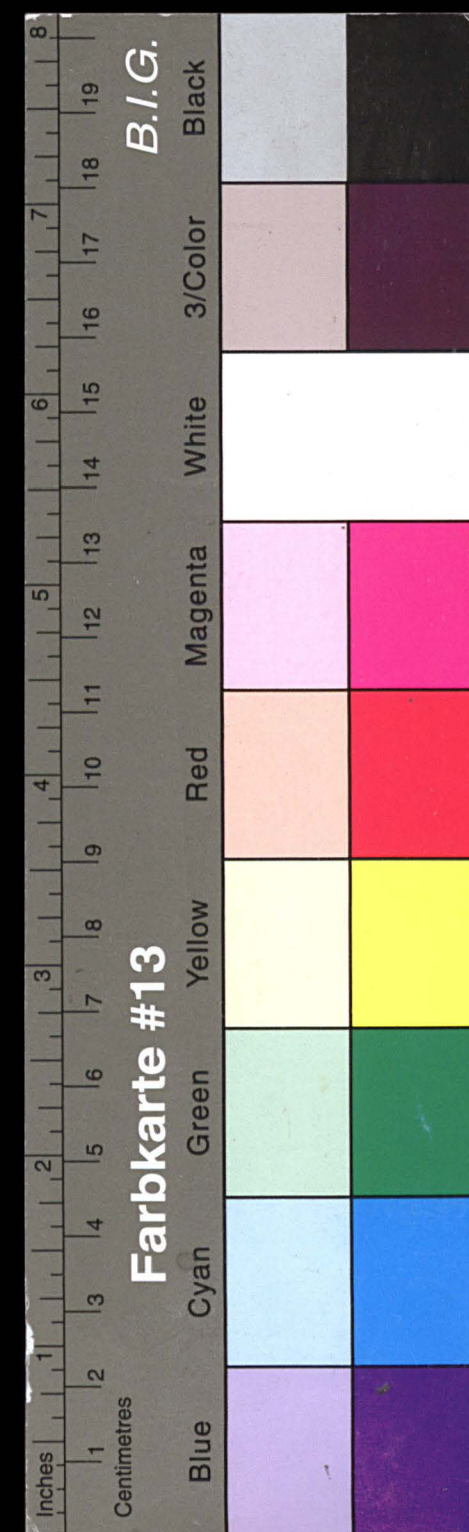




Kreisarchiv Stormarn E103

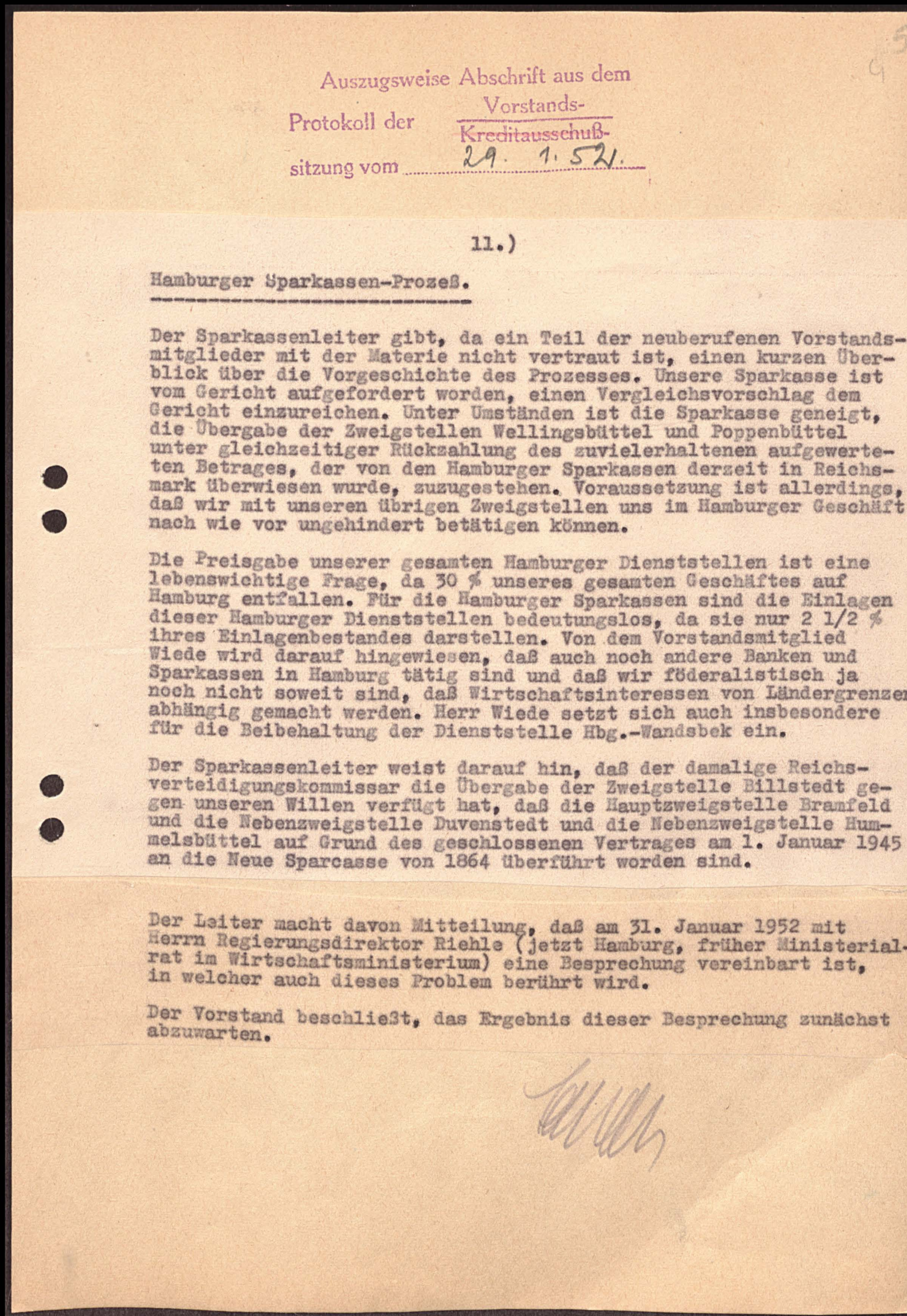
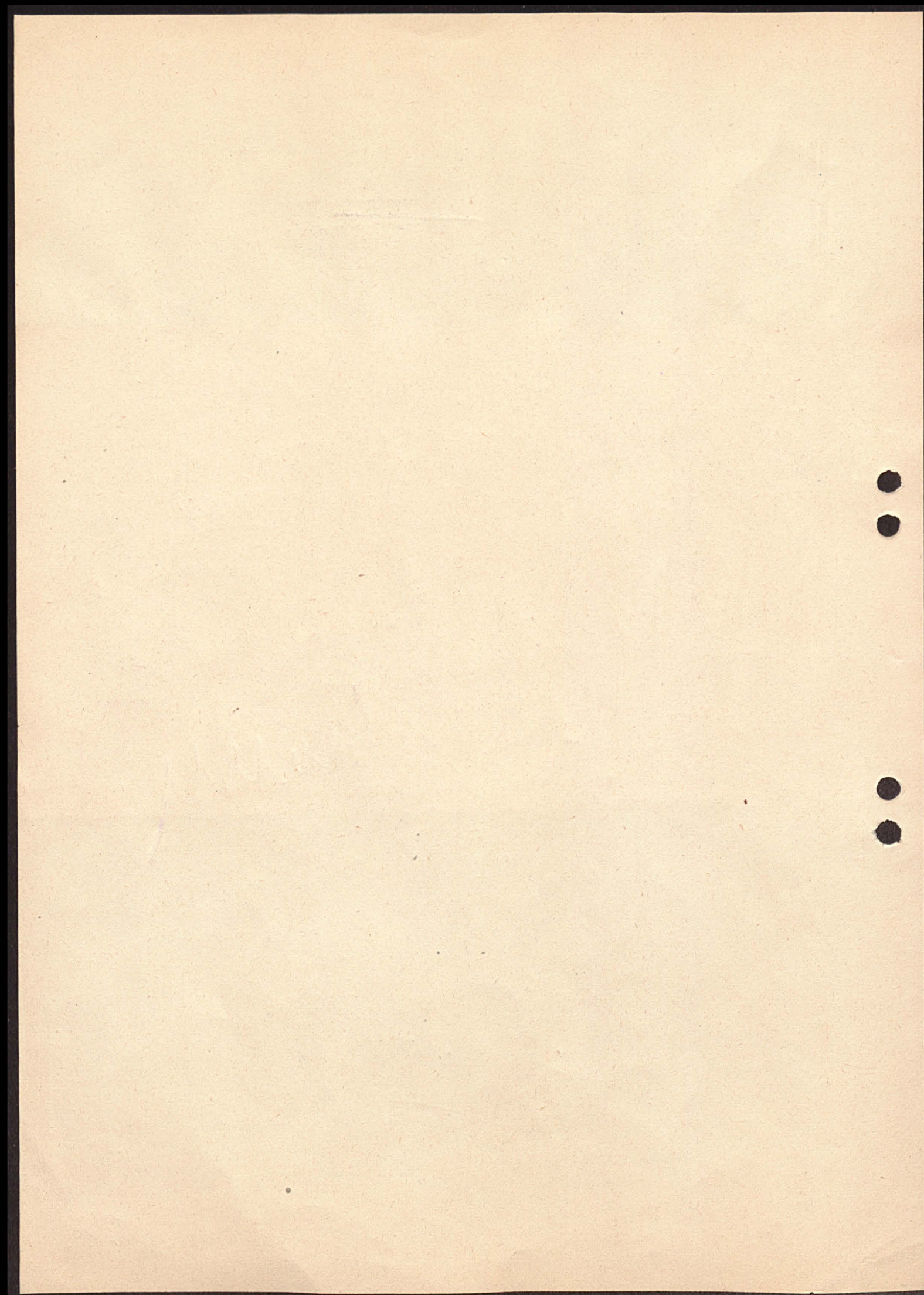
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

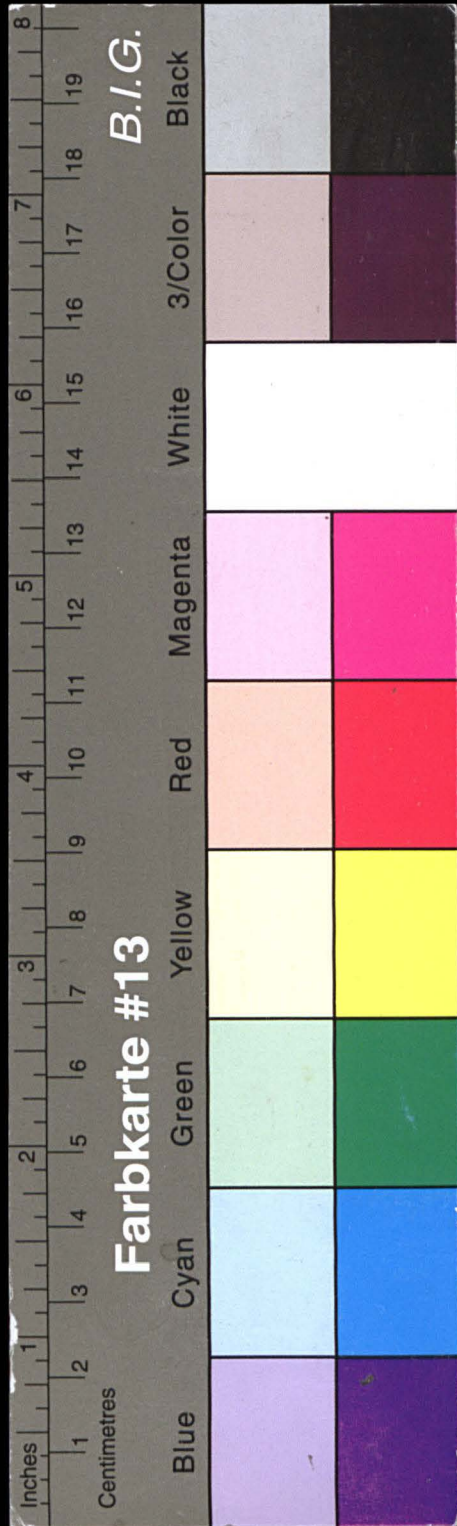




Kreisarchiv Stormarn E103

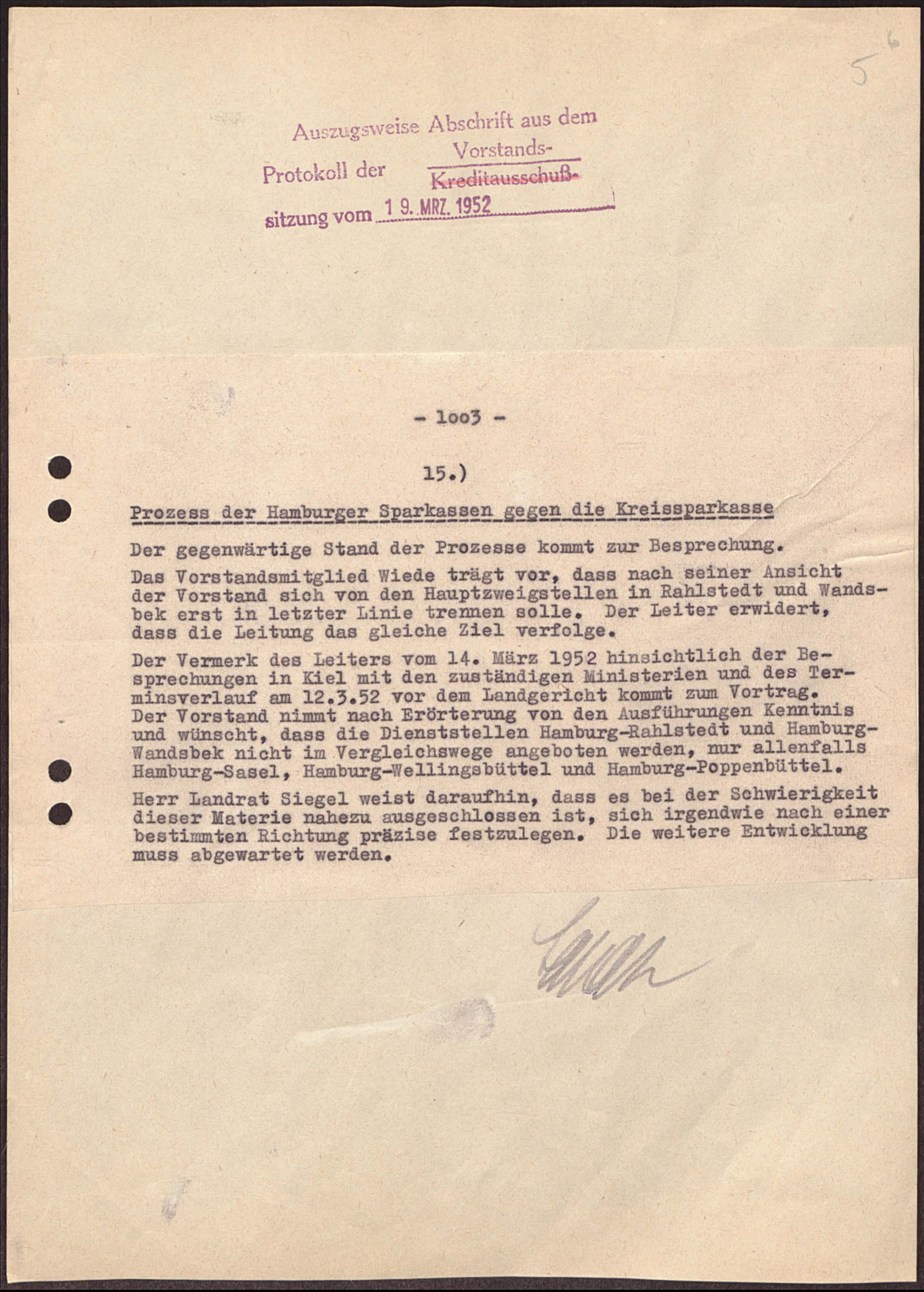
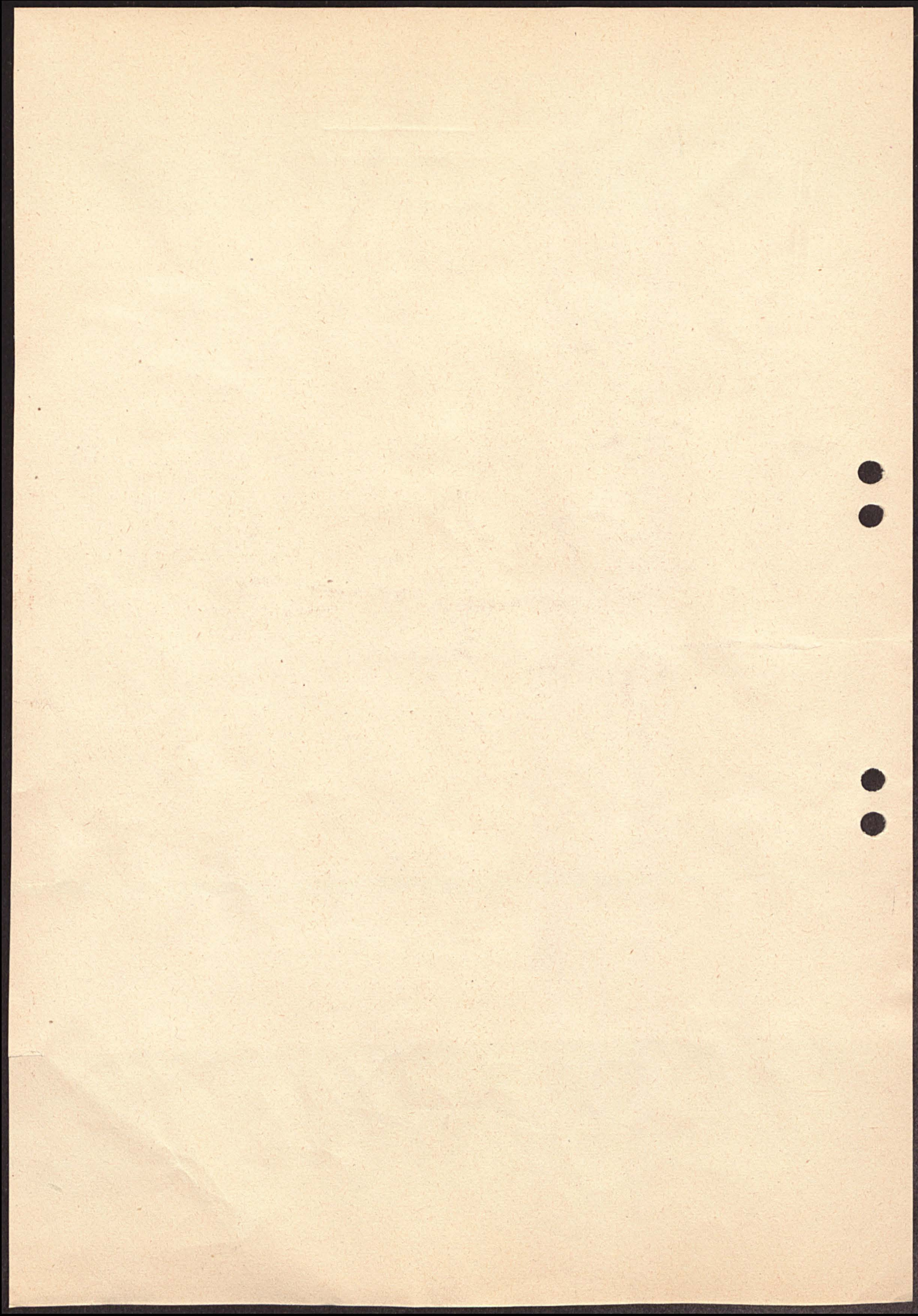
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Vorstands-
Protokoll der Kreditausschuß-
sitzung vom 19. MRZ. 1952

- 1003 -

15.)

Prozess der Hamburger Sparkassen gegen die Kreissparkasse

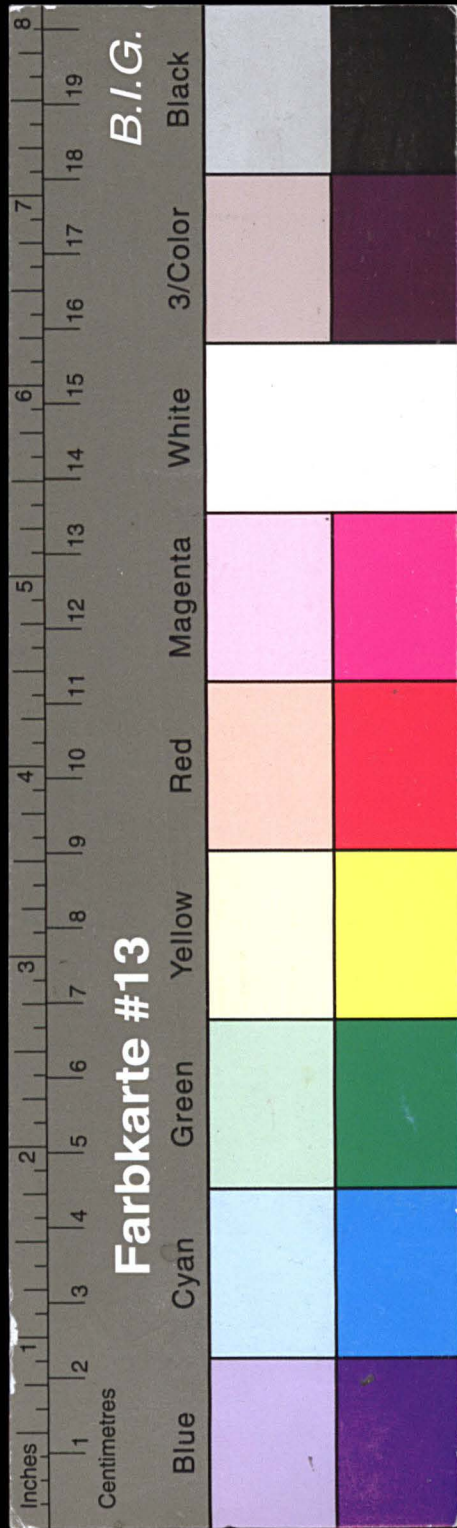
Der gegenwärtige Stand der Prozesse kommt zur Besprechung.

Das Vorstandsmitglied Wiede trägt vor, dass nach seiner Ansicht der Vorstand sich von den Hauptzweigstellen in Rahlstedt und Wandsbek erst in letzter Linie trennen solle. Der Leiter erwidert, dass die Leitung das gleiche Ziel verfolge.

Der Vermerk des Leiters vom 14. März 1952 hinsichtlich der Besprechungen in Kiel mit den zuständigen Ministerien und des Terminsverlauf am 12.3.52 vor dem Landgericht kommt zum Vortrag. Der Vorstand nimmt nach Erörterung von den Ausführungen Kenntnis und wünscht, dass die Dienststellen Hamburg-Rahlstedt und Hamburg-Wandsbek nicht im Vergleichswege angeboten werden, nur allenfalls Hamburg-Sasel, Hamburg-Wellingsbüttel und Hamburg-Poppenbüttel.

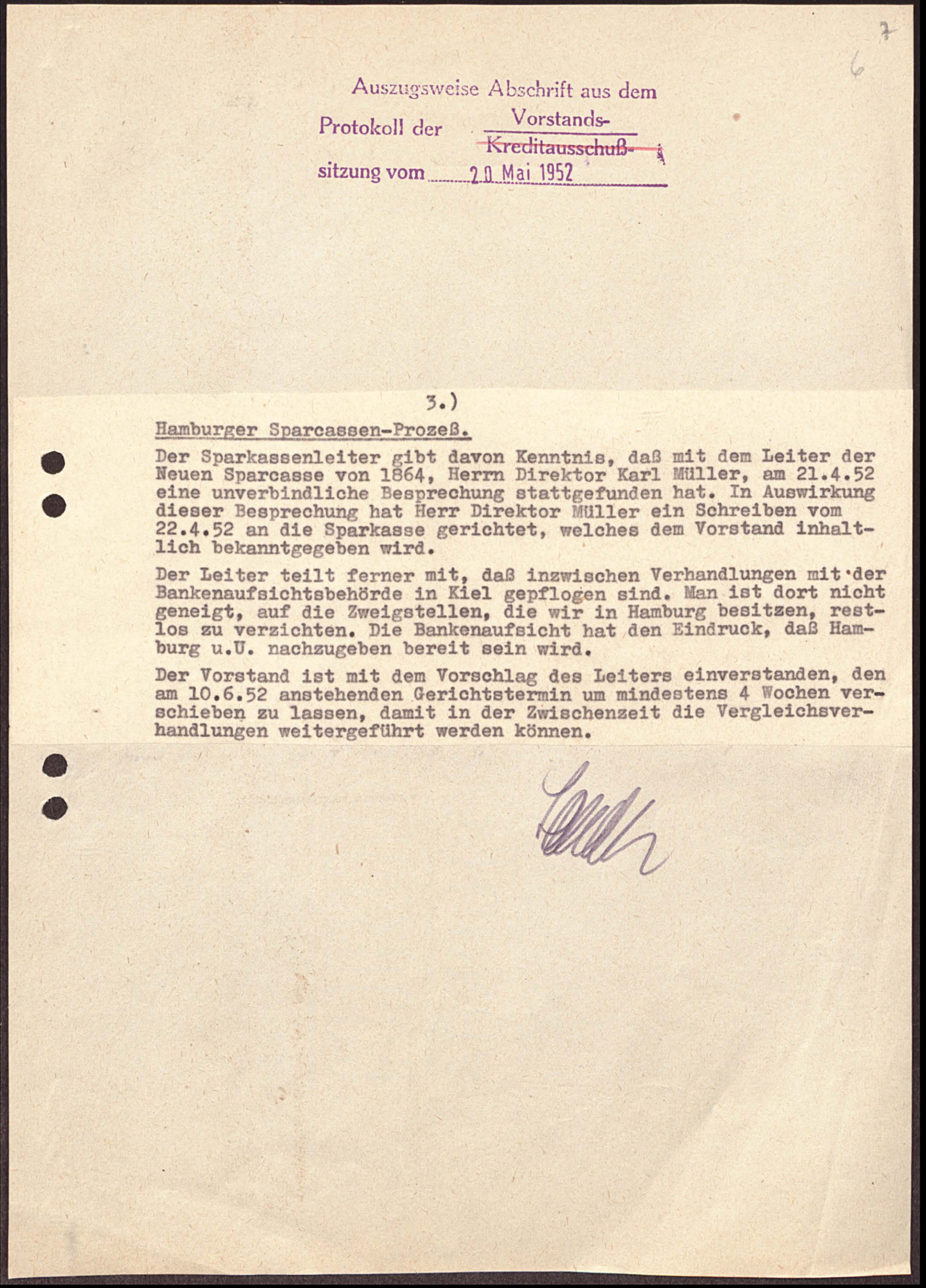
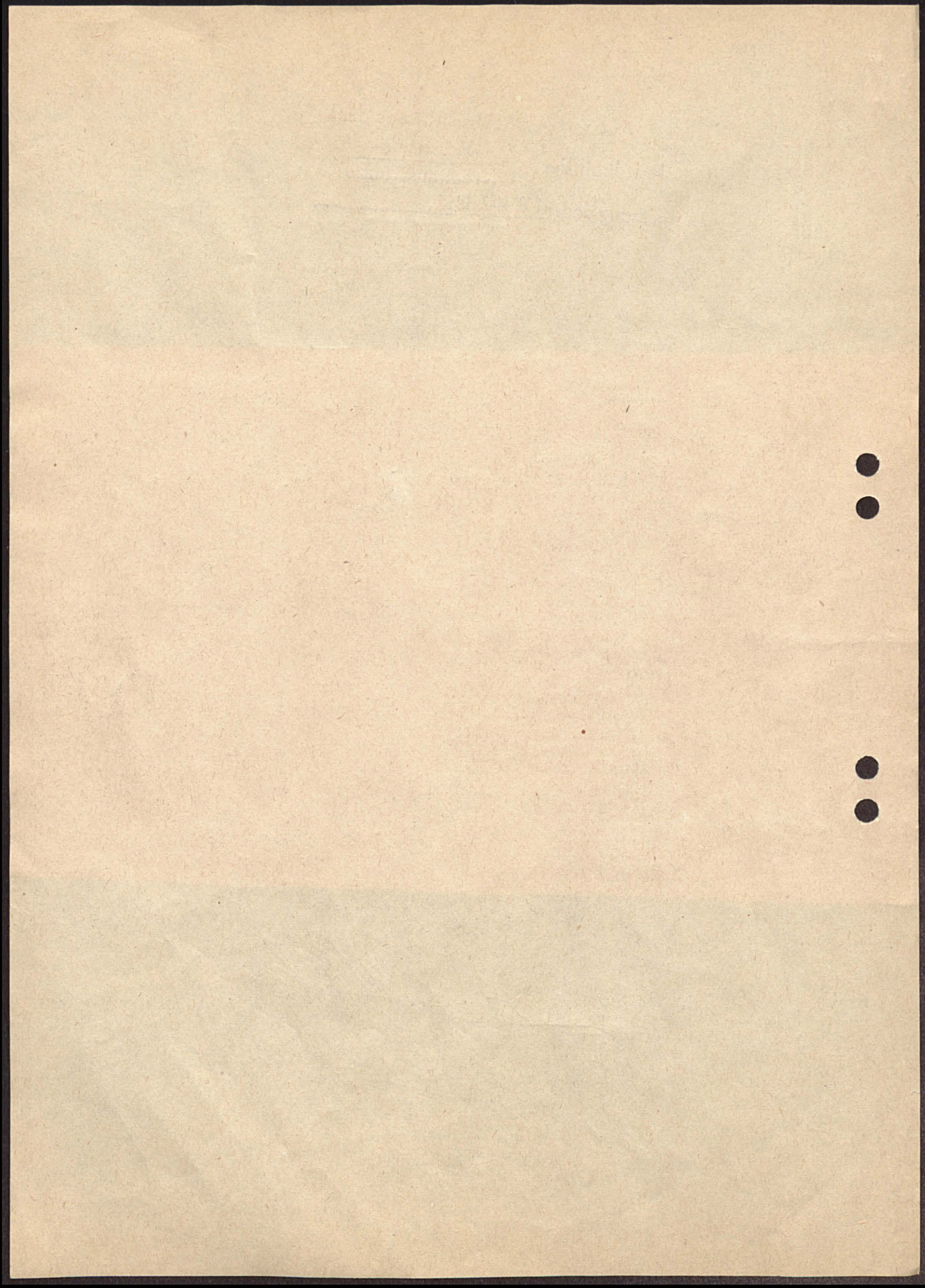
Herr Landrat Siegel weist daraufhin, dass es bei der Schwierigkeit dieser Materie nahezu ausgeschlossen ist, sich irgendwie nach einer bestimmten Richtung präzise festzulegen. Die weitere Entwicklung muss abgewartet werden.

[Handwritten signature]



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
~~Kreditausschuß~~
sitzung vom 20. Mai 1952

3.)

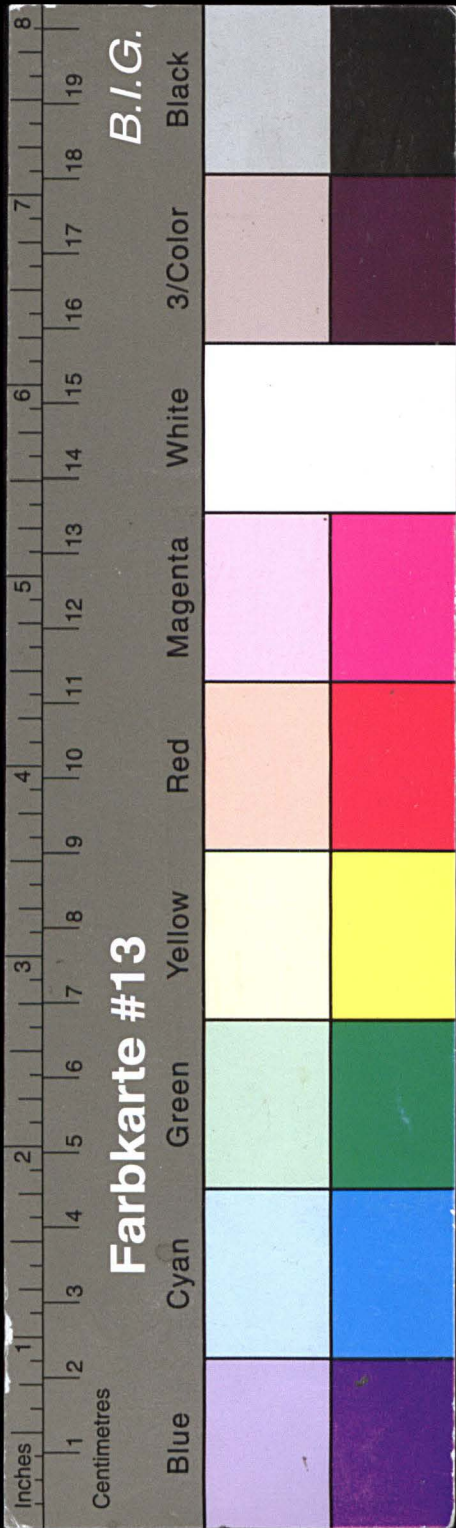
Hamburger Sparkassen-Prozeß.

Der Sparkassenleiter gibt davon Kenntnis, daß mit dem Leiter der Neuen Sparkasse von 1864, Herrn Direktor Karl Müller, am 21.4.52 eine unverbindliche Besprechung stattgefunden hat. In Auswirkung dieser Besprechung hat Herr Direktor Müller ein Schreiben vom 22.4.52 an die Sparkasse gerichtet, welches dem Vorstand inhaltlich bekanntgegeben wird.

Der Leiter teilt ferner mit, daß inzwischen Verhandlungen mit der Bankenaufsichtsbehörde in Kiel gepflogen sind. Man ist dort nicht geneigt, auf die Zweigstellen, die wir in Hamburg besitzen, restlos zu verzichten. Die Bankenaufsicht hat den Eindruck, daß Hamburg u.U. nachzugeben bereit sein wird.

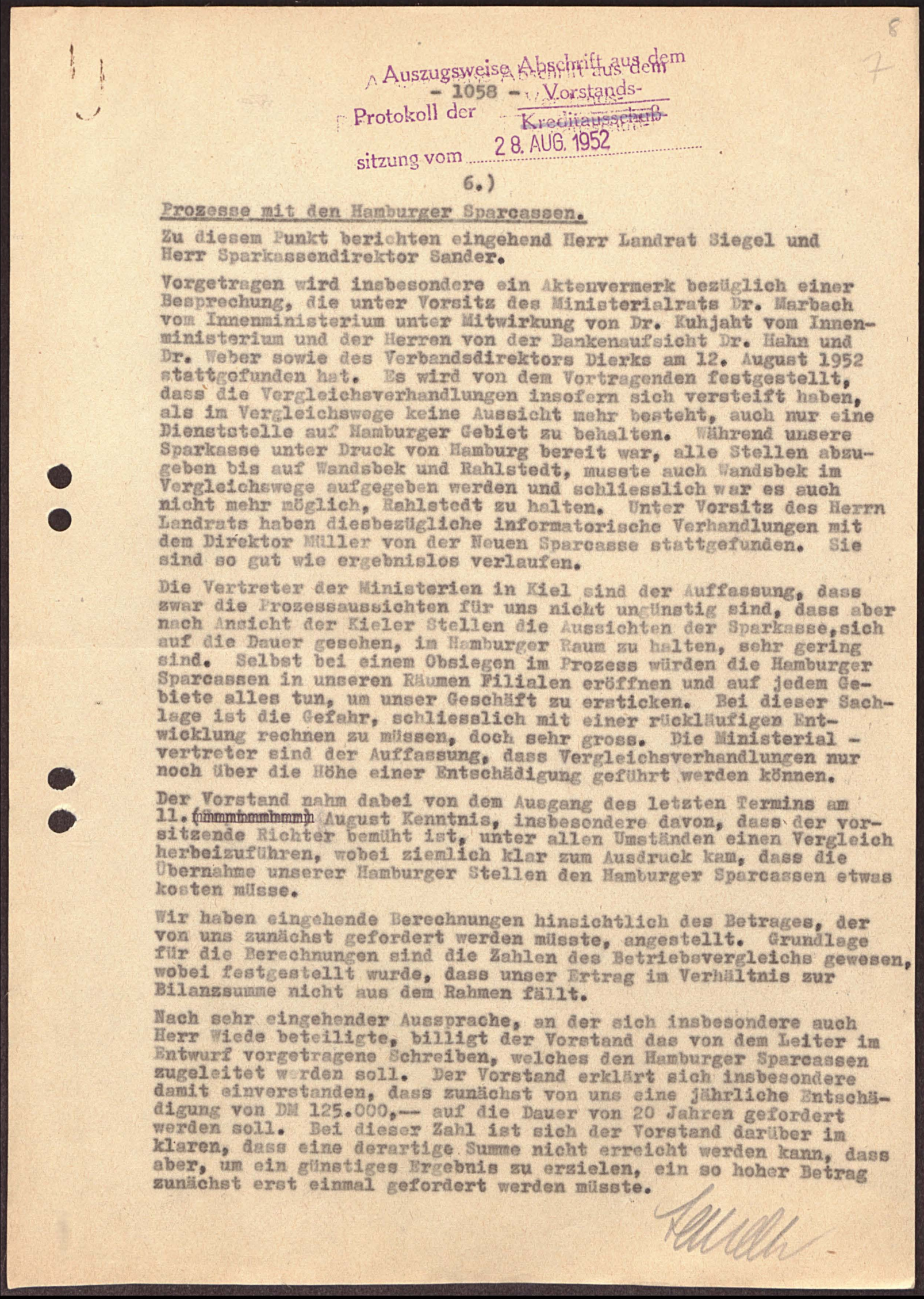
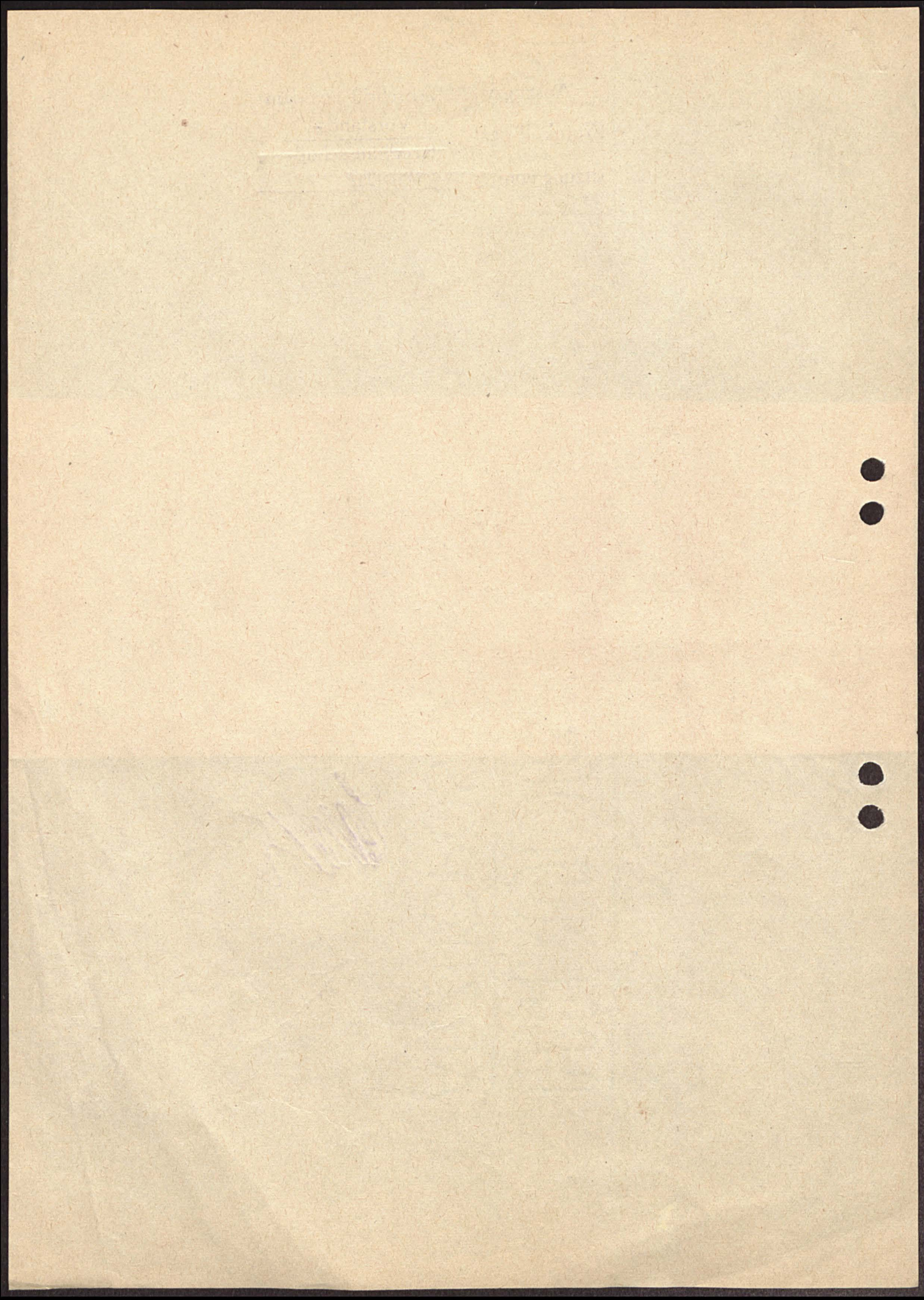
Der Vorstand ist mit dem Vorschlag des Leiters einverstanden, den am 10.6.52 anstehenden Gerichtstermin um mindestens 4 Wochen verschieben zu lassen, damit in der Zwischenzeit die Vergleichsverhandlungen weitergeführt werden können.

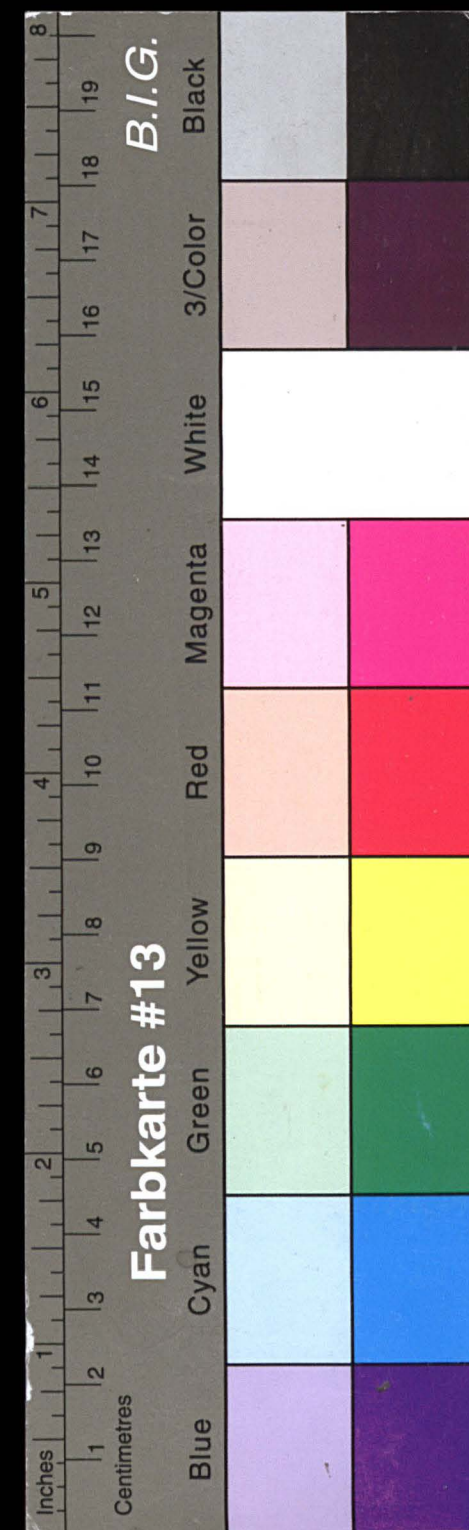
[Handwritten signature]



Kreisarchiv Stormarn E103

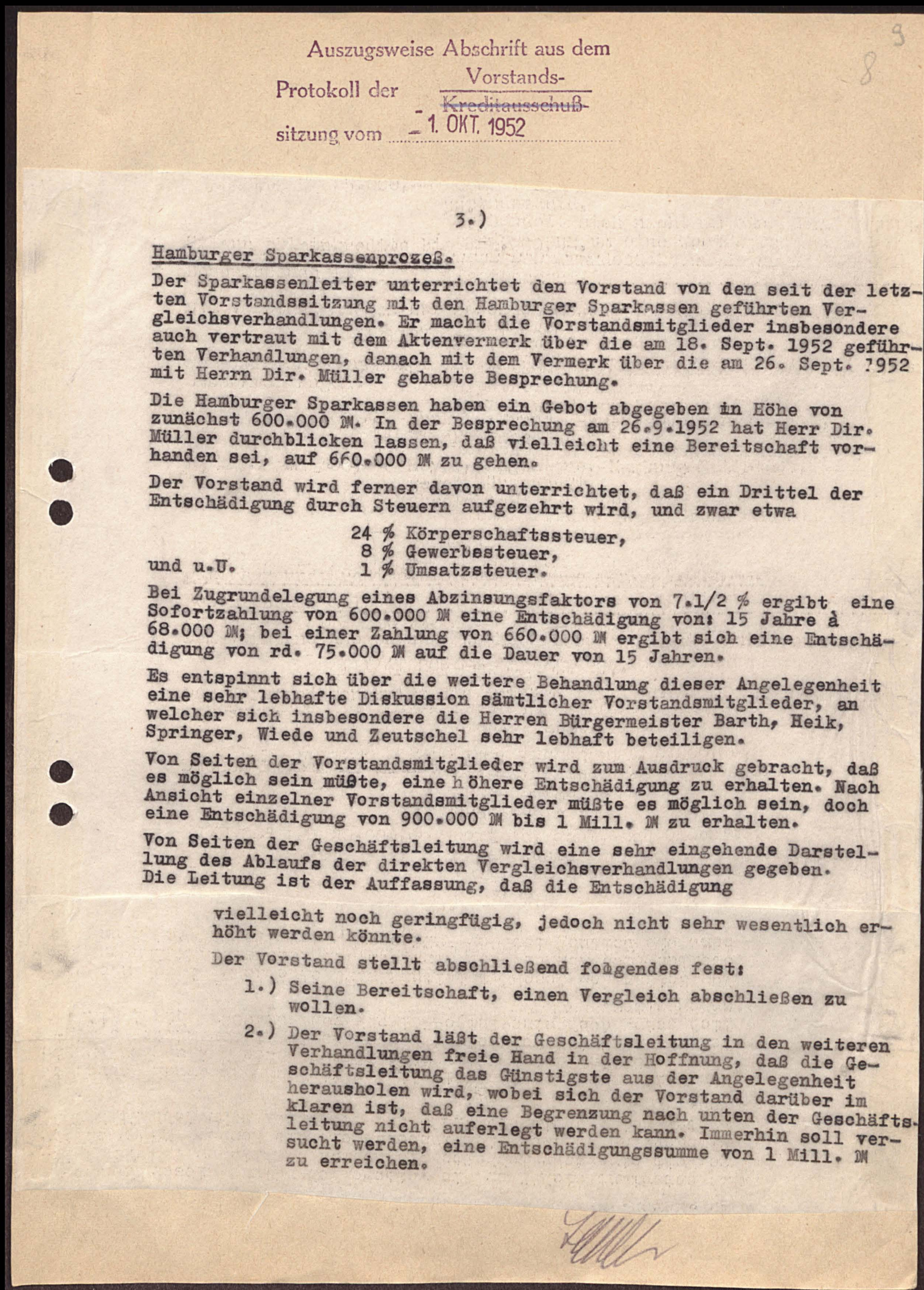
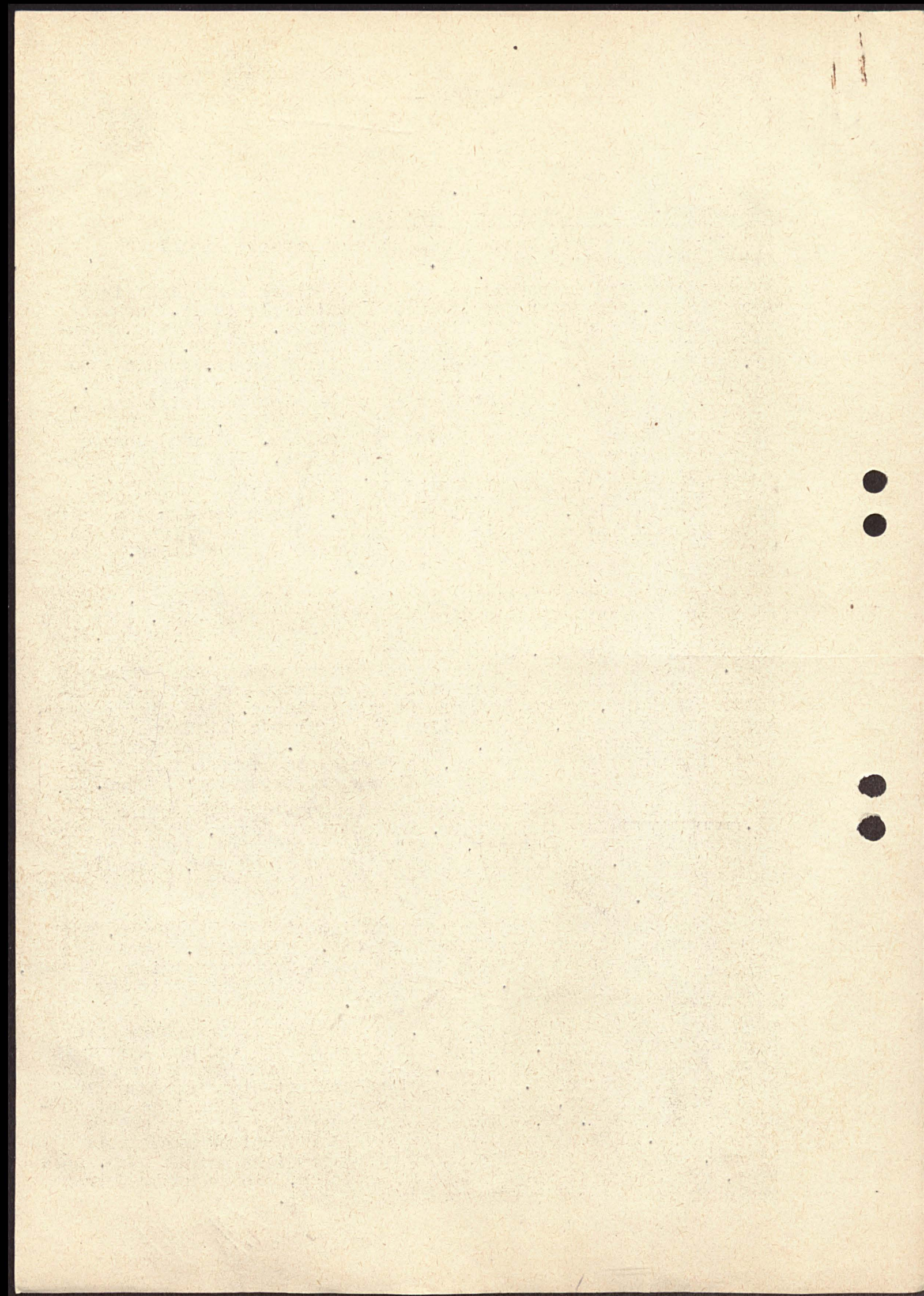
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

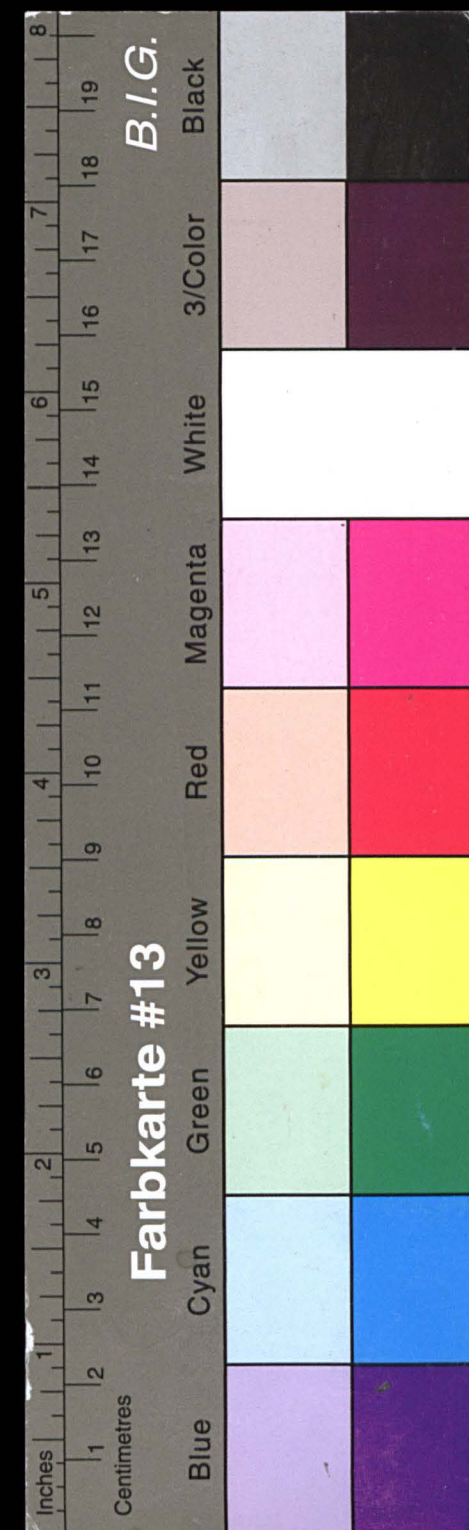




Kreisarchiv Stormarn E103

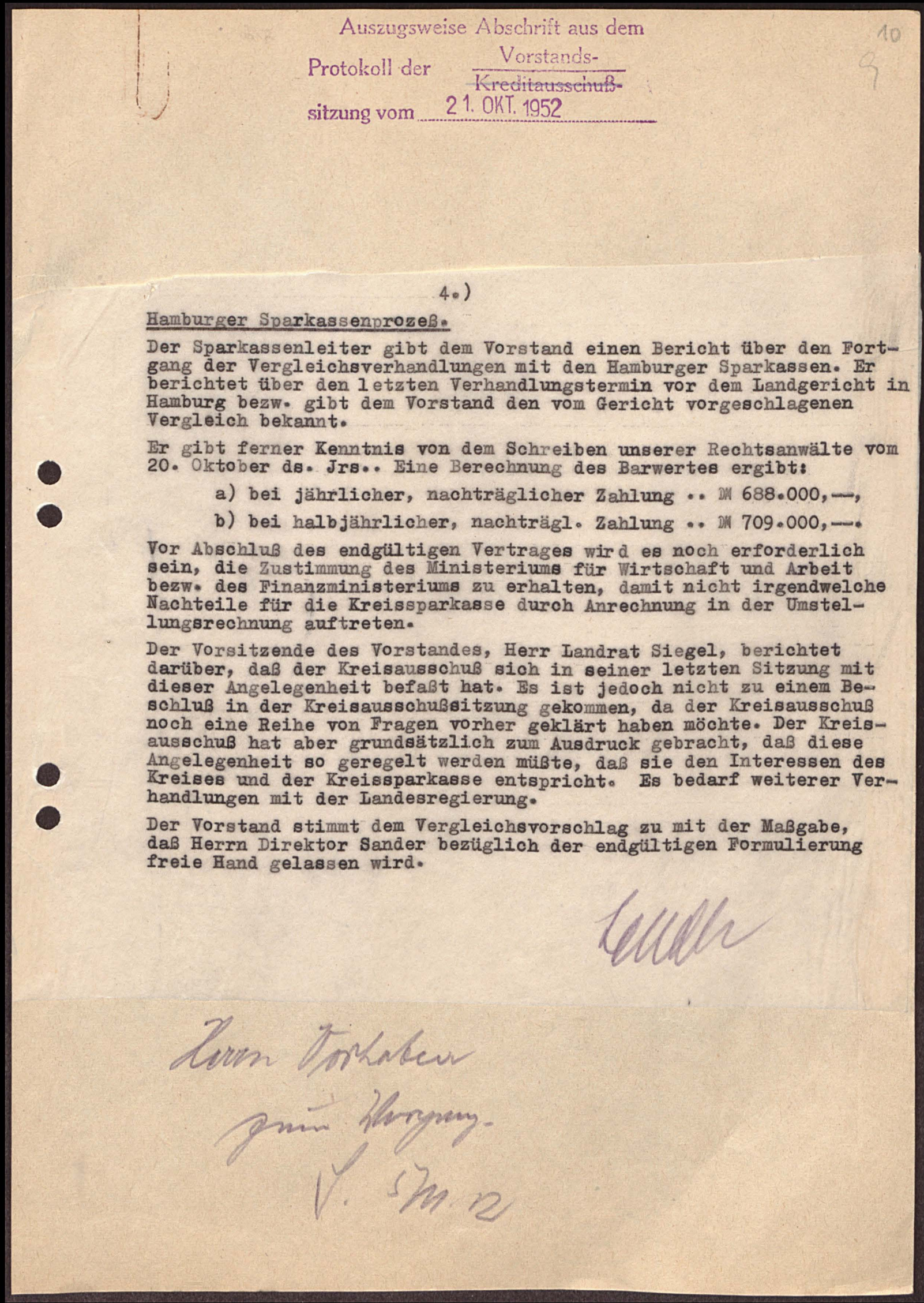
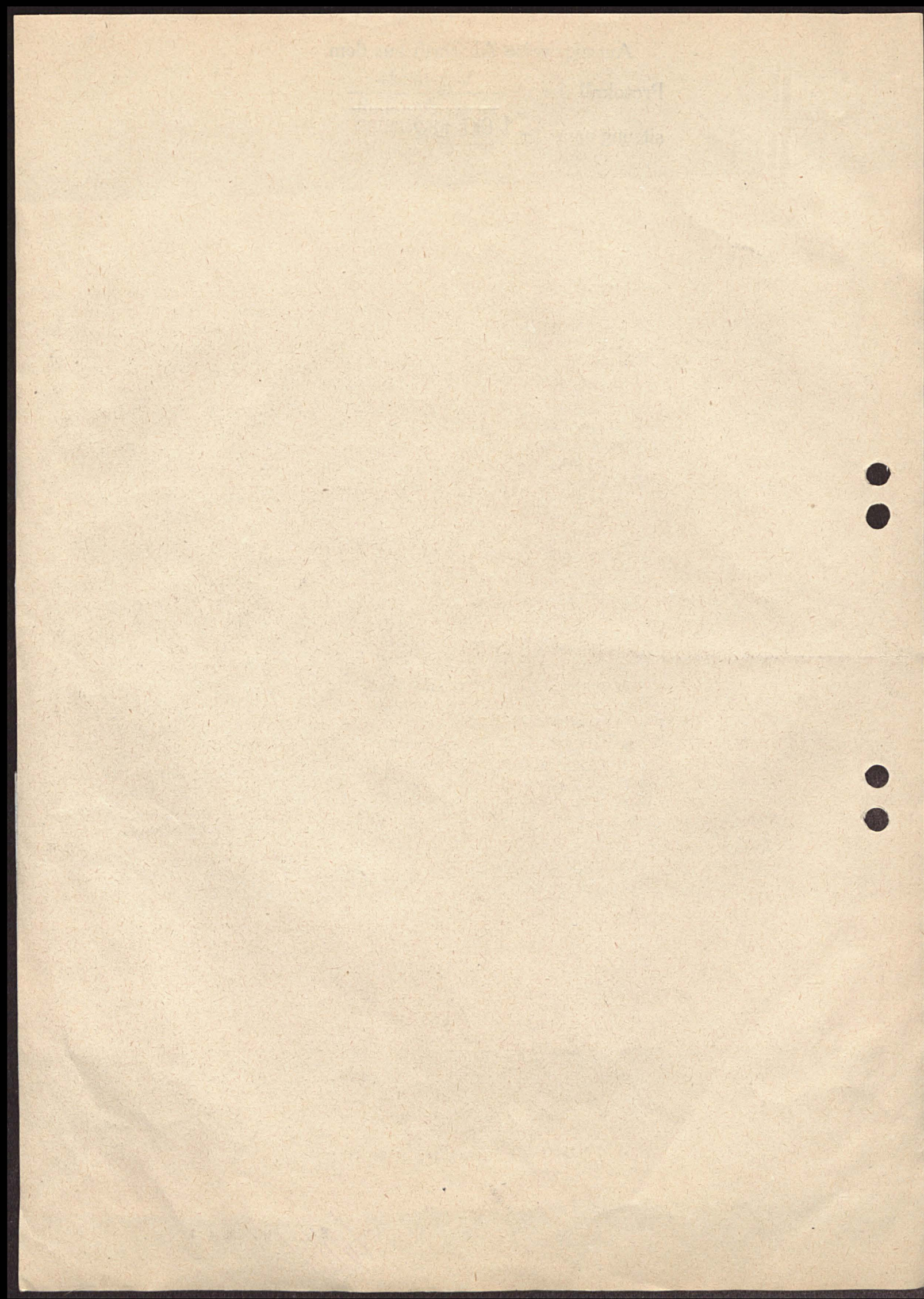
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

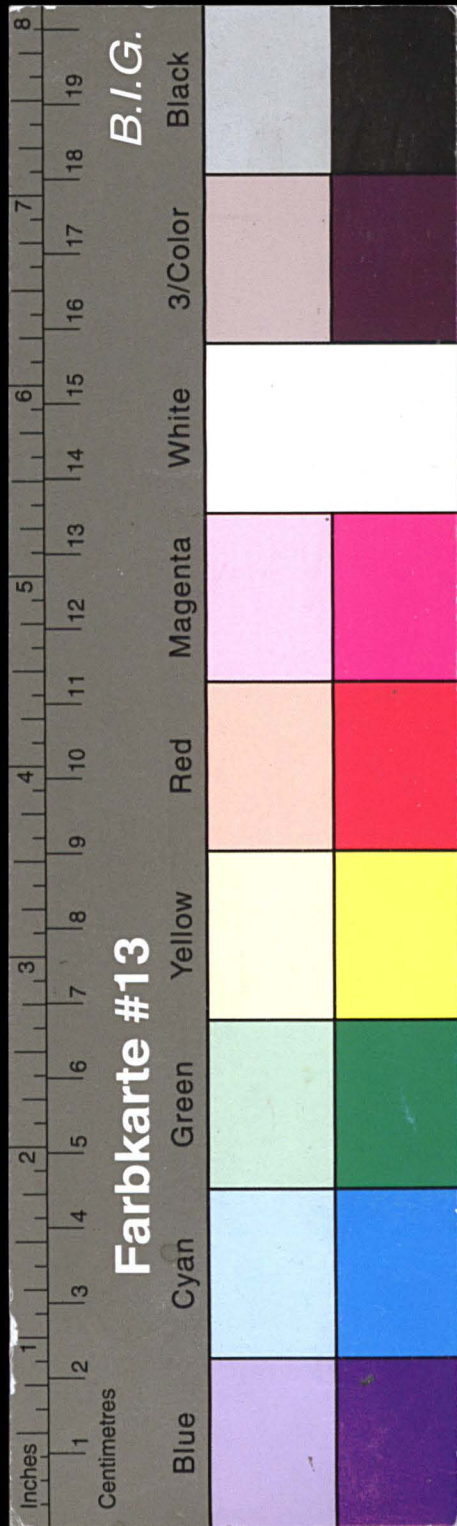




Kreisarchiv Stormarn E103

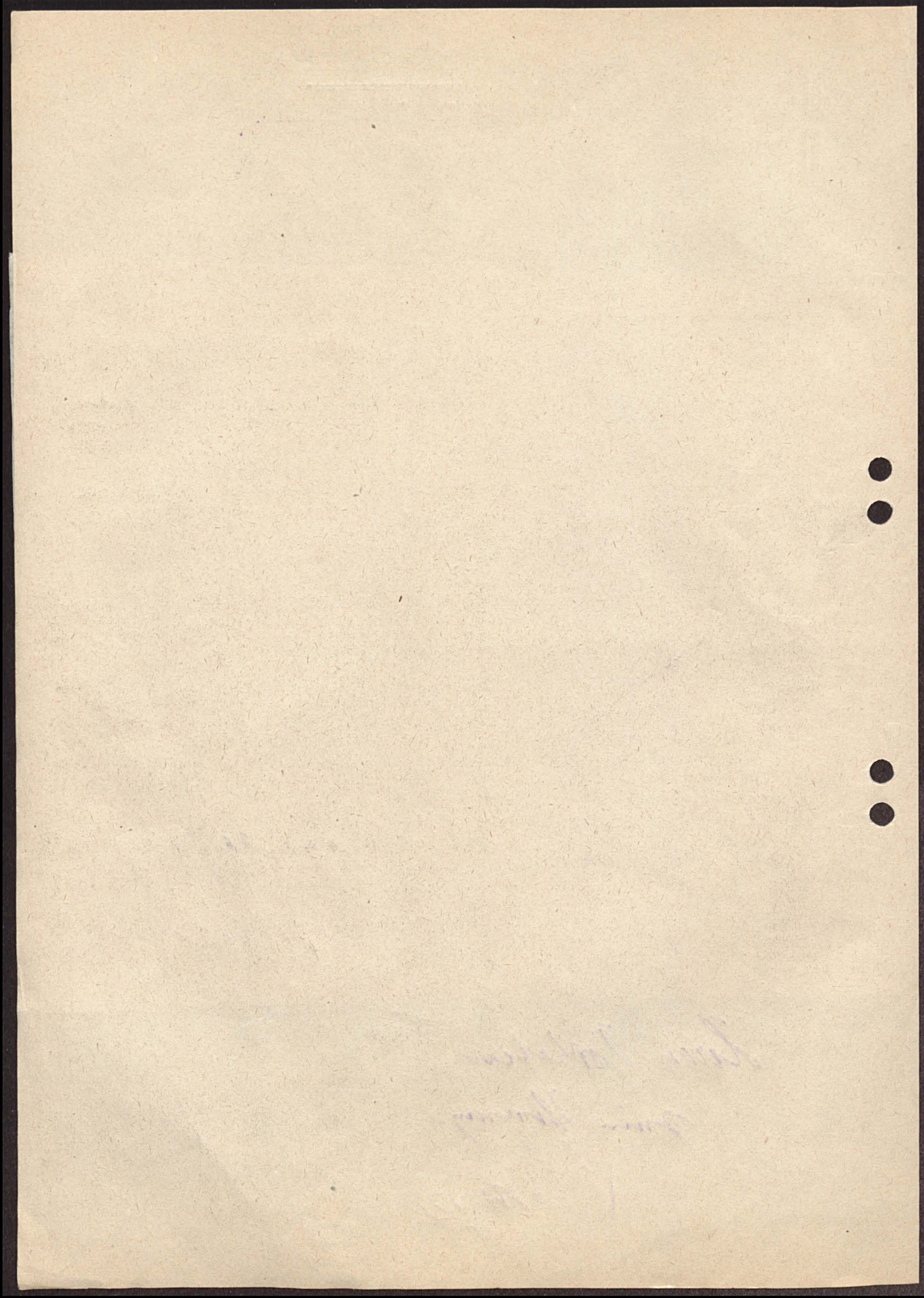
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
Konferenz
sitzung vom 10. DEZ. 1952

1.)

Hamburger Sparkassenprozeß.

Der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Landrat Siegel, teilt zu Beginn seiner Ausführungen mit, daß sich der Kreistag in nicht öffentlicher Sitzung am 13. Dezember 1952 mit diesen Fragen befassen wird.

Er gibt dann einen kurzen Inhaltsbericht über die am 4. Dezember 1952 beim Wirtschaftsministerium in Kiel stattgefundene Besprechung, an der u.a. auch Vertreter des Finanzministeriums, der Landesrechnungskammer, des Innenministeriums und des Sparkassen- und Giroverbandes teilgenommen haben.

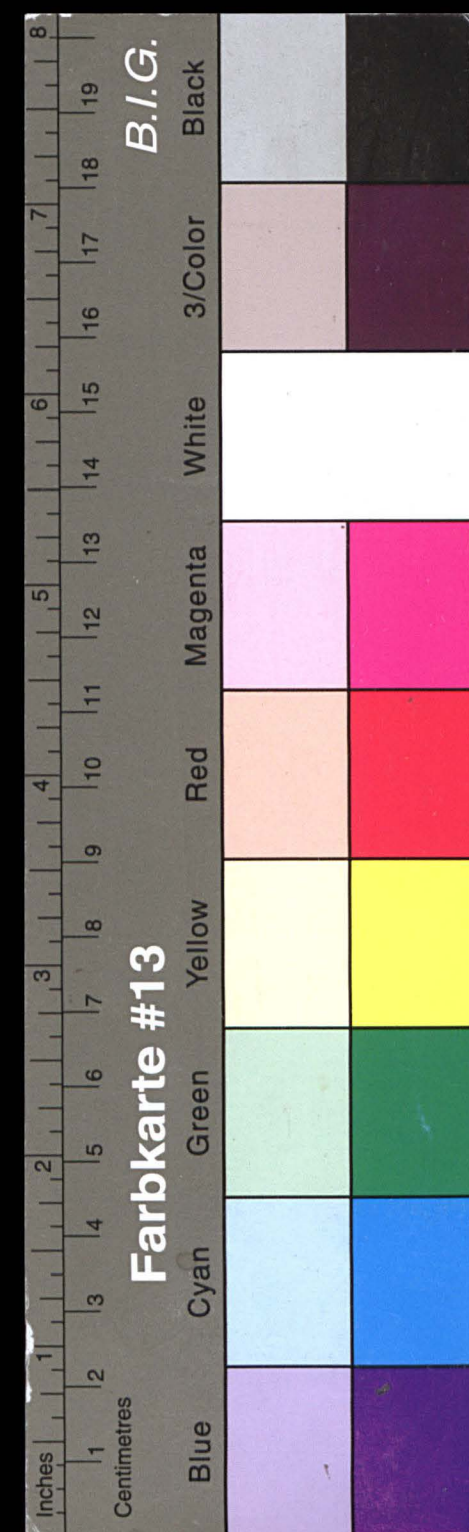
Als Ergebnis der Besprechung in Kiel wurde festgestellt:

- a) der Vertrag von 1944 ist nicht rechtsgültig;
- b) das Innenministerium (Vertreter der Sparkassenaufsichtsbehörde besteht auf Zahlung der Entschädigung an den Kreis.

Die ebenfalls schwerwiegende Frage der evtl. Versteuerung der seitens der Hamburger Sparkassen zu zahlenden Entschädigung konnte einer restlosen Klärung nicht zugeführt werden, vielmehr bleibe die Klärung dieses Fragenkomplexes weiteren Verhandlungen vorbehalten.

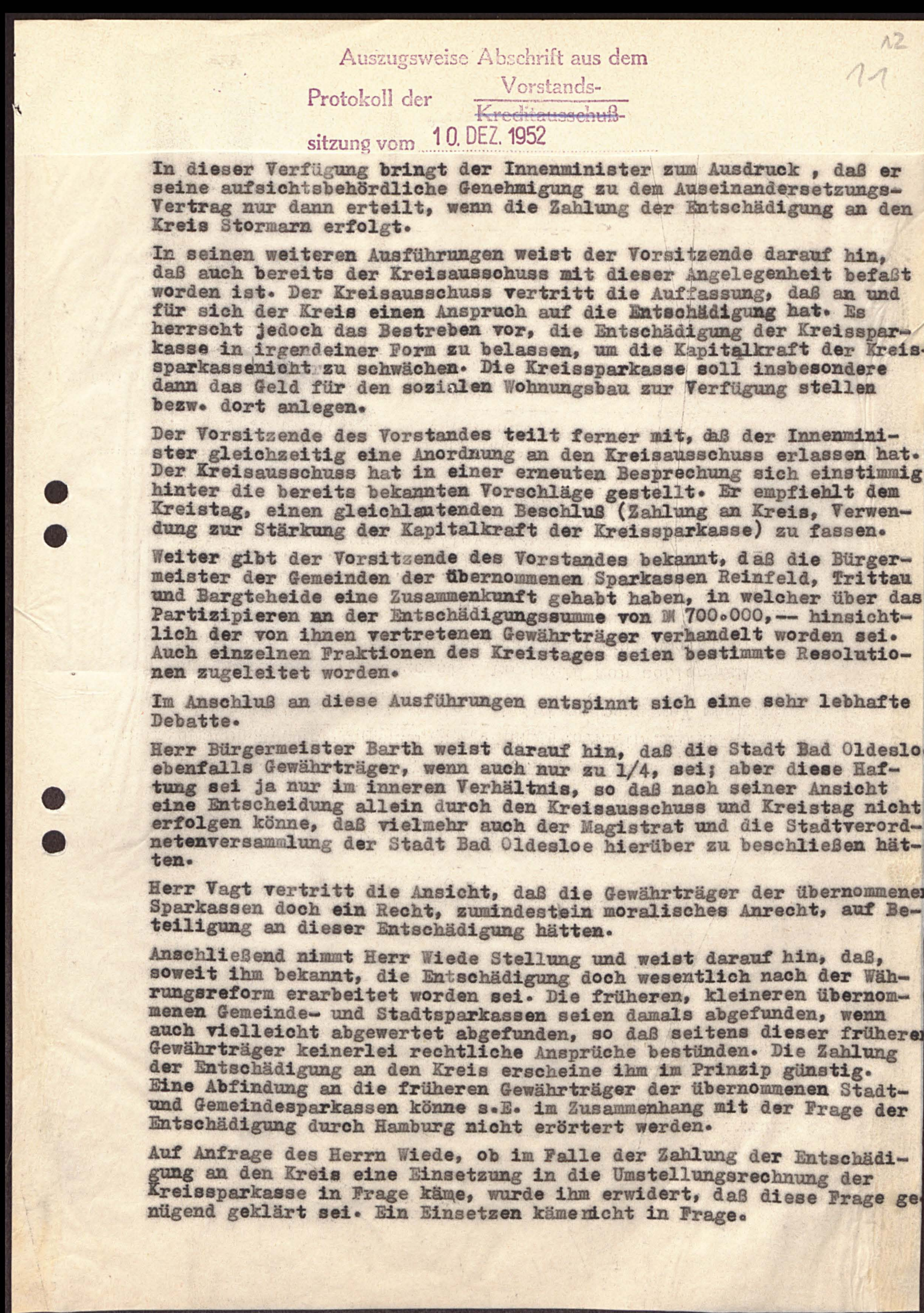
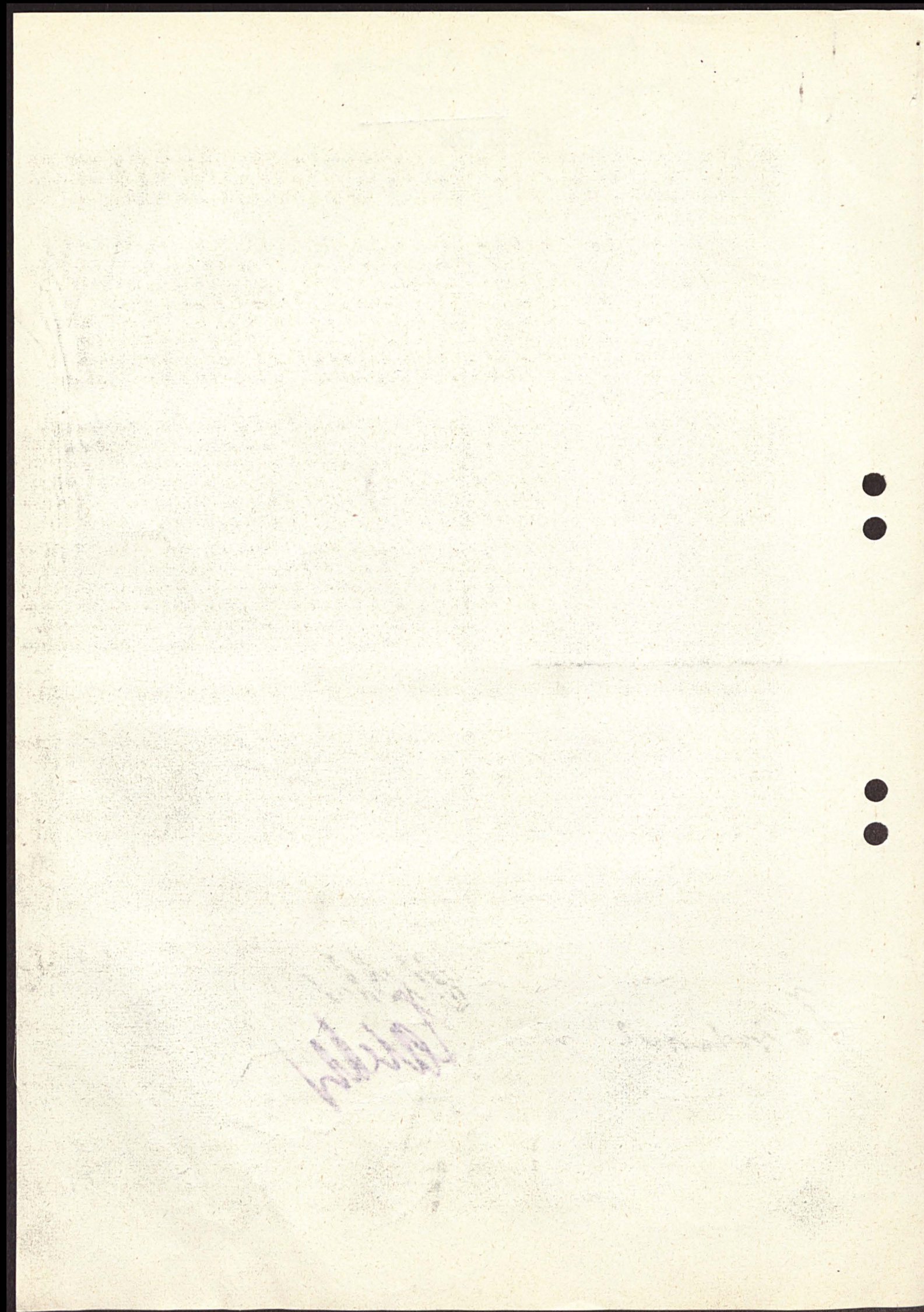
Im Anschluß hat eine Besprechung zwischen dem Innenministerium und den Vertretern des Kreises Stormarn stattgefunden. Das Ergebnis dieser Besprechung ist die Verfügung des Innenministers vom 4. Dez. 1952 an den Herrn Vorsitzenden des Vorstandes der Kreissparkasse Stormarn, die der Vorsitzende den Vorstandsmitgliedern bekanntgibt.

Lach



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
Kreisausschuß-
sitzung vom 10. DEZ 1952

In dieser Verfügung bringt der Innenminister zum Ausdruck, daß er seine aufsichtsbehördliche Genehmigung zu dem Auseinandersetzungs-Vertrag nur dann erteilt, wenn die Zahlung der Entschädigung an den Kreis Stormarn erfolgt.

In seinen weiteren Ausführungen weist der Vorsitzende darauf hin, daß auch bereits der Kreisausschuss mit dieser Angelegenheit befaßt worden ist. Der Kreisausschuss vertritt die Auffassung, daß an und für sich der Kreis einen Anspruch auf die Entschädigung hat. Es herrscht jedoch das Bestreben vor, die Entschädigung der Kreissparkasse in irgendeiner Form zu belassen, um die Kapitalkraft der Kreissparkassen nicht zu schwächen. Die Kreissparkasse soll insbesondere dann das Geld für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen bzw. dort anlegen.

Der Vorsitzende des Vorstandes teilt ferner mit, daß der Innenminister gleichzeitig eine Anordnung an den Kreisausschuss erlassen hat. Der Kreisausschuss hat in einer erneuten Besprechung sich einstimmig hinter die bereits bekannten Vorschläge gestellt. Er empfiehlt dem Kreistag, einen gleichlautenden Beschluß (Zahlung an Kreis, Verwendung zur Stärkung der Kapitalkraft der Kreissparkasse) zu fassen.

Weiter gibt der Vorsitzende des Vorstandes bekannt, daß die Bürgermeister der Gemeinden der übernommenen Sparkassen Reinfeld, Trittau und Bargteheide eine Zusammenkunft gehabt haben, in welcher über das Partizipieren an der Entschädigungssumme von DM 700.000,-- hinsichtlich der von ihnen vertretenen Gewährträger verhandelt worden sei. Auch einzelnen Fraktionen des Kreistages seien bestimmte Resolutionen zugeleitet worden.

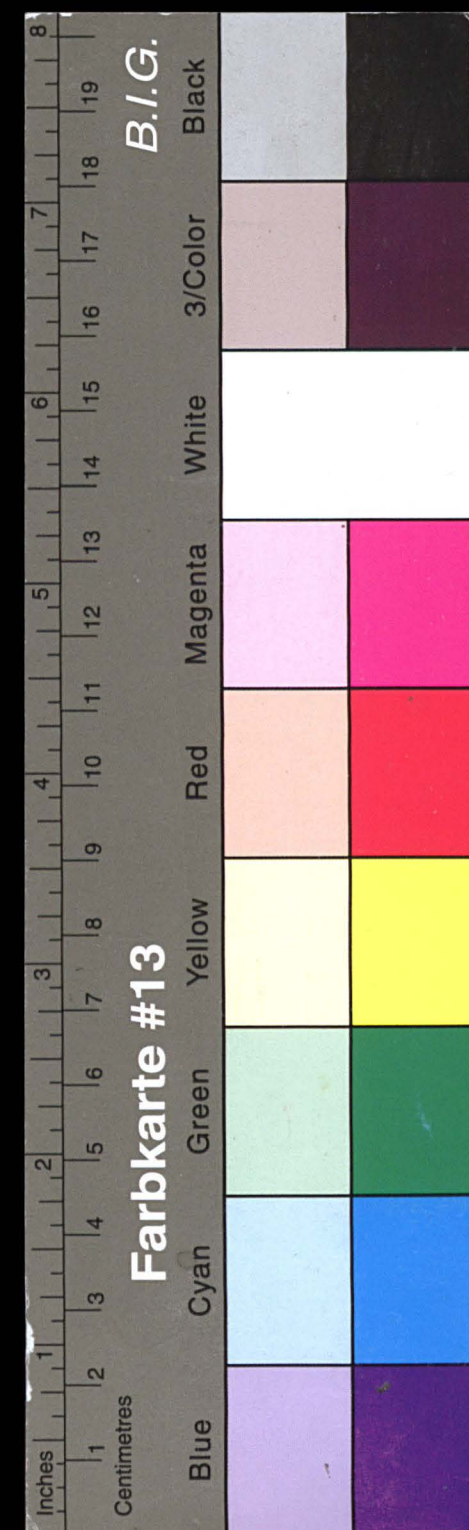
Im Anschluß an diese Ausführungen entspinnt sich eine sehr lebhafte Debatte.

Herr Bürgermeister Barth weist darauf hin, daß die Stadt Bad Oldesloe ebenfalls Gewährträger, wenn auch nur zu 1/4, sei; aber diese Haftung sei ja nur im inneren Verhältnis, so daß nach seiner Ansicht eine Entscheidung allein durch den Kreisausschuss und Kreistag nicht erfolgen könne, daß vielmehr auch der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Oldesloe hierüber zu beschließen hätten.

Herr Vagt vertritt die Ansicht, daß die Gewährträger der übernommenen Sparkassen doch ein Recht, zumindest ein moralisches Anrecht, auf Beteiligung an dieser Entschädigung hätten.

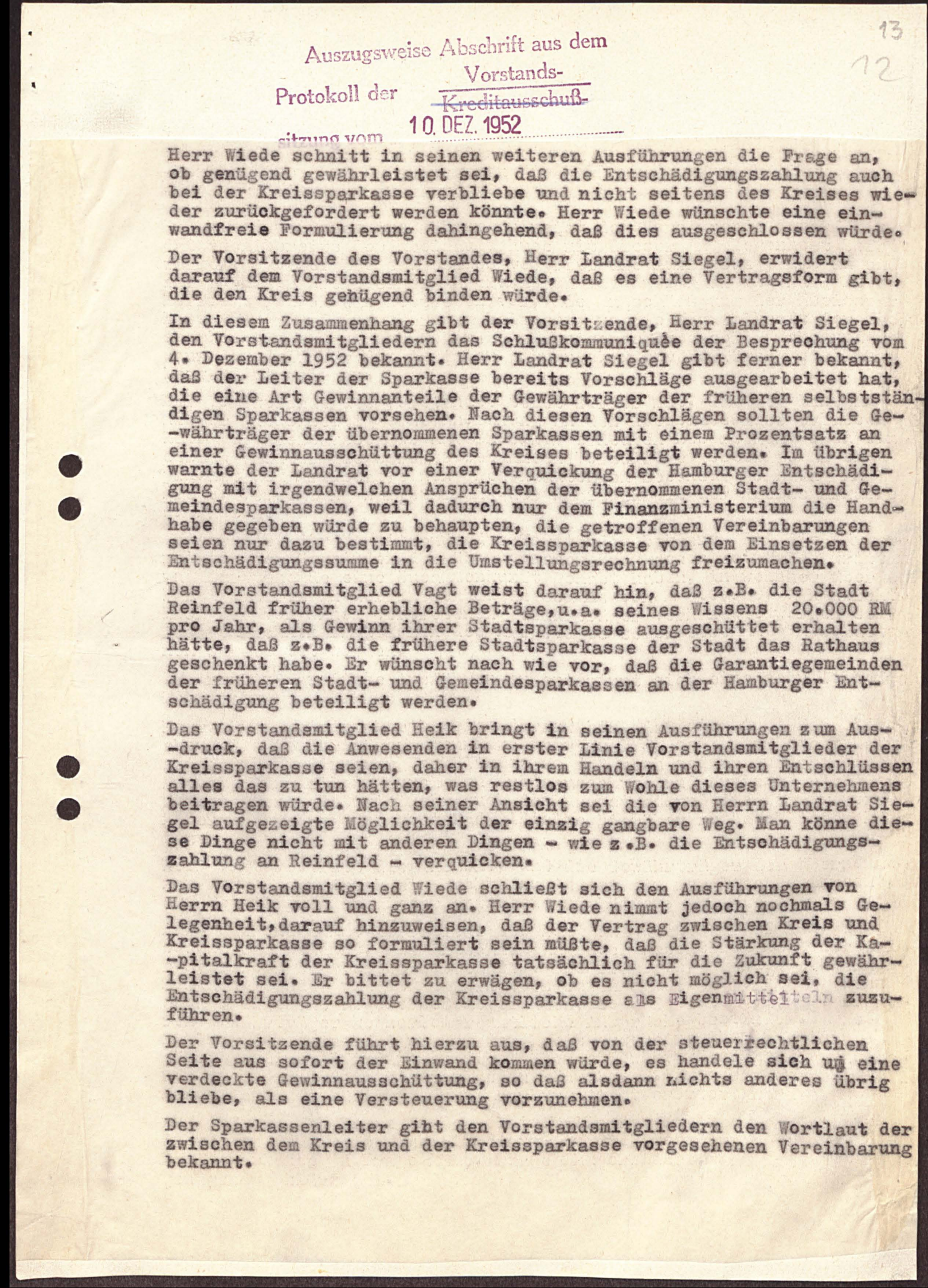
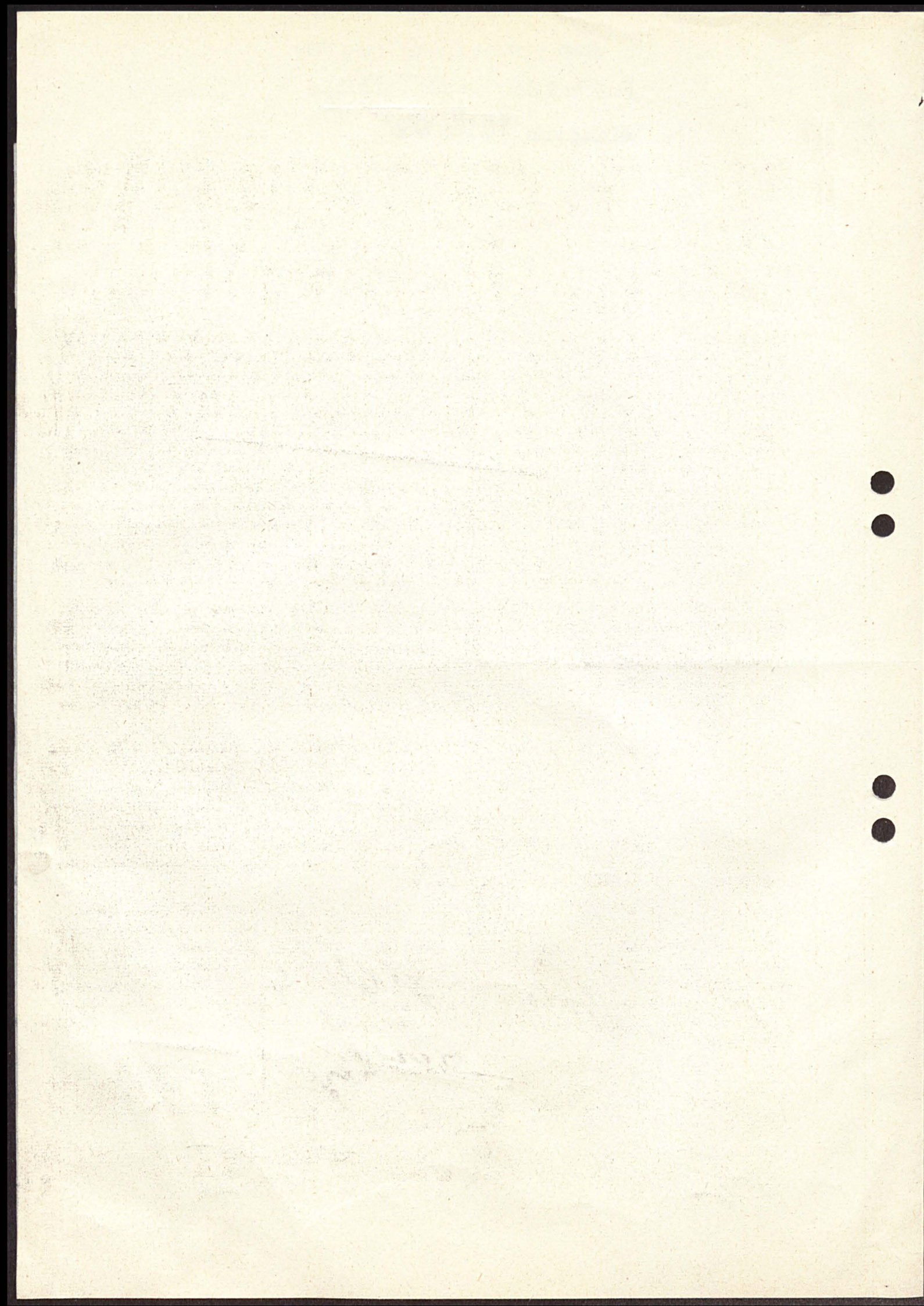
Anschließend nimmt Herr Wiede Stellung und weist darauf hin, daß, soweit ihm bekannt, die Entschädigung doch wesentlich nach der Währungsreform erarbeitet worden sei. Die früheren, kleineren übernommenen Gemeinde- und Stadtparkassen seien damals abgefunden, wenn auch vielleicht abgewertet abgefunden, so daß seitens dieser früheren Gewährträger keinerlei rechtliche Ansprüche bestünden. Die Zahlung der Entschädigung an den Kreis erscheine ihm im Prinzip günstig. Eine Abfindung an die früheren Gewährträger der übernommenen Stadt- und Gemeindesparkassen könne s.E. im Zusammenhang mit der Frage der Entschädigung durch Hamburg nicht erörtert werden.

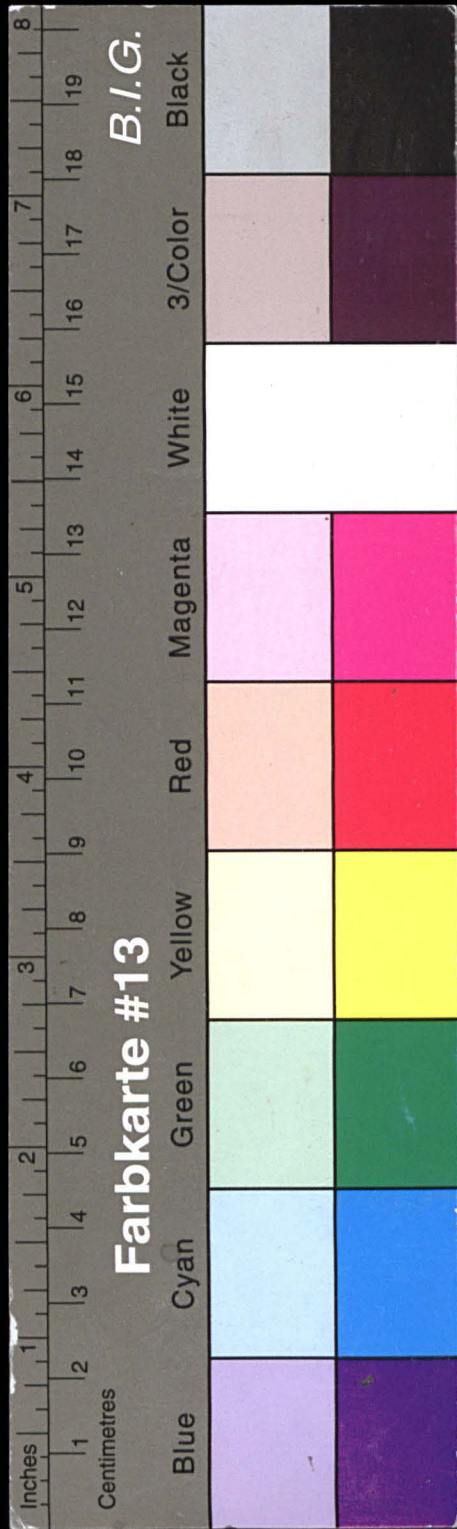
Auf Anfrage des Herrn Wiede, ob im Falle der Zahlung der Entschädigung an den Kreis eine Einsetzung in die Umstellungsrechnung der Kreissparkasse in Frage käme, wurde ihm erwidert, daß diese Frage genügend geklärt sei. Ein Einsetzen käme nicht in Frage.



Kreisarchiv Stormarn E103

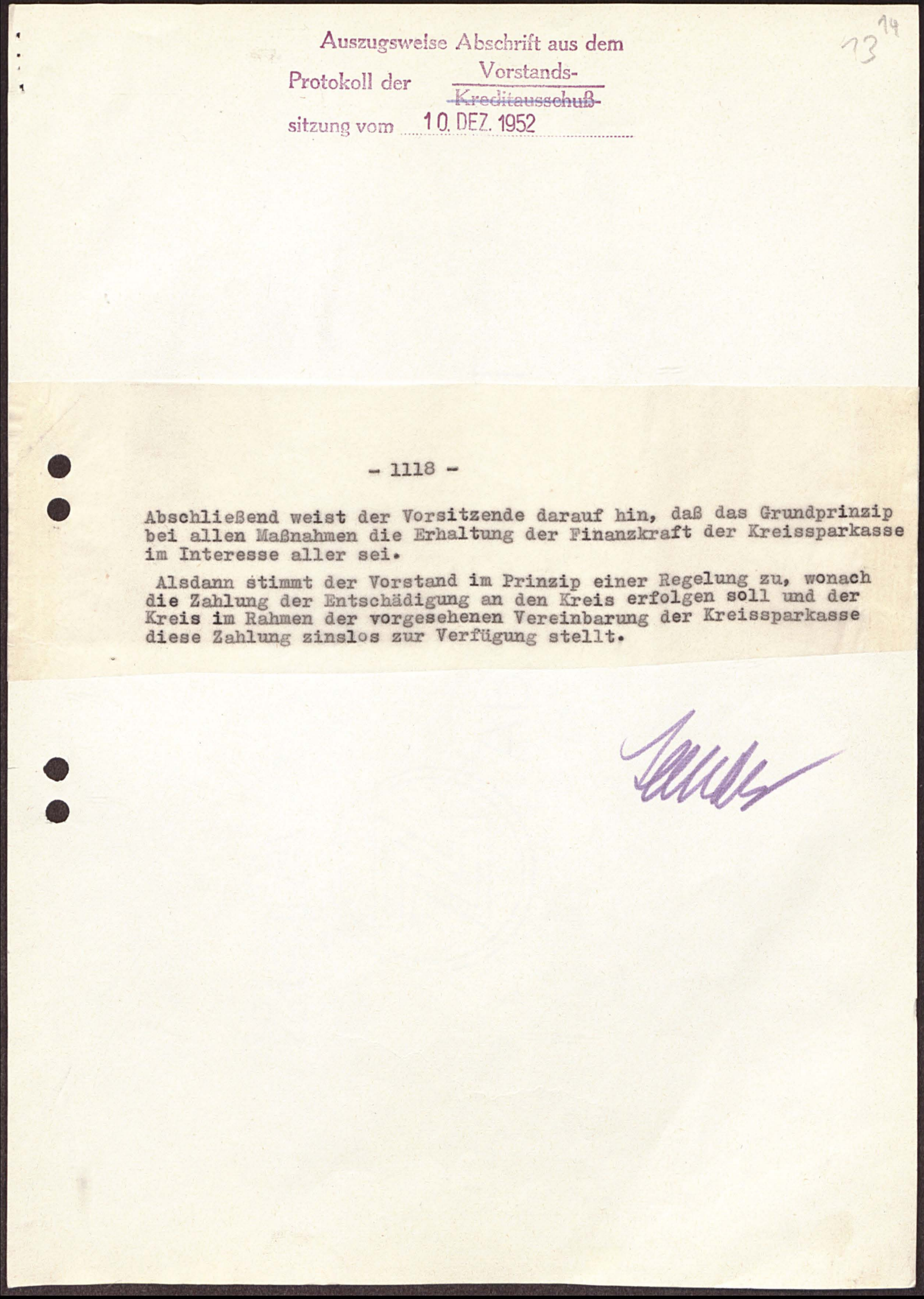
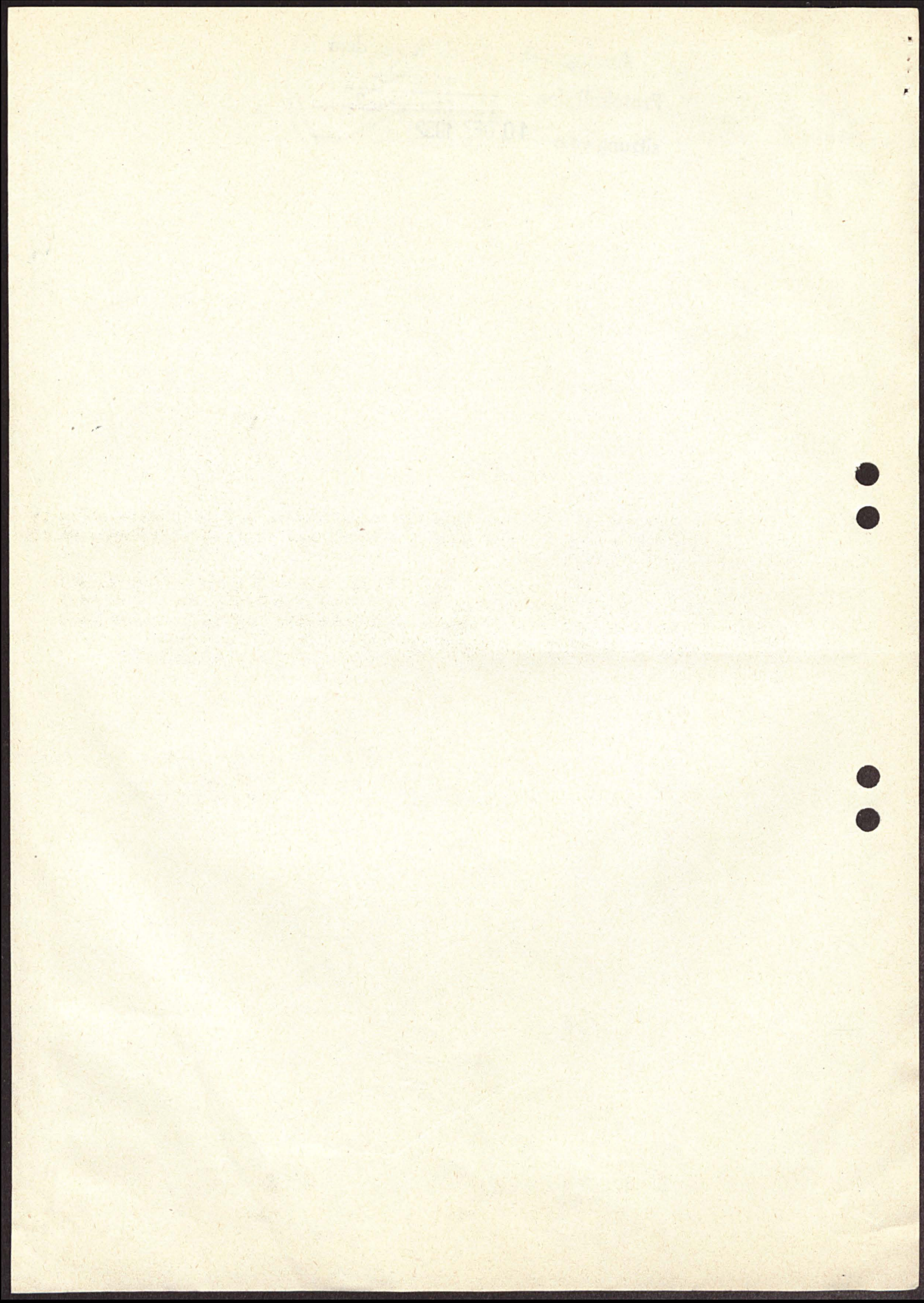
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

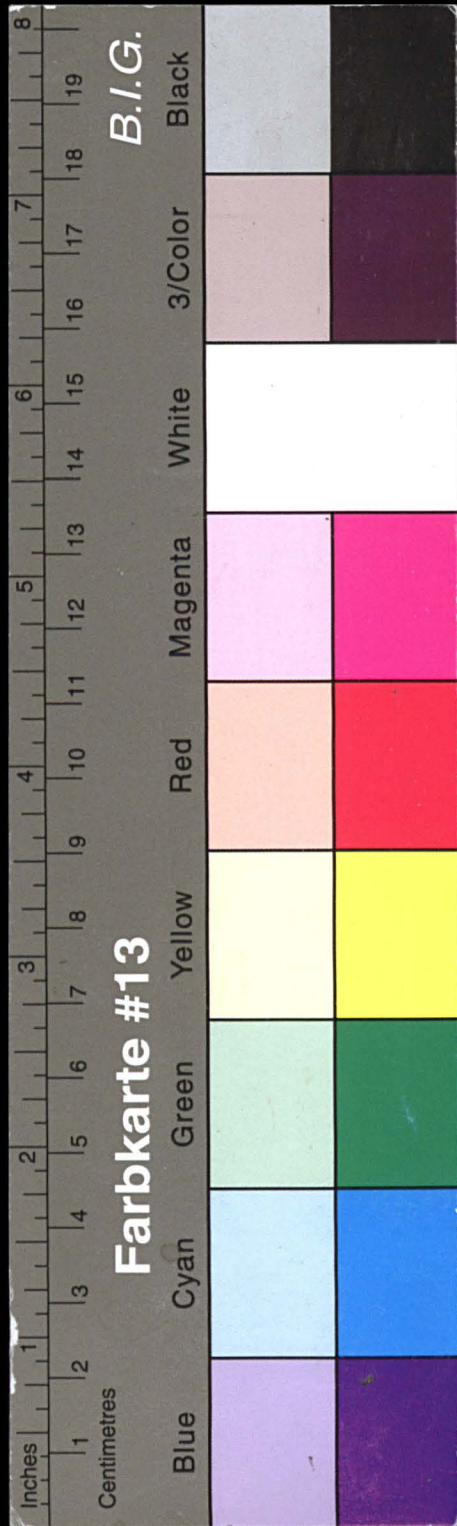




Kreisarchiv Stormarn E103

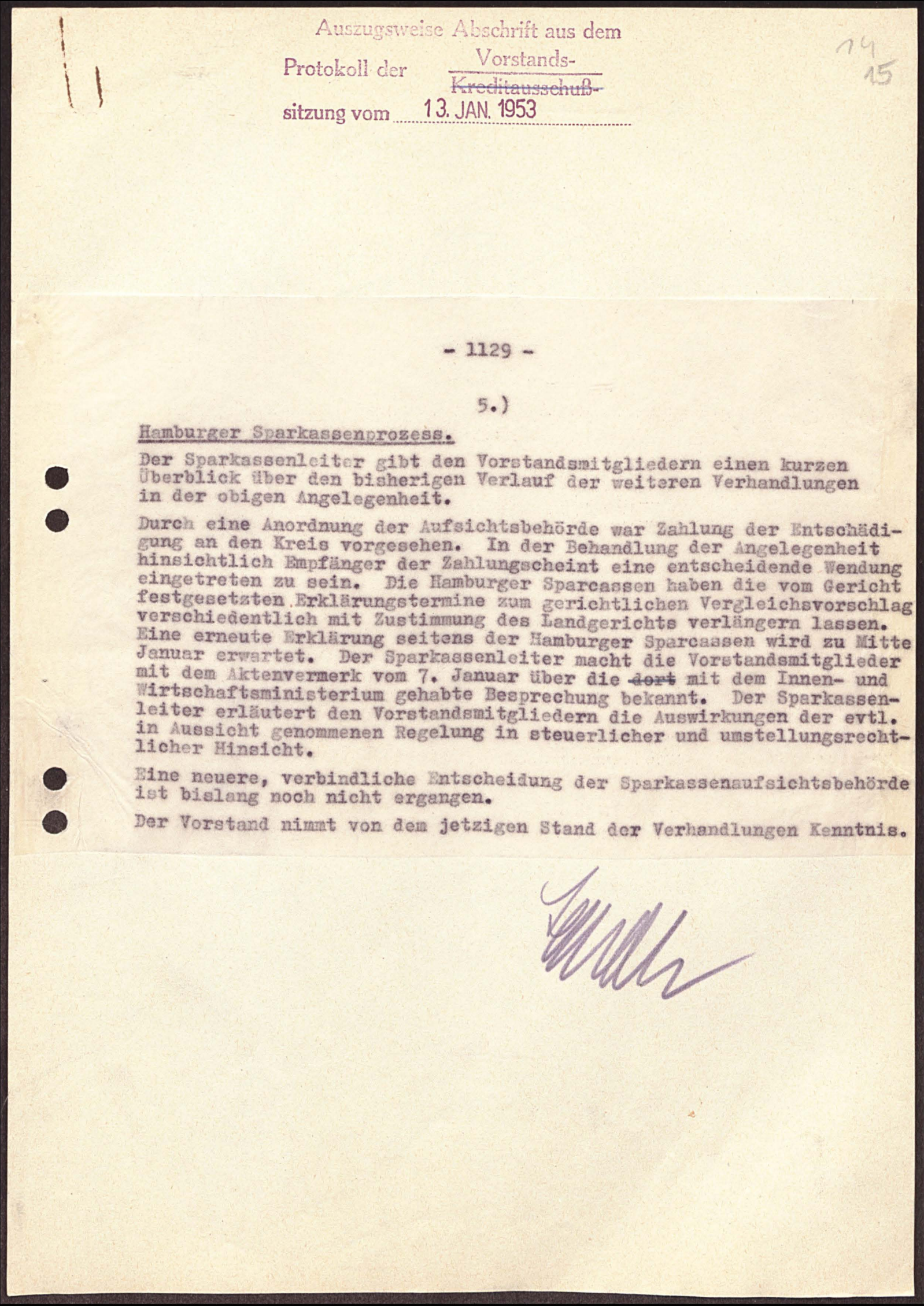
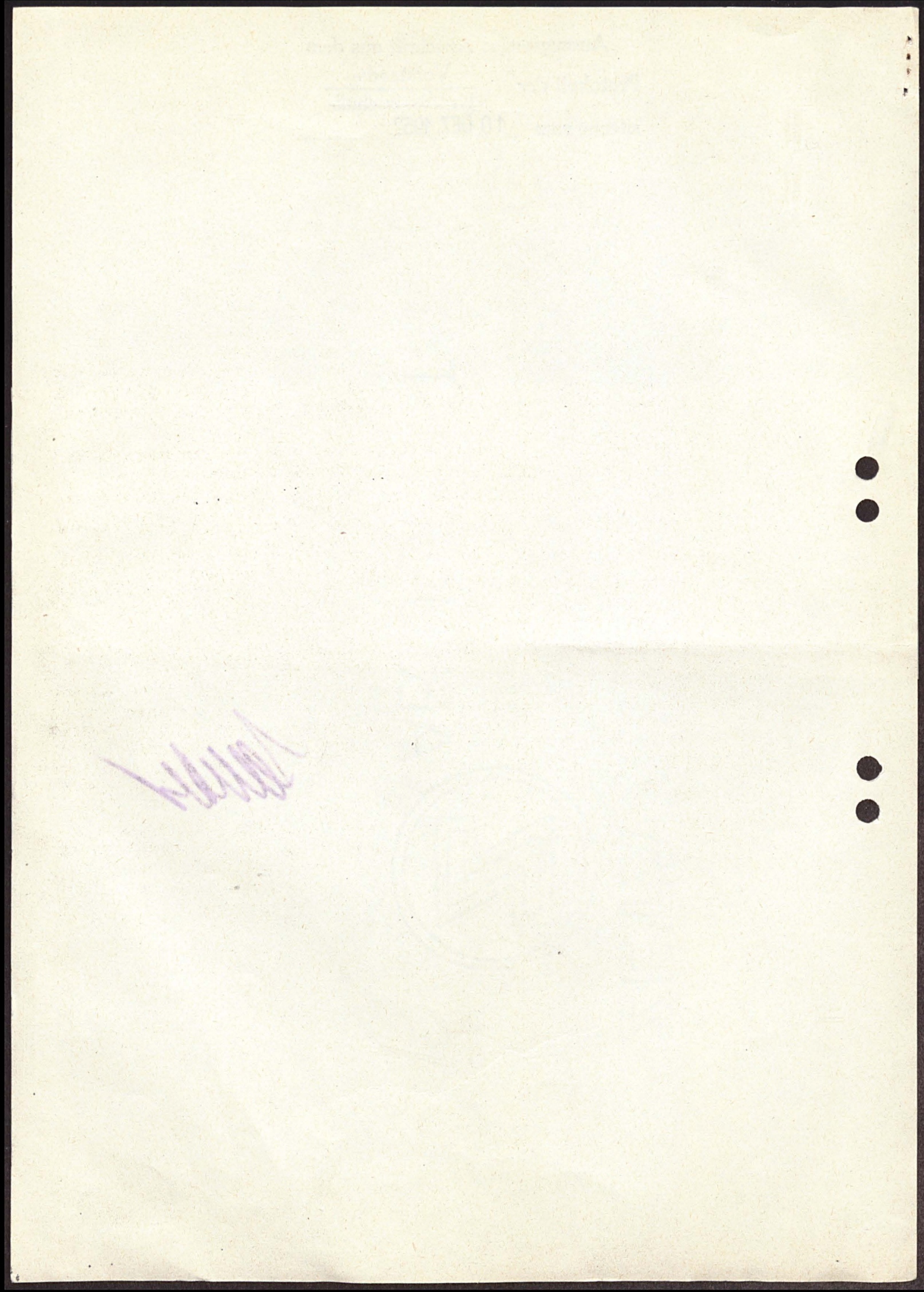
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

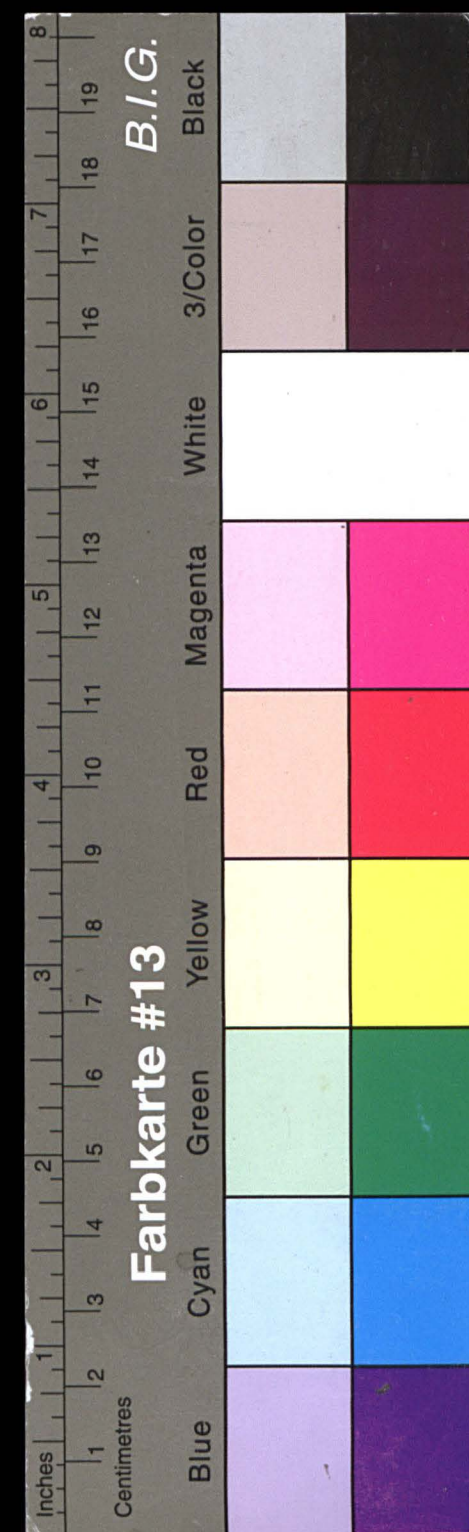




Kreisarchiv Stormarn E103

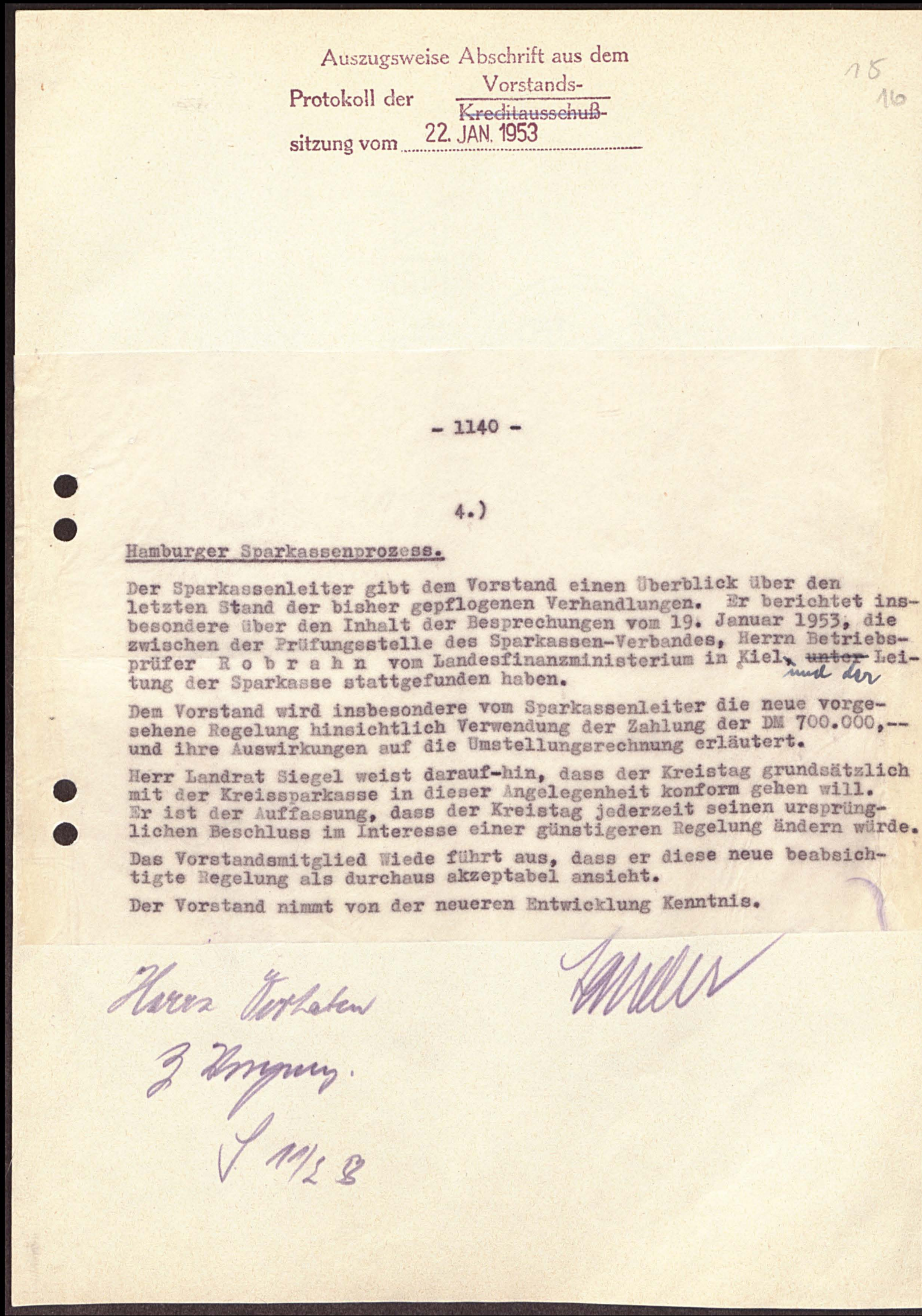
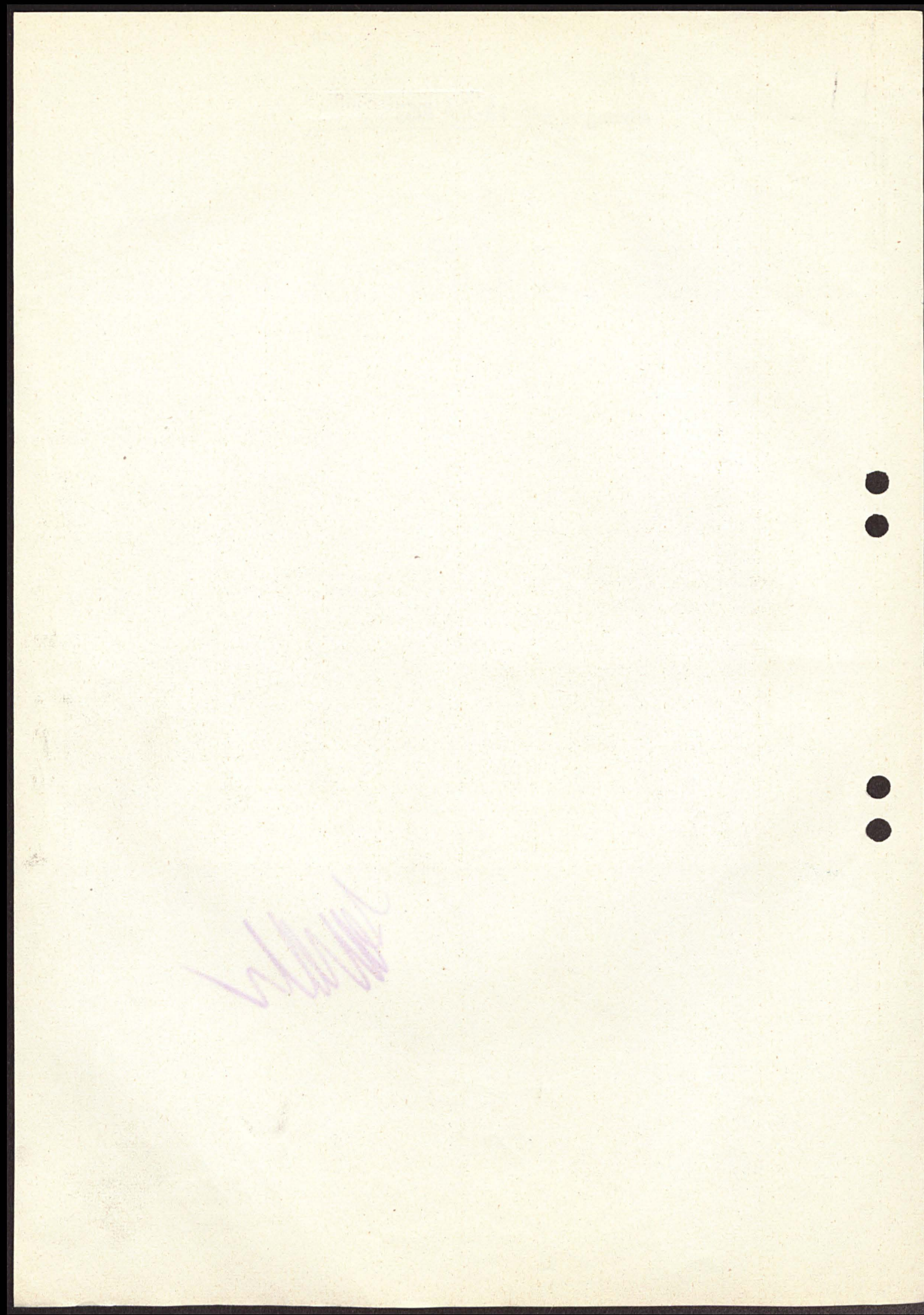
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

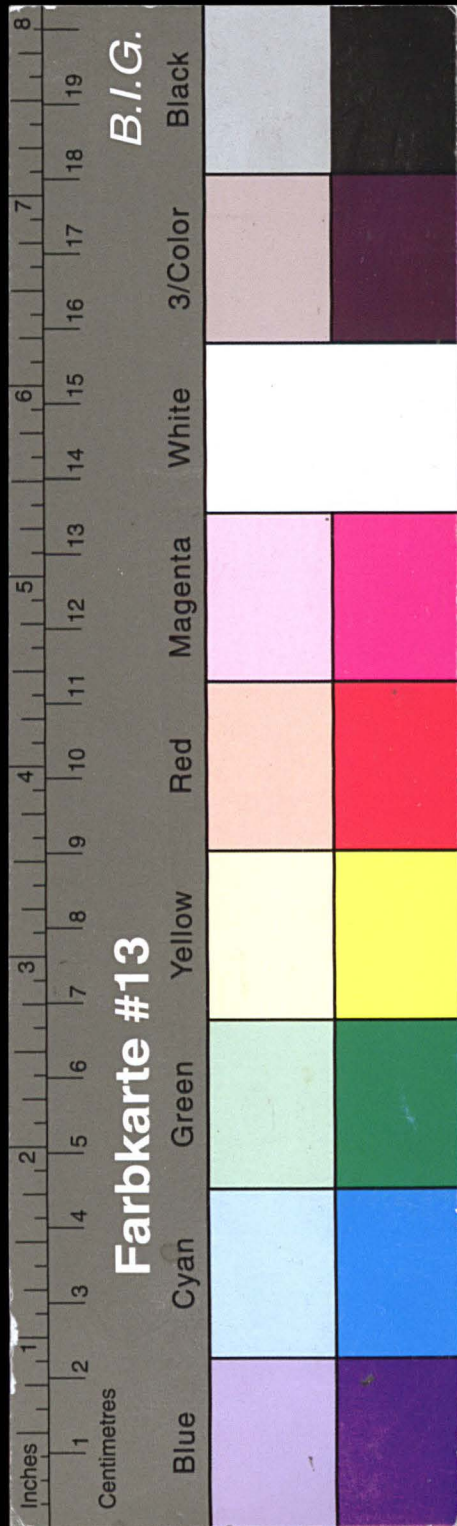




Kreisarchiv Stormarn E103

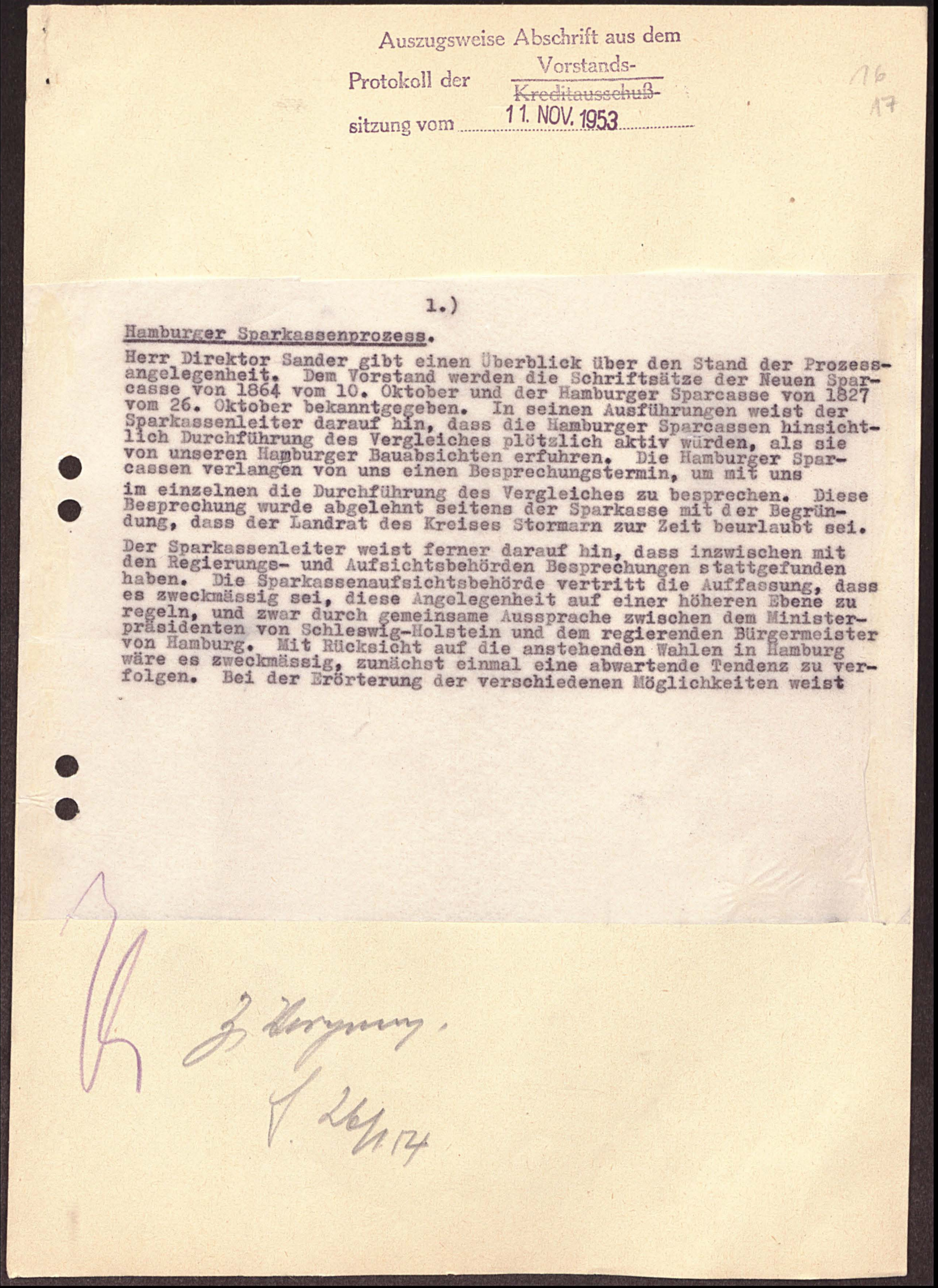
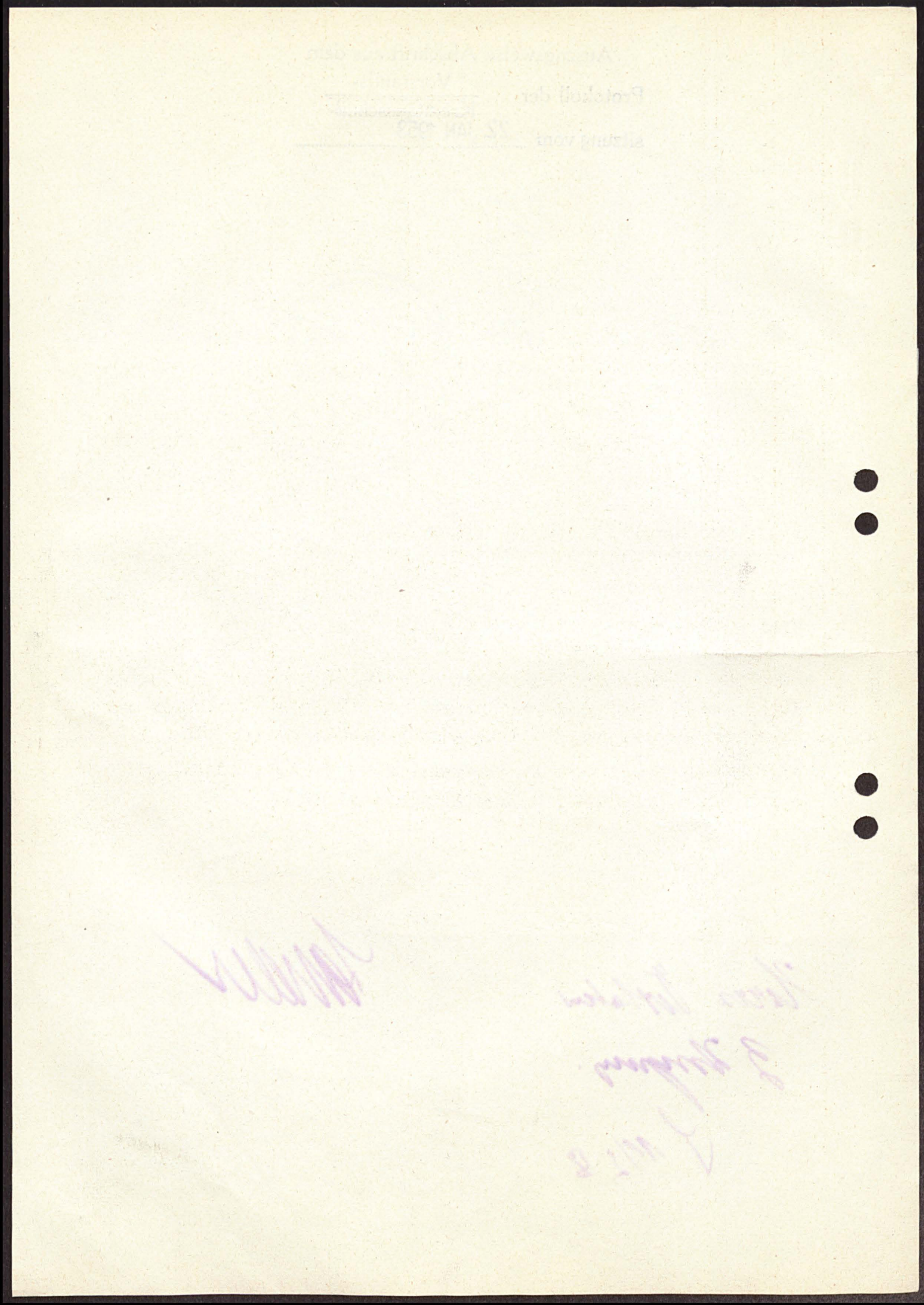
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
Kredit-Ausschuss-
sitzung vom 11. NOV. 1953

1.)

Hamburger Sparkassenprozess.

Herr Direktor Sander gibt einen Überblick über den Stand der Prozess-angelegenheit. Dem Vorstand werden die Schriftsätze der Neuen Spar-casse von 1864 vom 10. Oktober und der Hamburger Sparcasse von 1827 vom 26. Oktober bekanntgegeben. In seinen Ausführungen weist der Sparkassenleiter darauf hin, dass die Hamburger Sparcassen hinsicht-lich Durchführung des Vergleiches plötzlich aktiv würden, als sie von unseren Hamburger Bauabsichten erfuhren. Die Hamburger Spar-cassen verlangen von uns einen Besprechungstermin, um mit uns im einzelnen die Durchführung des Vergleiches zu besprechen. Diese Besprechung wurde abgelehnt seitens der Sparkasse mit der Begrün-dung, dass der Landrat des Kreises Stormarn zur Zeit beurlaubt sei.

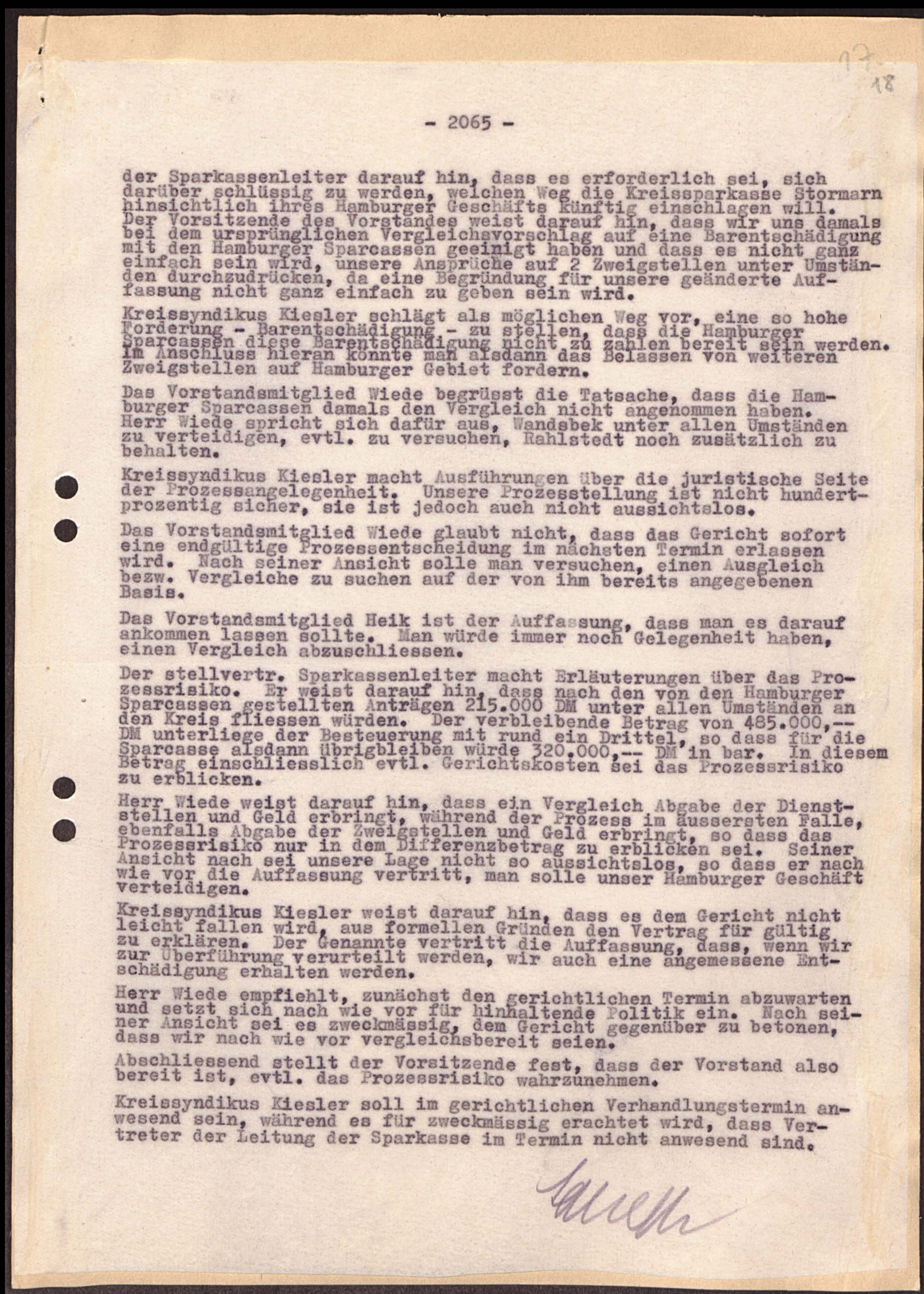
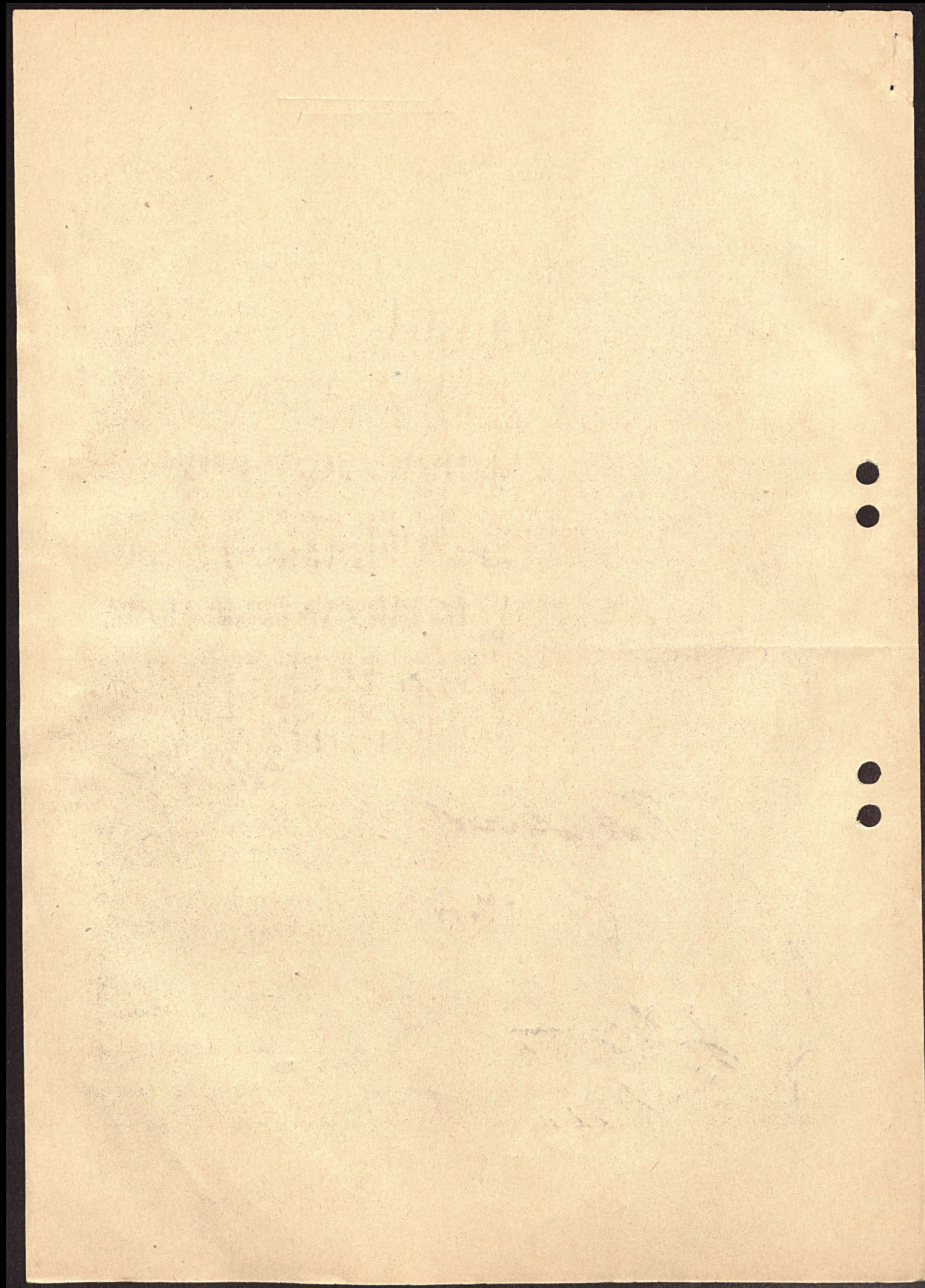
Der Sparkassenleiter weist ferner darauf hin, dass inzwischen mit den Regierungs- und Aufsichtsbehörden Besprechungen stattgefunden haben. Die Sparkassenaufsichtsbehörde vertritt die Auffassung, dass es zweckmässig sei, diese Angelegenheit auf einer höheren Ebene zu regeln, und zwar durch gemeinsame Aussprache zwischen dem Minister-präsidenten von Schleswig-Holstein und dem regierenden Bürgermeister von Hamburg. Mit Rücksicht auf die anstehenden Wahlen in Hamburg wäre es zweckmässig, zunächst einmal eine abwartende Tendenz zu ver-folgen. Bei der Erörterung der verschiedenen Möglichkeiten weist

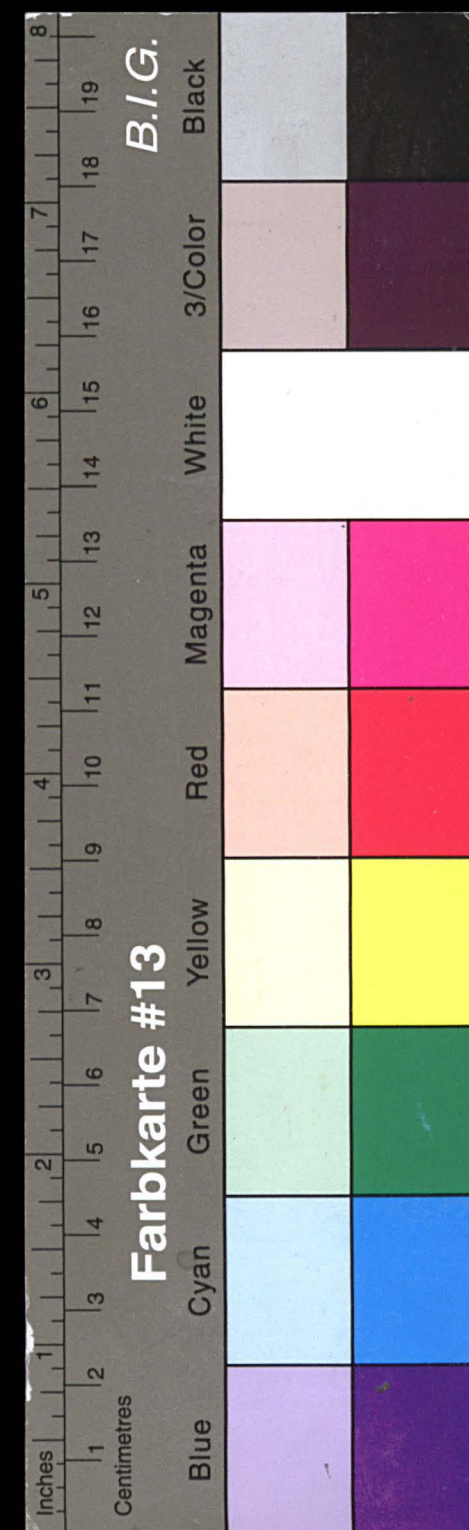
J. Hermann
26/11/53



Kreisarchiv Stormarn E103

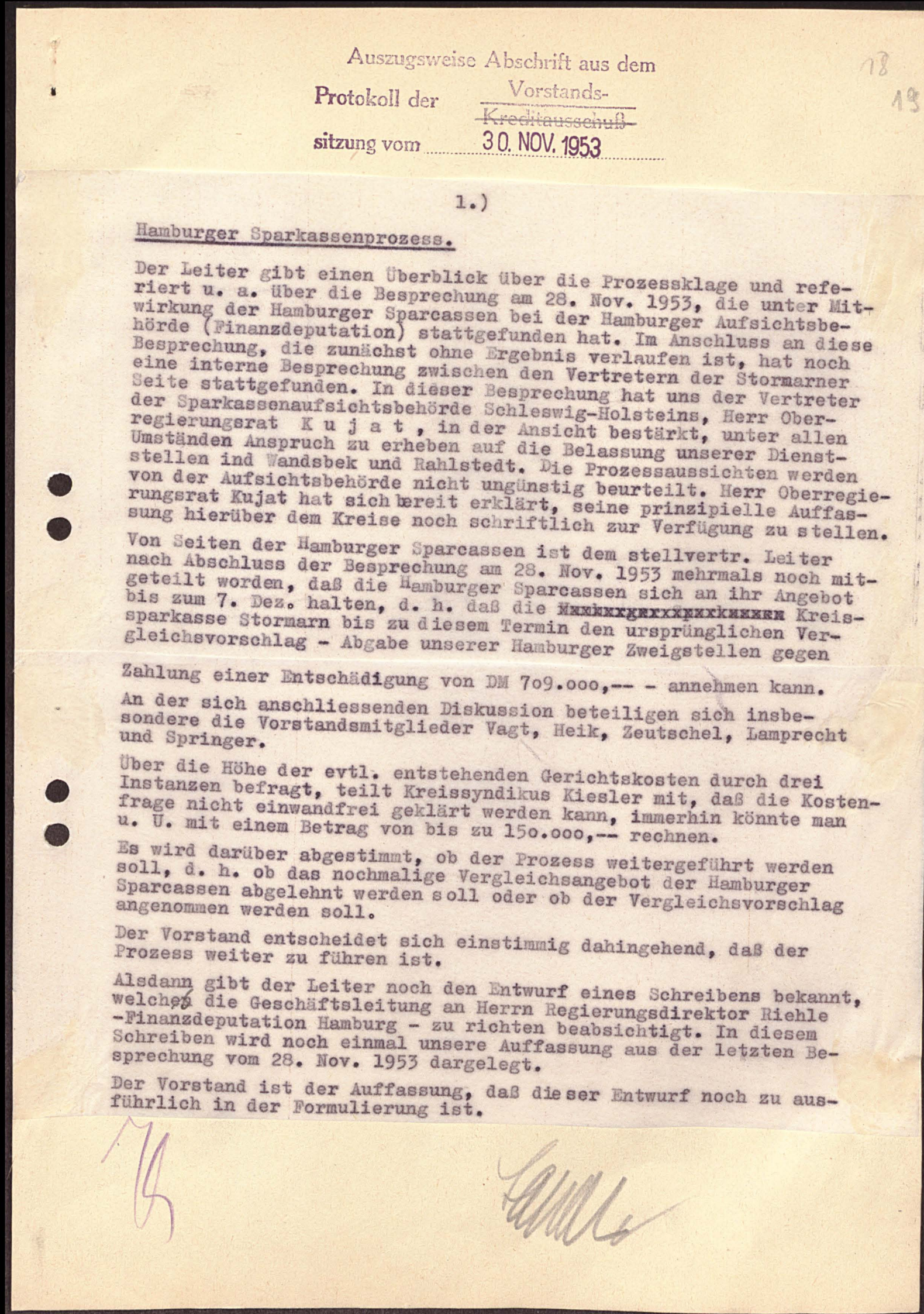
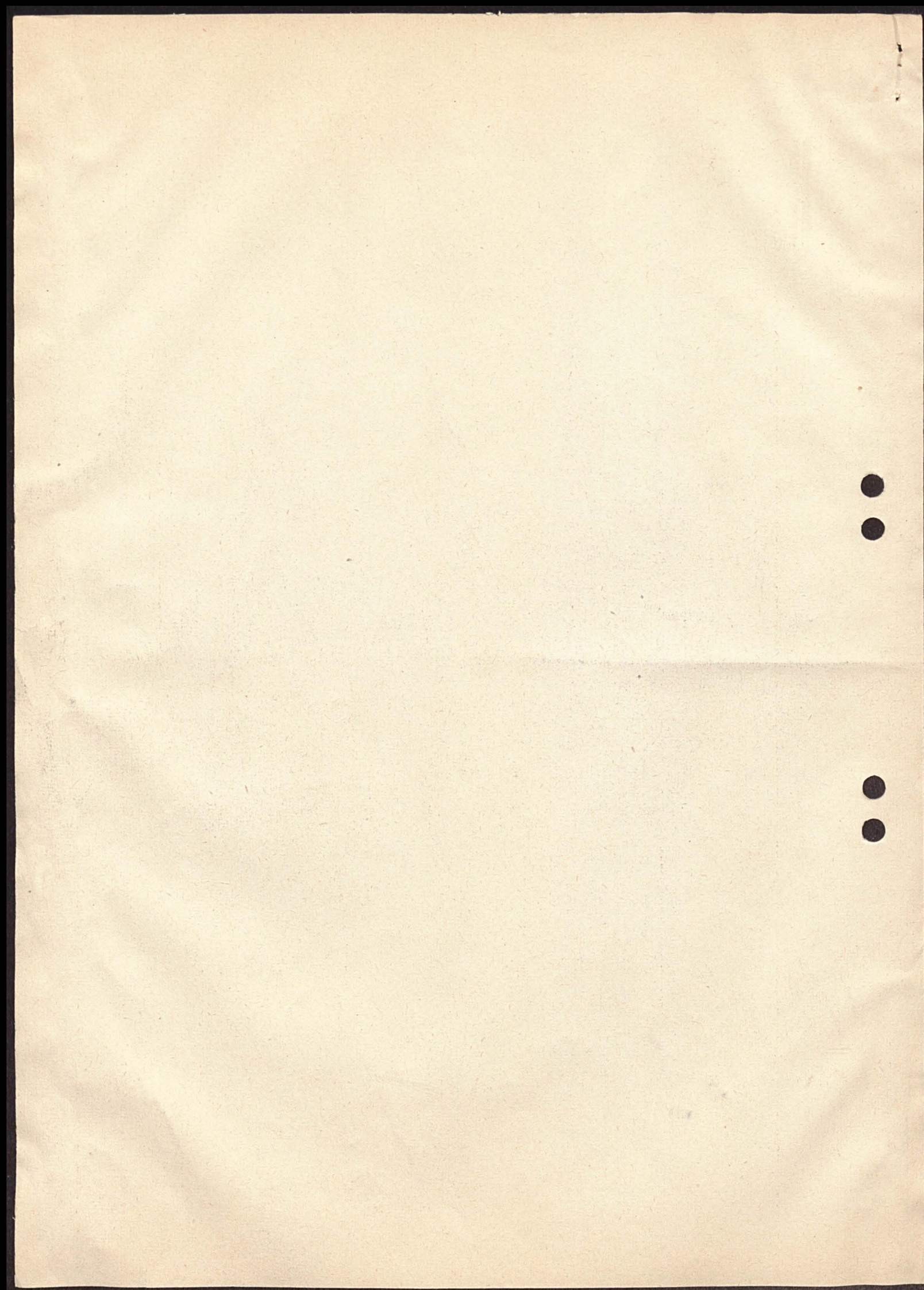
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

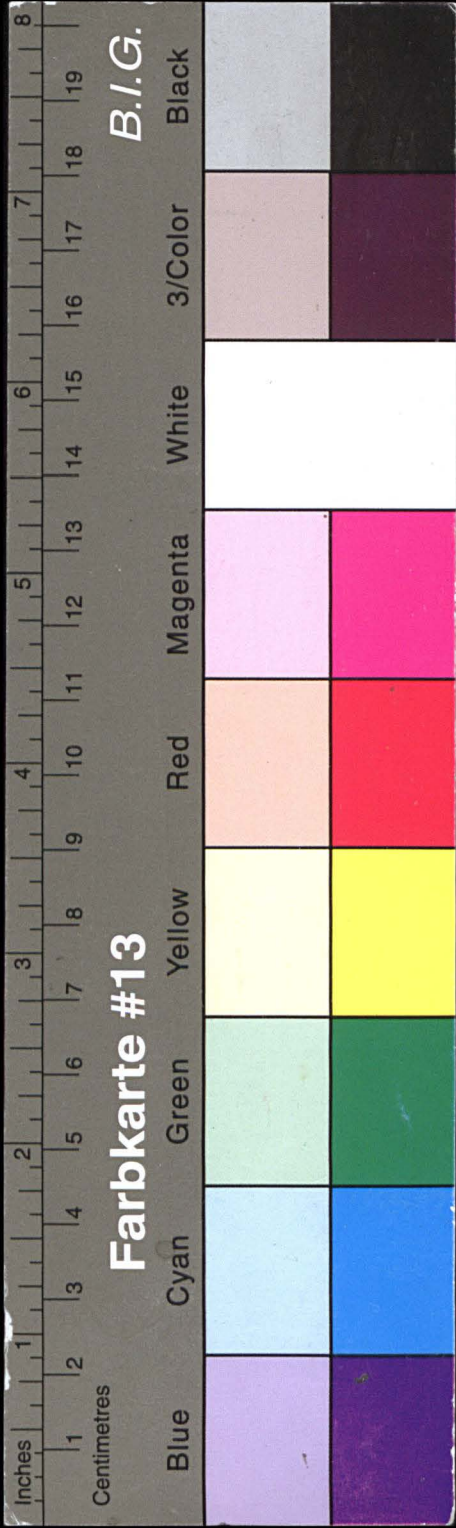




Kreisarchiv Stormarn E103

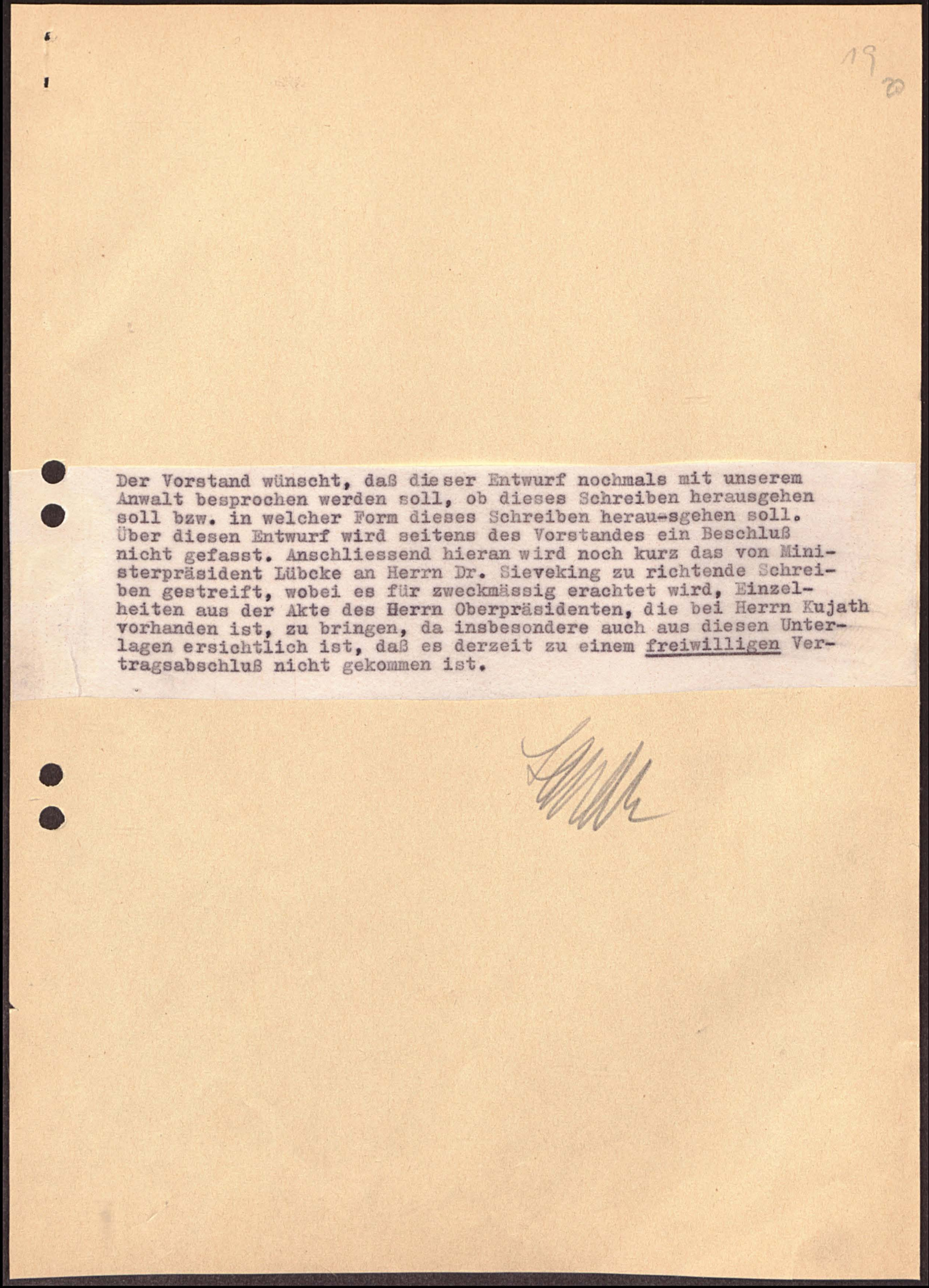
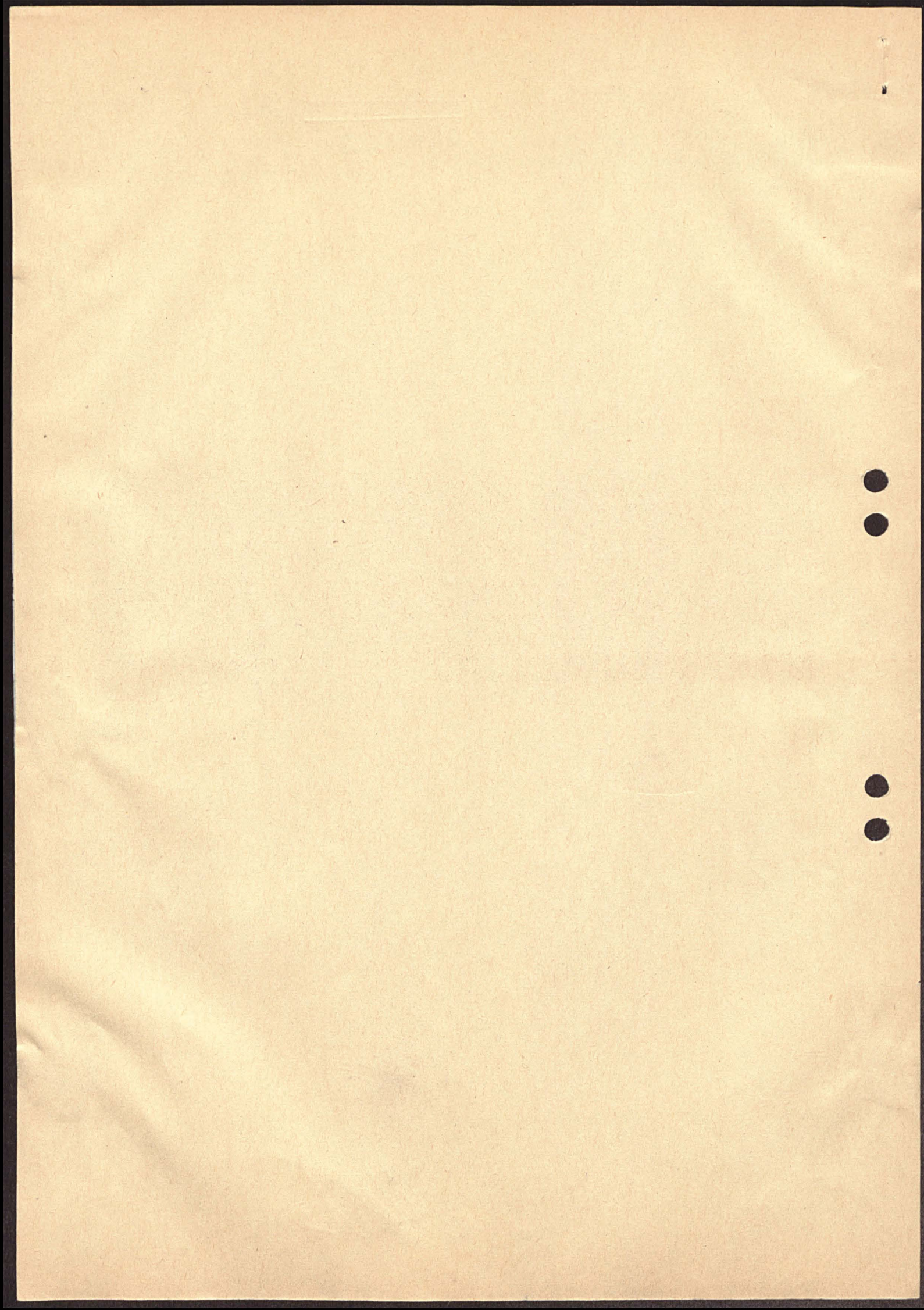
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





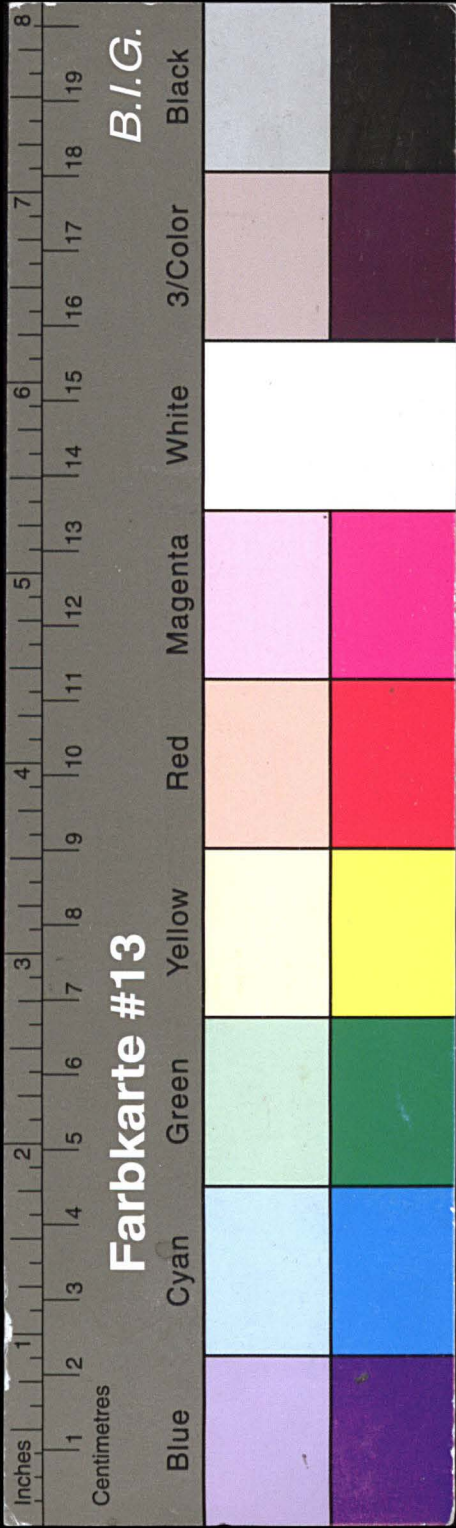
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



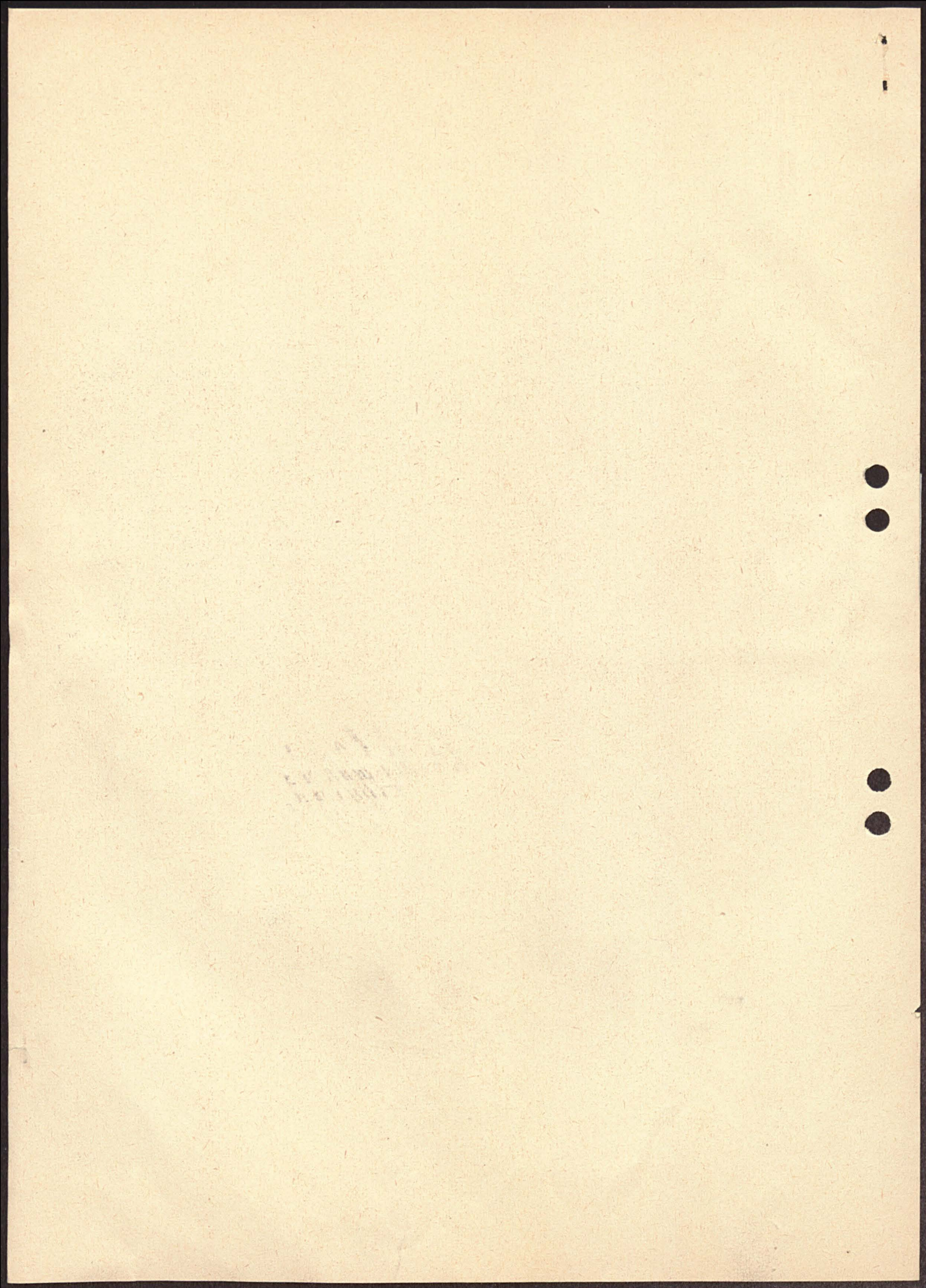
Der Vorstand wünscht, daß dieser Entwurf nochmals mit unserem
Anwalt besprochen werden soll, ob dieses Schreiben herausgehen
soll bzw. in welcher Form dieses Schreiben herausgehen soll.
Über diesen Entwurf wird seitens des Vorstandes ein Beschluß
nicht gefasst. Anschliessend hieran wird noch kurz das von Mini-
sterpräsident Lübcke an Herrn Dr. Sieveking zu richtende Schrei-
ben gestreift, wobei es für zweckmässig erachtet wird, Einzel-
heiten aus der Akte des Herrn Oberpräsidenten, die bei Herrn Kujath
vorhanden ist, zu bringen, da insbesondere auch aus diesen Unter-
lagen ersichtlich ist, daß es derzeit zu einem freiwilligen Ver-
tragsabschluß nicht gekommen ist.

[Signature]



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
sitzung vom ~~Kreitausschuß~~ 8.1.54 20
21

2.)

Hamburger Sparkassenprozeß.

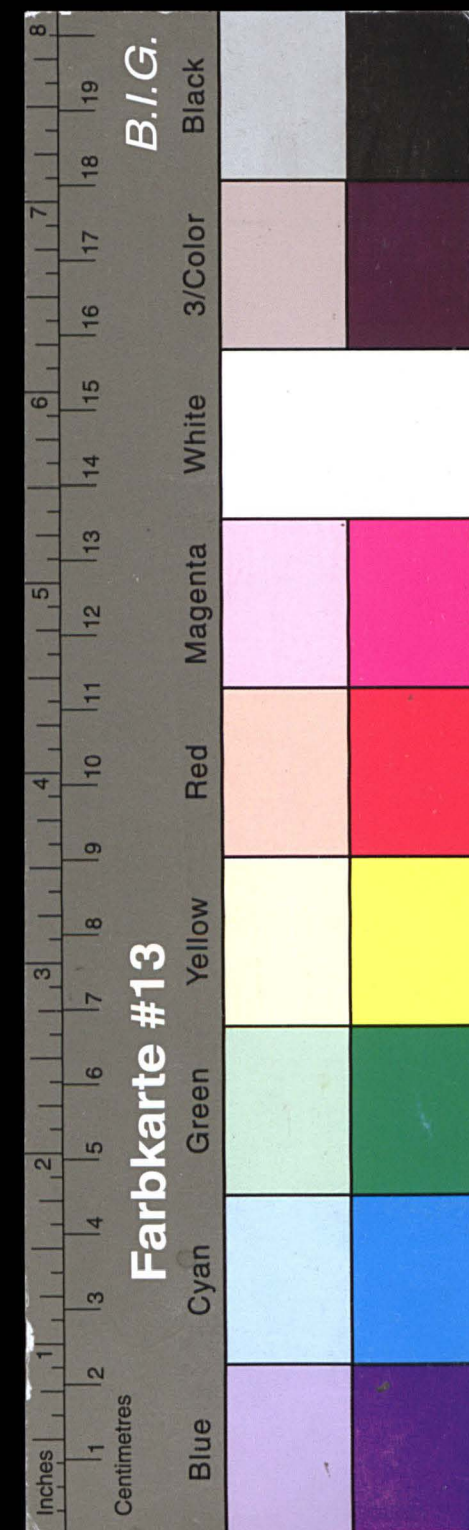
+) Rest-

Der Sparkassenleiter berichtet über die wirtschaftliche Seite bezw. den Stand des Prozesses. Die von den Hamburger Sparkassen errechnete Entschädigung von M 171.500,-- entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Genaue Berechnungen an Hand der Überführungsdaten ergeben eine Restforderung von M 327.109,52.

Der Sparkassenleiter kommt noch einmal auf den Inhalt der Besprechung bei der Hamburger Finanzdeputation zurück. Im Anschluß an diese Besprechung hat Herr Oberregierungsrat Kujath zugesagt, eine Fühlungnahme zwischen dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und dem Bürgermeister von Hamburg herbeizuführen. Herr Oberregierungsrat Kujath vertritt die Ansicht, daß die Hamburger Dienststellen unter allen Umständen verteidigen sollten. Er wird auch der Sparkasse eine entsprechende Stellungnahme hergeben.

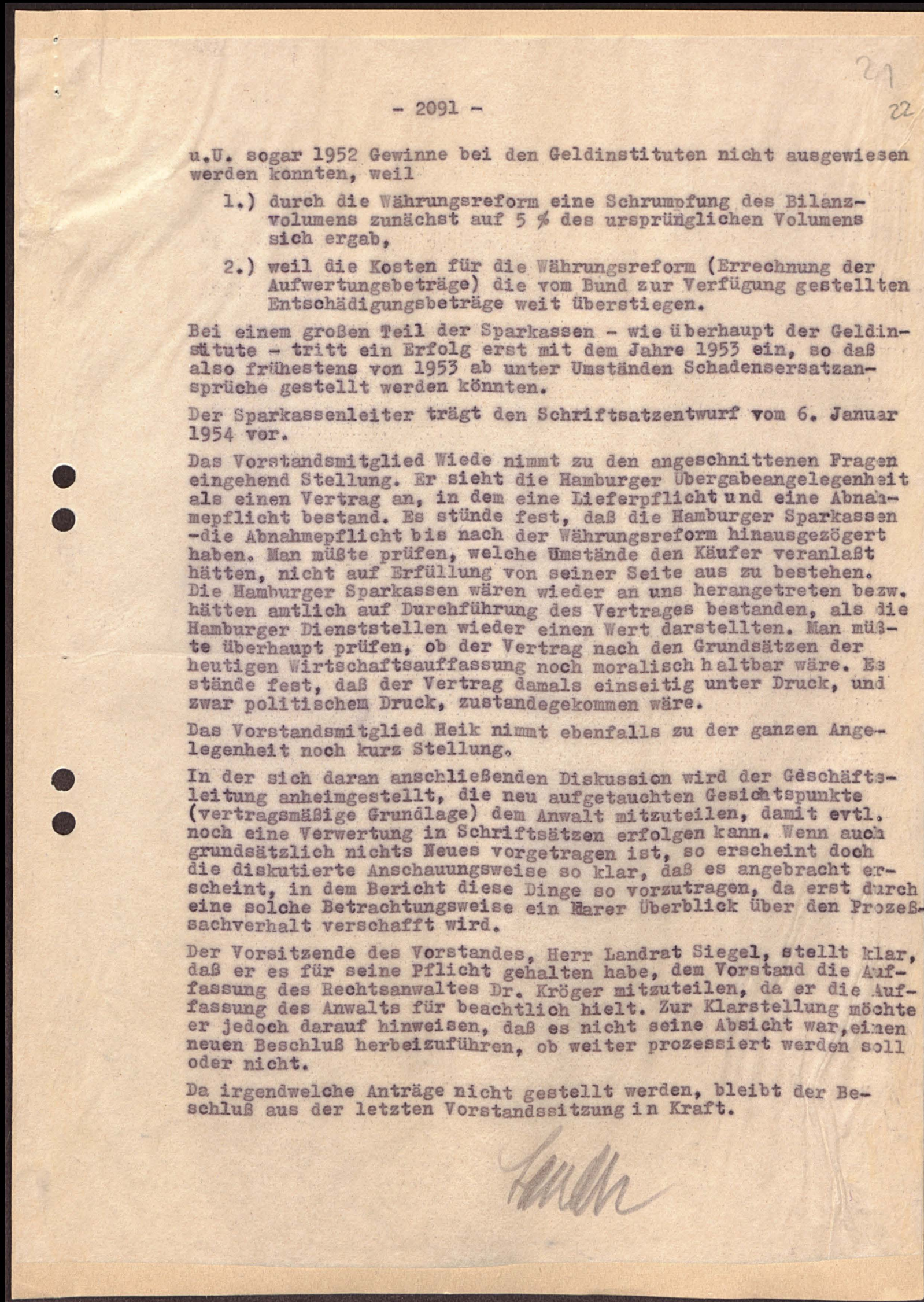
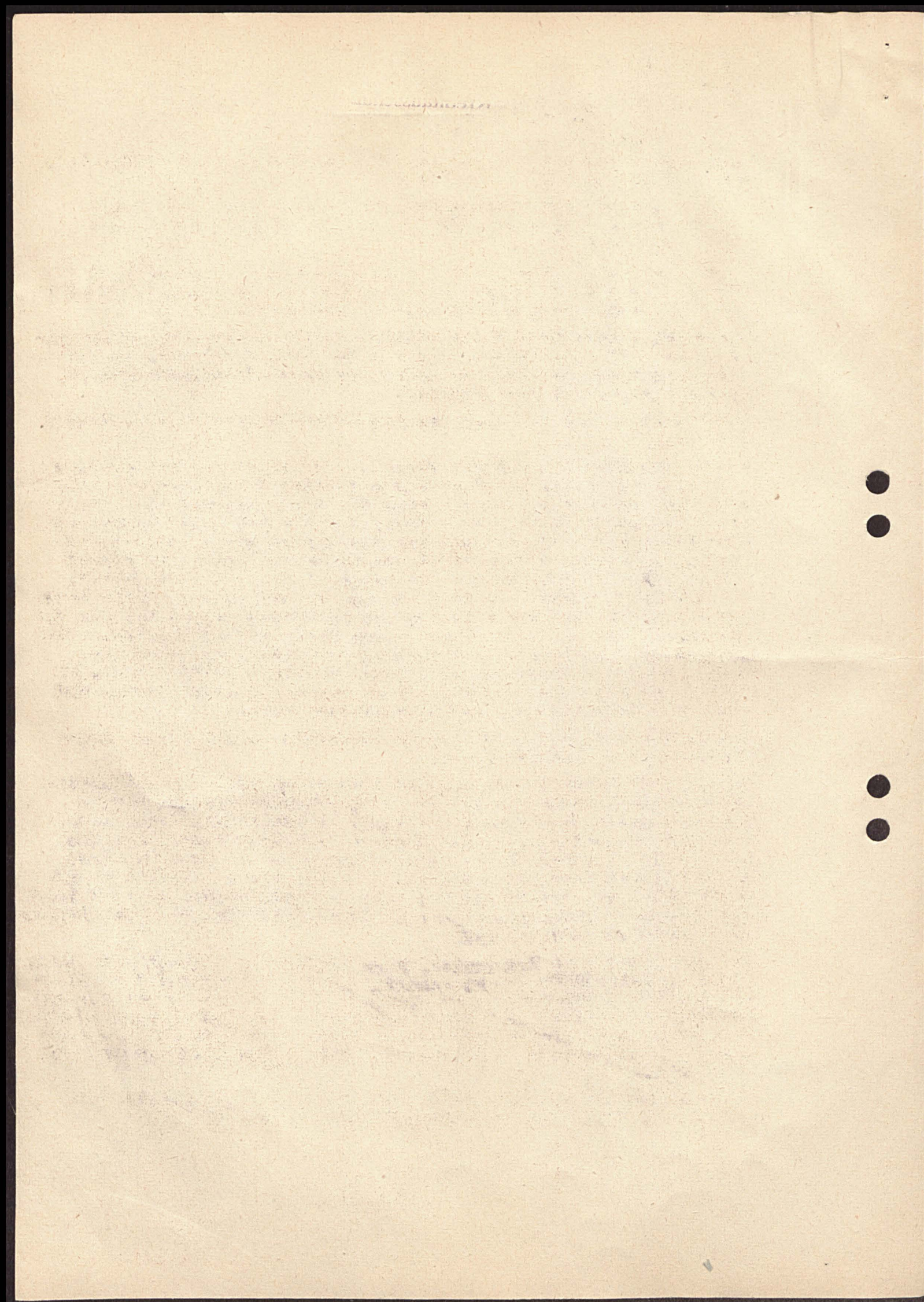
Kreissyndikus Kiesler berichtet über den Auflagenbeschluß, daß die Hamburger Sparkassen ihre Anträge genauer formulieren sollten, bezw. daß auch wir zu den Anträgen Stellung nehmen sollten. Nach den nunmehr berichtigten Anträgen der Hamburger Sparkassen sollen wir verurteilt werden " nach Maßgabe des Vertrages ". Kreissyndikus Kiesler hält auch die neue Errechnung des Restentschädigungsbetrages in Höhe von M 327.109,52 für begründet. In seinen weiteren Ausführungen nimmt Kreissyndikus Kiesler zu den Fragen des Rechtsanwalts Kröger Stellung. Er vertritt die Auffassung, daß man aus dem Auflagenbeschluß des Gerichtes nicht unbedingt entnehmen kann, daß das Urteil gegen uns ergehen wird. In seinen weiteren Ausführungen streift er die Möglichkeit von Schadensersatzansprüchen.

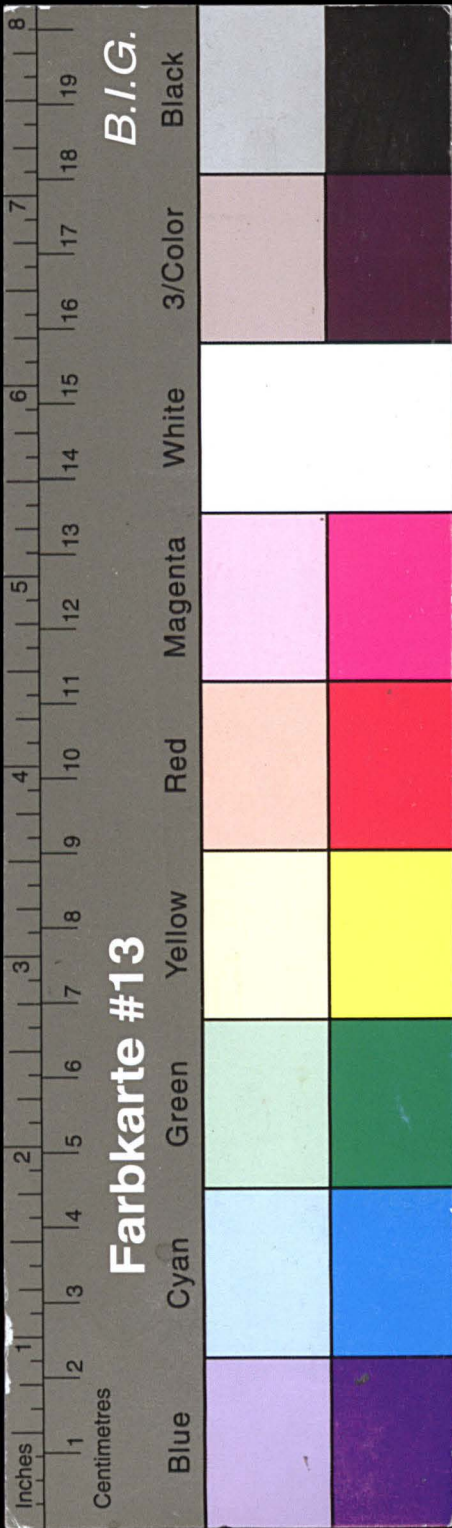
Der stellv. Sparkassenleiter nimmt zu der Frage des Schadensersatzanspruches Stellung. Für die Jahre 1945 - 1948 können Schadensersatzansprüche überhaupt nicht entstehen, weil in diesen Zeitraum eine Erfolgsrechnung bei sämtlichen Geldinstituten anweisungsgemäß nicht vorgenommen wurde. Für die Zeit seit der Währungsreform könnten u.U. Schadensersatzansprüche entstehen; es sei jedoch allgemein bekannt, daß für die Zeit von 1948 -1951



Kreisarchiv Stormarn E103

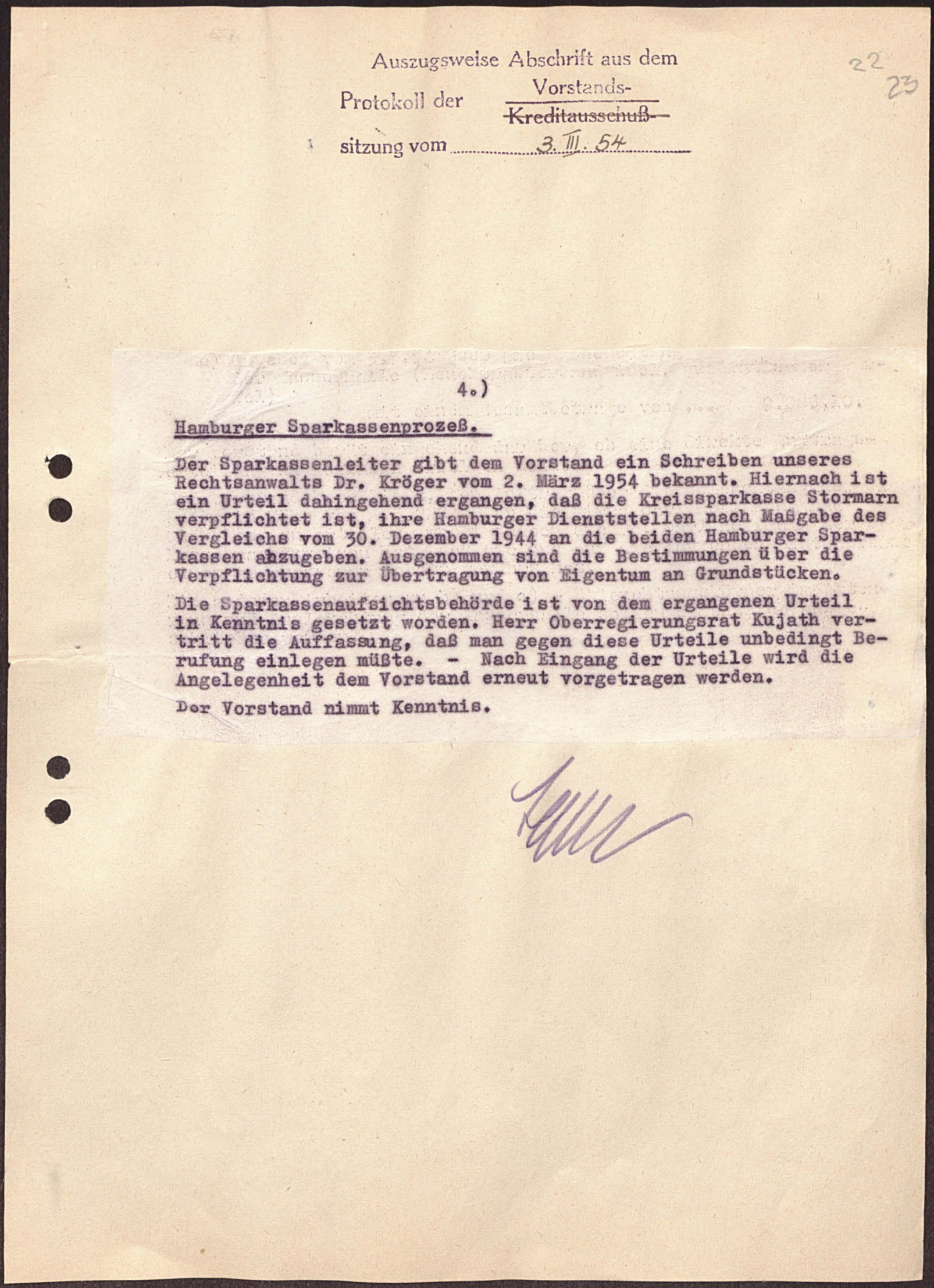
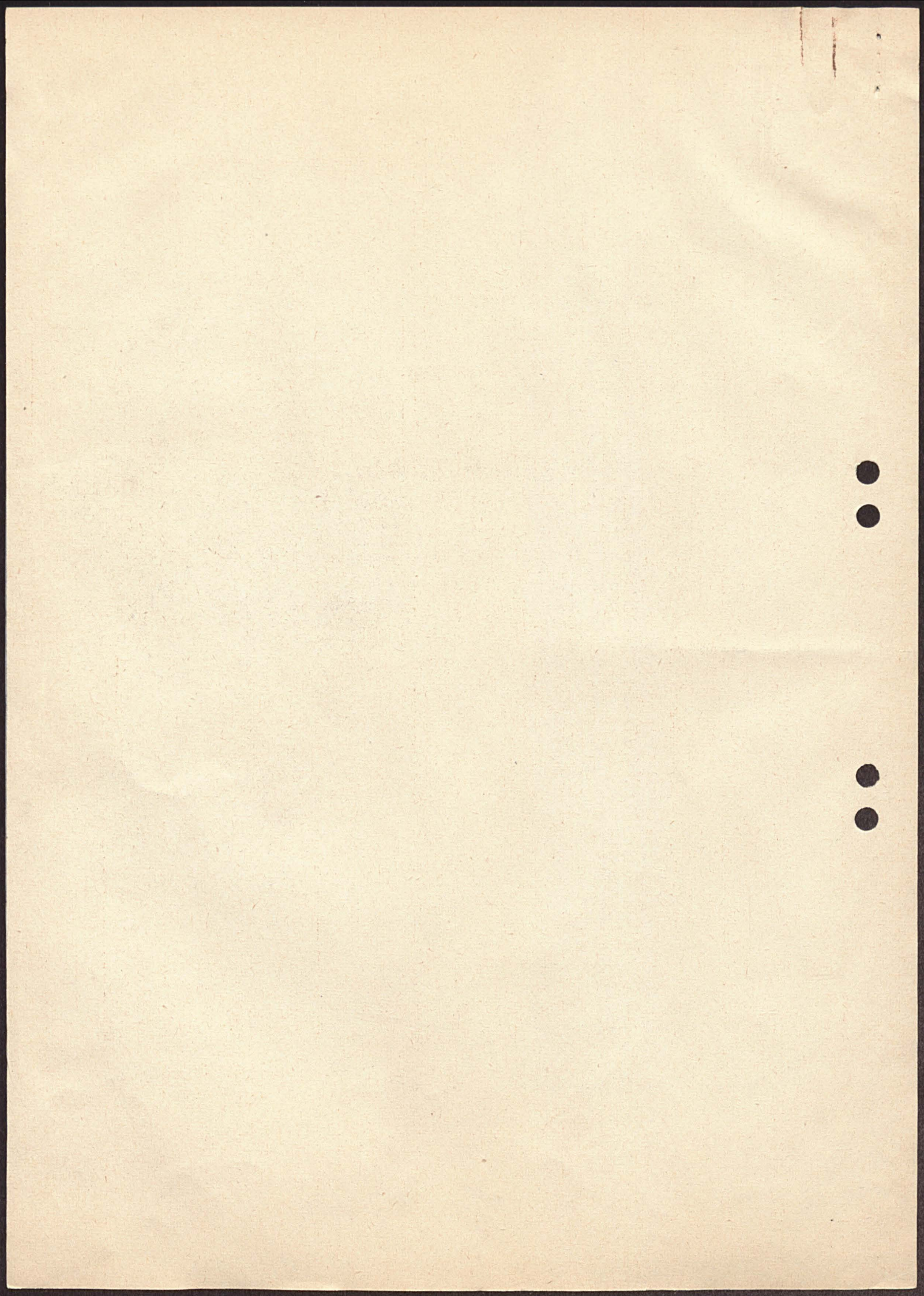
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

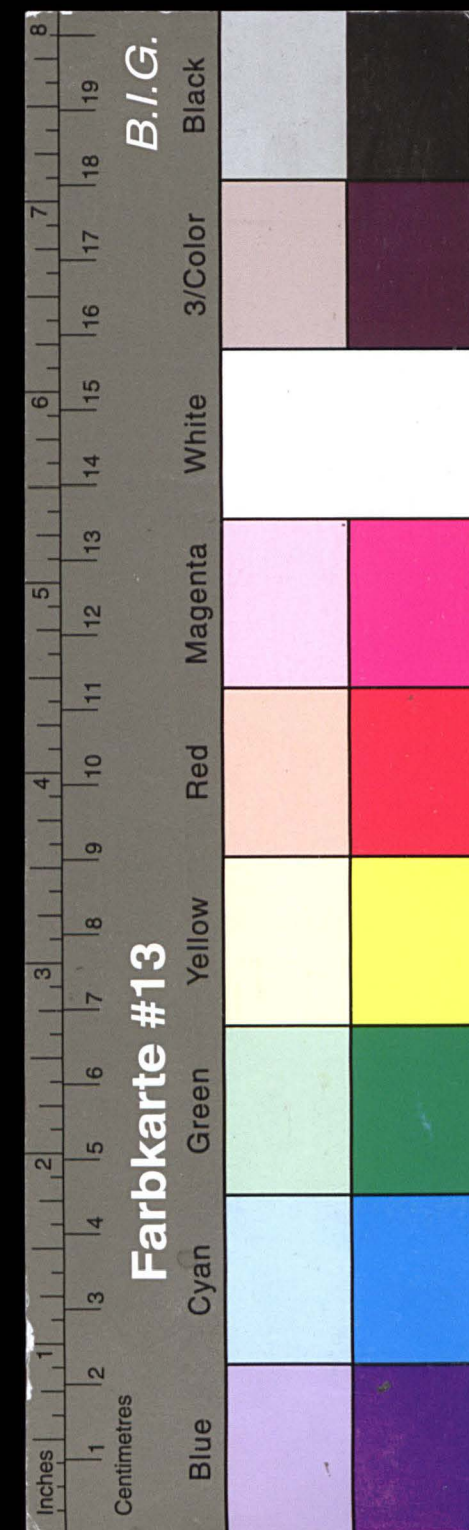




Kreisarchiv Stormarn E103

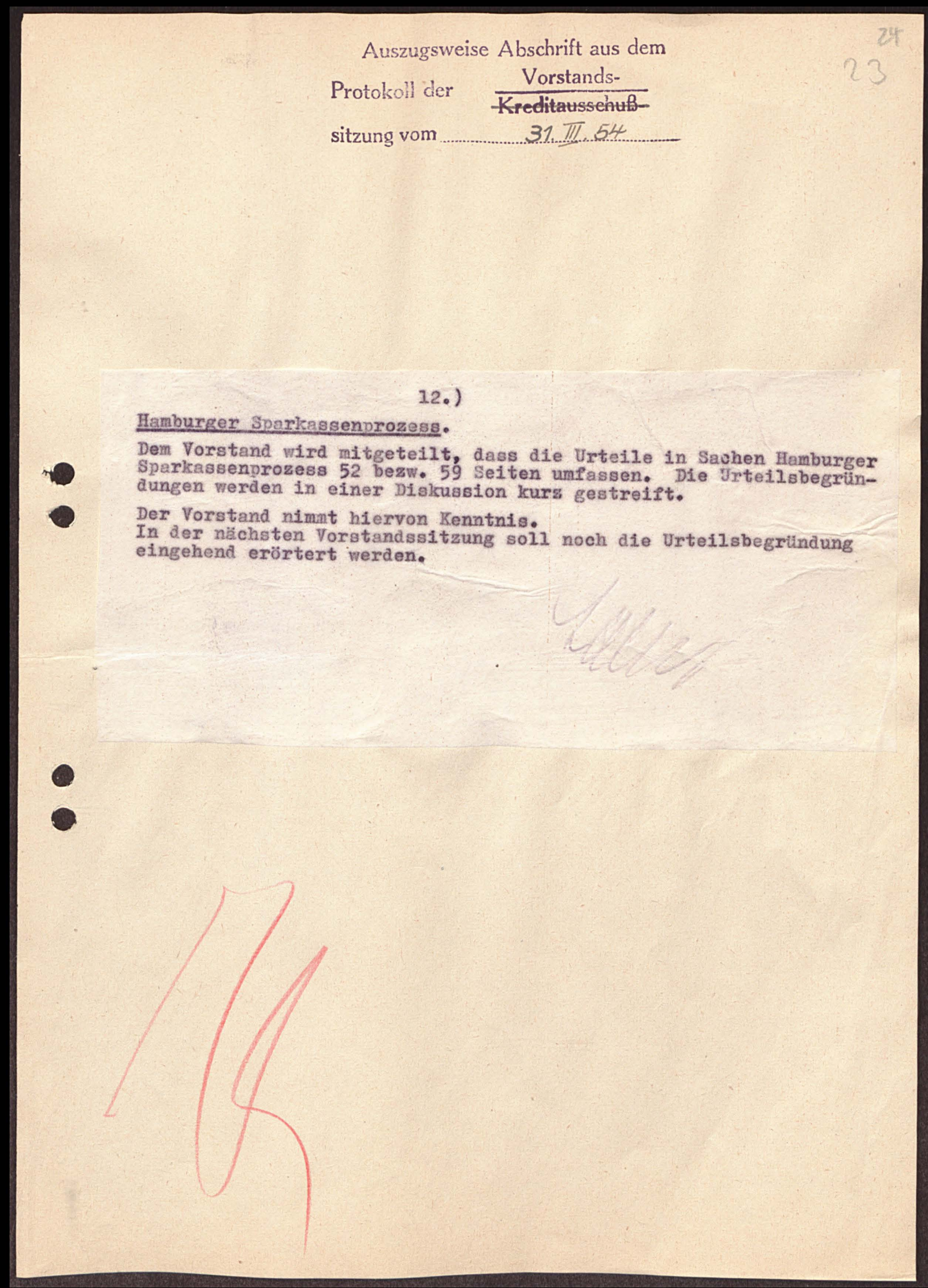
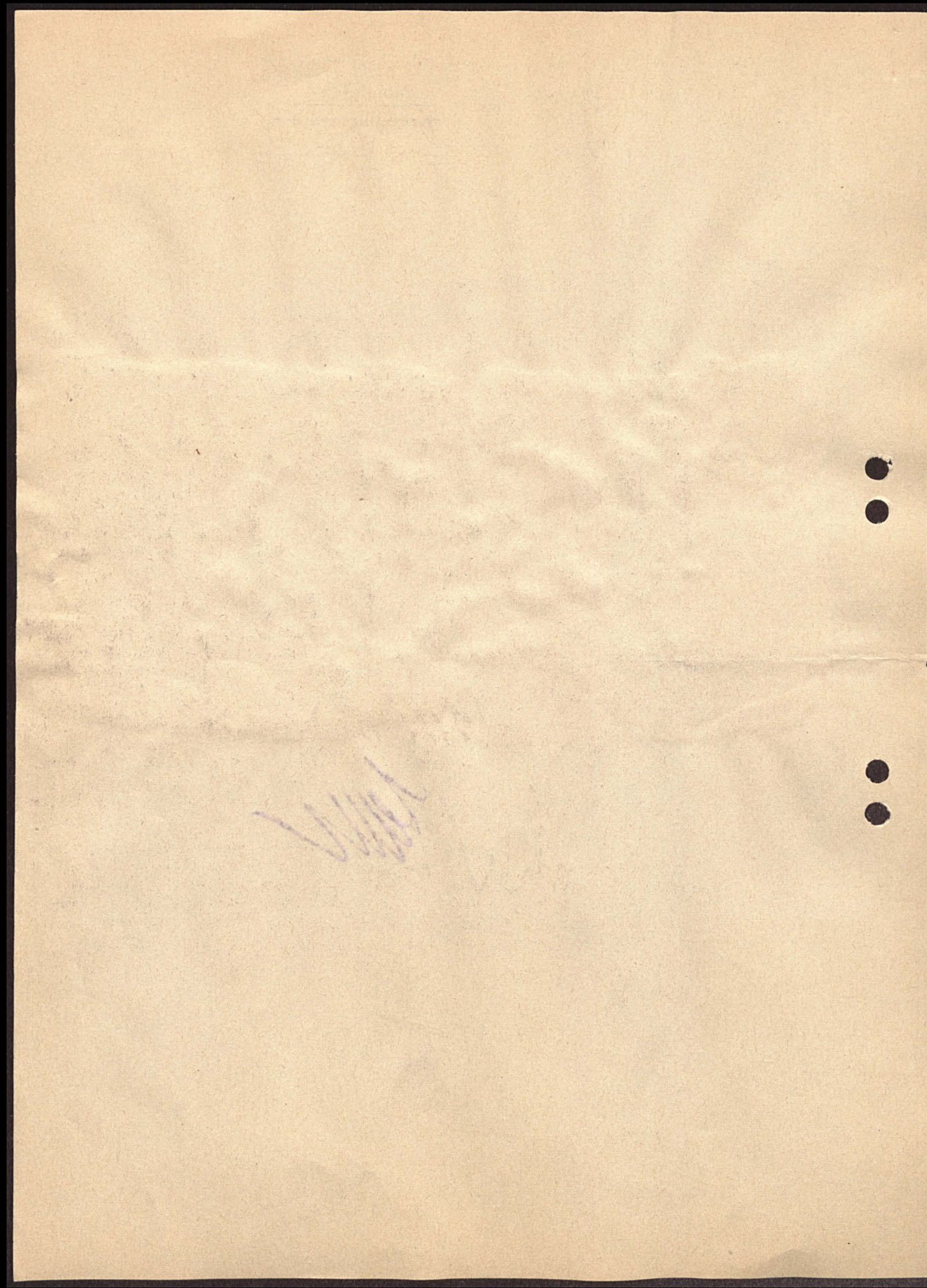
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

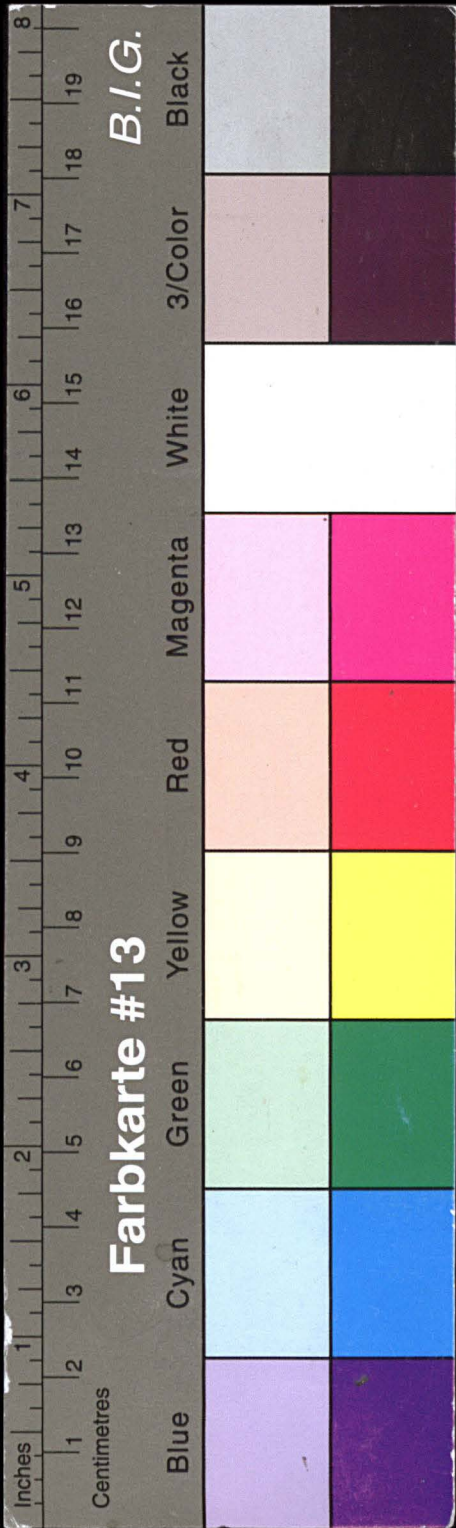




Kreisarchiv Stormarn E103

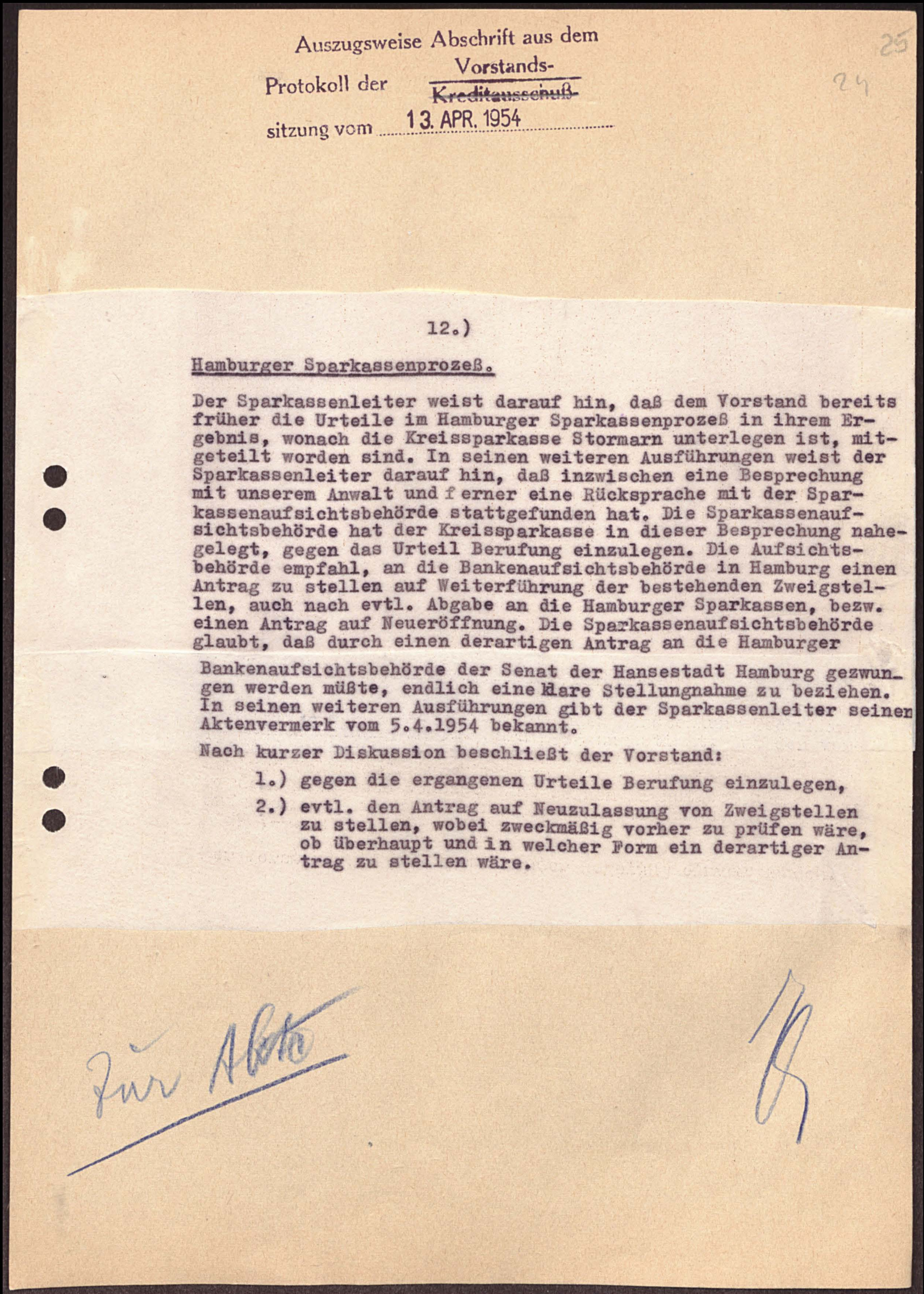
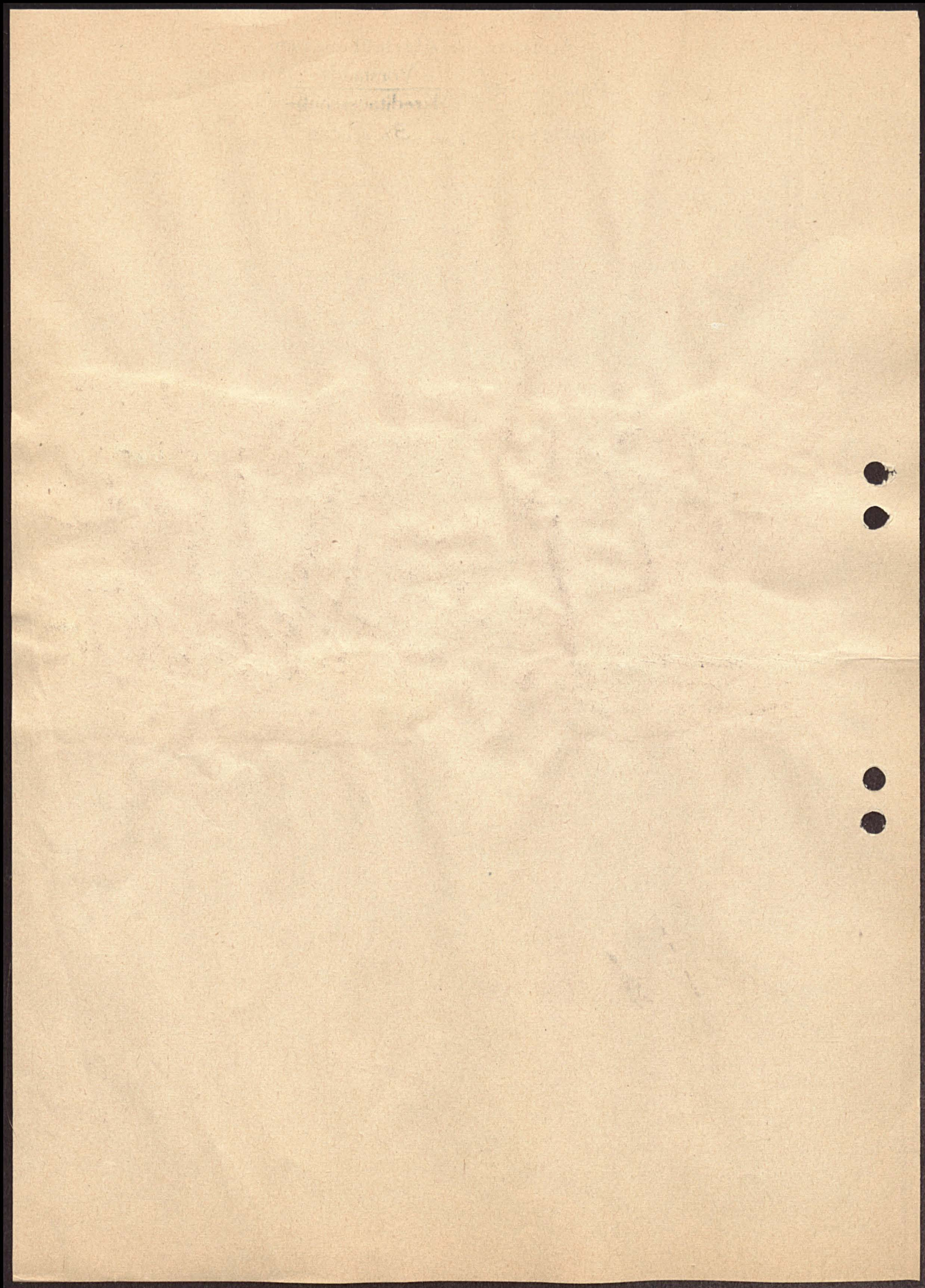
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

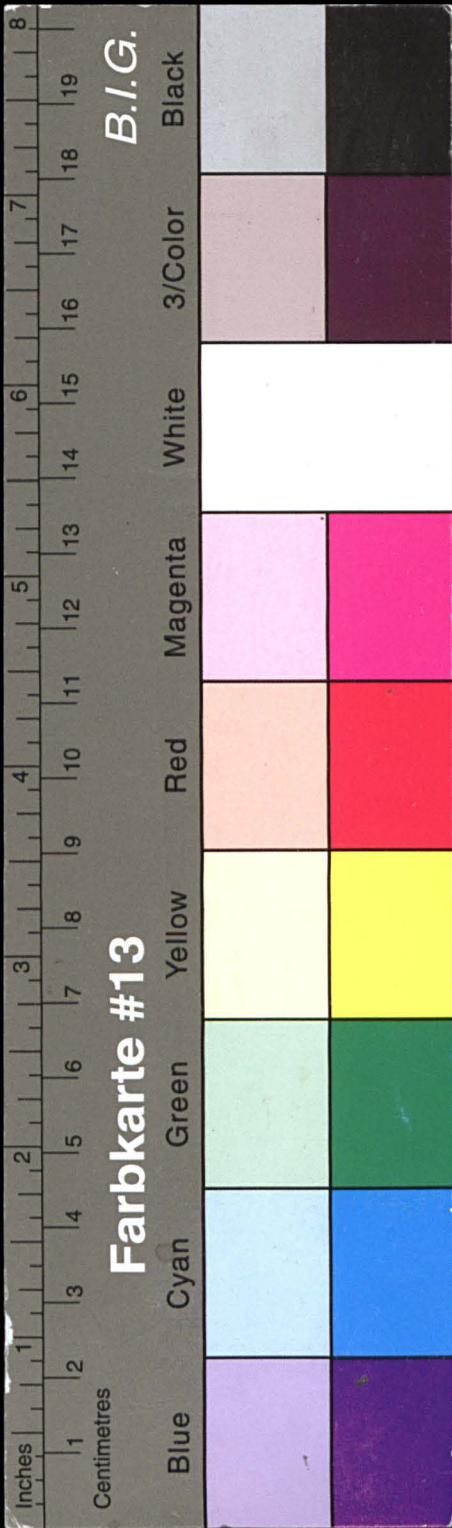




Kreisarchiv Stormarn E103

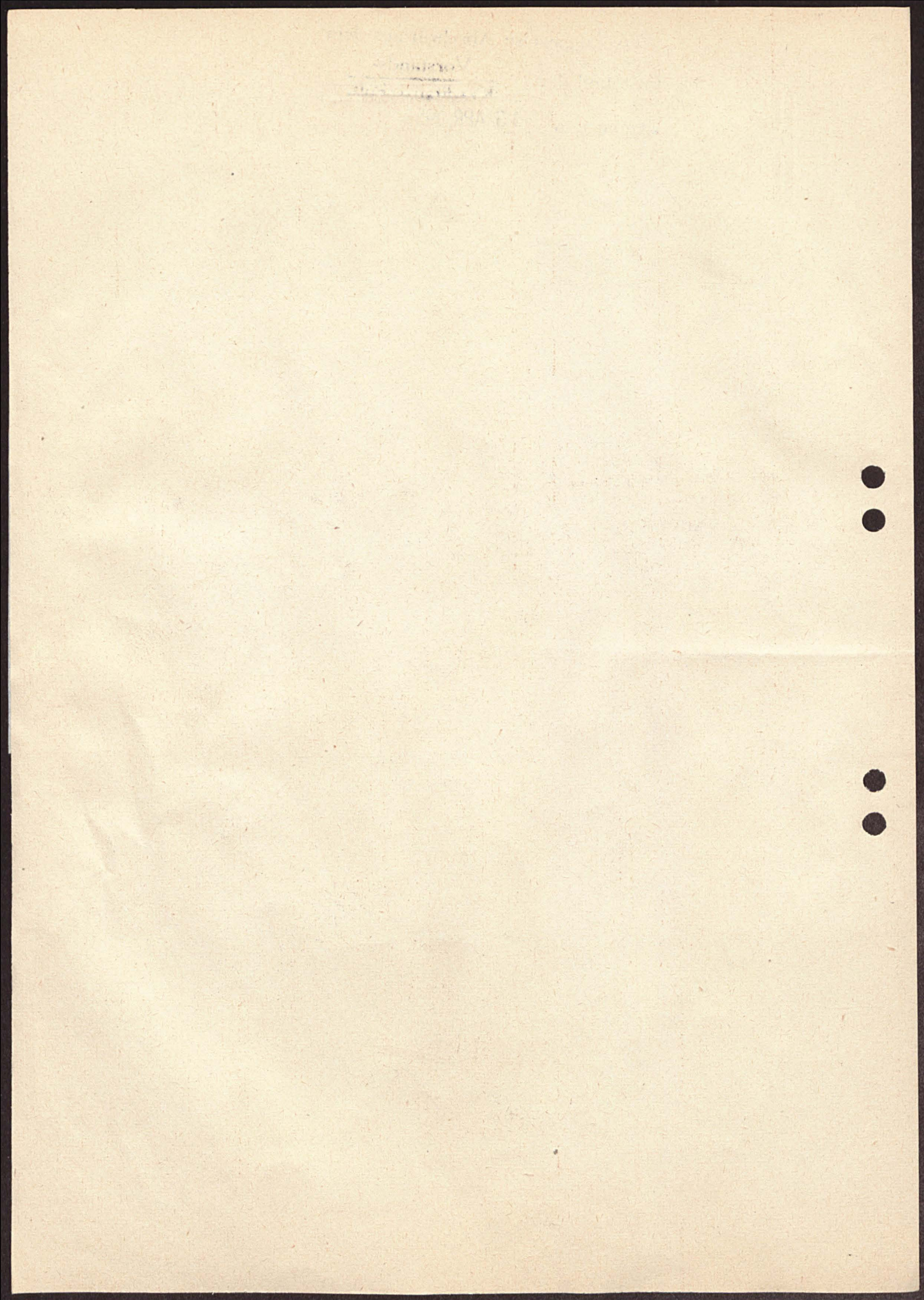
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
Kreditausschuß
sitzung vom 16. NOV. 1954

25²⁶

- 2225 -

18.)

Hamburger Sparkassenprozeß -

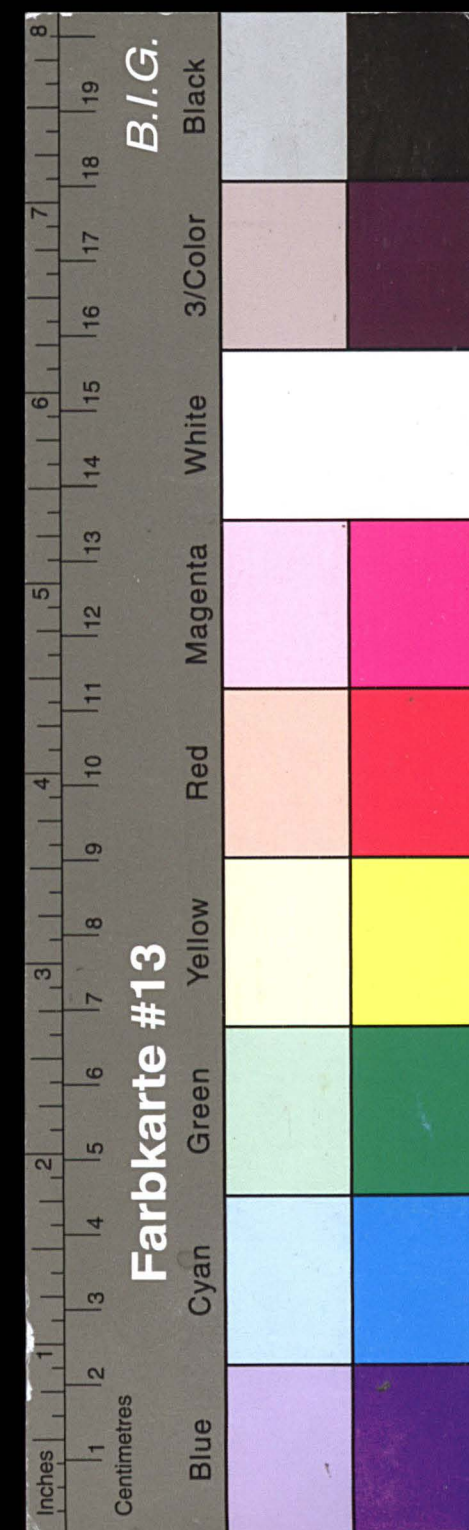
Der Sparkassenleiter gibt den Wortlaut des Schreibens unseres
Anwaltes vom 8. November 1954 dem Vorstand bekannt.

Er trägt weiter vor, daß Herr Oberregierungsrat Kujath von der
Landesregierung hierüber informiert ist. Bei dieser Gelegenheit
hat Herr Oberregierungsrat Kujath dem Sparkassenleiter mitgeteilt,
daß die Ministerpräsidentenaussprache bislang Positives nicht
ergeben hat. Herr ORR. Kujath habe ferner mit Herrn Regierungsdi-
rektor Riehle von der Hansestadt Hamburg gesprochen, um dort die
Genehmigung für die Errichtung von Zweigstellen (bezw. die Aufrecht-
erhaltung) zu erlangen. Diese Verhandlungen mit der Hamburger Ban-
kenaufsicht sollen Aussicht auf Erfolg haben. Der Sparkassenleiter
soll am Ende dieser Woche von der Landesregierung Nachricht erhal-
ten.

In seinen weiteren Ausführungen vertritt der Sparkassenleiter die
Ansicht, daß wir uns durch die angemeldete Schadensersatzforderung
der Hamburger Sparkassen nicht beeindrucken lassen sollen. Es er-
scheint zweckmäßig, zunächst einmal eine abwartende Tendenz zu ver-
folgen und erforderlichenfalls noch einmal vor dem 30. November 54
den Vorstand tagen zu lassen.

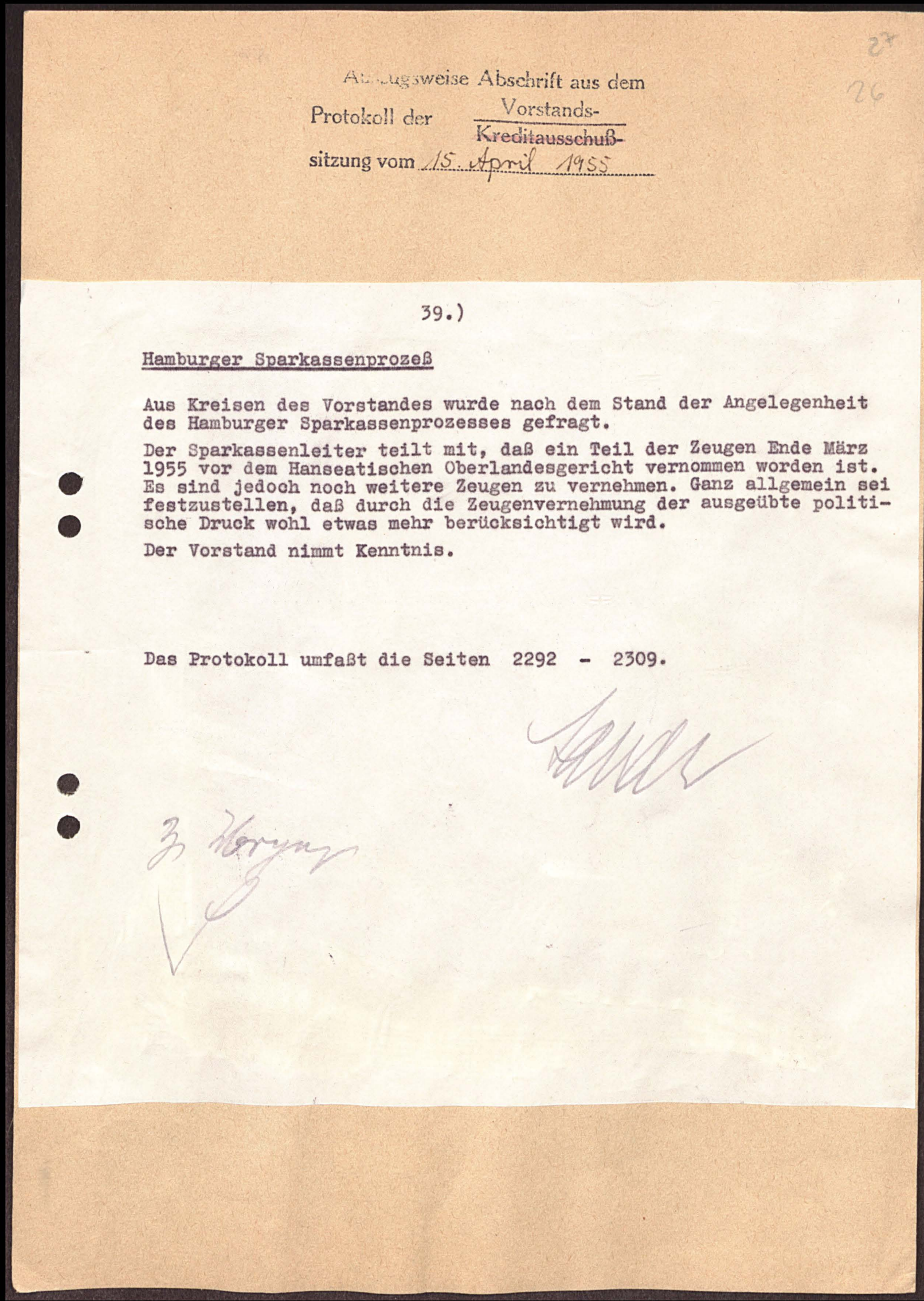
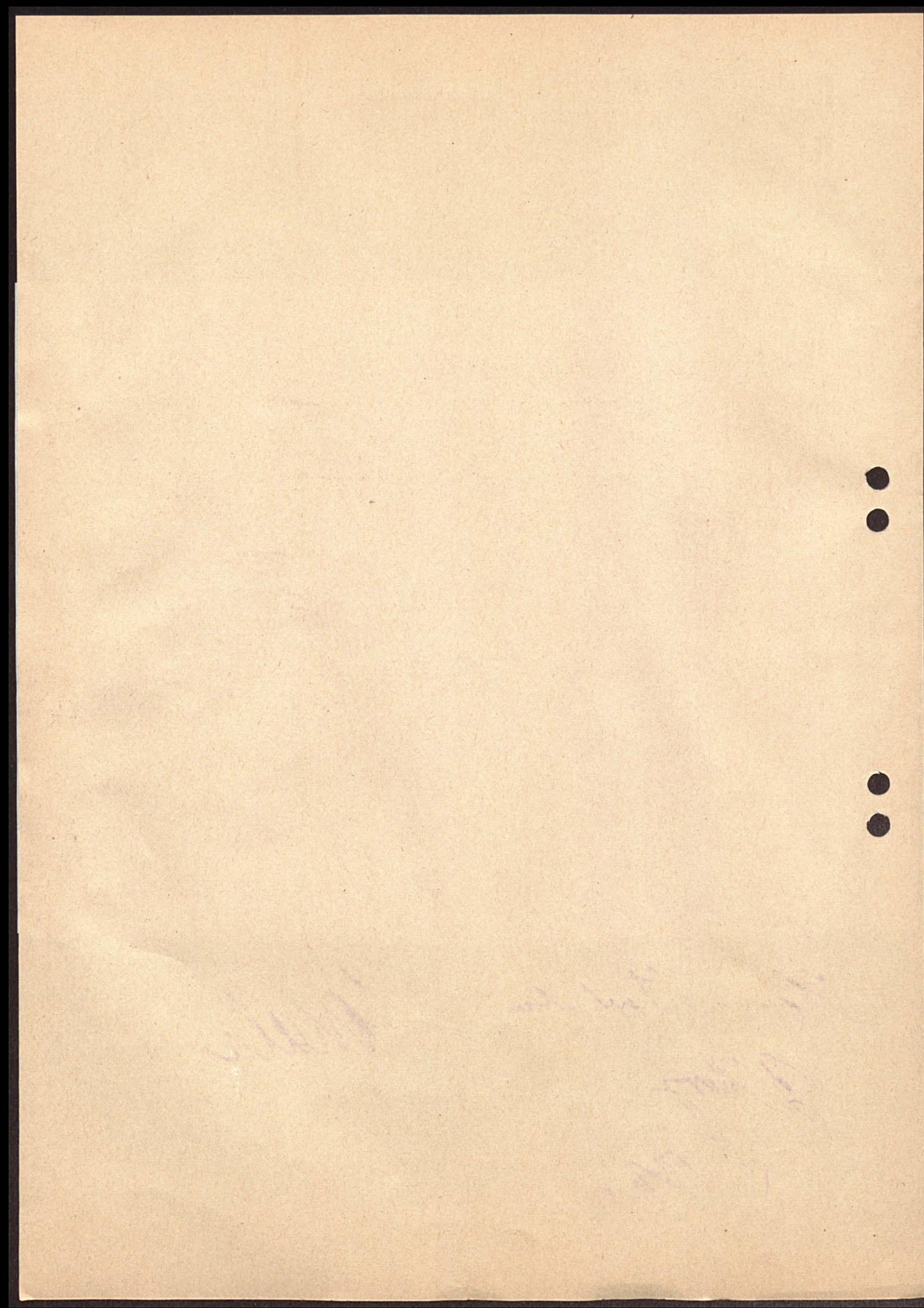
Der Vorstand nimmt Kenntnis.

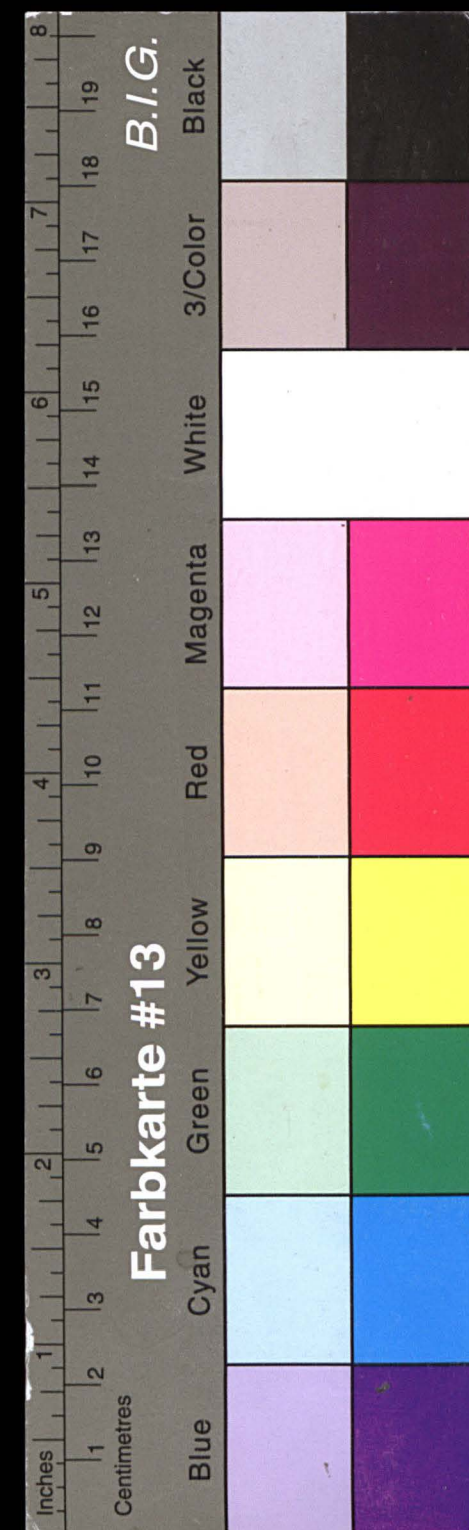
Korvin Yorhau *Wahr*
J. Herz
V. 13.11.54



Kreisarchiv Stormarn E103

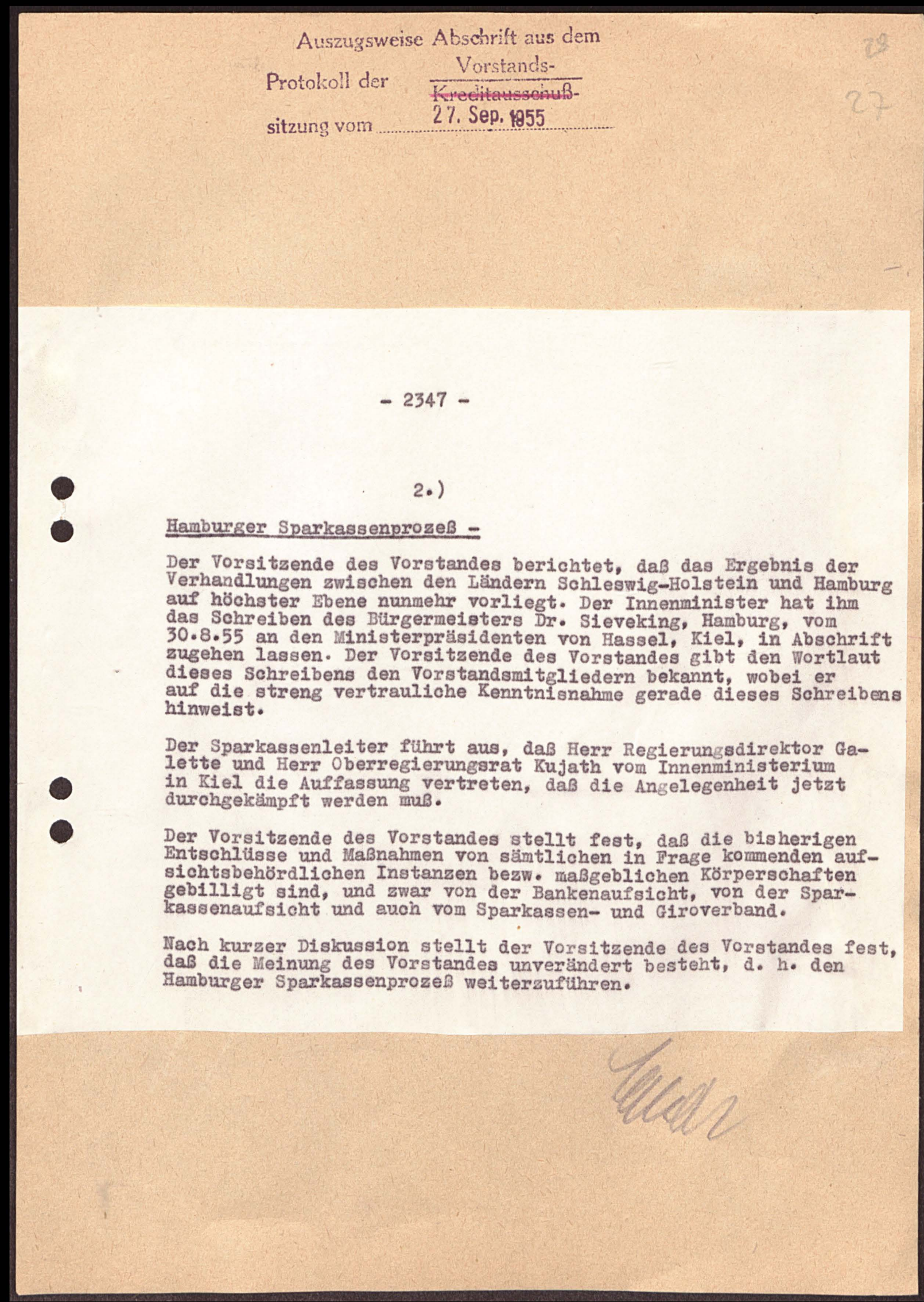
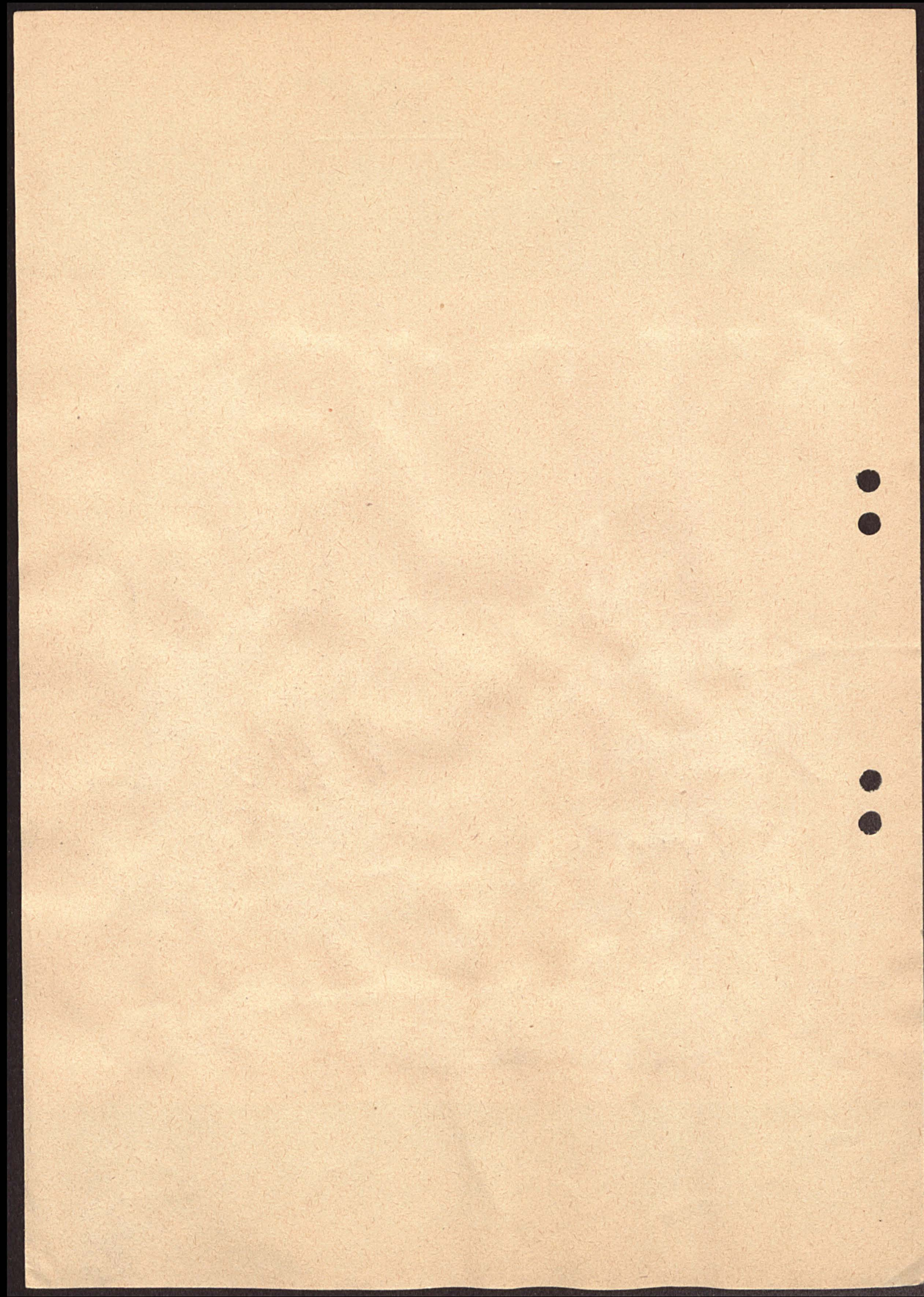
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Vorstands-
Protokoll der ~~Kreditausschuß~~
sitzung vom 27. Sep. 1955

- 2347 -

2.)

Hamburger Sparkassenprozeß -

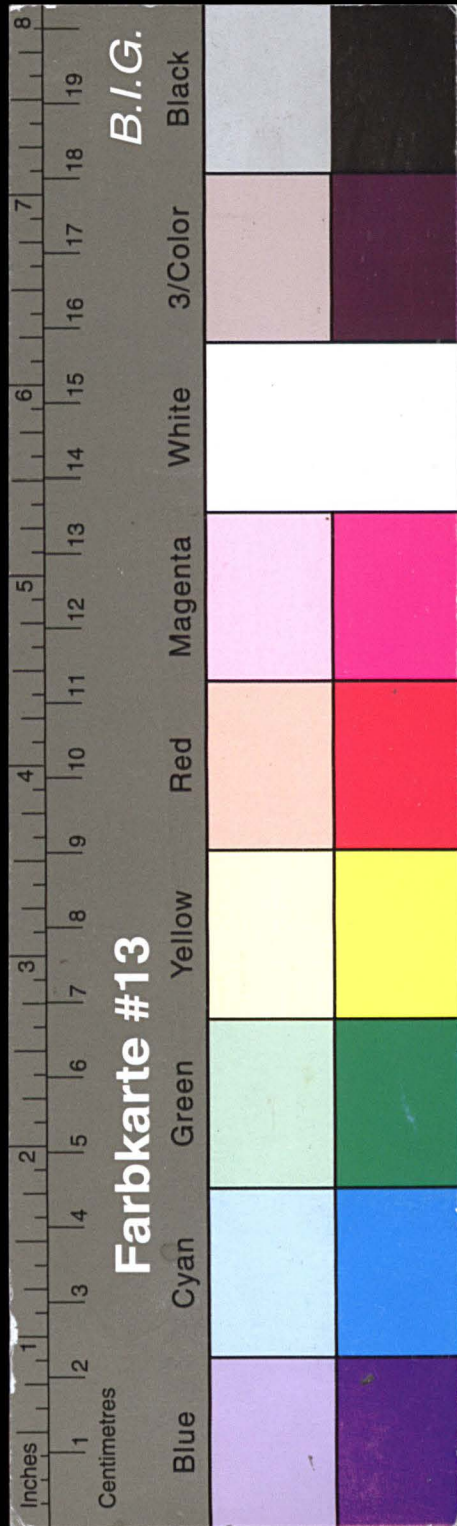
Der Vorsitzende des Vorstandes berichtet, daß das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg auf höchster Ebene nunmehr vorliegt. Der Innenminister hat ihm das Schreiben des Bürgermeisters Dr. Sieveking, Hamburg, vom 30.8.55 an den Ministerpräsidenten von Hassel, Kiel, in Abschrift zugehen lassen. Der Vorsitzende des Vorstandes gibt den Wortlaut dieses Schreibens den Vorstandsmitgliedern bekannt, wobei er auf die streng vertrauliche Kenntnisnahme gerade dieses Schreibens hinweist.

Der Sparkassenleiter führt aus, daß Herr Regierungsdirektor Gallette und Herr Oberregierungsrat Kujath vom Innenministerium in Kiel die Auffassung vertreten, daß die Angelegenheit jetzt durchgekämpft werden muß.

Der Vorsitzende des Vorstandes stellt fest, daß die bisherigen Entschlüsse und Maßnahmen von sämtlichen in Frage kommenden aufsichtsbehördlichen Instanzen bzw. maßgeblichen Körperschaften gebilligt sind, und zwar von der Bankenaufsicht, von der Sparkassenaufsicht und auch vom Sparkassen- und Giroverband.

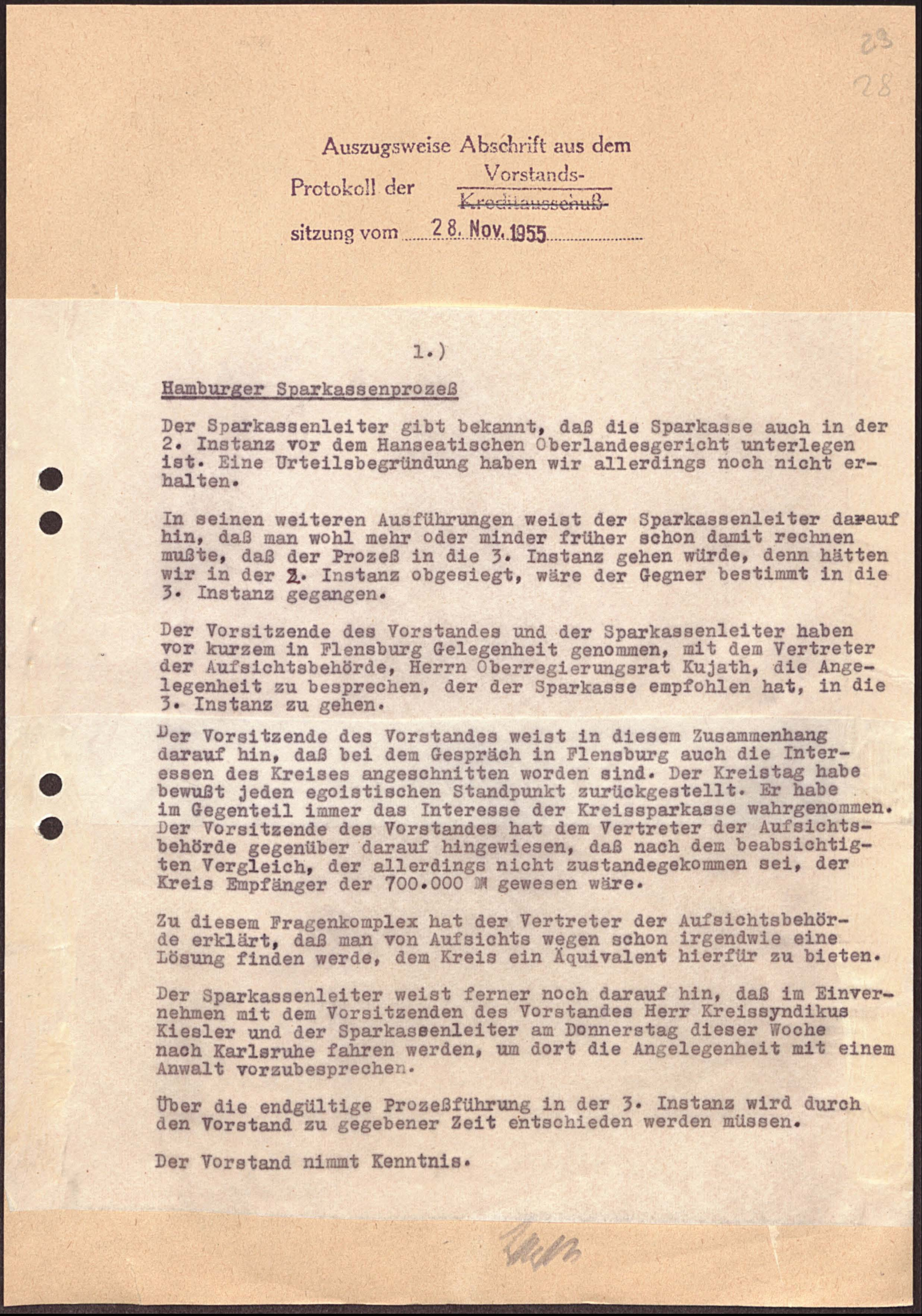
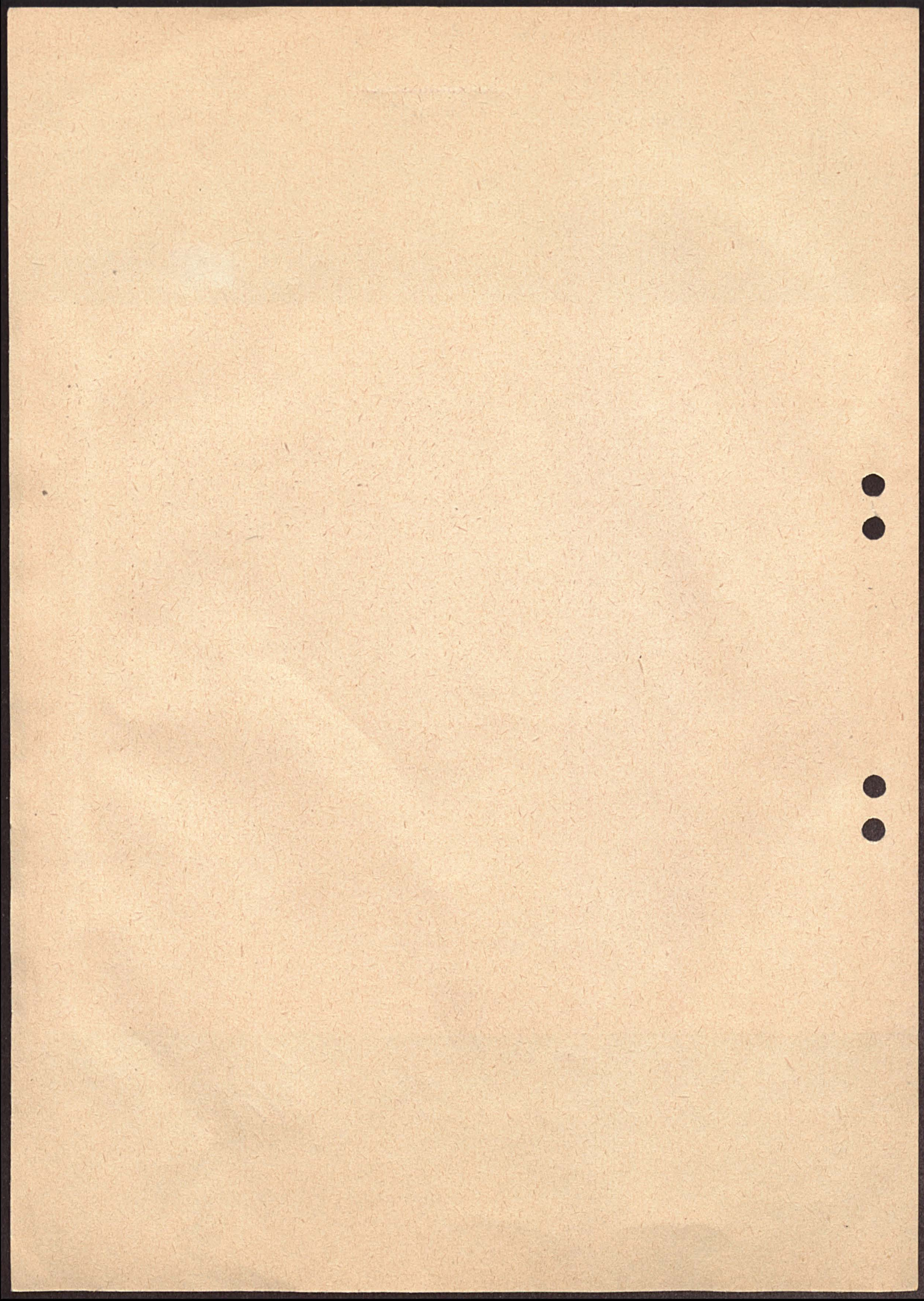
Nach kurzer Diskussion stellt der Vorsitzende des Vorstandes fest, daß die Meinung des Vorstandes unverändert besteht, d. h. den Hamburger Sparkassenprozeß weiterzuführen.

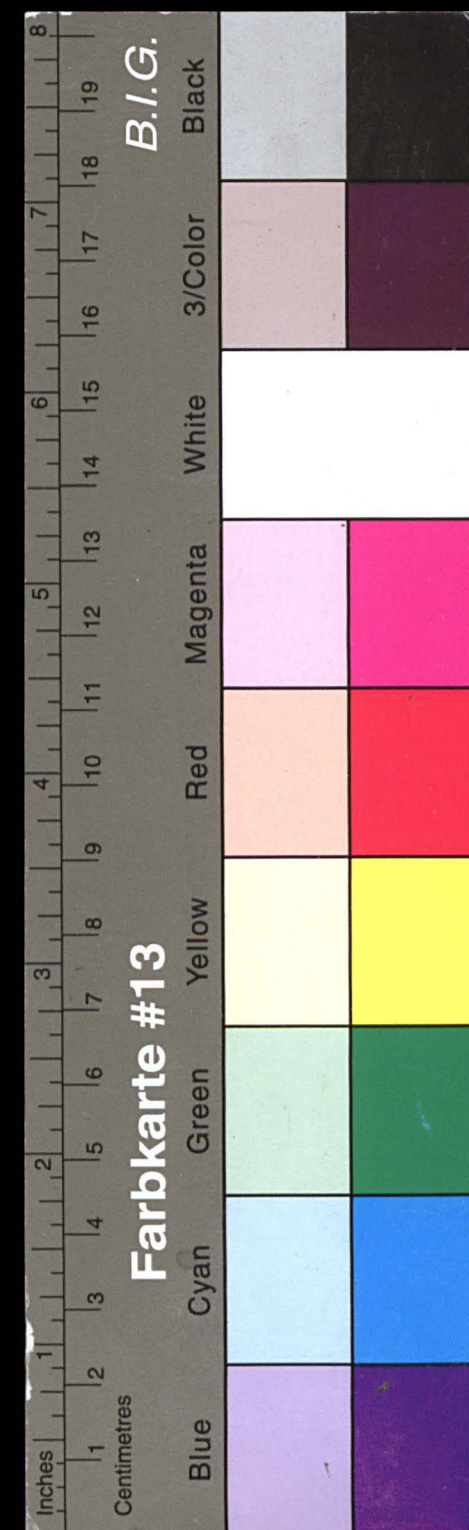
J. Müller



Kreisarchiv Stormarn E103

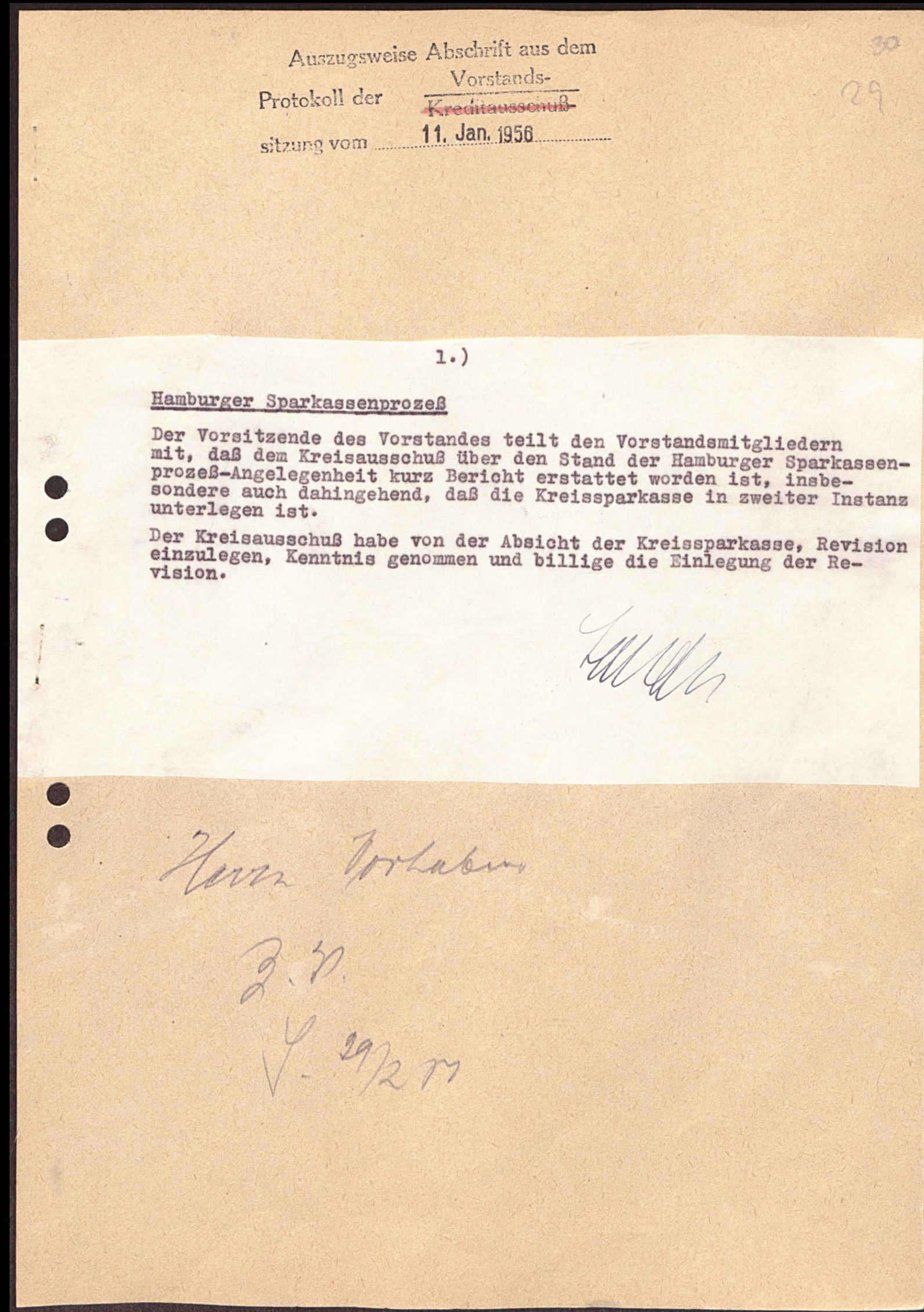
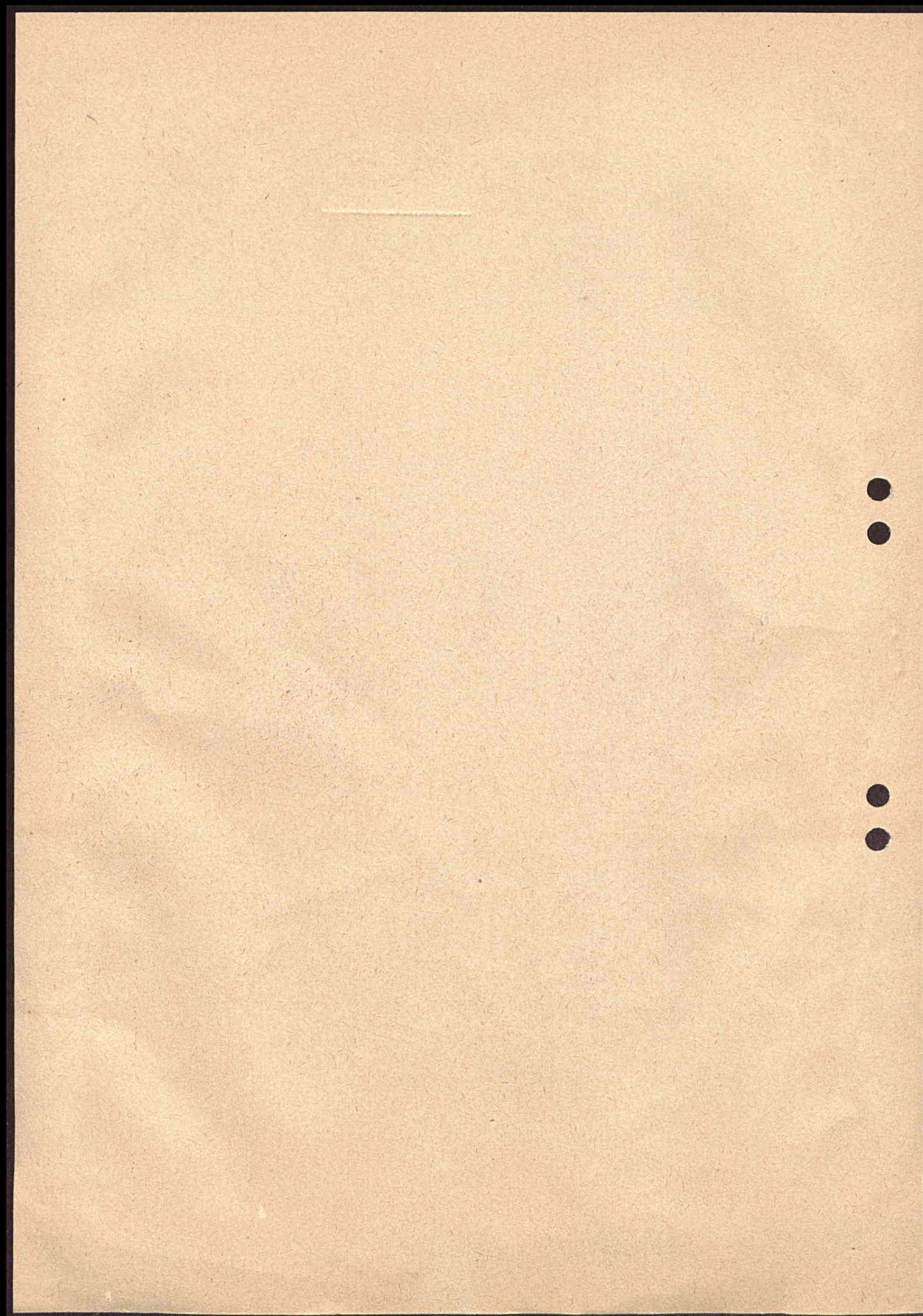
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

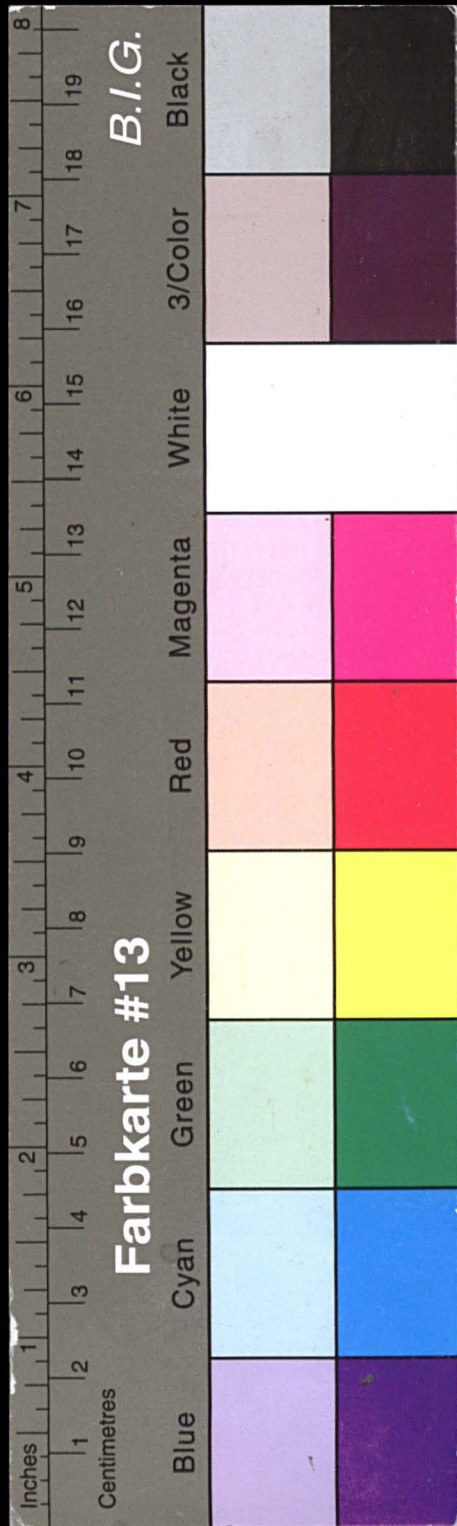




Kreisarchiv Stormarn E103

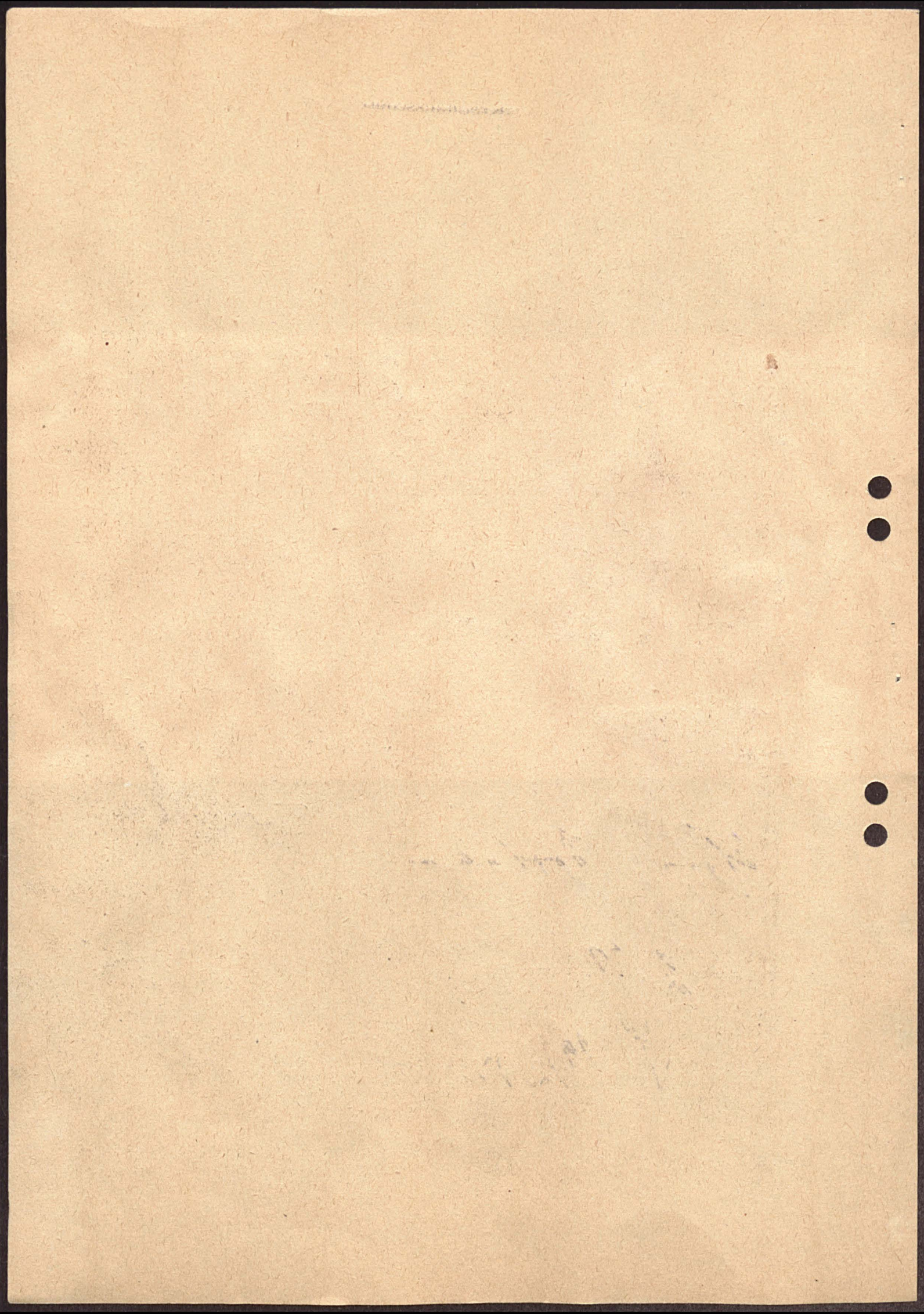
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



31
30

- 2419 -

Herr Kreissyndikus K i e s l e r nimmt zu dem ergangenen Urteil der II. Instanz Stellung. Auch aus der Formulierung des Urteils ergäbe sich wieder, daß noch stärker als in der I. Instanz ein "pro Hamburg - Standpunkt" eingenommen worden sei. Herr Dr. Mithling wäre der einzige Zeuge gewesen, der sich noch sehr gut an alle Dinge in ihren Einzelheiten hätte erinnern können. Die Aussagen von Herrn Dr. M ü t h l i n g hätten jedoch nicht das erwartete Echo im Urteil gefunden. Aus dem Urteil bleibt als einziges Zugeständnis an unsere Auffassung über die ganze Angelegenheit bemerkenswert die Feststellung des Gerichts, daß, wenn eine aufsichtsbehördliche Genehmigung erforderlich gewesen wäre, der Vertrag nichts rechtsgültig gewesen wäre. Es würde im Revisionsverfahren insbesondere darauf ankommen, diesen Gesichtspunkt besonders herauszustellen, d.h. daß die Genehmigung erforderlich gewesen wäre, aber nicht vorgelegen habe. Der Standpunkt, daß durch Anwesenheit der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums die Genehmigung der Aufsichtsbehörde stillschweigend ersetzt sei, sei unrichtig.

Herr Kreissyndikus Kiesler teilte ferner mit, daß auf Vorschlag von Herrn Rechtsanwalt Reiche, der uns im Trittau Sparkassenprozeß vertritt, der Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof Dr. K r i l l e , Karlsruhe, mit der Wahrnehmung unserer Interessen beauftragt worden sei. Nach Rückfrage bei entsprechenden Sparkassenverbandsinstitutionen habe man außerdem noch Herrn Prof. Dr. M ö h r i n g , Karlsruhe, mit der Vertretung unserer Interessen beauftragt.

Mit Herrn RA. Dr. Krille habe bereits eine Vorbesprechung stattgefunden, als das Urteil des Oberlandesgerichts allerdings noch nicht bekannt gewesen sei. Herr Dr. Krille habe zum Ausdruck gebracht, daß es auch ohne Kenntnis der Urteilsbegründung schwer zu verantworten sei, auf die Einlegung der Revision zu verzichten. Man könne sich des Eindrucks bei der ganzen Angelegenheit nicht erwehren, daß die ganze Hamburger Atmosphäre bei der Urteilsfindung doch eine Rolle gespielt habe. Bei einer Beurteilung und Entscheidung vorm Bundesgerichtshof würde die ganze Angelegenheit aus der Lokalatmosphäre herausgehoben sein.

Herr Kreissyndikus Kiesler bringt zum Ausdruck, daß er von sich aus dazu raten würde, die Revision einzulegen.

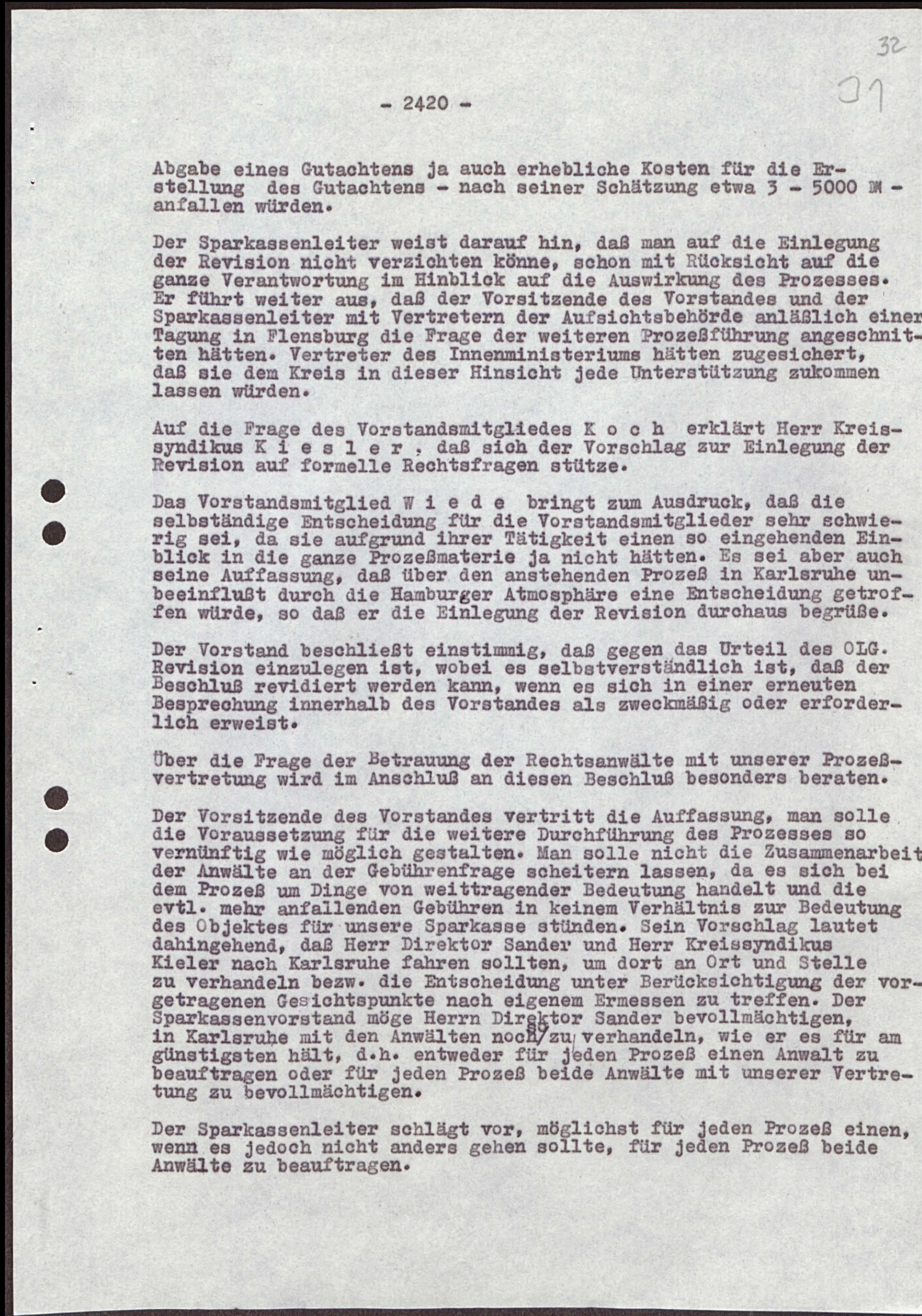
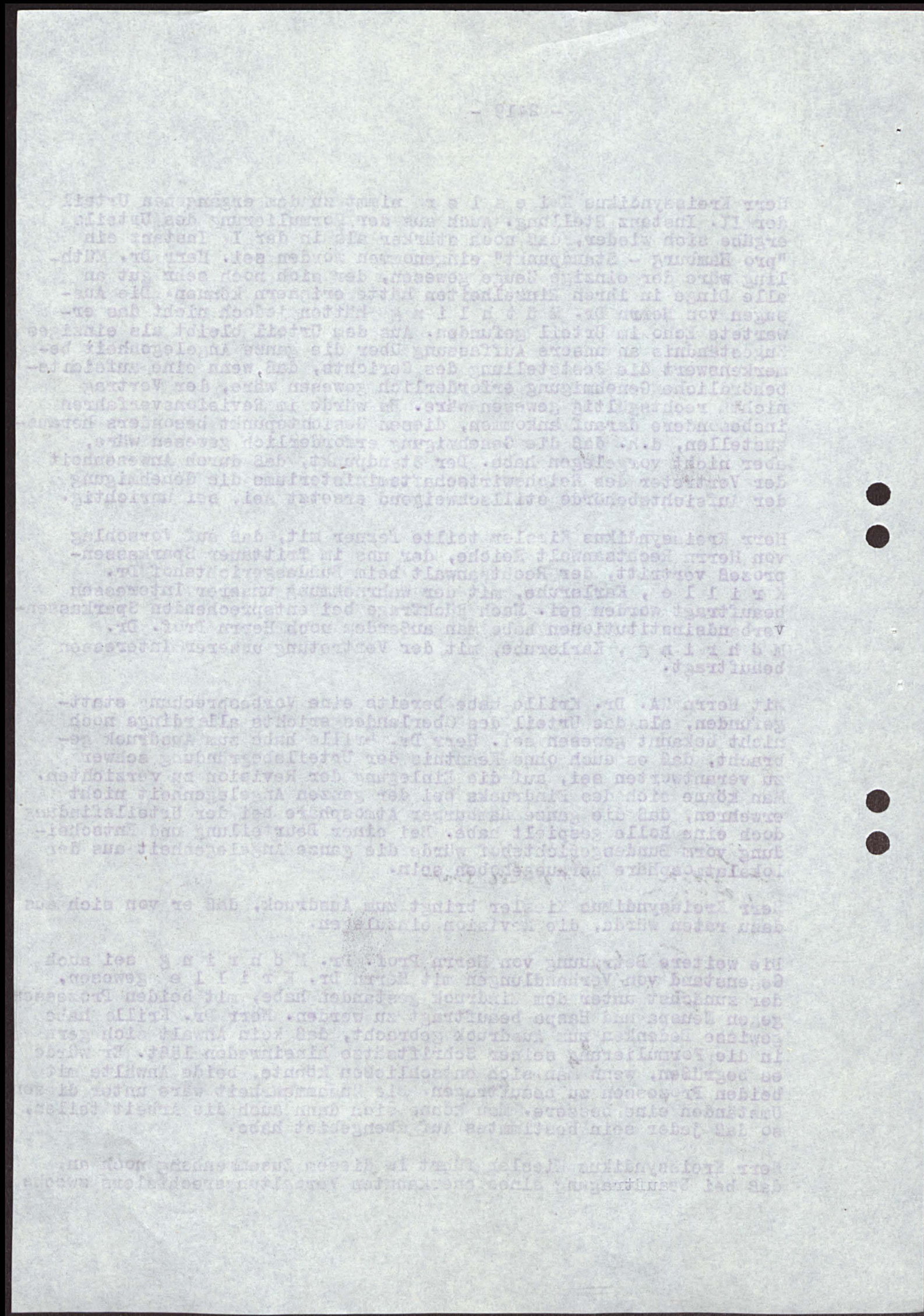
Die weitere Betrauung von Herrn Prof. Dr. M ö h r i n g sei auch Gegenstand von Verhandlungen mit Herrn Dr. K r i l l e gewesen, der zunächst unter dem Eindruck gestanden habe, mit beiden Prozessen gegen Neuspa und Haspa beauftragt zu werden. Herr Dr. Krille habe gewisse Bedenken zum Ausdruck gebracht, daß kein Anwalt sich gern in die Formulierung seiner Schriftsätze hineinreden läßt. Er würde es begrüßen, wenn man sich entschließen könnte, beide Anwälte mit beiden Prozessen zu beauftragen. Die Zusammenarbeit wäre unter diesen Umständen eine bessere. Man könne sich dann auch die Arbeit teilen, so daß jeder sein bestimmtes Aufgabengebiet habe.

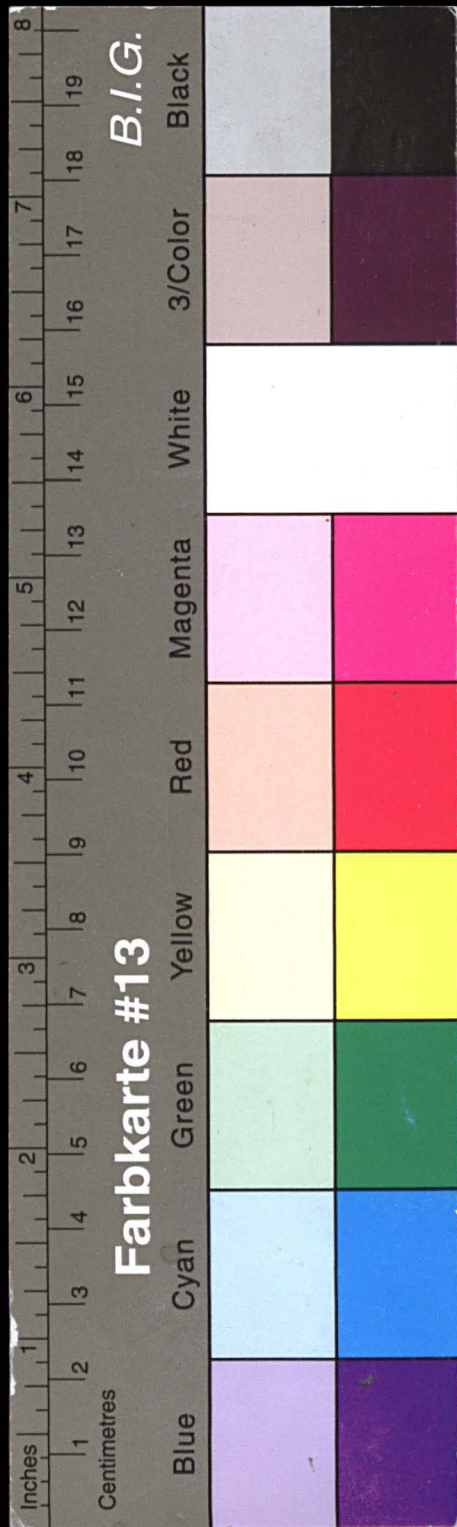
Herr Kreissyndikus Kiesler führt in diesem Zusammenhang noch an, daß bei Beauftragung eines anerkannten Verwaltungsrechtlers zwecks



Kreisarchiv Stormarn E103

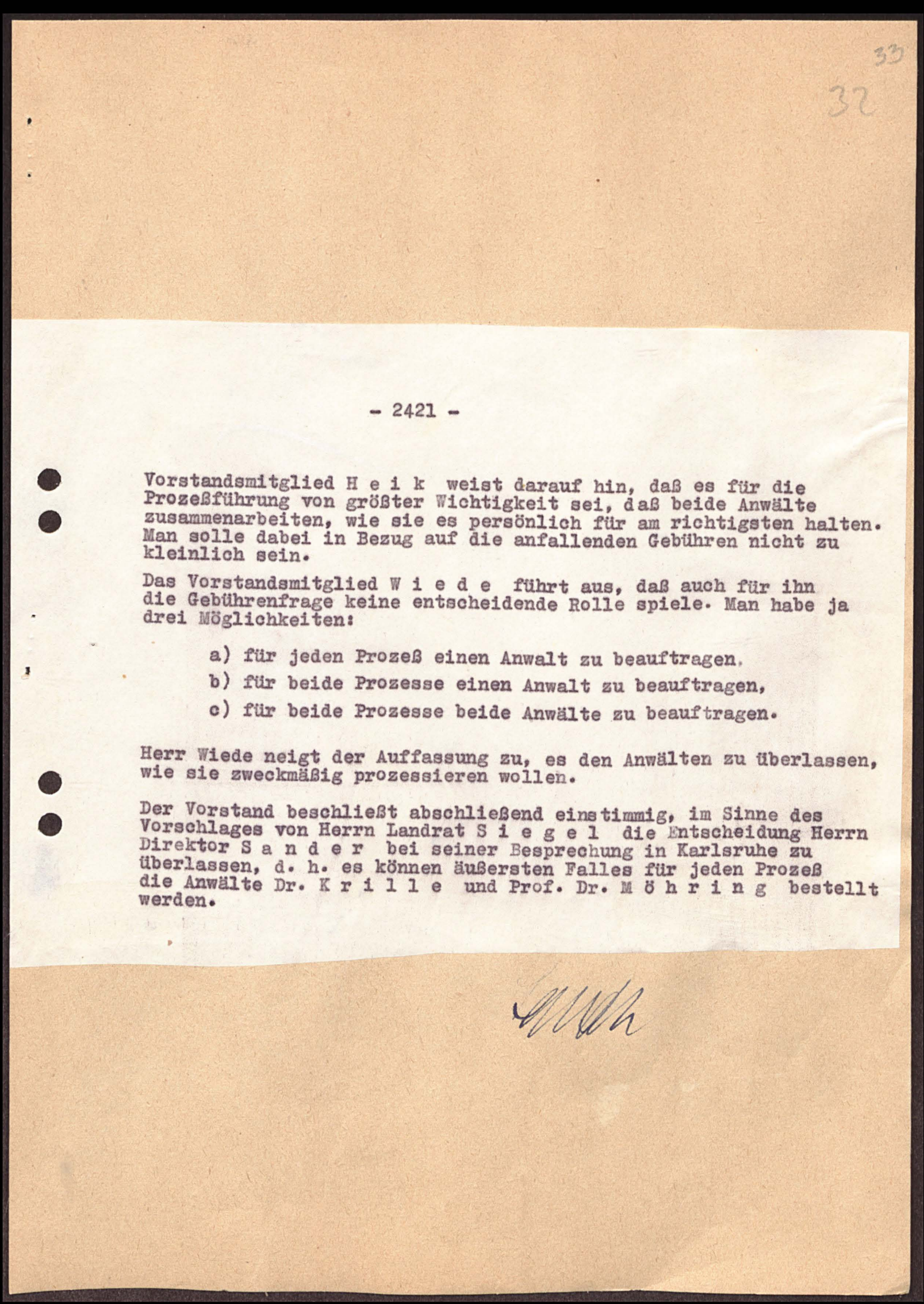
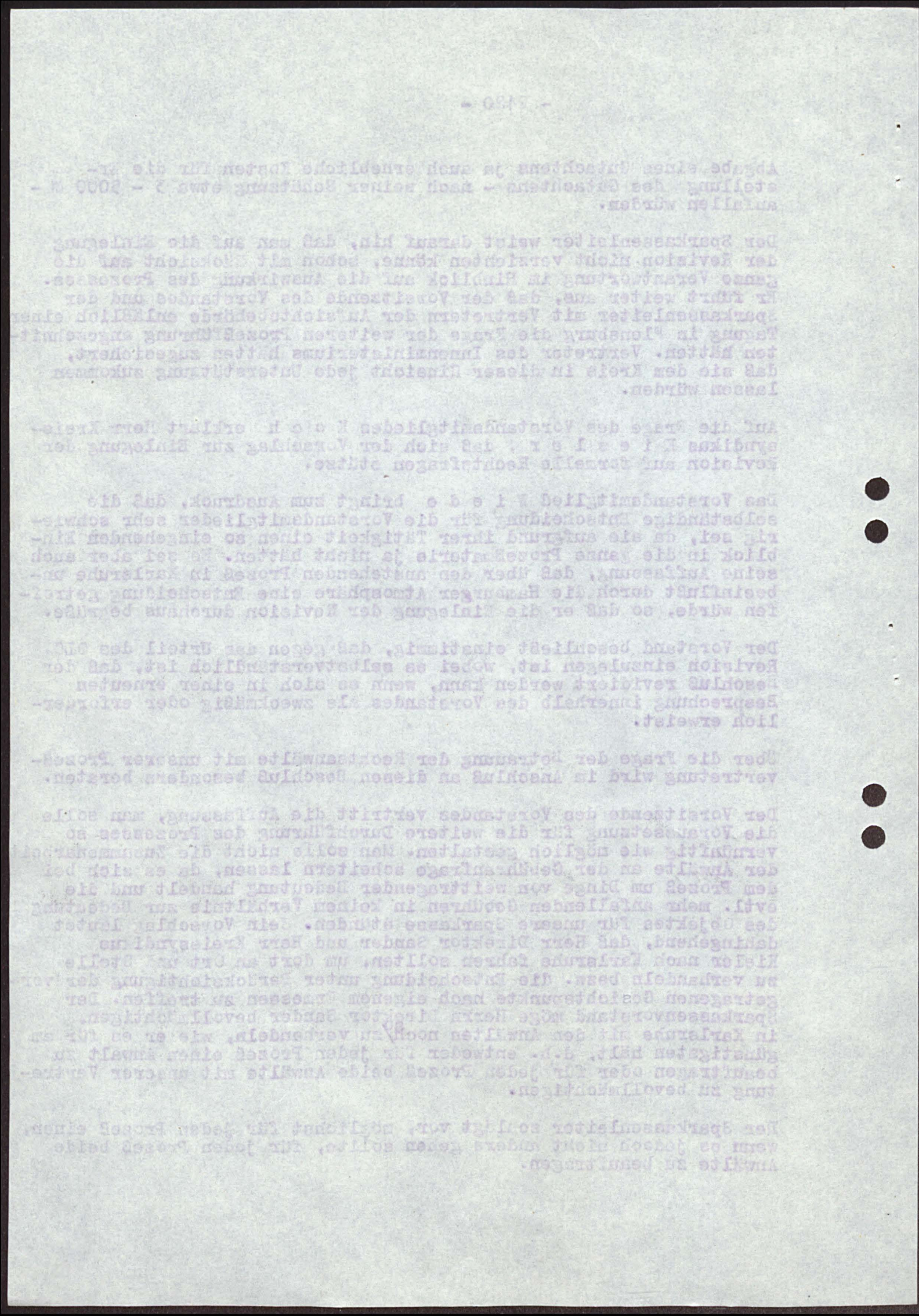
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



- 2421 -

Vorstandsmitglied H e i k weist darauf hin, daß es für die Prozeßführung von größter Wichtigkeit sei, daß beide Anwälte zusammenarbeiten, wie sie es persönlich für am richtigsten halten. Man solle dabei in Bezug auf die anfallenden Gebühren nicht zu kleinlich sein.

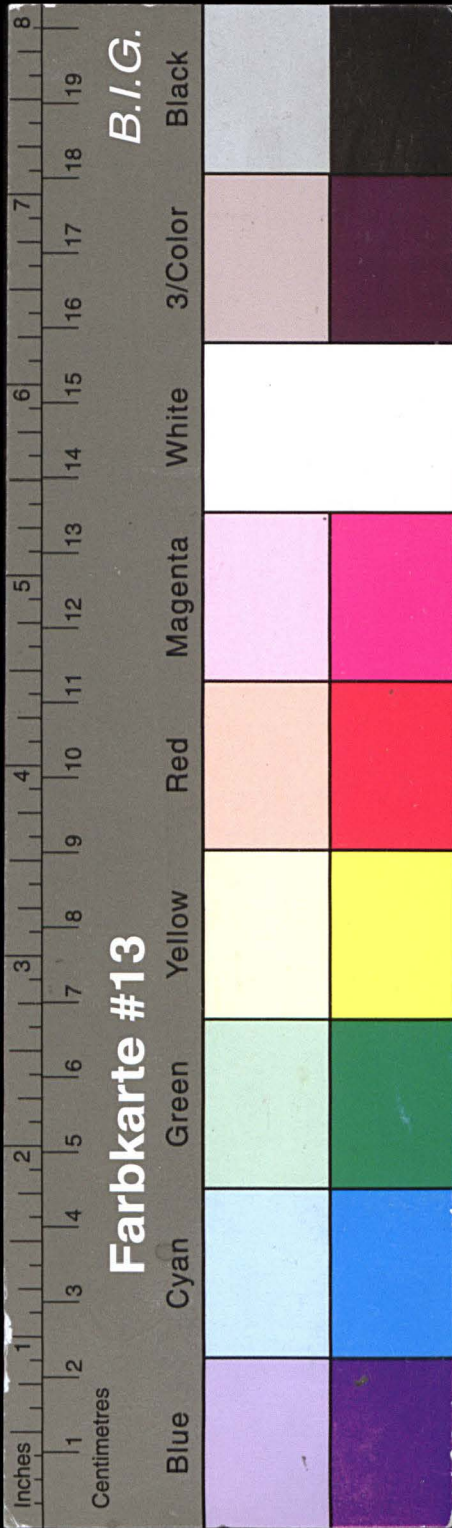
Das Vorstandsmitglied W i e d e führt aus, daß auch für ihn die Gebührenfrage keine entscheidende Rolle spiele. Man habe ja drei Möglichkeiten:

- a) für jeden Prozeß einen Anwalt zu beauftragen.
- b) für beide Prozesse einen Anwalt zu beauftragen,
- c) für beide Prozesse beide Anwälte zu beauftragen.

Herr Wiede neigt der Auffassung zu, es den Anwälten zu überlassen, wie sie zweckmäßig prozessieren wollen.

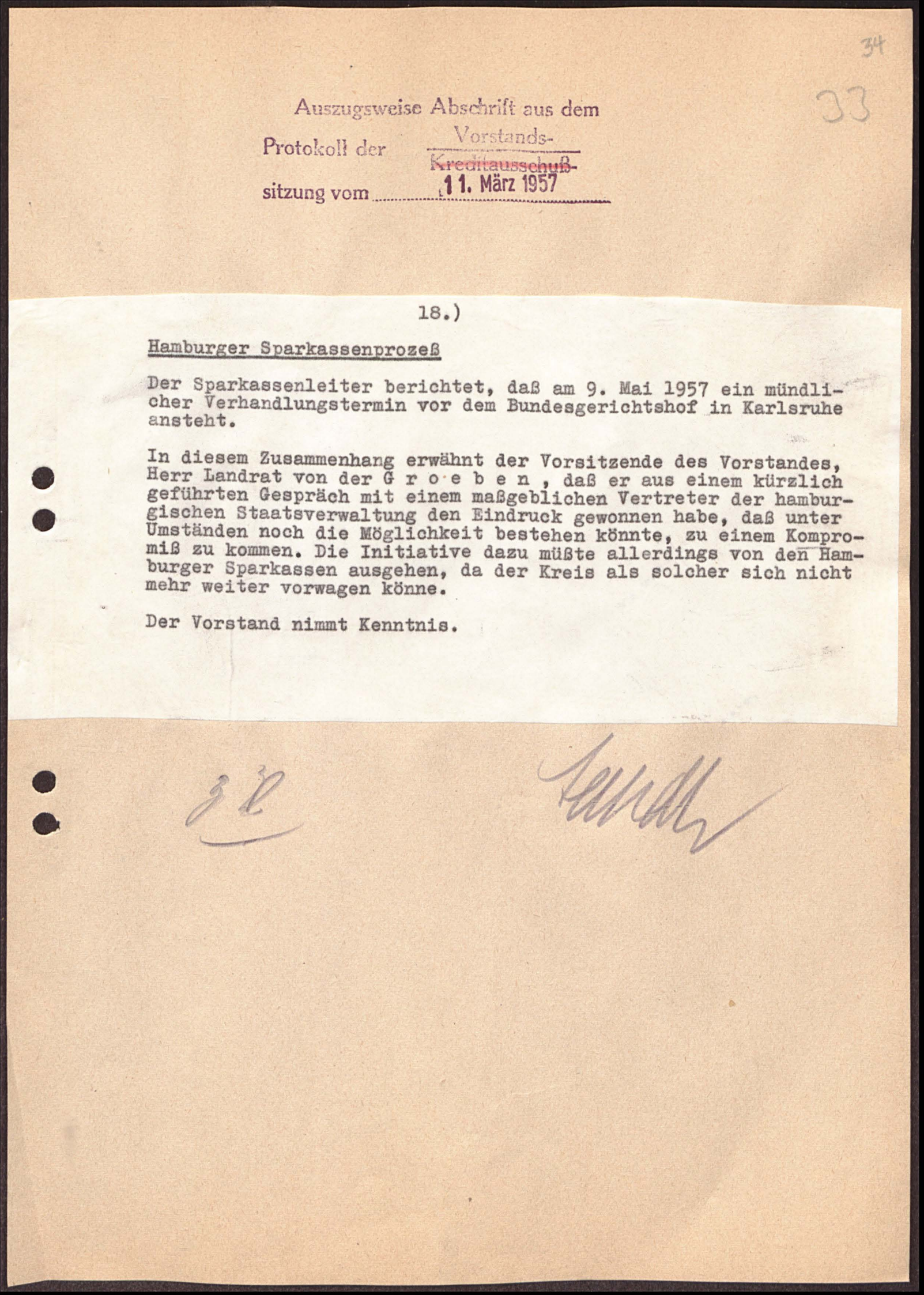
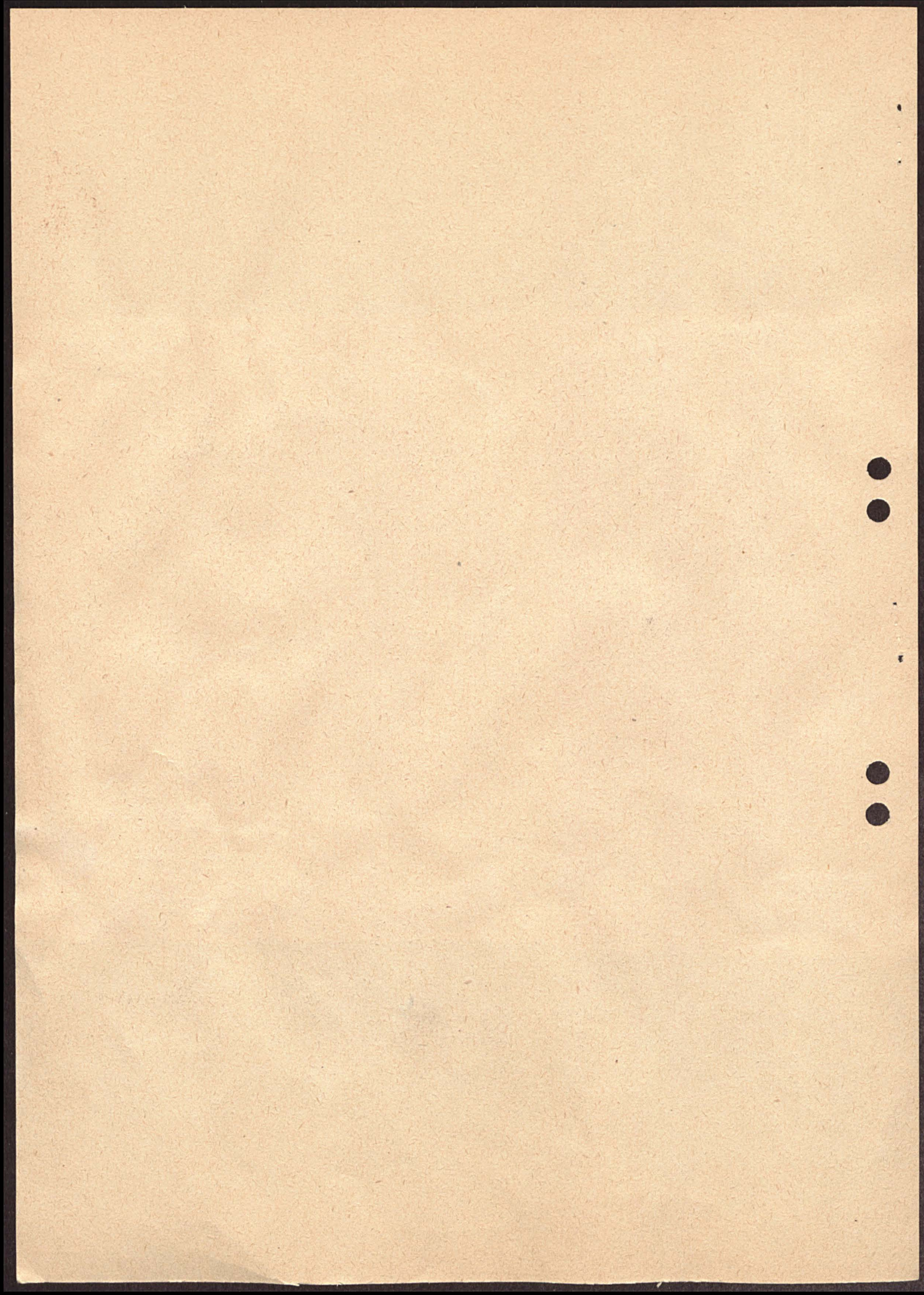
Der Vorstand beschließt abschließend einstimmig, im Sinne des Vorschlages von Herrn Landrat S i e g e l die Entscheidung Herrn Direktor S a n d e r bei seiner Besprechung in Karlsruhe zu überlassen, d. h. es können äußersten Falles für jeden Prozeß die Anwälte Dr. K r i l l e und Prof. Dr. M ö h r i n g bestellt werden.

M. H.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
Kreditausschuß-
sitzung vom 11. März 1957

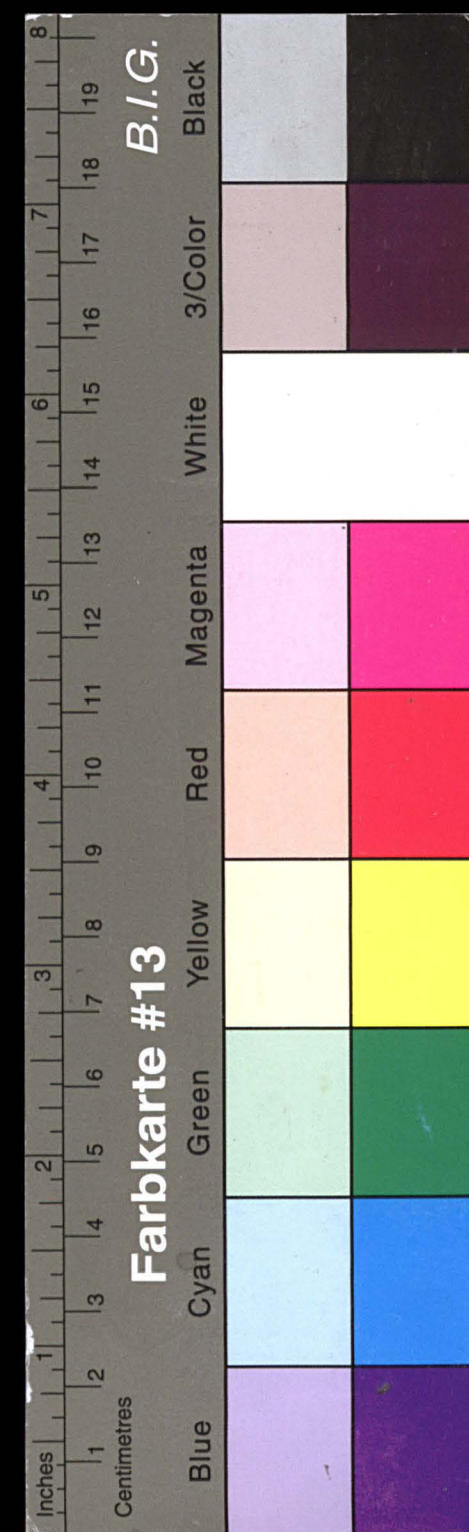
18.)

Hamburger Sparkassenprozeß

Der Sparkassenleiter berichtet, daß am 9. Mai 1957 ein mündlicher Verhandlungstermin vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe ansteht.

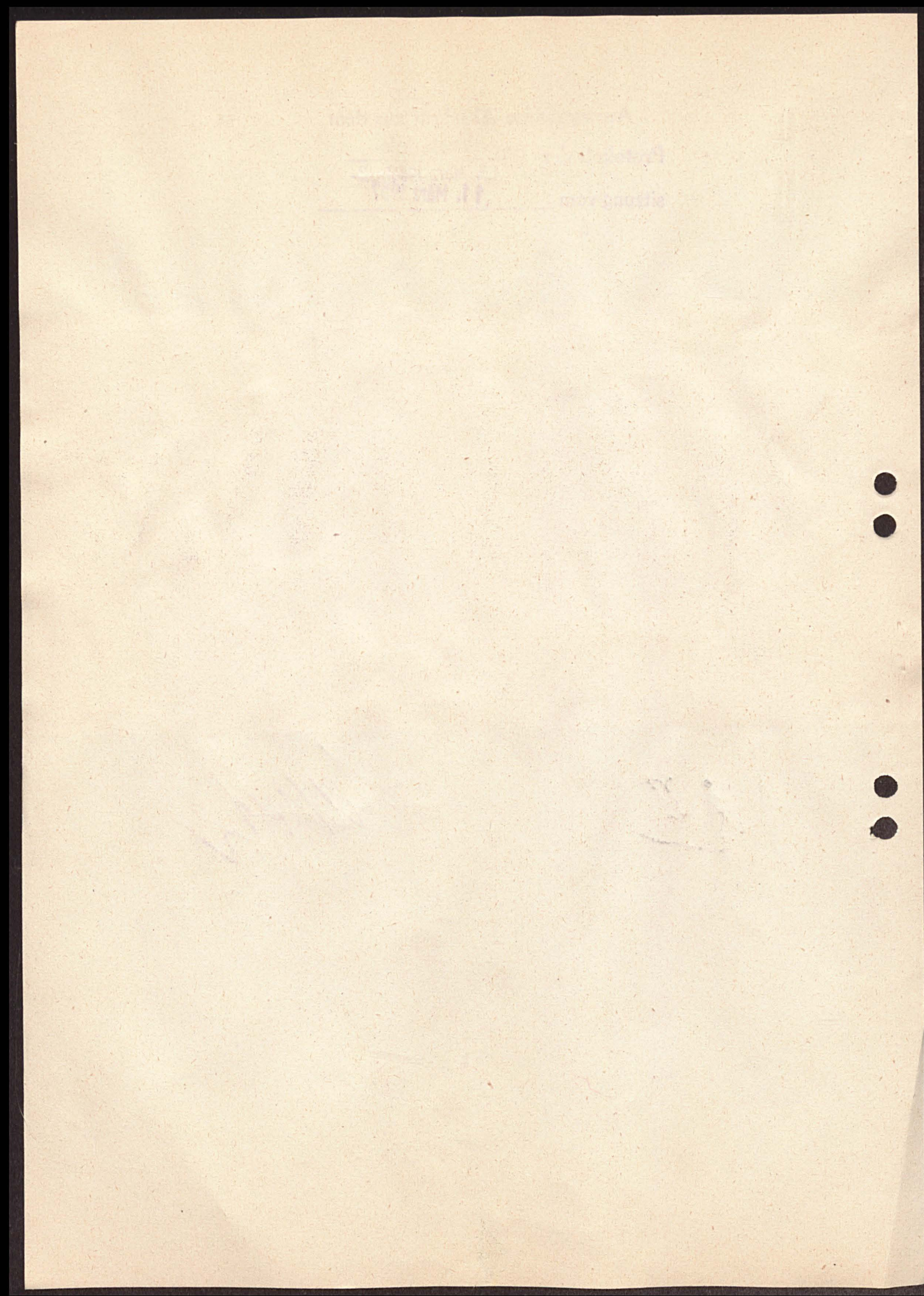
In diesem Zusammenhang erwähnt der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Landrat von der G r o e b e n , daß er aus einem kürzlich geführten Gespräch mit einem maßgeblichen Vertreter der hamburgischen Staatsverwaltung den Eindruck gewonnen habe, daß unter Umständen noch die Möglichkeit bestehen könnte, zu einem Kompromiß zu kommen. Die Initiative dazu müßte allerdings von den Hamburger Sparkassen ausgehen, da der Kreis als solcher sich nicht mehr weiter vorwagen könne.

Der Vorstand nimmt Kenntnis.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



3 35
34

Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
Tatschenauschuß-
sitzung vom 23. Sep. 1957

4.)

Hamburger Sparkassenprozeß

Der Stand des Hamburger Sparkassenprozesses wird im Kreise der Vorstandsmitglieder diskutiert. Vom Vorstandsmitglied Herrn K o c h wird noch einmal die Möglichkeit, zu einem Vergleich zu kommen, zur Diskussion gestellt, wobei Herr K o c h von sich aus den Vorschlag macht, noch einmal vermittelnd eingreifen zu wollen.

Vom stellvertretenden Sparkassenleiter wird noch einmal der früher bereits schriftlich gemachte Vorschlag einer direkten Fühlungnahme mit den Hamburger Sparkassen, zum mindesten mit der Neuen Sparcasse von 1864, vorgetragen.

Über die Möglichkeiten eines Vergleiches und über den dabei einzuschlagenden Weg wird noch eingehend von den Vorstandsmitgliedern diskutiert.

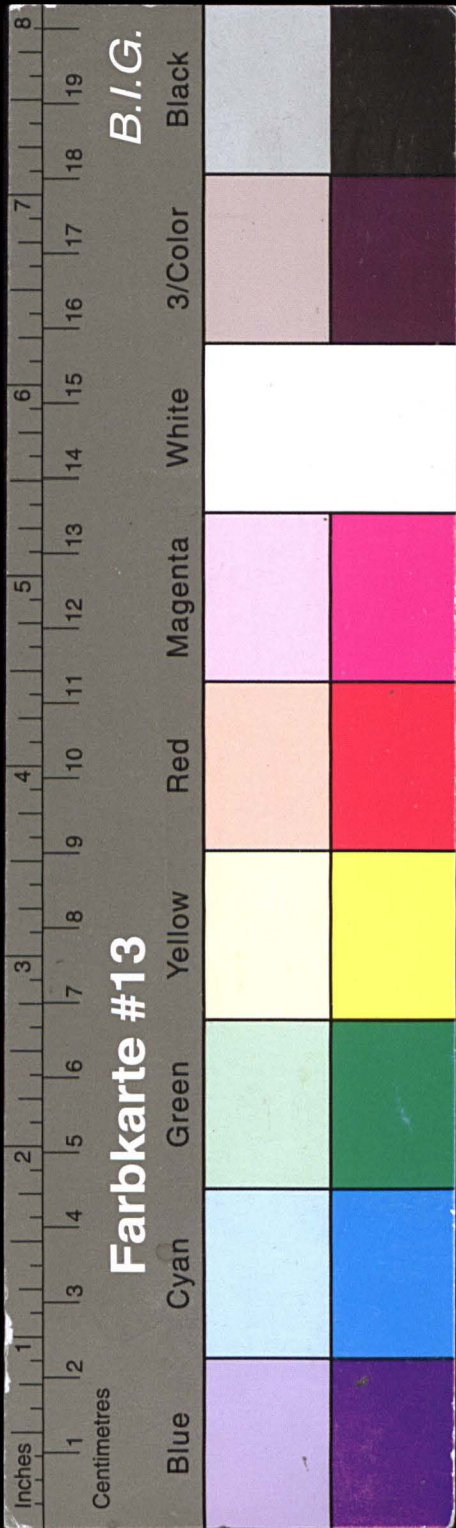
Der Vorstand beschließt, über den Stoff "Hamburger Sparkassenprozeß" eine Sondersitzung anzuberaumen und den gesamten Sachverhalt in dieser Sitzung noch einmal eingehend zu erörtern-

[Signature]

Thren Du Sander

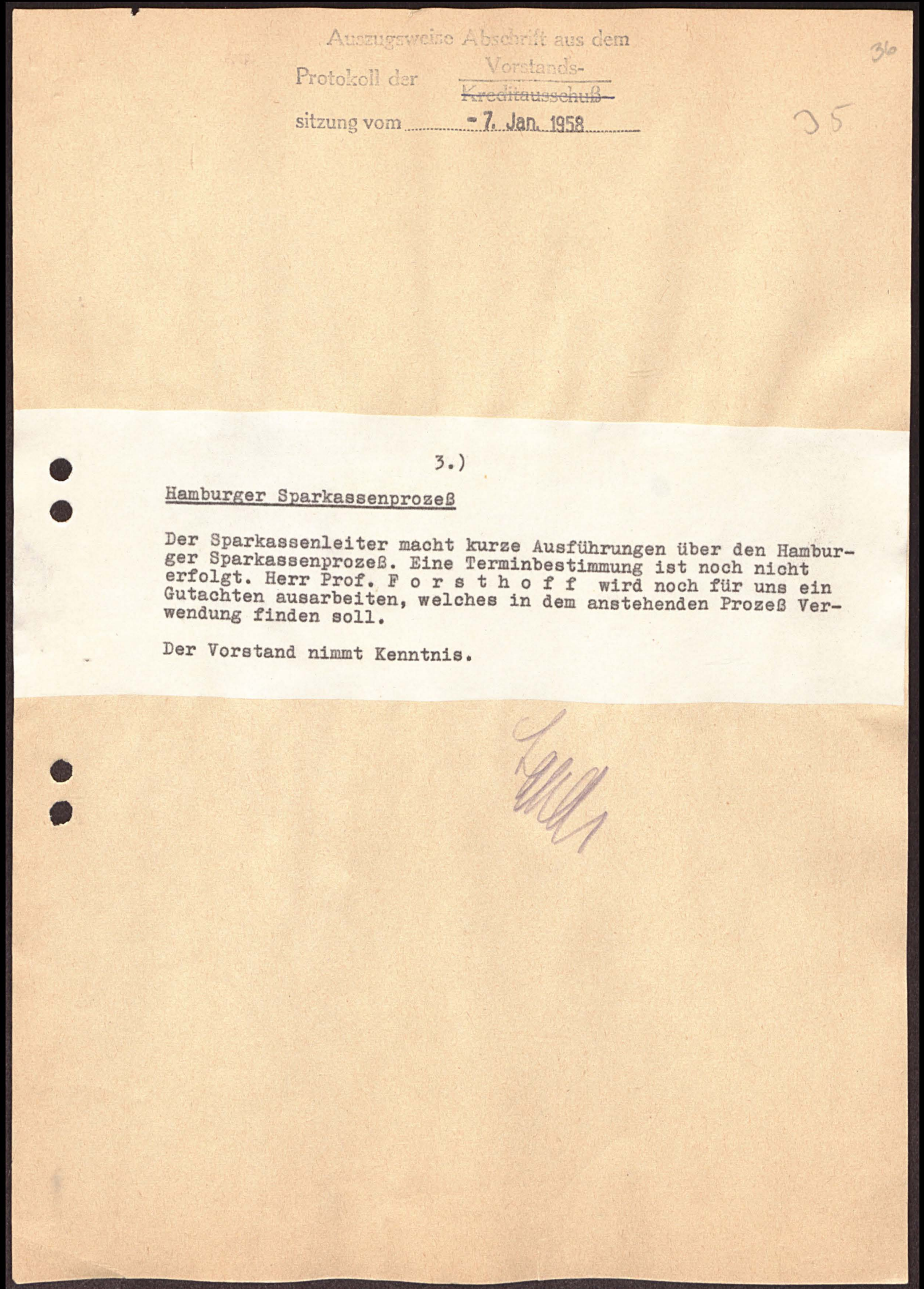
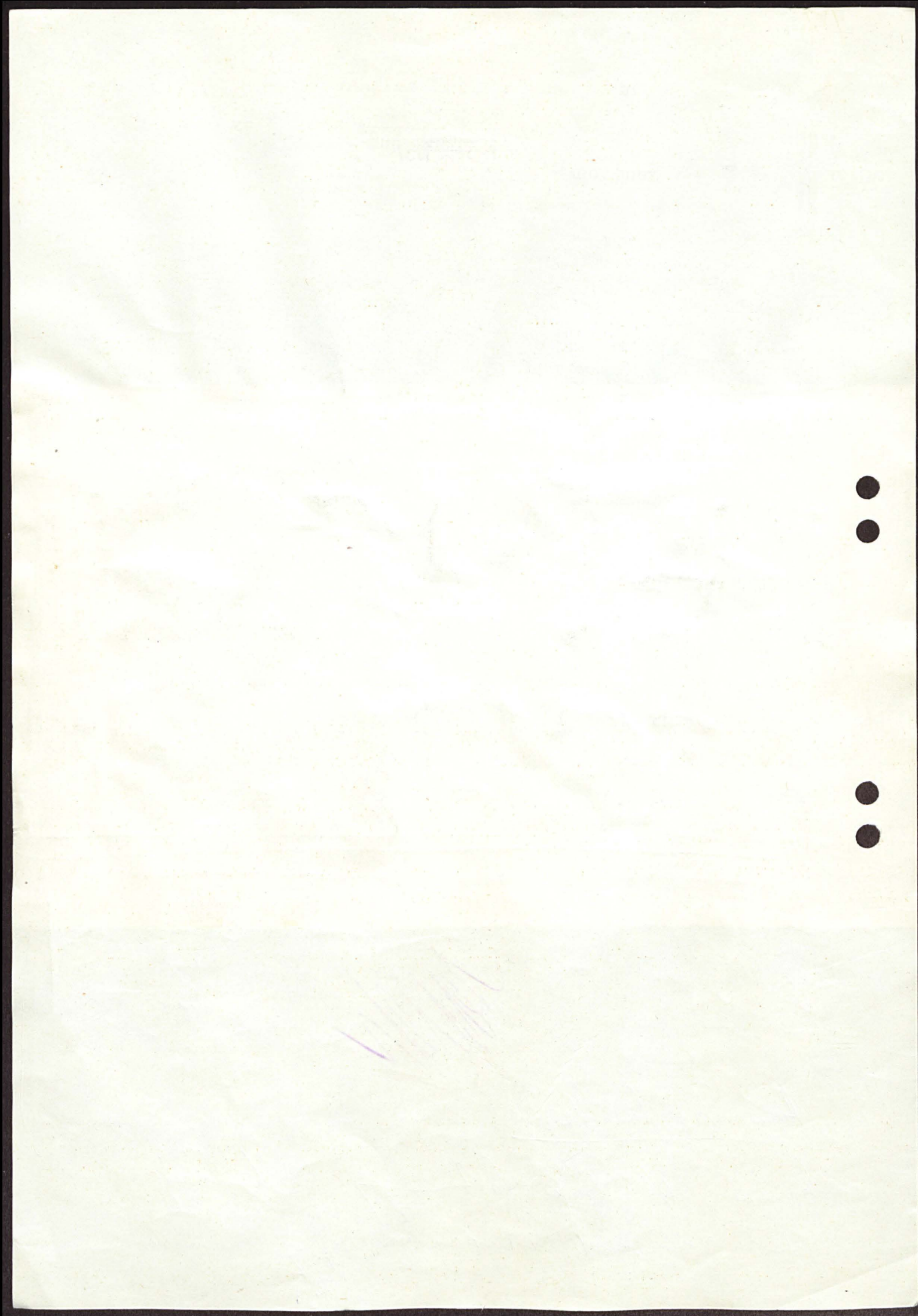
*kann die dies für zweckmäßig
anberaumt werden?*

20/12/57



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



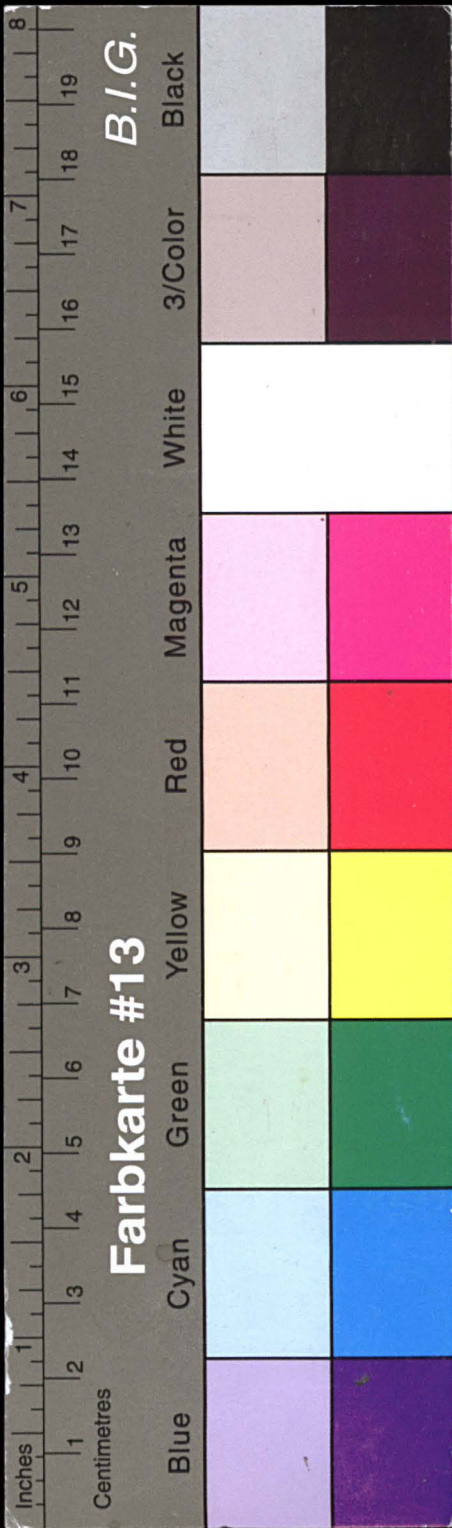
Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
Kreditausschuß
sitzung vom - 7. Jan. 1958

3.)

Hamburger Sparkassenprozeß

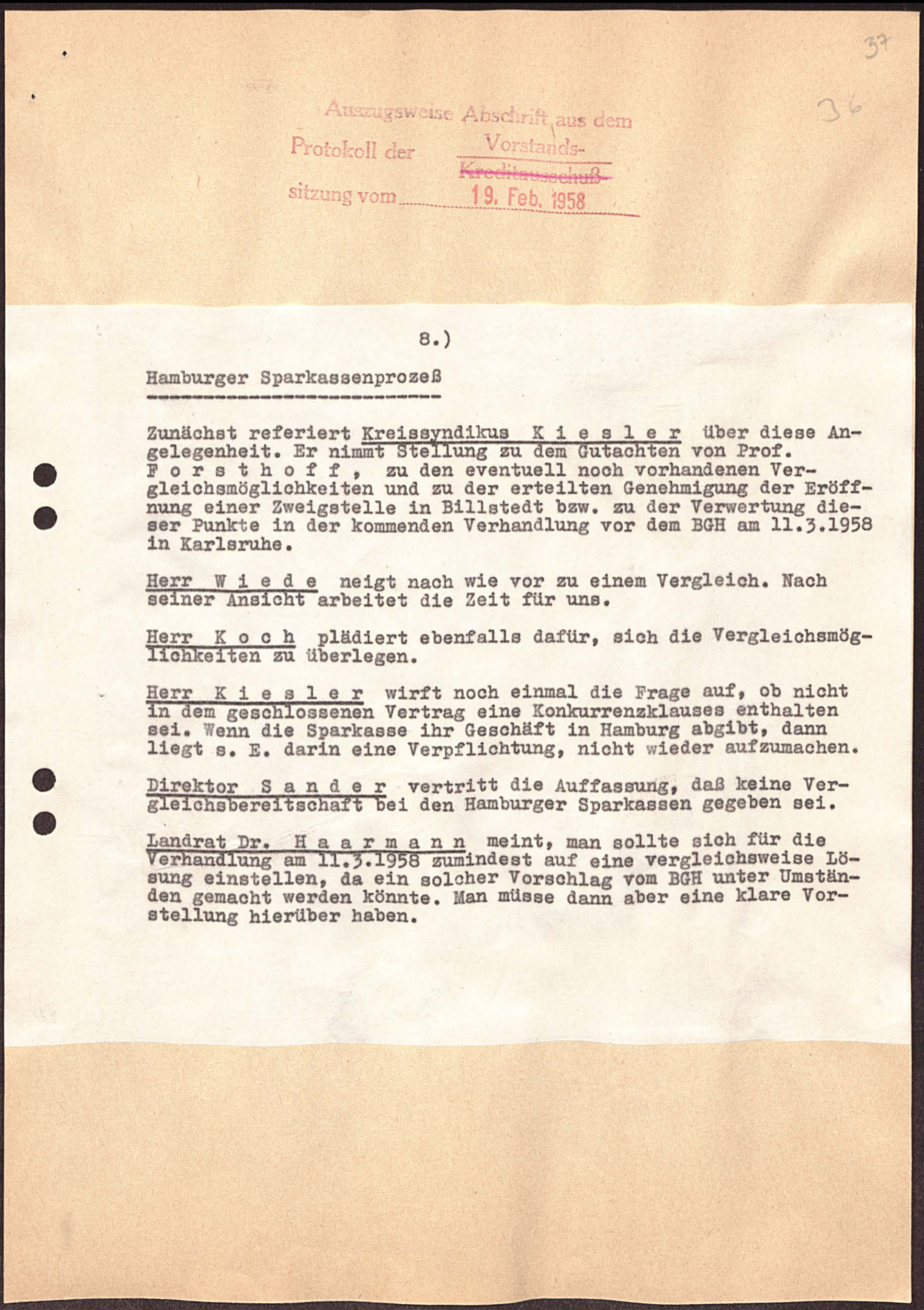
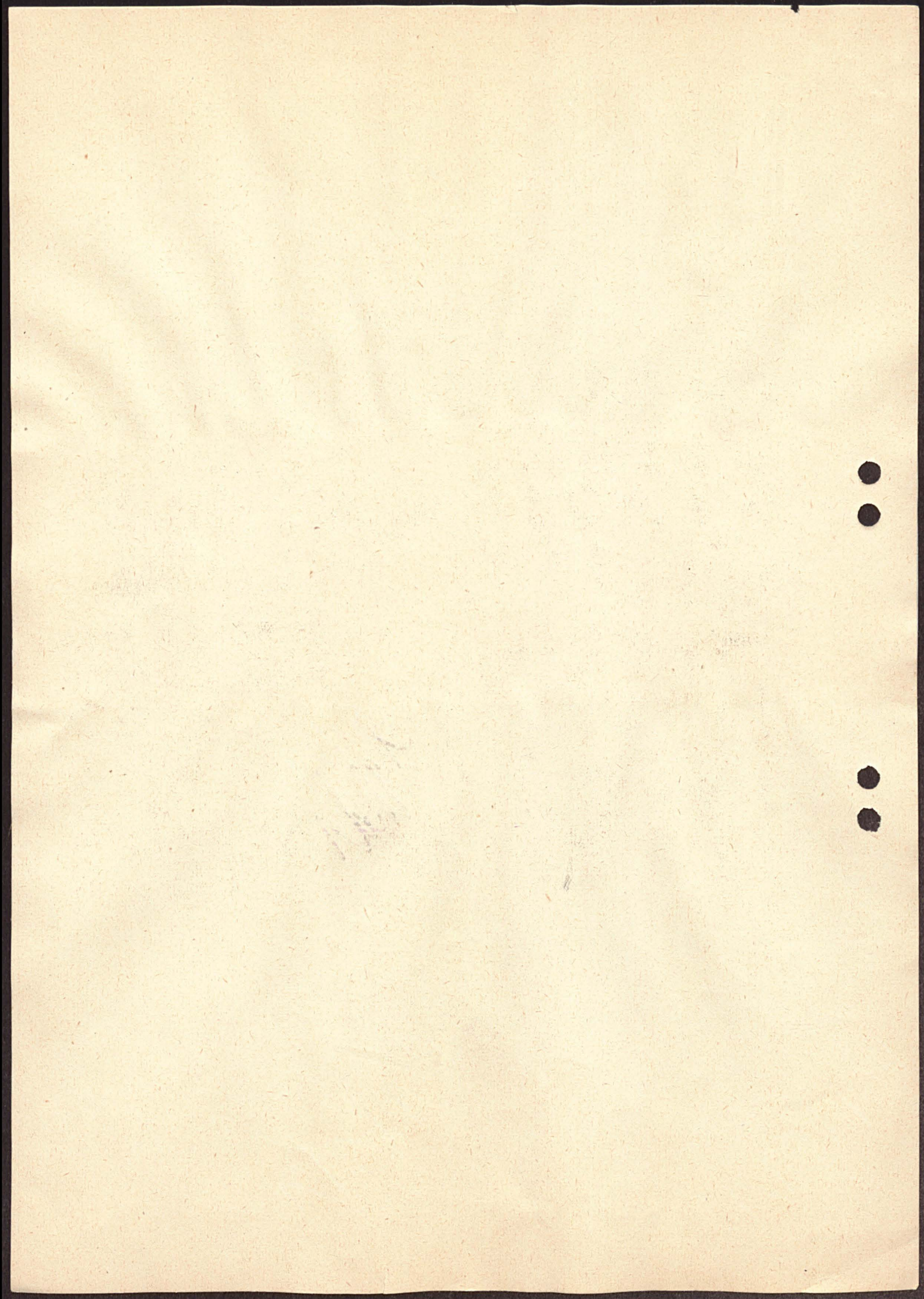
Der Sparkassenleiter macht kurze Ausführungen über den Hamburger Sparkassenprozeß. Eine Terminbestimmung ist noch nicht erfolgt. Herr Prof. F o r s t h o f f wird noch für uns ein Gutachten ausarbeiten, welches in dem anstehenden Prozeß Verwendung finden soll.

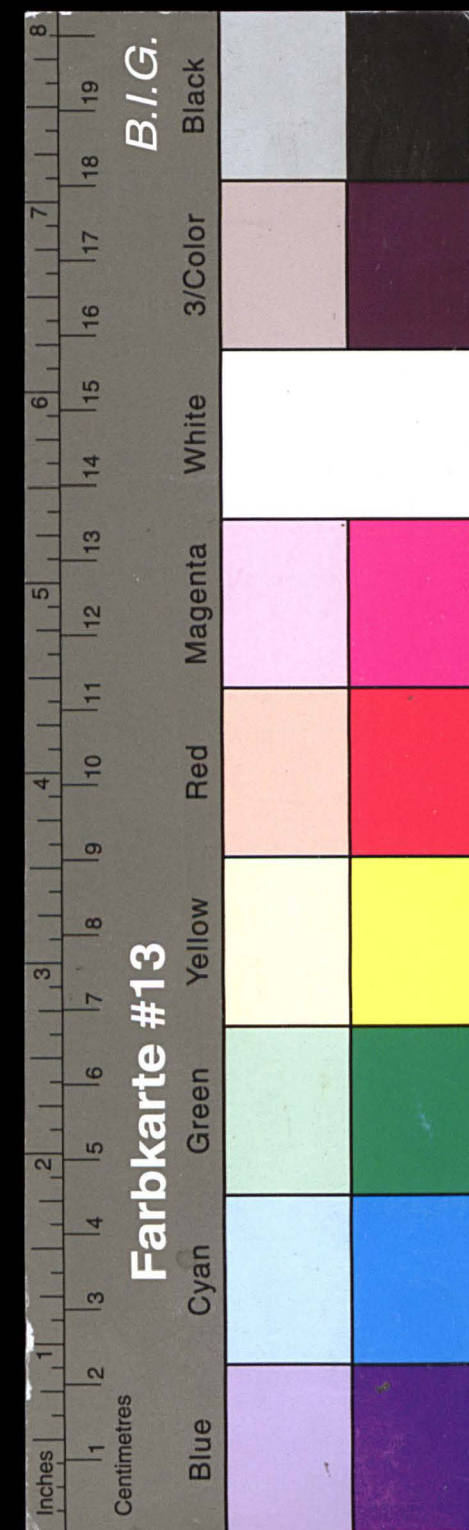
Der Vorstand nimmt Kenntnis.



Kreisarchiv Stormarn E103

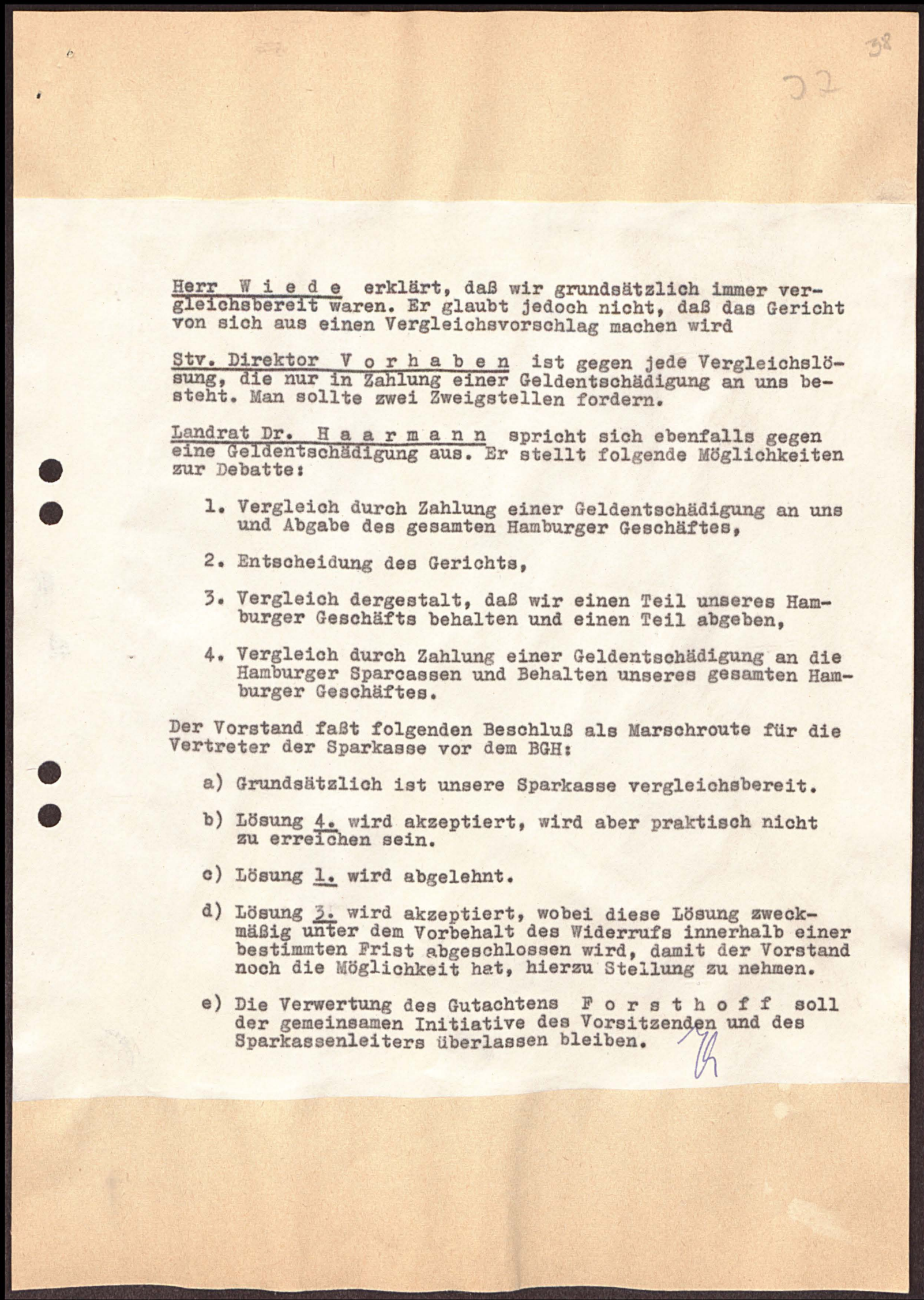
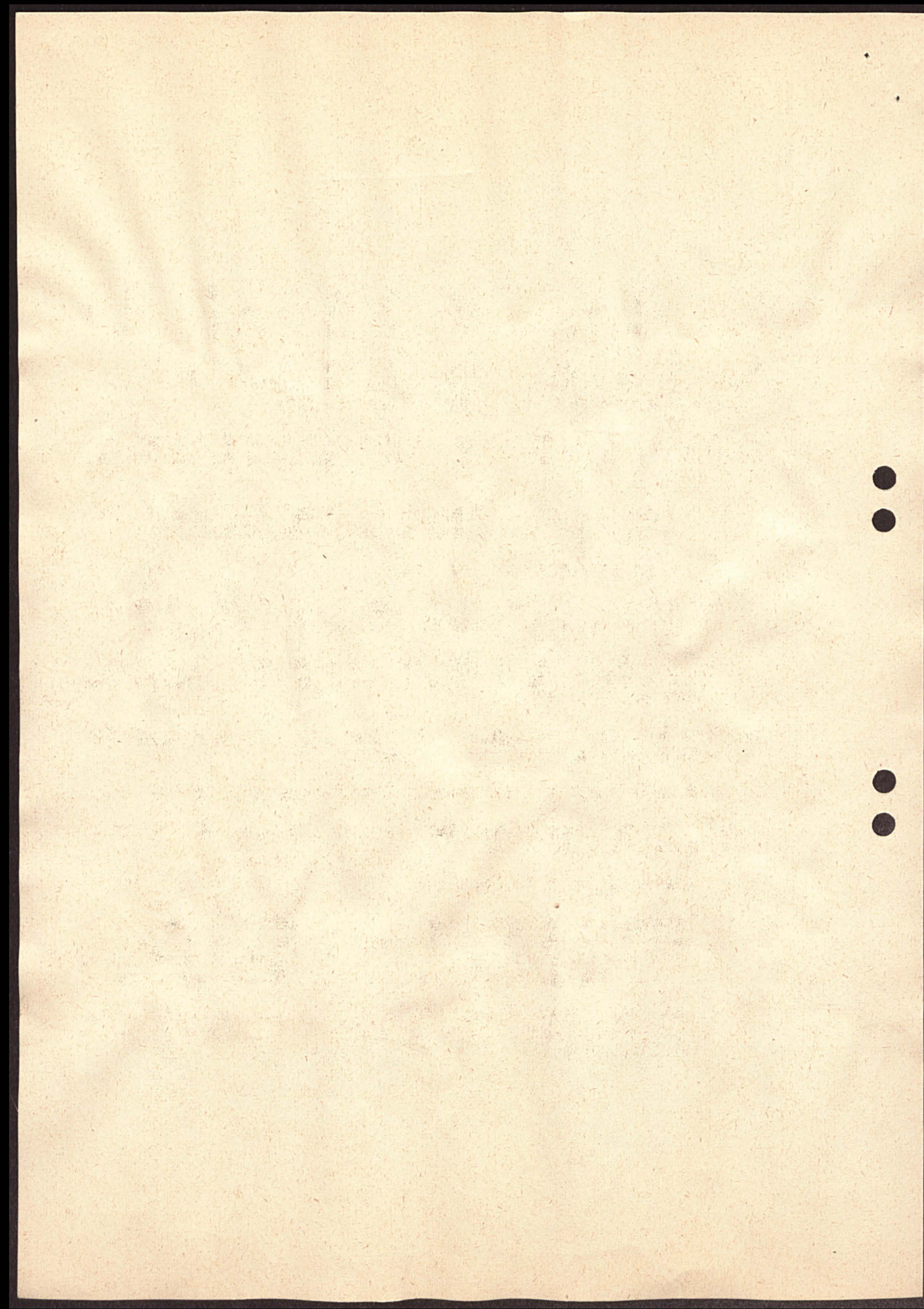
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

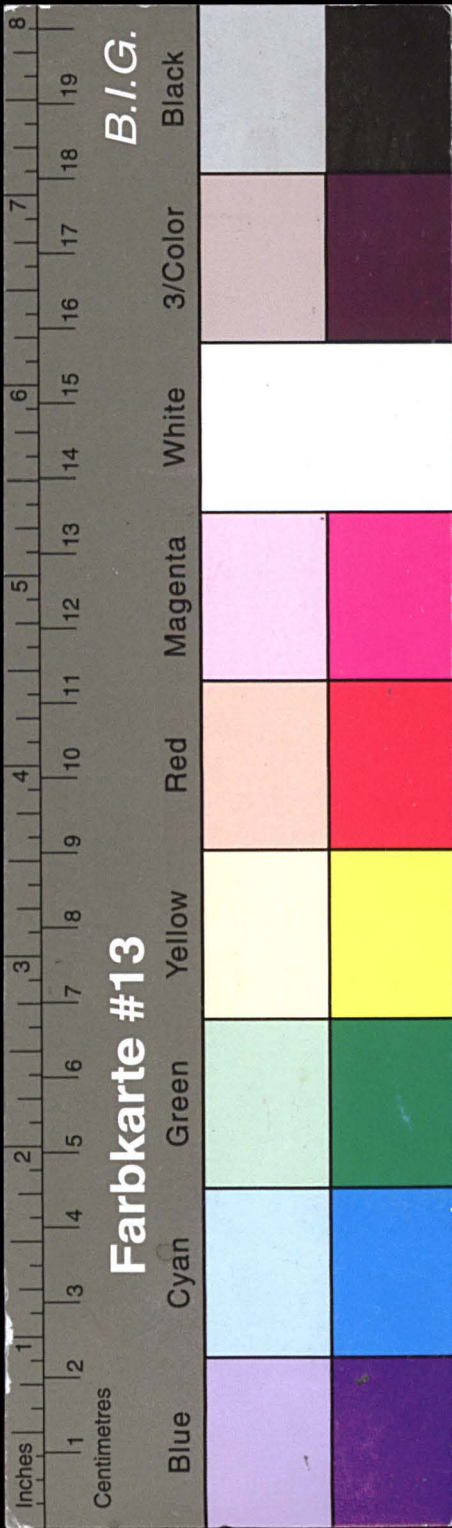




Kreisarchiv Stormarn E103

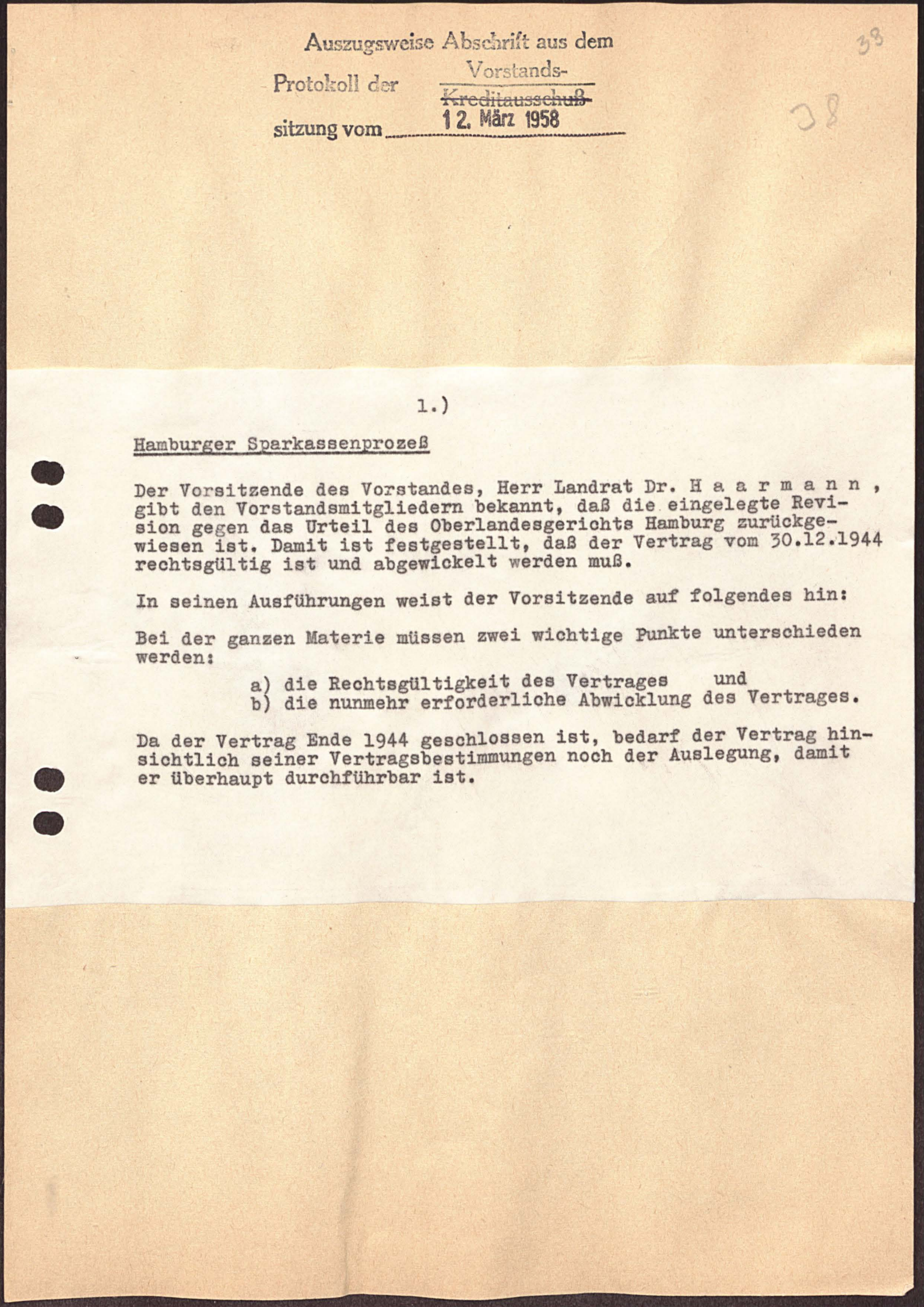
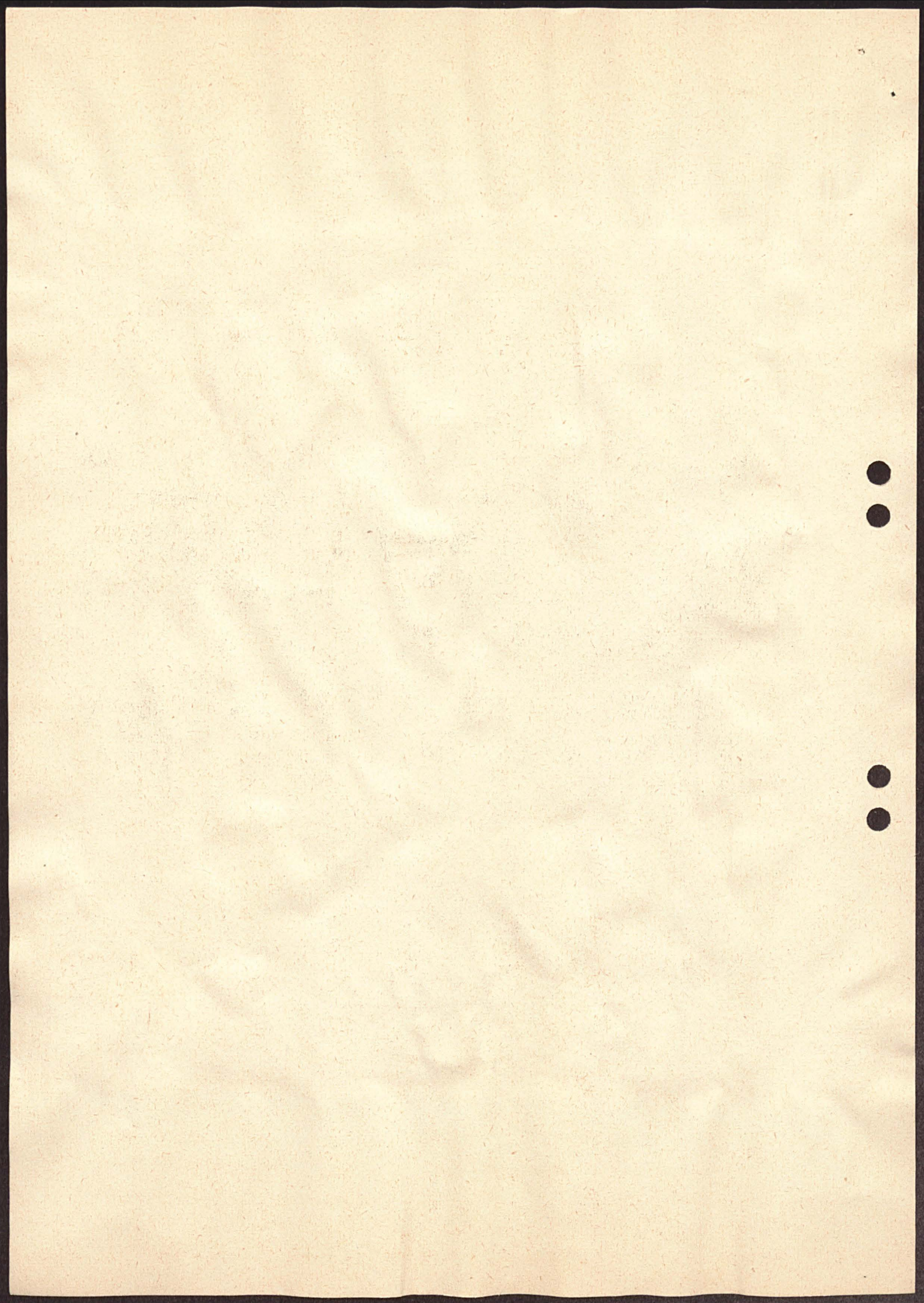
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
~~Kreditausschuß~~
sitzung vom 12. März 1958

1.)

Hamburger Sparkassenprozeß

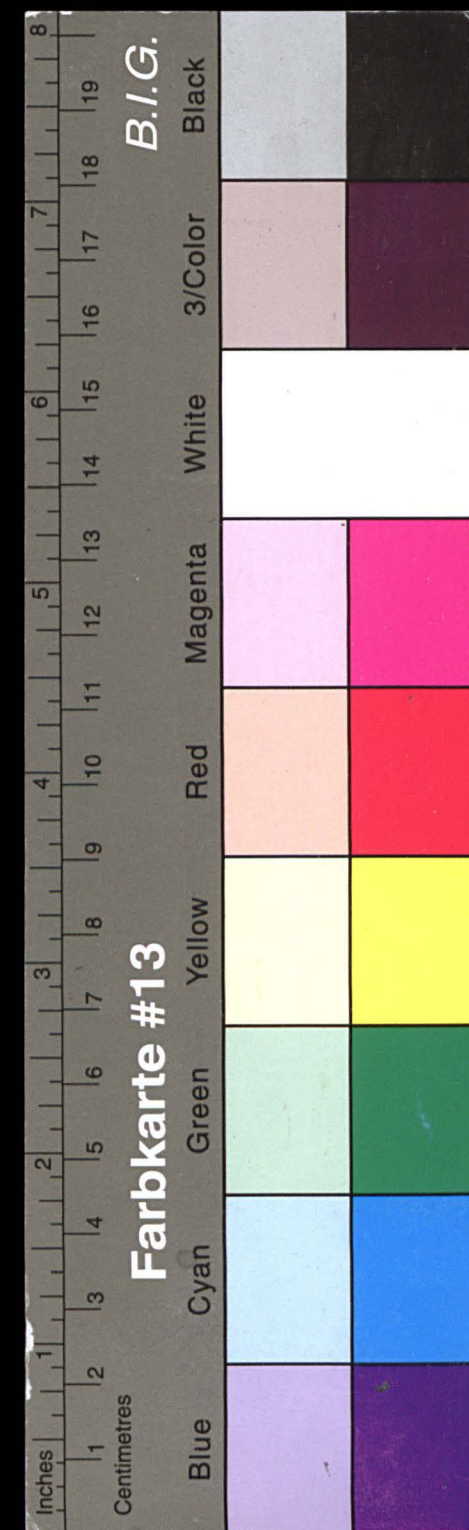
Der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Landrat Dr. H a a r m a n n ,
gibt den Vorstandsmitgliedern bekannt, daß die eingelegte Revi-
sion gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg zurückge-
wiesen ist. Damit ist festgestellt, daß der Vertrag vom 30.12.1944
rechtsgültig ist und abgewickelt werden muß.

In seinen Ausführungen weist der Vorsitzende auf folgendes hin:

Bei der ganzen Materie müssen zwei wichtige Punkte unterschieden
werden:

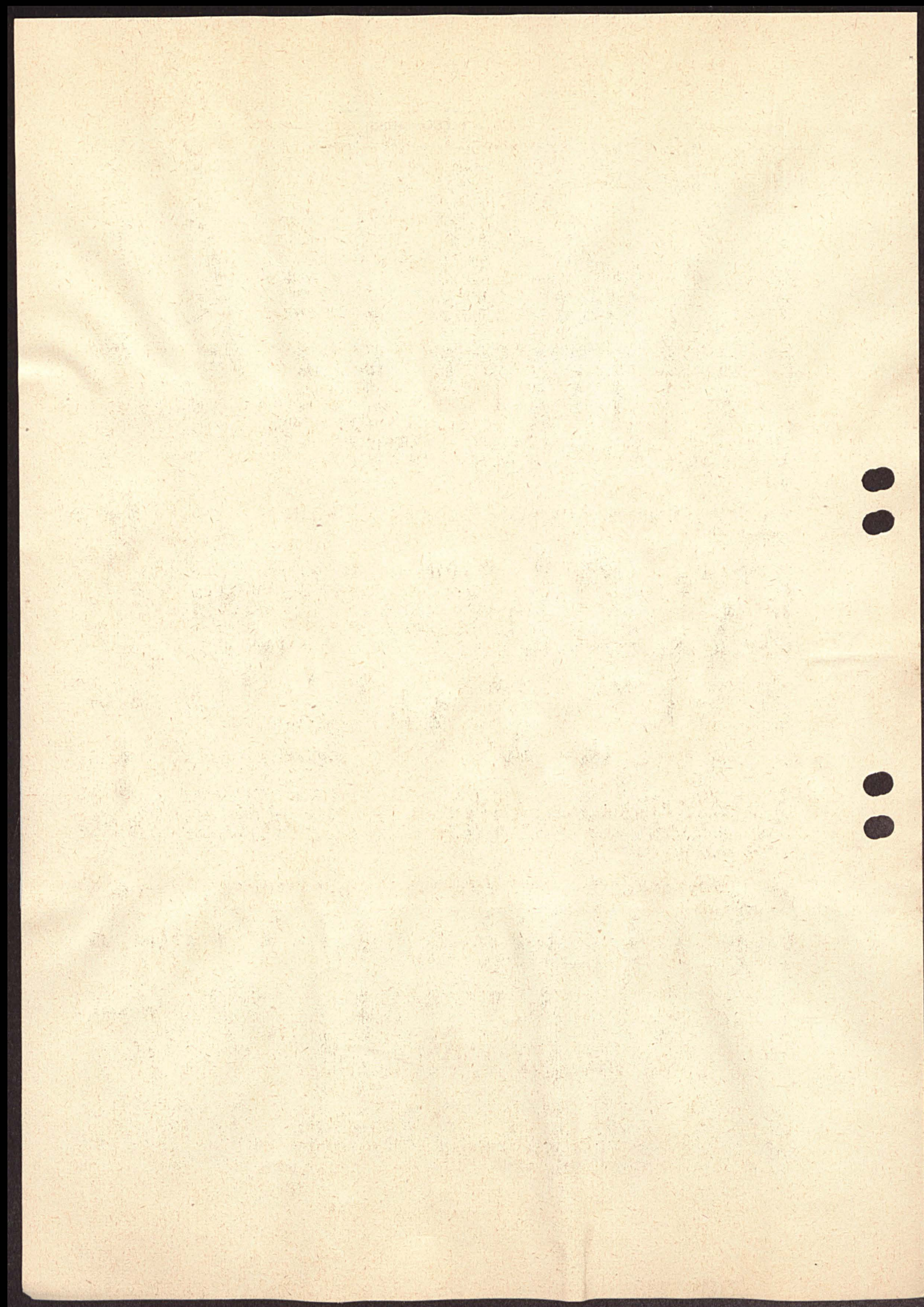
- a) die Rechtsgültigkeit des Vertrages und
- b) die nunmehr erforderliche Abwicklung des Vertrages.

Da der Vertrag Ende 1944 geschlossen ist, bedarf der Vertrag hin-
sichtlich seiner Vertragsbestimmungen noch der Auslegung, damit
er überhaupt durchführbar ist.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



39 40
Gestern morgen ist eine Erklärung der Presse mit der Bitte übergeben, sie doch nach Möglichkeit wörtlich abzudrucken. Diesem Wunsche hat die Presse auch entsprochen.

Auf Grund des Karlsruher Urteils werden wir nunmehr gezwungen sein, die 5 Hamburger Zweigstellen zu überführen. Es ist anzunehmen, daß die Hamburger Sparkassen in Kürze an uns wegen Überführung herantreten werden. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich sehr schwierig sein. Man wird auch überlegen müssen, wie überhaupt die Übergabe durchgeführt werden soll.

In den weiteren Verhandlungen wird sich herausstellen, was wir abgeben müssen bzw. was wir dafür erhalten. Die Frage der Grundstücke wird auch noch zu klären sein, auch wenn sie von der Überführung nicht betroffen werden. Man wird sich ferner überlegen müssen, was wir hinsichtlich der Eröffnung Billstedt zu unternehmen haben. Die Frage der weiteren Eröffnung von neuen Zweigstellen in Hamburg dürfte wohl zur Zeit nicht zu erörtern sein.

Eine Vergleichsmöglichkeit während der Verhandlung war nicht mehr gegeben.

Im übrigen war sehr bald nach Beginn der Verhandlung zu erkennen, daß das Gericht sich mit seiner Ansicht schon festgelegt hatte. Es konnte von uns festgestellt werden, daß im Gegensatz zu früheren Verhandlungen vor den Hamburger Gerichten Vortrag und Verhandlungsführung von einer sachlichen Atmosphäre getragen waren.

Der Zweite Senat des Bundesgerichtshofs ist stark zivilrechtlich (Gesellschaftsrecht) eingestellt und bringt wohl infolgedessen nicht das Verständnis für das öffentliche Recht auf.

Der Vorsitzende stellt die Angelegenheit alsdann zur Diskussion.

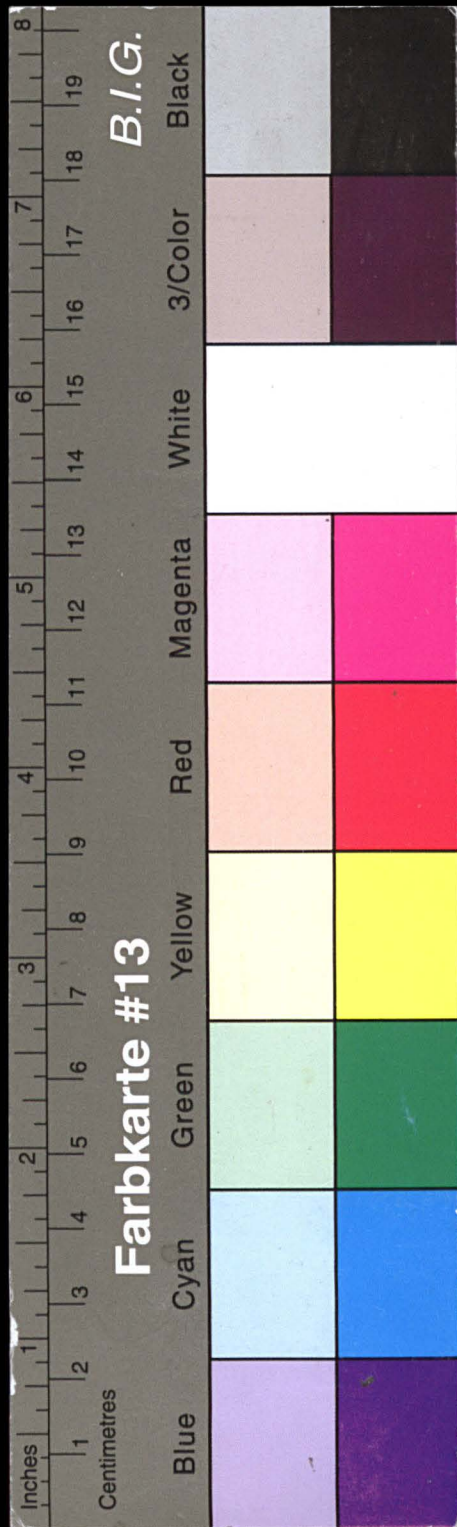
Der Sparkassenleiter führt aus, daß er an und für sich mit Optimismus nach Karlsruhe gefahren sei. Er weist auch darauf hin, daß die Revision mit voller Billigung der Aufsichtsbehörde eingelegt worden ist.

Der Sparkassenleiter verliest dann die der Presse übergebene Erklärung.

Nach der nunmehr geschaffenen Sachlage werden wir 30 % unseres Einlagenbestandes überführen müssen.

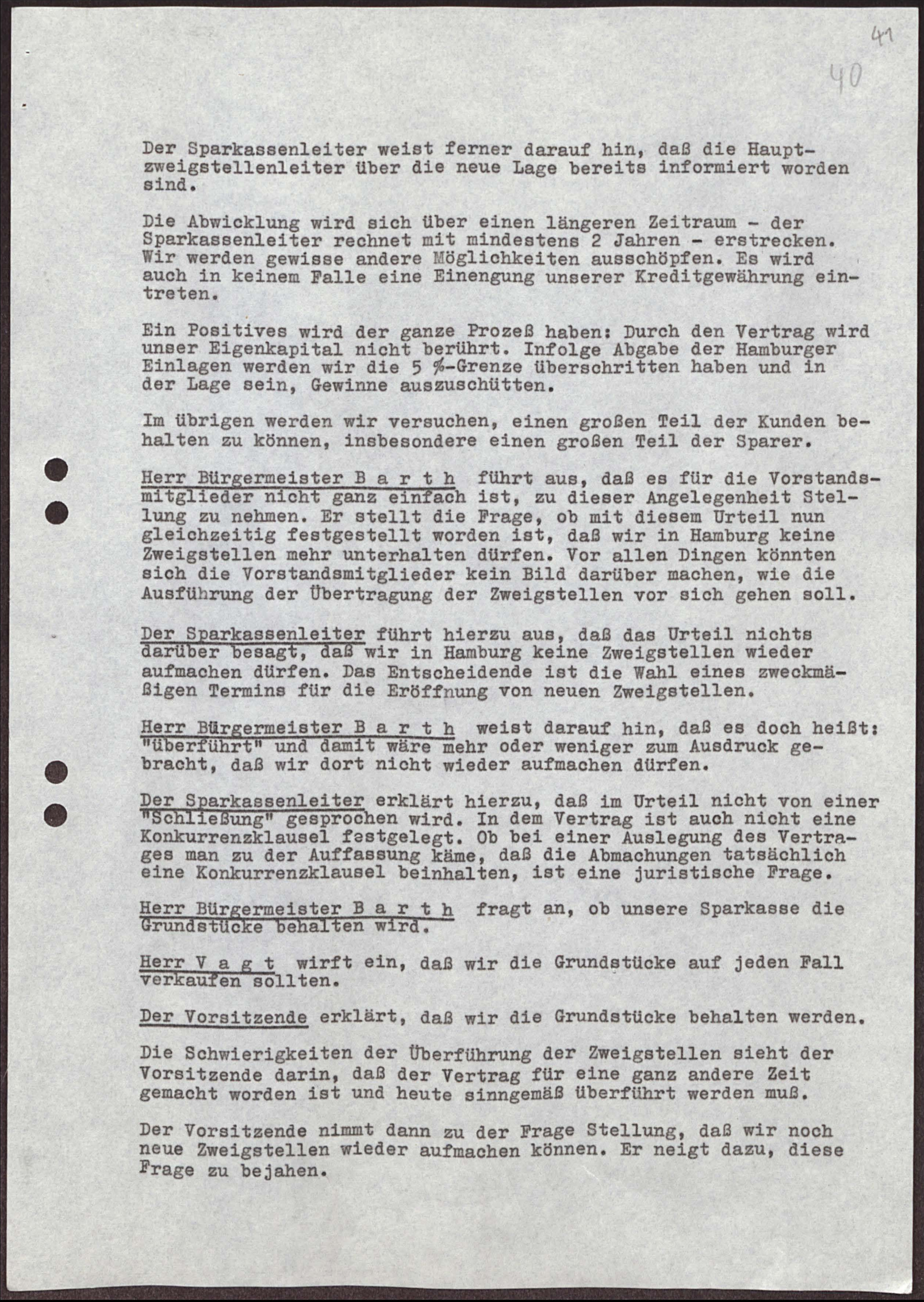
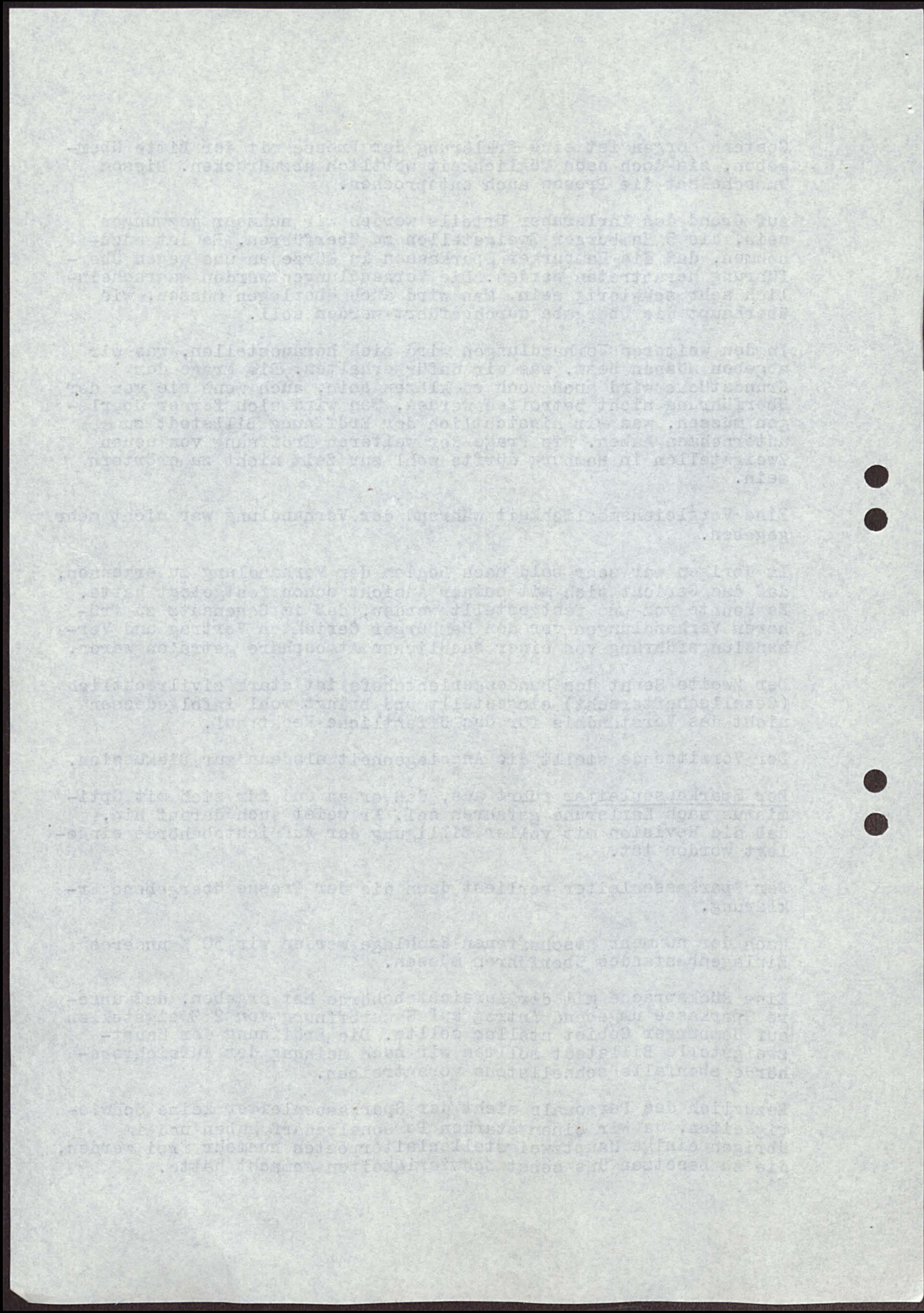
Eine Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde hat ergeben, daß unsere Sparkasse umgehend Antrag auf Neueröffnung von 2 Zweigstellen auf Hamburger Gebiet stellen sollte. Die Eröffnung der Hauptzweigstelle Billstedt sollten wir nach Meinung der Aufsichtsbehörde ebenfalls schnellstens vorantreiben.

Bezüglich des Personals sieht der Sparkassenleiter keine Schwierigkeiten, da wir einen starken Personalbedarf haben und im übrigen einige Hauptzweigstellenleiterposten nunmehr frei werden, die zu besetzen uns sonst Schwierigkeiten gemacht hätte.



Kreisarchiv Stormarn E103

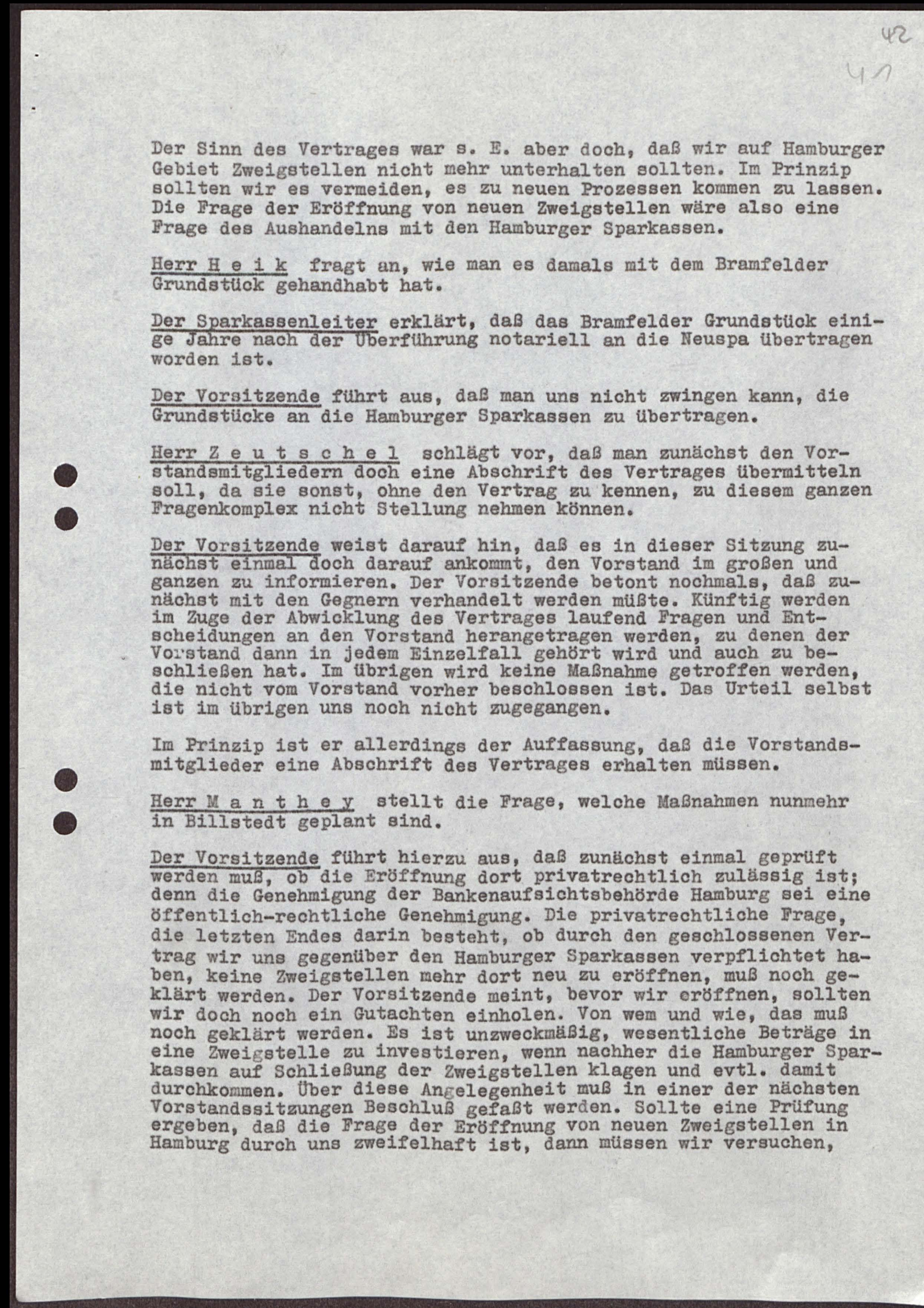
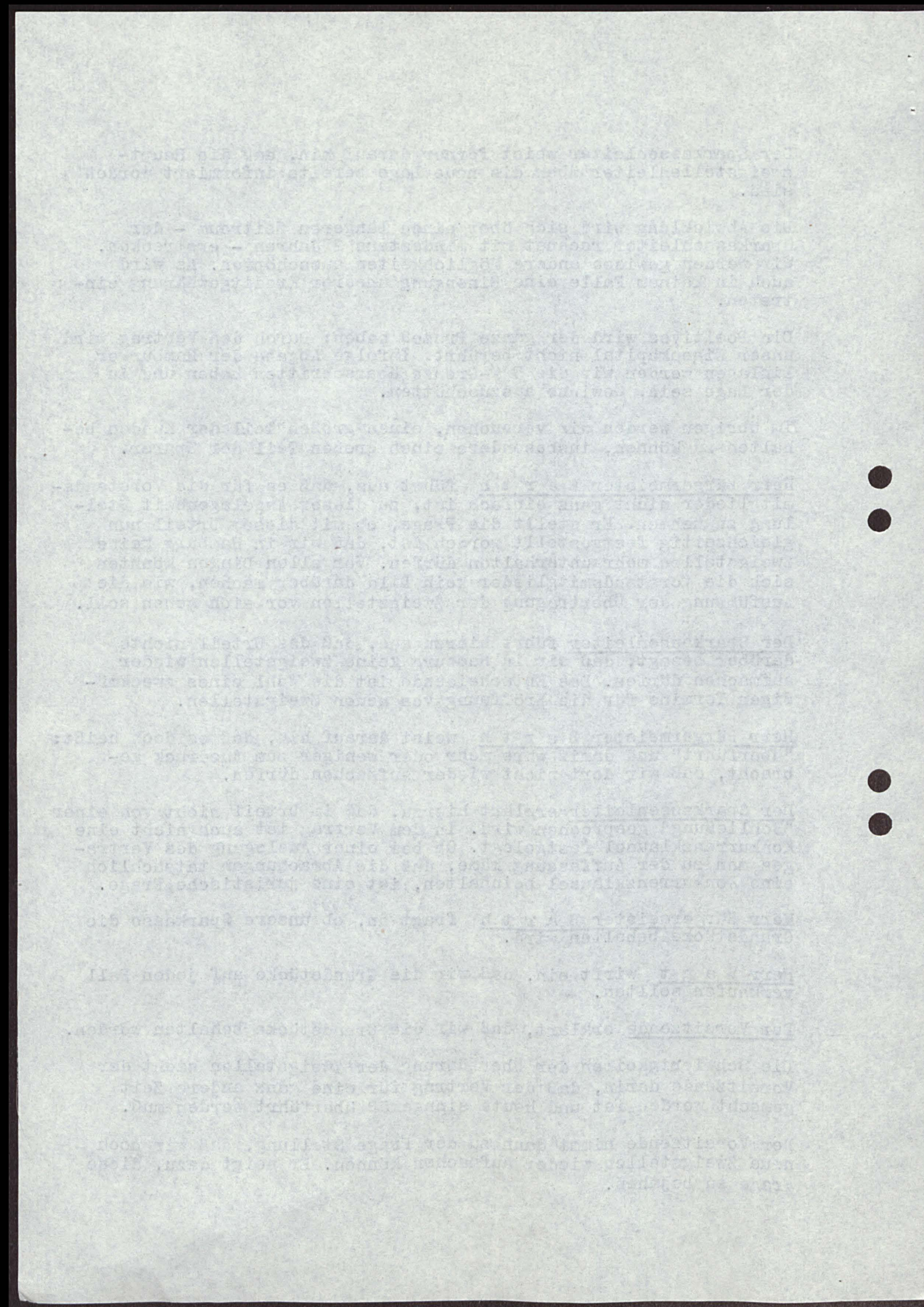
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

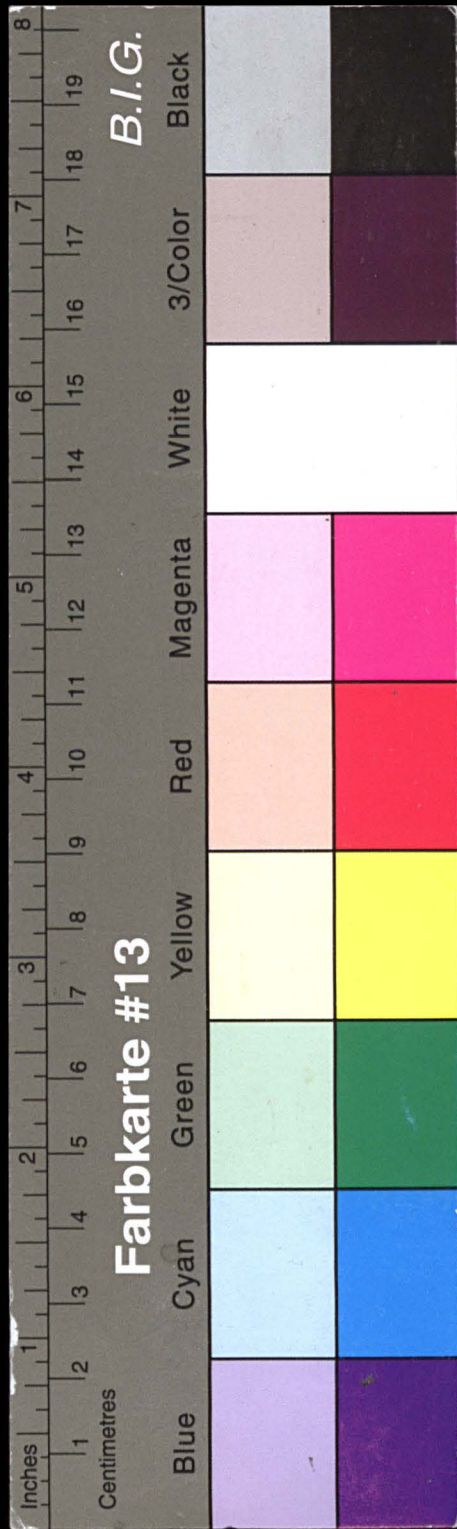




Kreisarchiv Stormarn E103

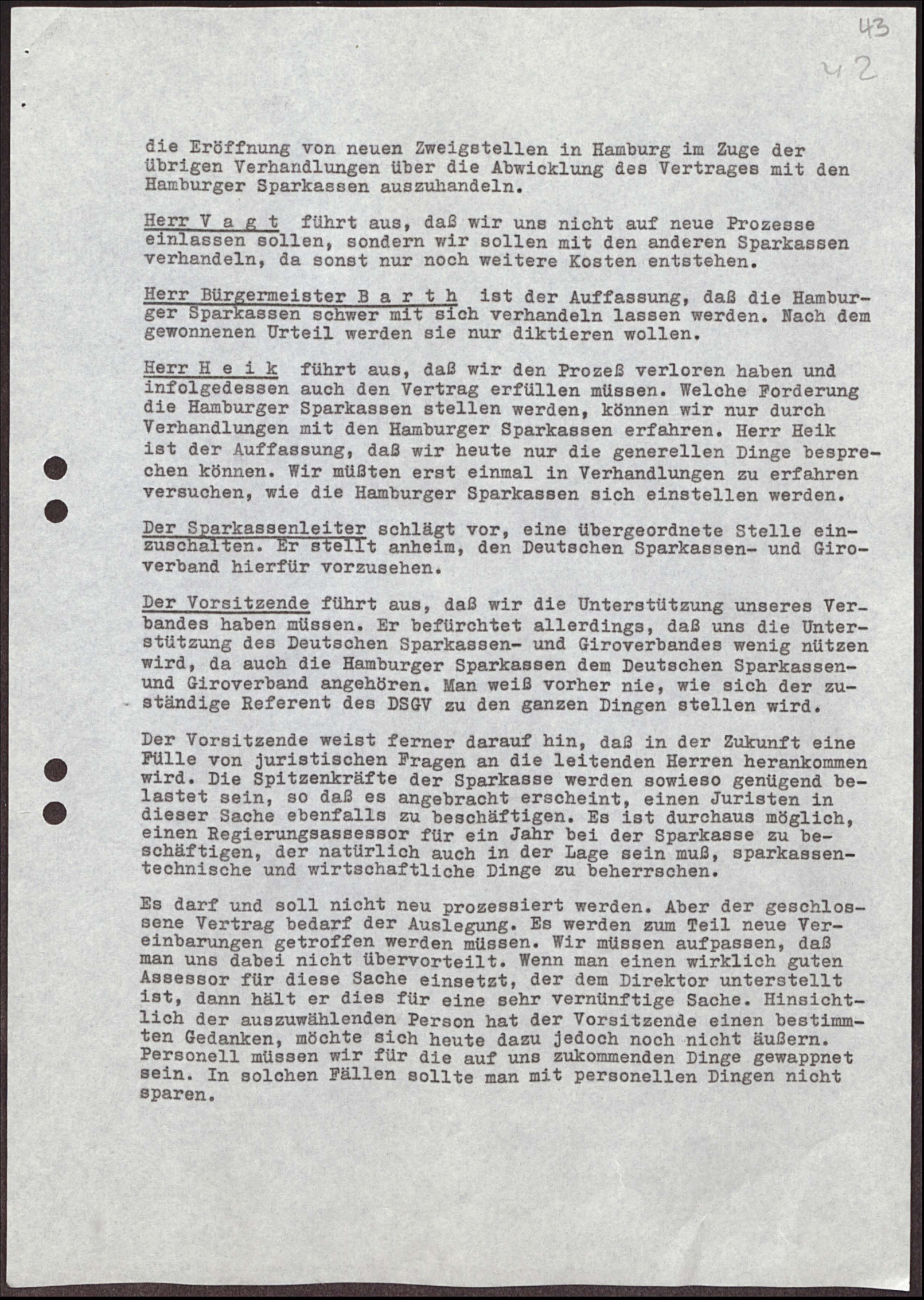
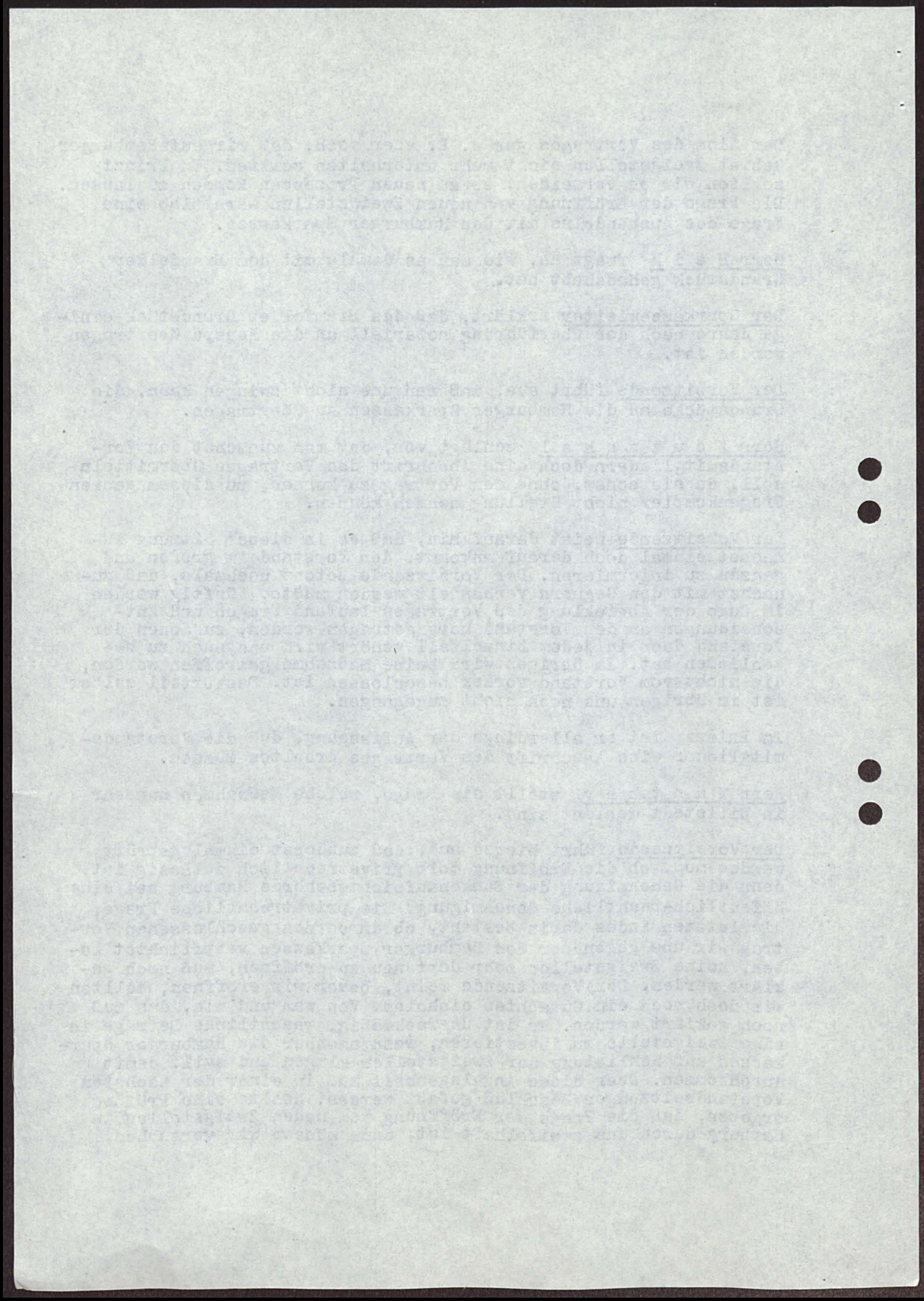
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

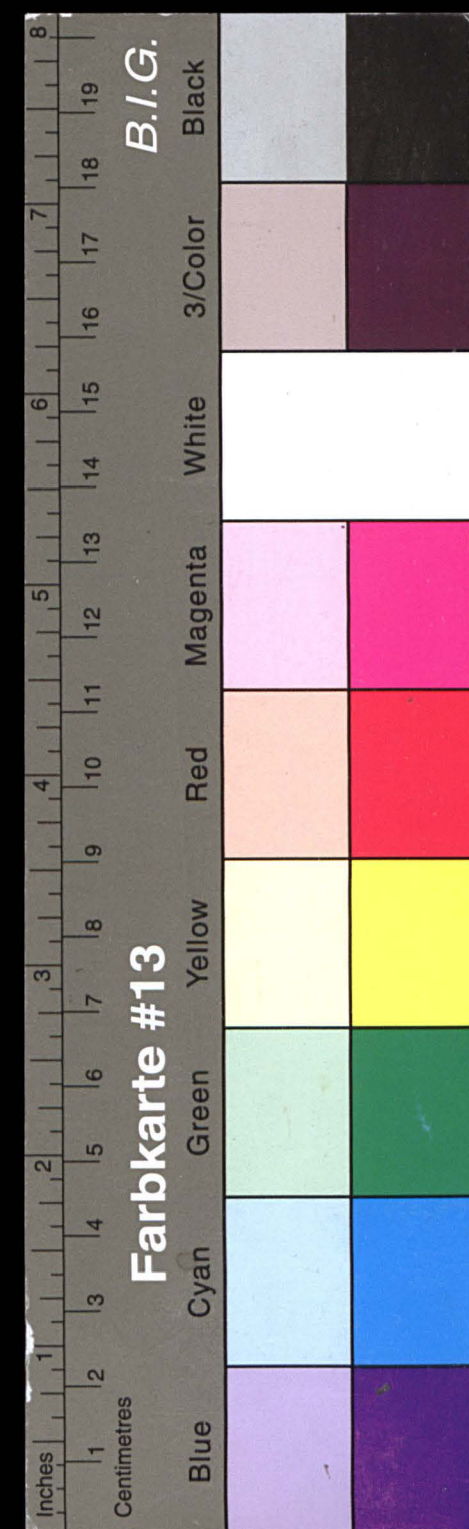




Kreisarchiv Stormarn E103

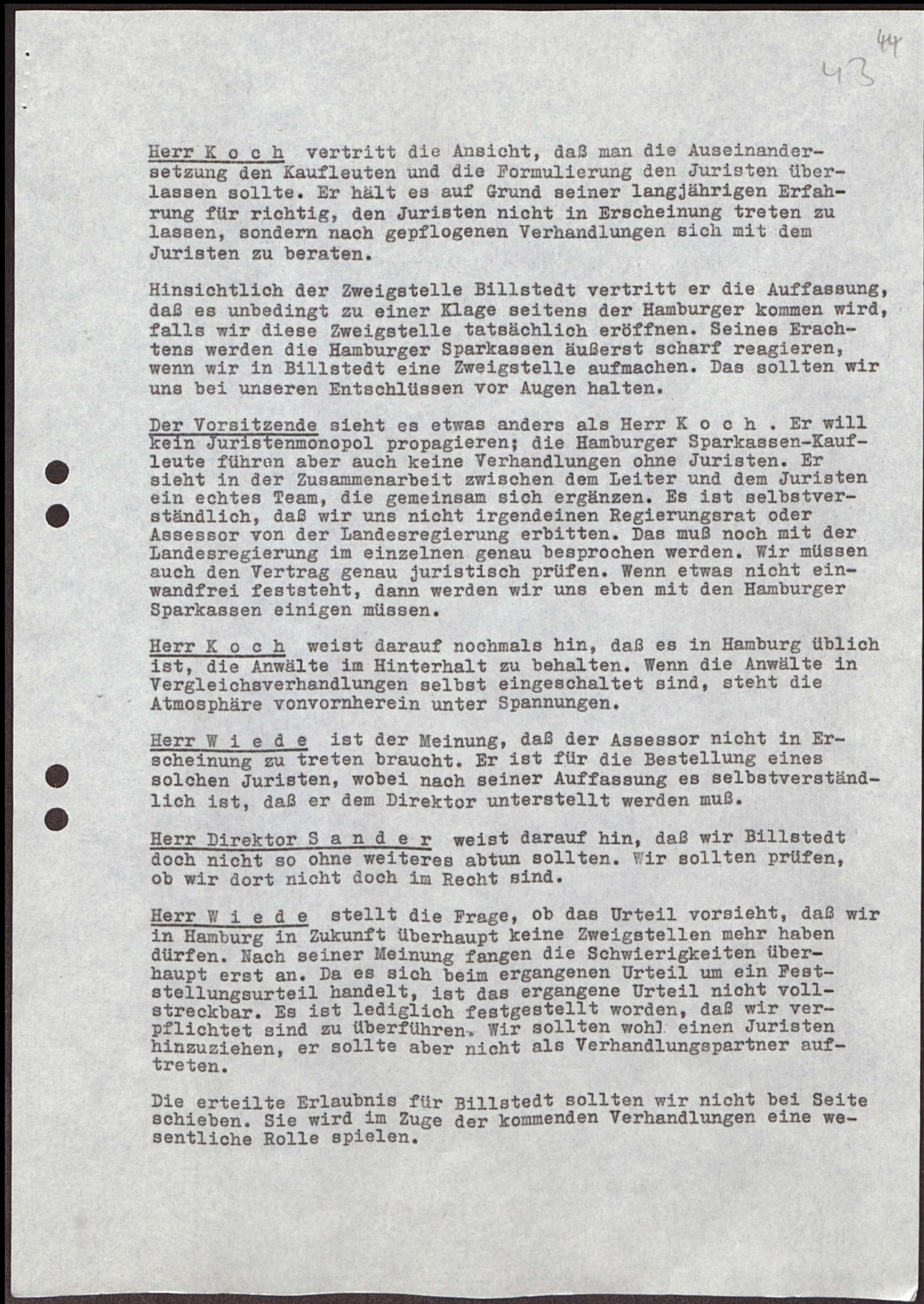
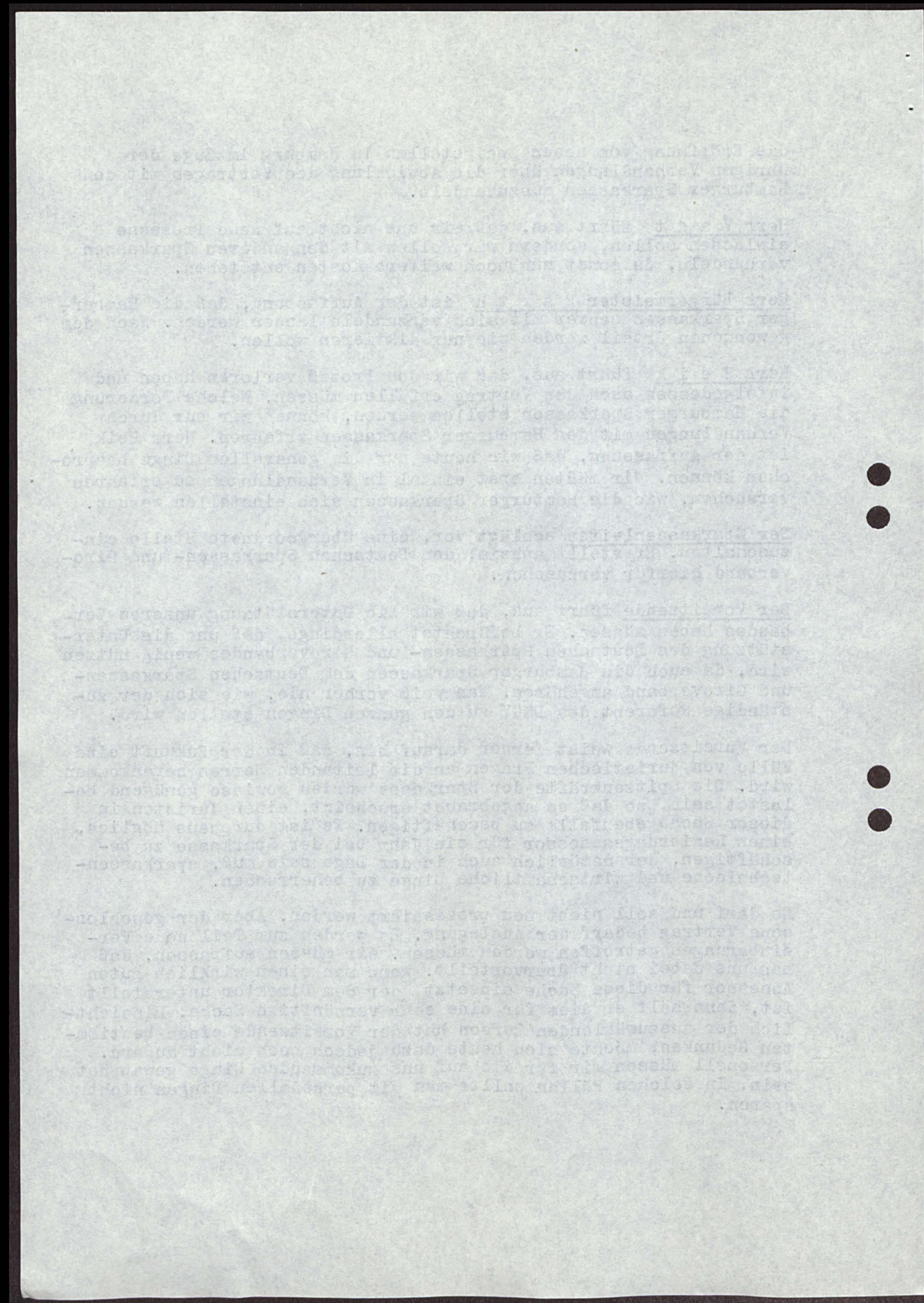
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

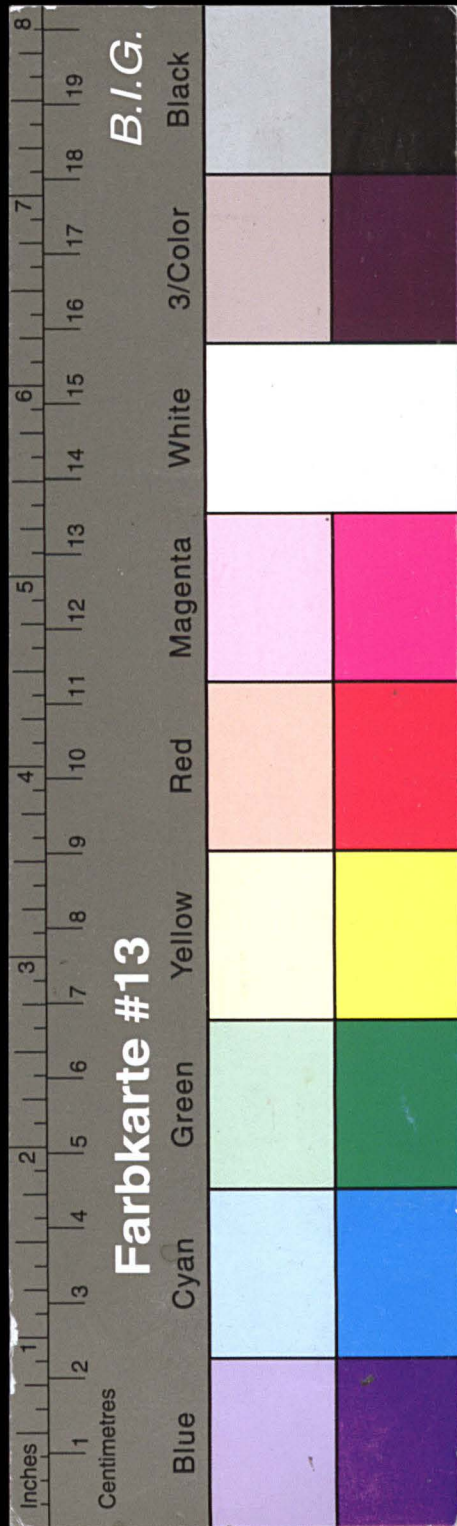




Kreisarchiv Stormarn E103

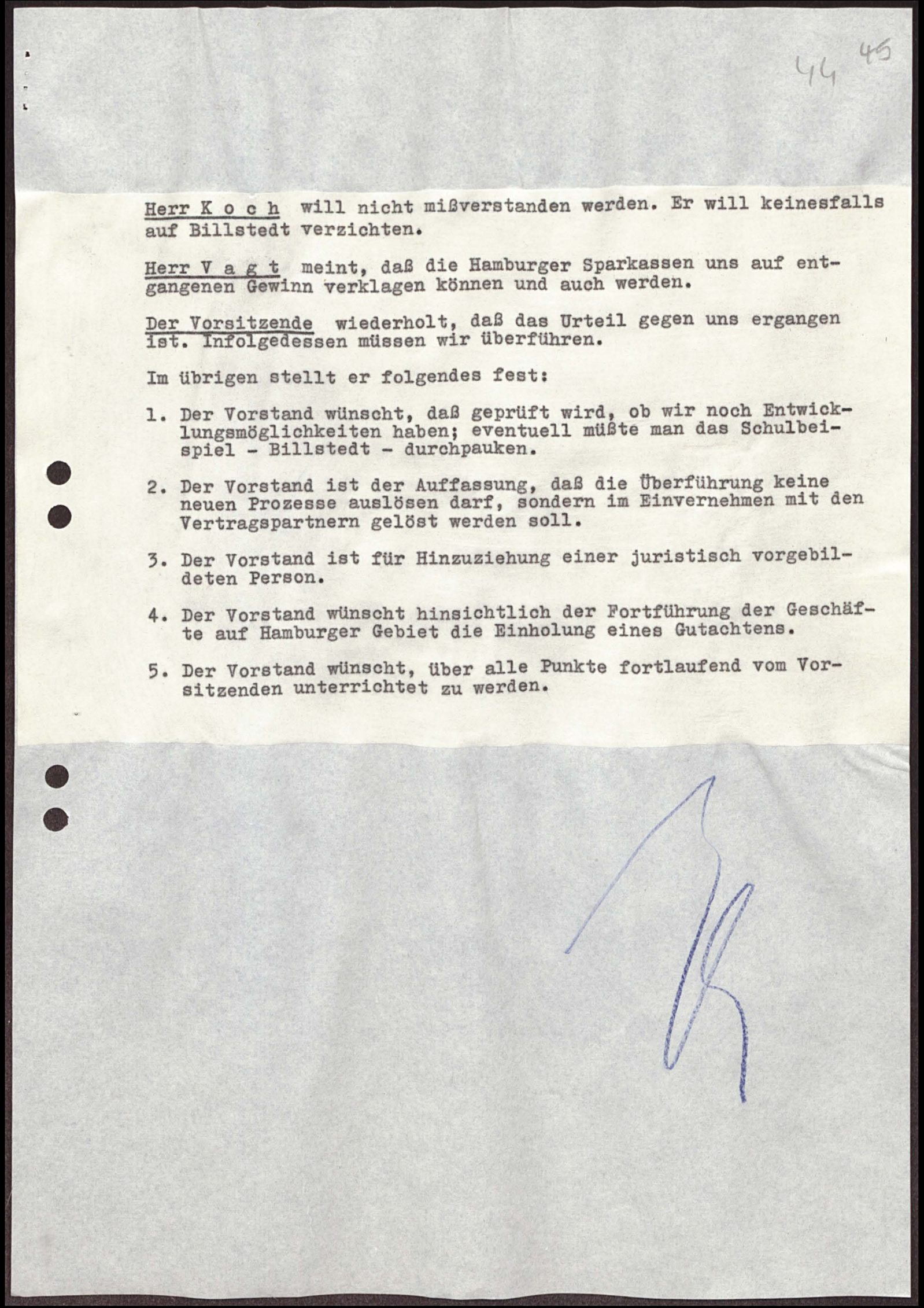
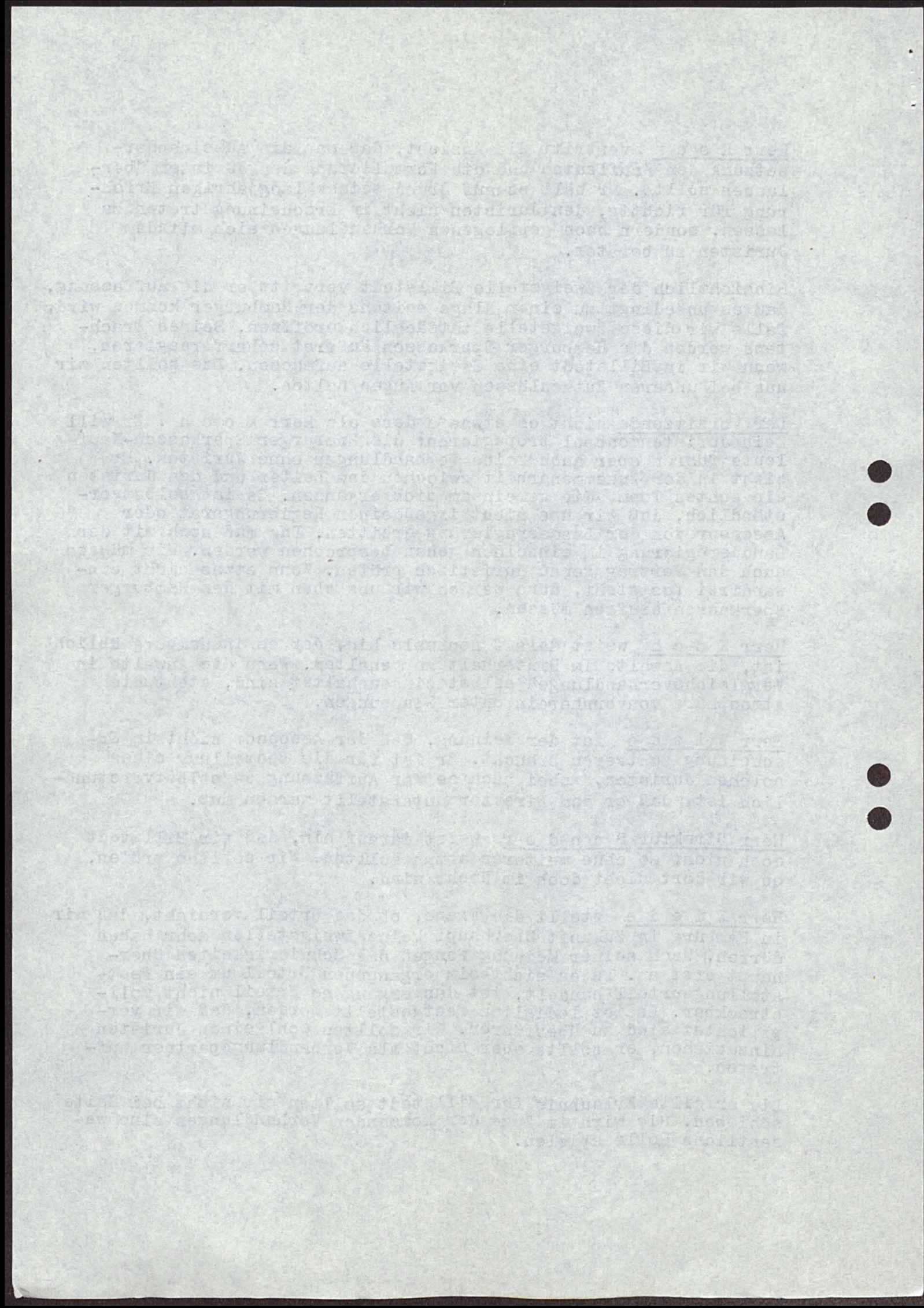
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

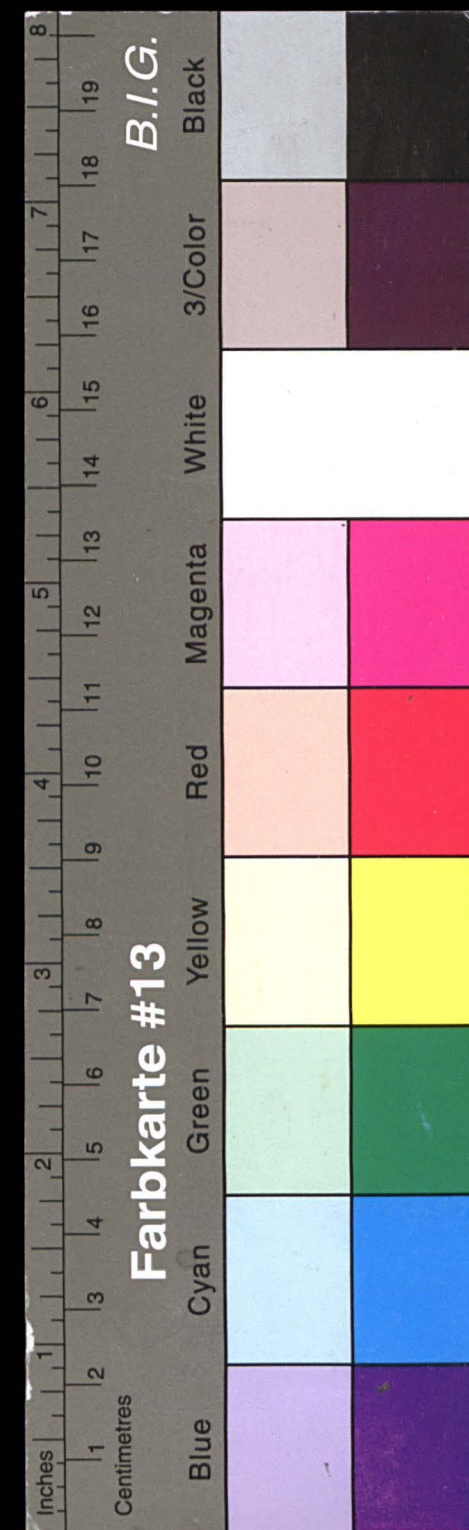




Kreisarchiv Stormarn E103

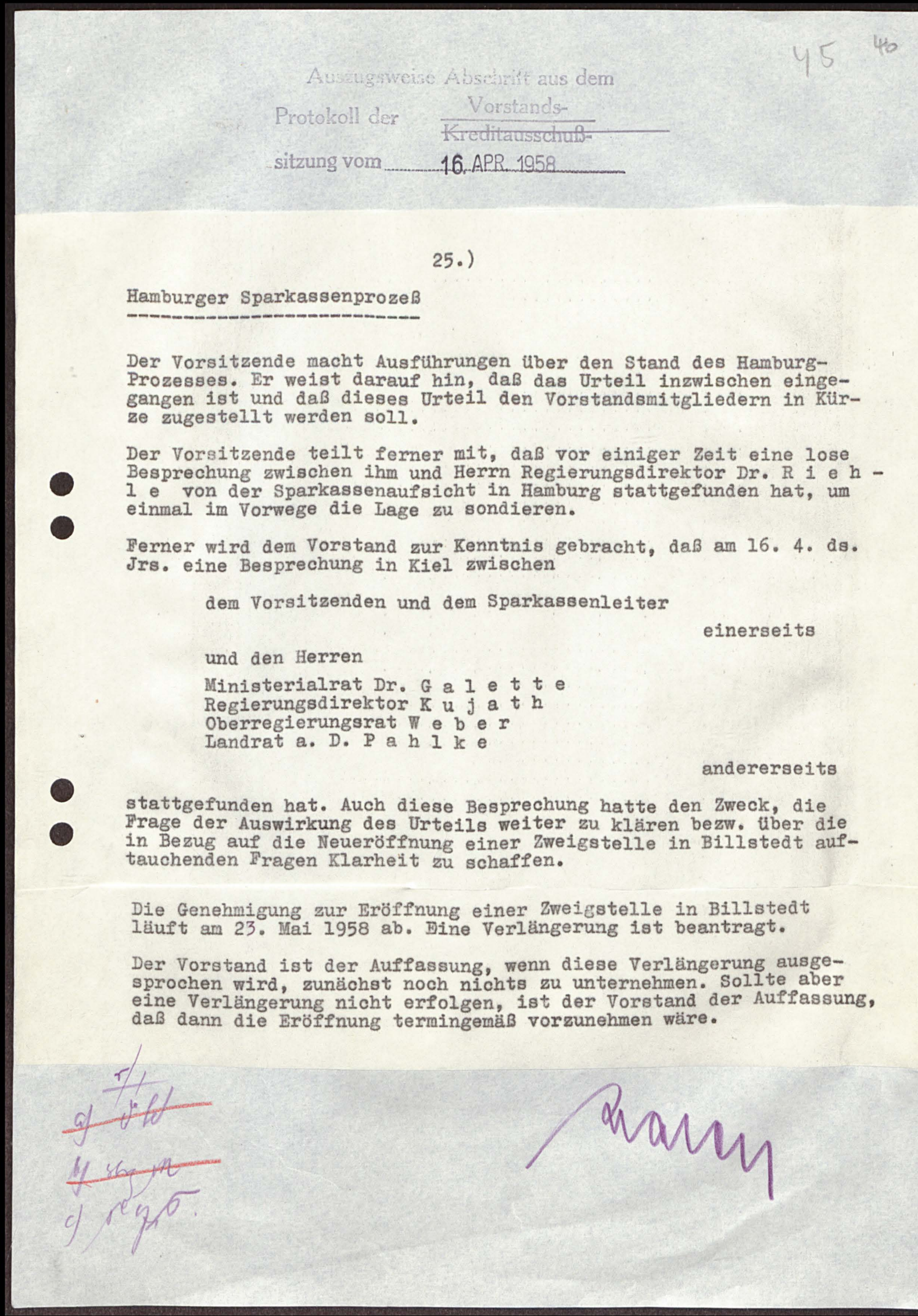
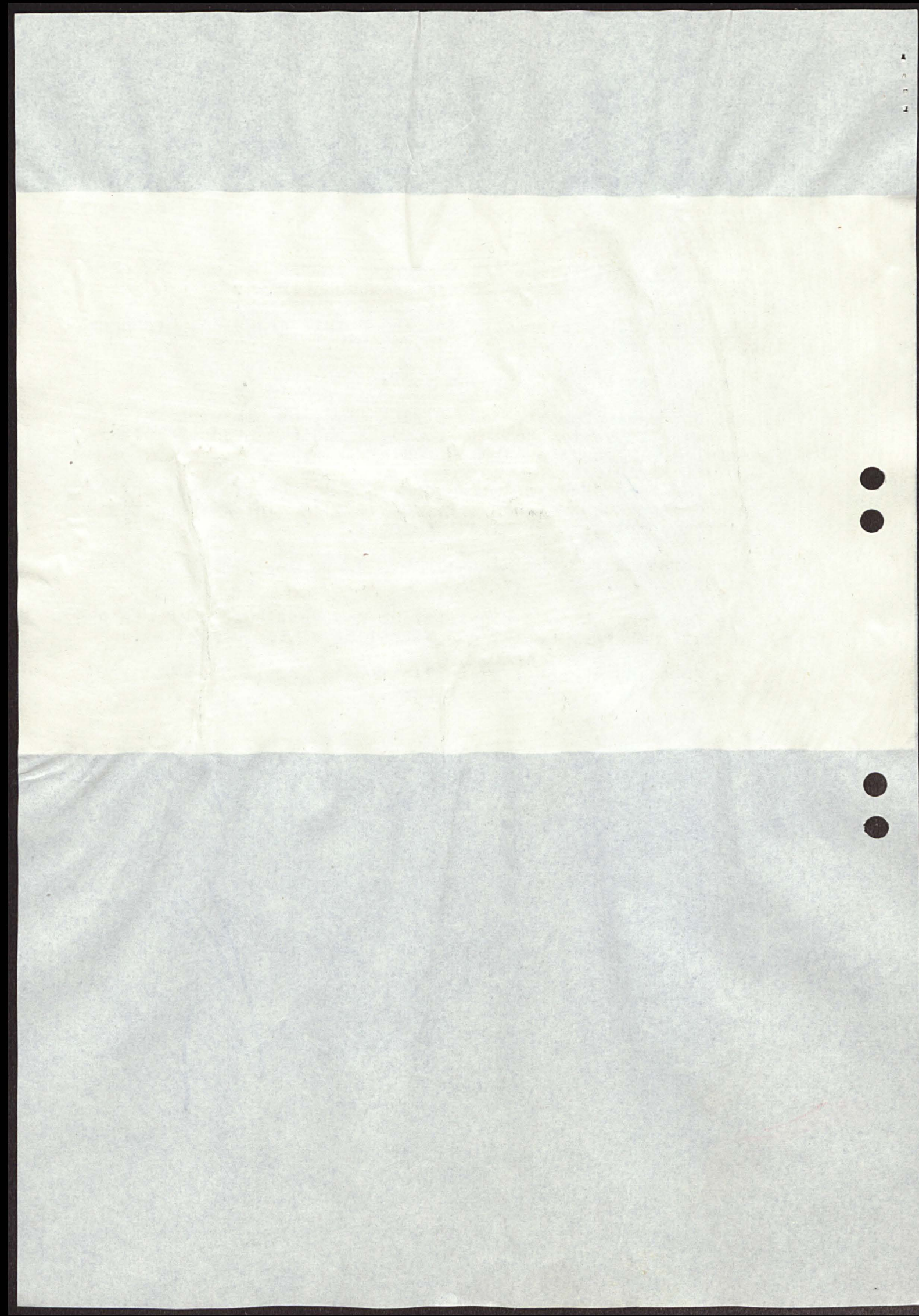
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

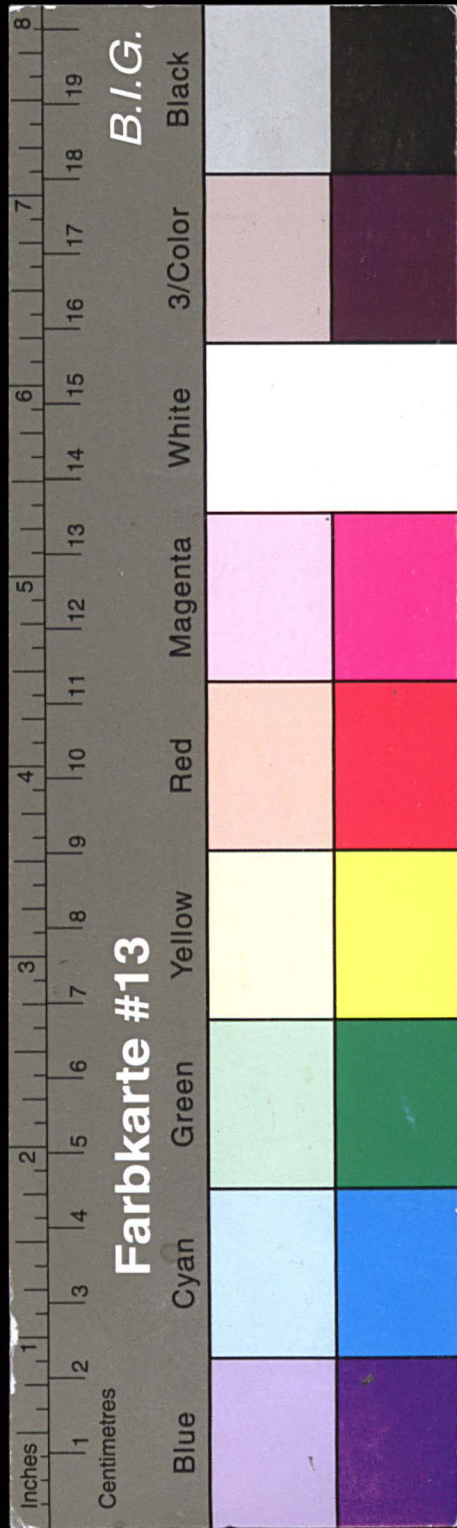




Kreisarchiv Stormarn E103

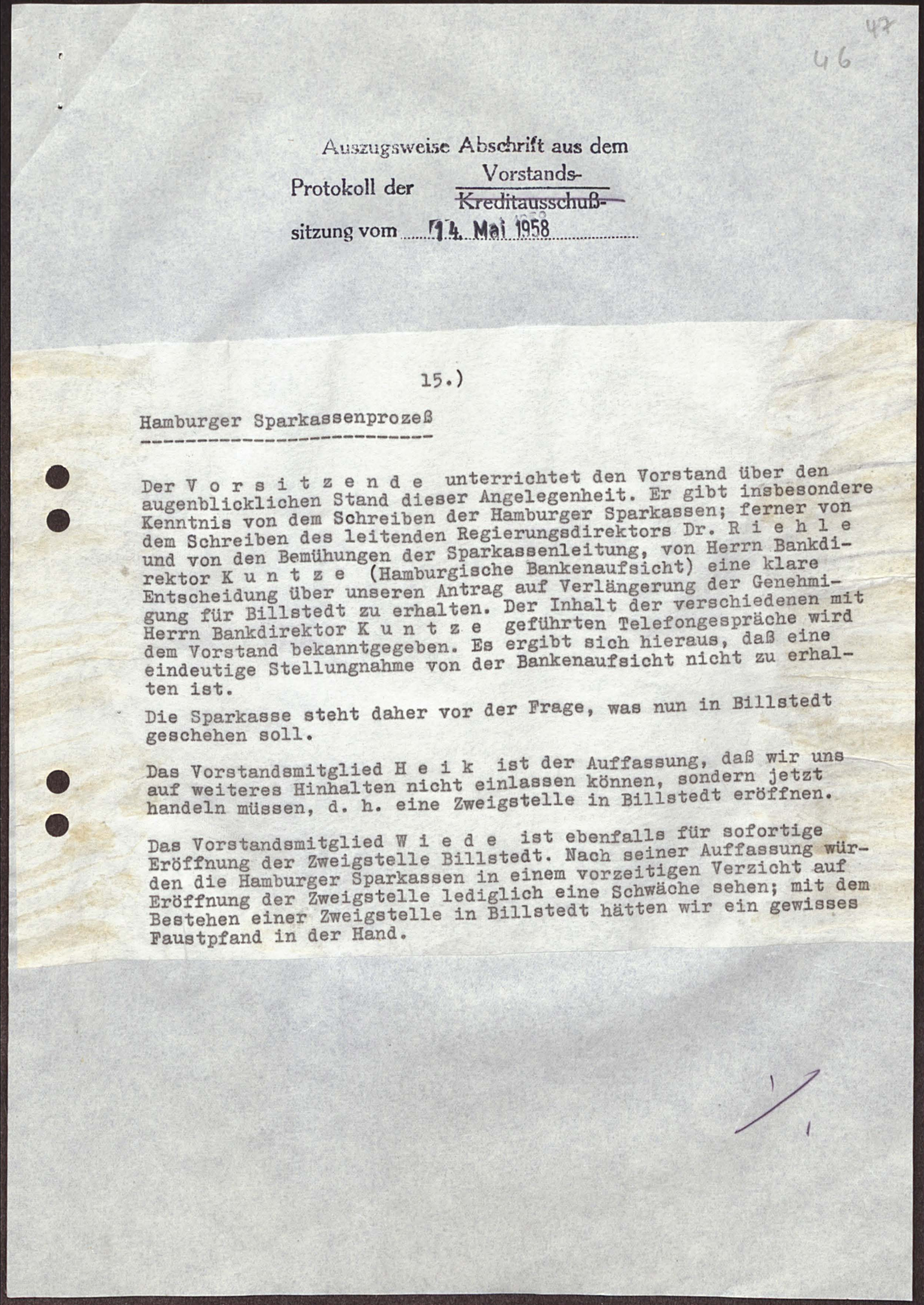
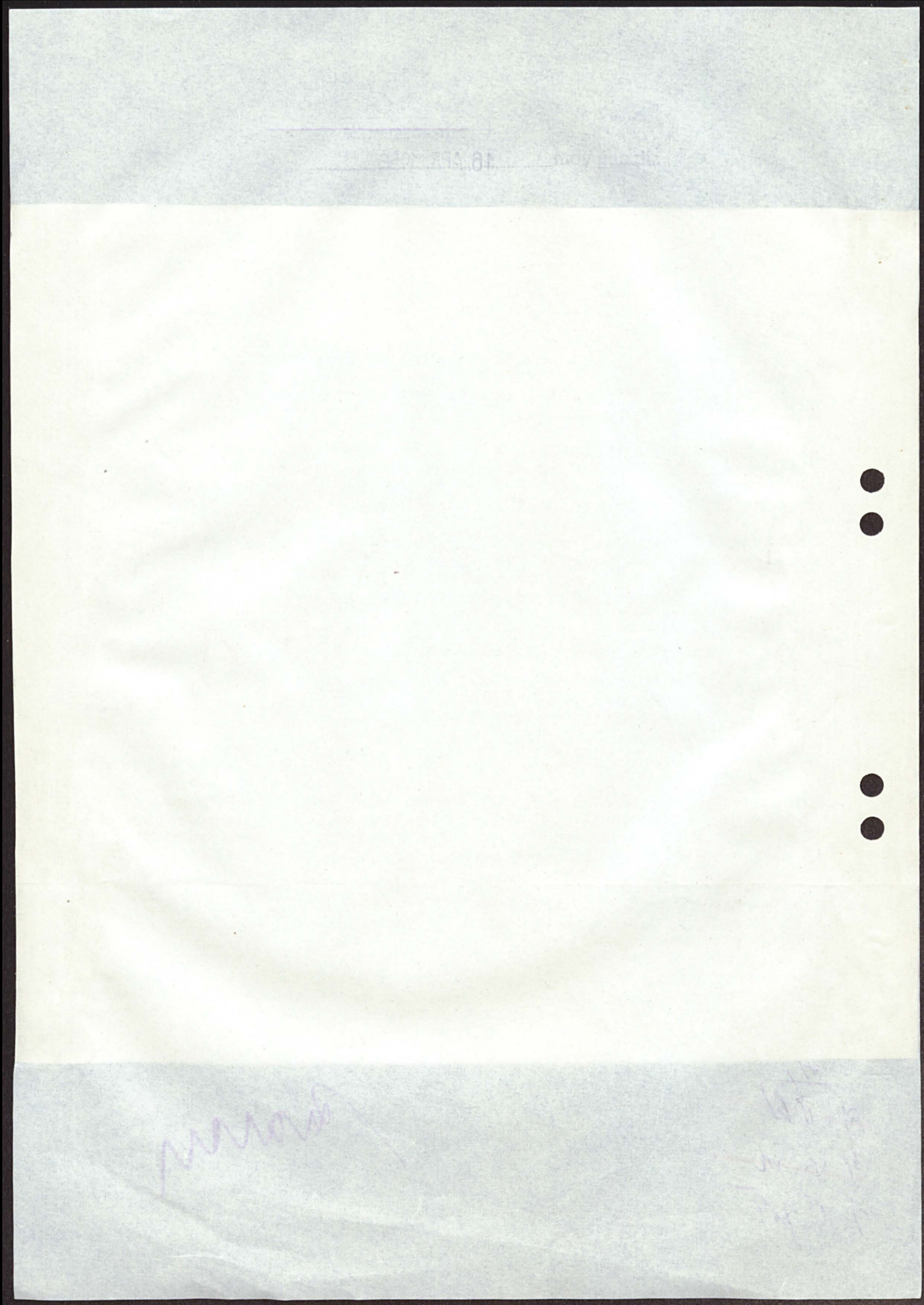
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
Kreditausschuß-
sitzung vom 14. Mai 1958

15.)

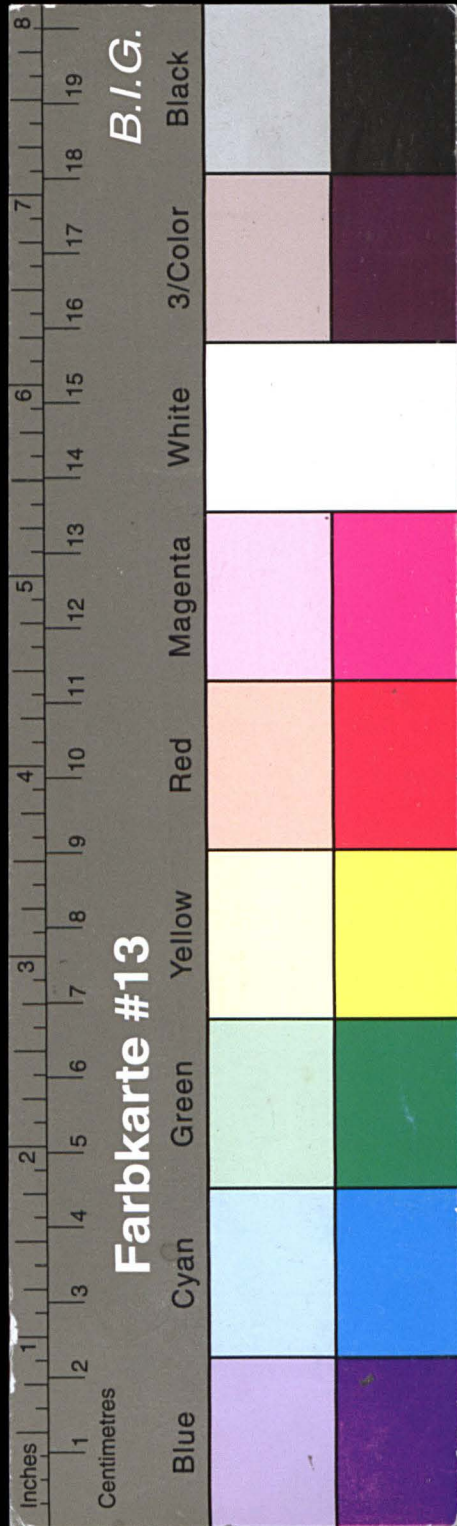
Hamburger Sparkassenprozeß

Der V o r s i t z e n d e unterrichtet den Vorstand über den augenblicklichen Stand dieser Angelegenheit. Er gibt insbesondere Kenntnis von dem Schreiben der Hamburger Sparkassen; ferner von dem Schreiben des leitenden Regierungsdirektors Dr. R i e h l e und von den Bemühungen der Sparkassenleitung, von Herrn Bankdirektor K u n t z e (Hamburgische Bankenaufsicht) eine klare Entscheidung über unseren Antrag auf Verlängerung der Genehmigung für Billstedt zu erhalten. Der Inhalt der verschiedenen mit Herrn Bankdirektor K u n t z e geführten Telefongespräche wird dem Vorstand bekanntgegeben. Es ergibt sich hieraus, daß eine eindeutige Stellungnahme von der Bankenaufsicht nicht zu erhalten ist.

Die Sparkasse steht daher vor der Frage, was nun in Billstedt geschehen soll.

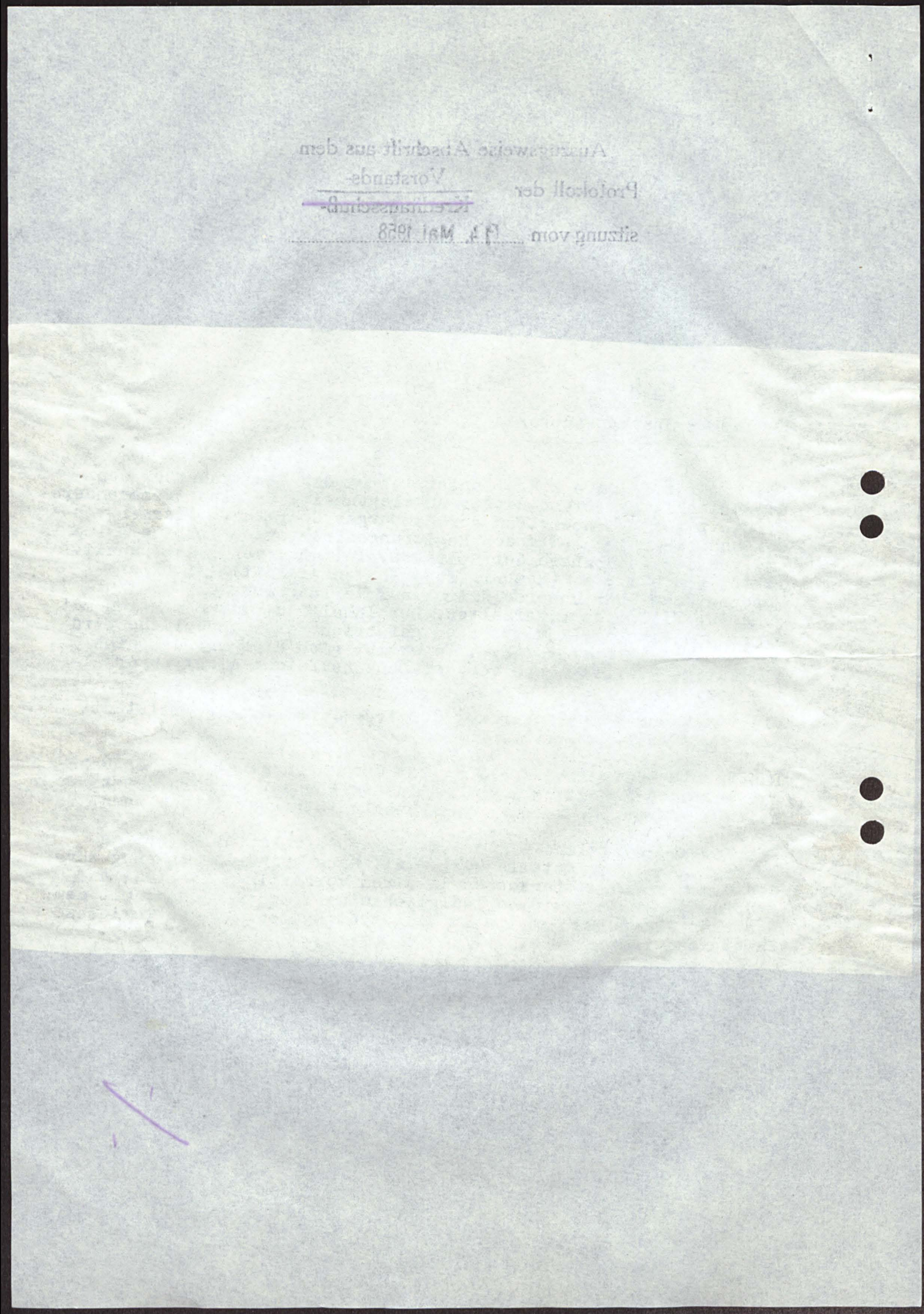
Das Vorstandsmitglied H e i k ist der Auffassung, daß wir uns auf weiteres Hinhalten nicht einlassen können, sondern jetzt handeln müssen, d. h. eine Zweigstelle in Billstedt eröffnen.

Das Vorstandsmitglied W i e d e ist ebenfalls für sofortige Eröffnung der Zweigstelle Billstedt. Nach seiner Auffassung würden die Hamburger Sparkassen in einem vorzeitigen Verzicht auf Eröffnung der Zweigstelle lediglich eine Schwäche sehen; mit dem Bestehen einer Zweigstelle in Billstedt hätten wir ein gewisses Faustpfand in der Hand.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



48

Herr Wiede weist im übrigen auf den letzten Absatz des Bundesgerichtshofsurteils hin, wonach ein höherer finanzieller Ausgleich durchaus noch im Bereich der Möglichkeit liegt.

Das Vorstandsmitglied Z e u t s c h e l vertritt die Auffassung, daß die Eröffnung der Hauptzweigstelle Billstedt wohl kaum gegen die Fassung des mit den Hamburger Sparkassen geschlossenen Vertrages verstoßen könne, wohl aber gegen den Sinn des Vertrages. Herr Zeutschel ist nunmehr auch der Auffassung, daß, nachdem ihm der Vertrag und das Urteil im Wortlaut vorliegen, es richtiger gewesen wäre, eine Revision gegen die Entscheidung des Oberlandesgerichts nicht einzulegen.

Im übrigen ist er der Meinung, man sollte die Eröffnung der Zweigstelle Billstedt noch hinausschieben.

Diese Auffassung von Z. über die eingelegte Revision wird jedoch von den übrigen V o r s t a n d s m i t g l i e d e r n in keiner Weise geteilt.

Das Vorstandsmitglied K o c h ist der Meinung, daß die Sparkasse sich auf alle Fälle mit der Einrichtung der Hauptzweigstelle Billstedt eine Trumpfkarte verschaffen sollte und deshalb schnellstens eröffnen müßte.

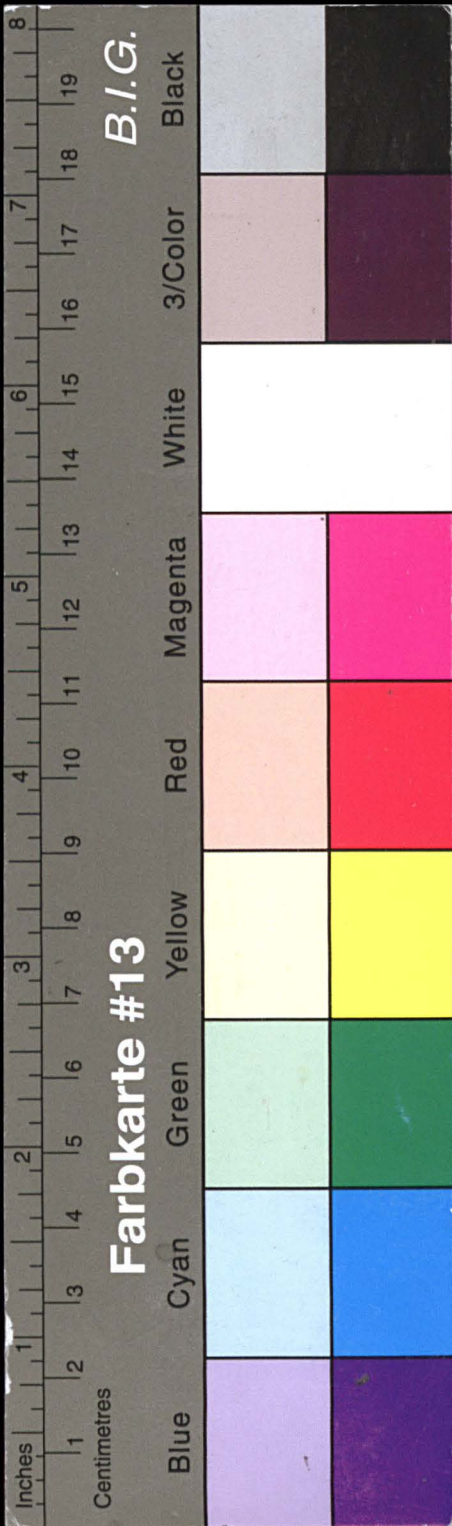
Herr Bürgermeister B a r t h ist der Auffassung, daß, wenn die Hamburger Sparkassen sich die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen vorbehalten haben, die Hauptzweigstelle Billstedt nur ein Positivum in unserer Hand sein könnte und deshalb eröffnet werden müßte.

Auf verschiedene Einwände hin erläutert der V o r s i t z e n d e nochmals das ergangene Bundesgerichtshofsurteil, das nach seiner Auffassung in der Begründung durchaus angreifbar sei, weil es rechtlich zulässig sein soll, 5 Zweigstellen und 1/3 des Volumens der Sparkasse ohne Vorstandsbeschluß, ohne Beschluß des Gewährträgers und ohne aufsichtsbehördliche Genehmigung abzugeben. Leider aber müßten wir uns mit dem ergangenen Urteil abfinden.

Der Vorsitzende weist dann darauf hin, daß die zukünftigen Verhandlungen mit den Hamburger Sparkassen sich nicht allein auf die Frage der Überführung der Hamburger Dienststellen und die damit im Zusammenhang stehende technische Abwicklung beschränken werden, sondern daß vor allem auch eine Auseinandersetzung über das Regionalitätsprinzip zu erwarten steht sowie ferner über die Frage des Verbleibs der Grundstücke und der von den Hamburger Sparkassen bereits angedeuteten Schadensersatzansprüche. Man würde einer Debatte über diese Fragen nicht aus dem Wege gehen können, wobei es darauf ankommen könnte, nach der einen oder anderen Richtung gewisse Zugeständnisse zu machen, um dagegen entsprechende Verzichte seitens der Hamburger Stelle-n einzuhandeln.

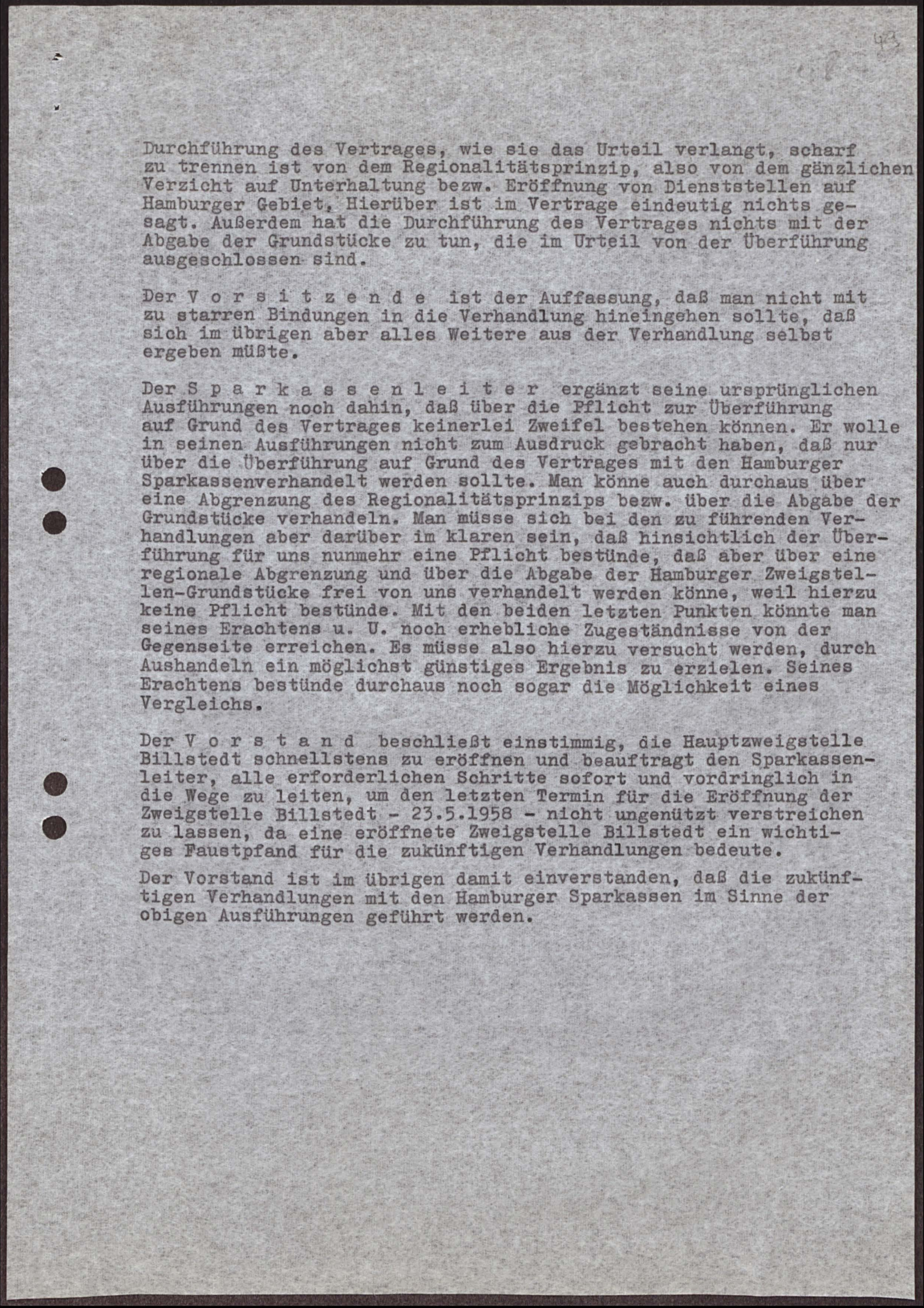
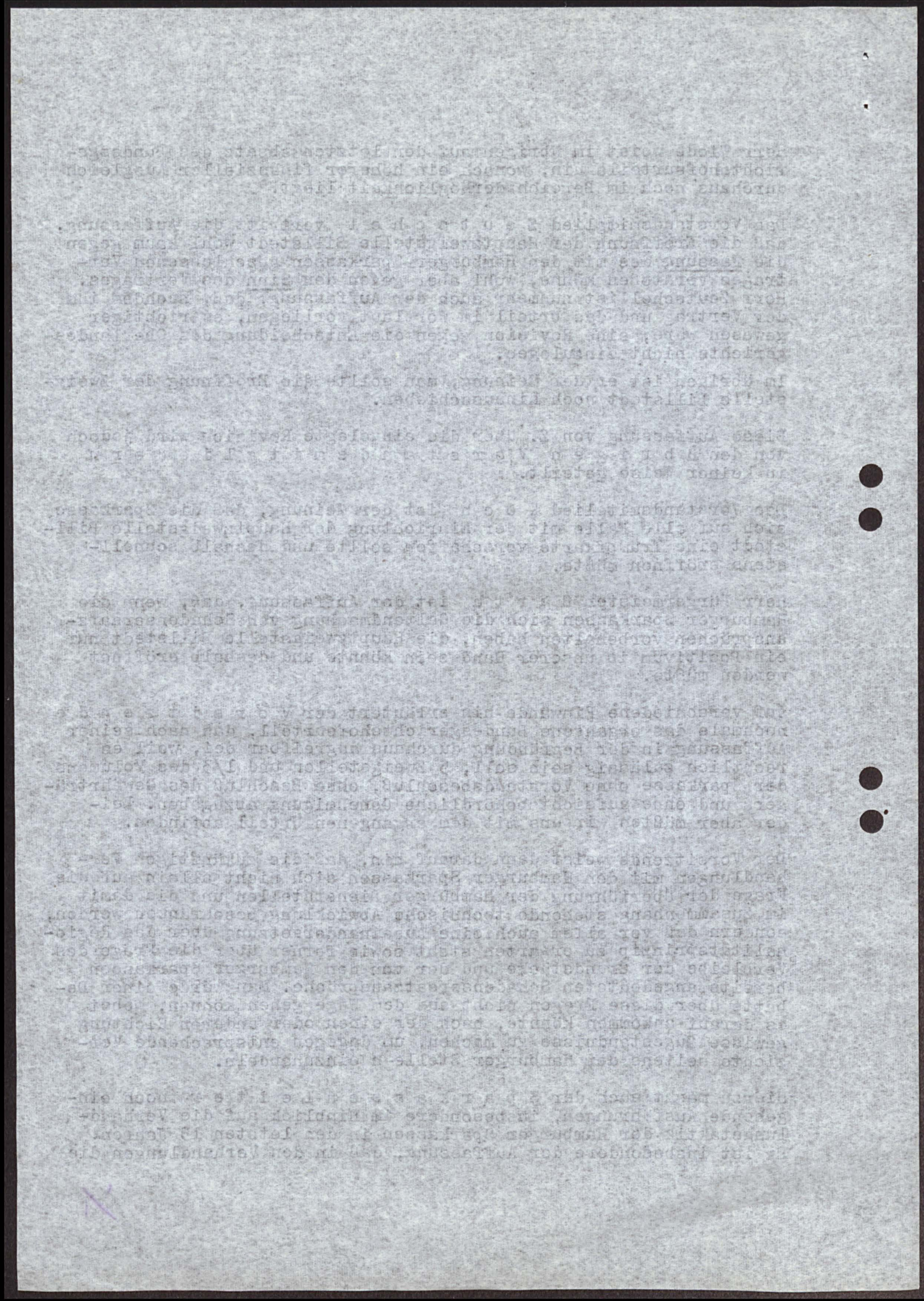
Hierzu macht auch der S p a r k a s s e n l e i t e r noch eingehende Ausführungen, insbesondere im Hinblick auf die Verhandlungstaktik der Hamburger Sparkassen in den letzten 15 Jahren. Er ist insbesondere der Auffassung, daß in den Verhandlungen die

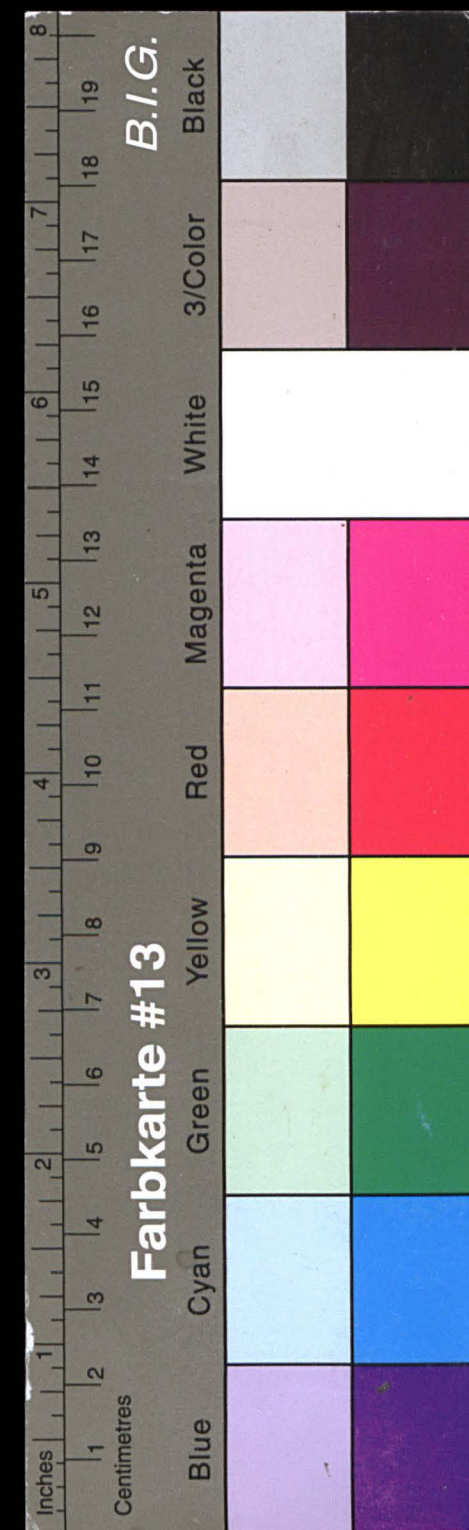
X



Kreisarchiv Stormarn E103

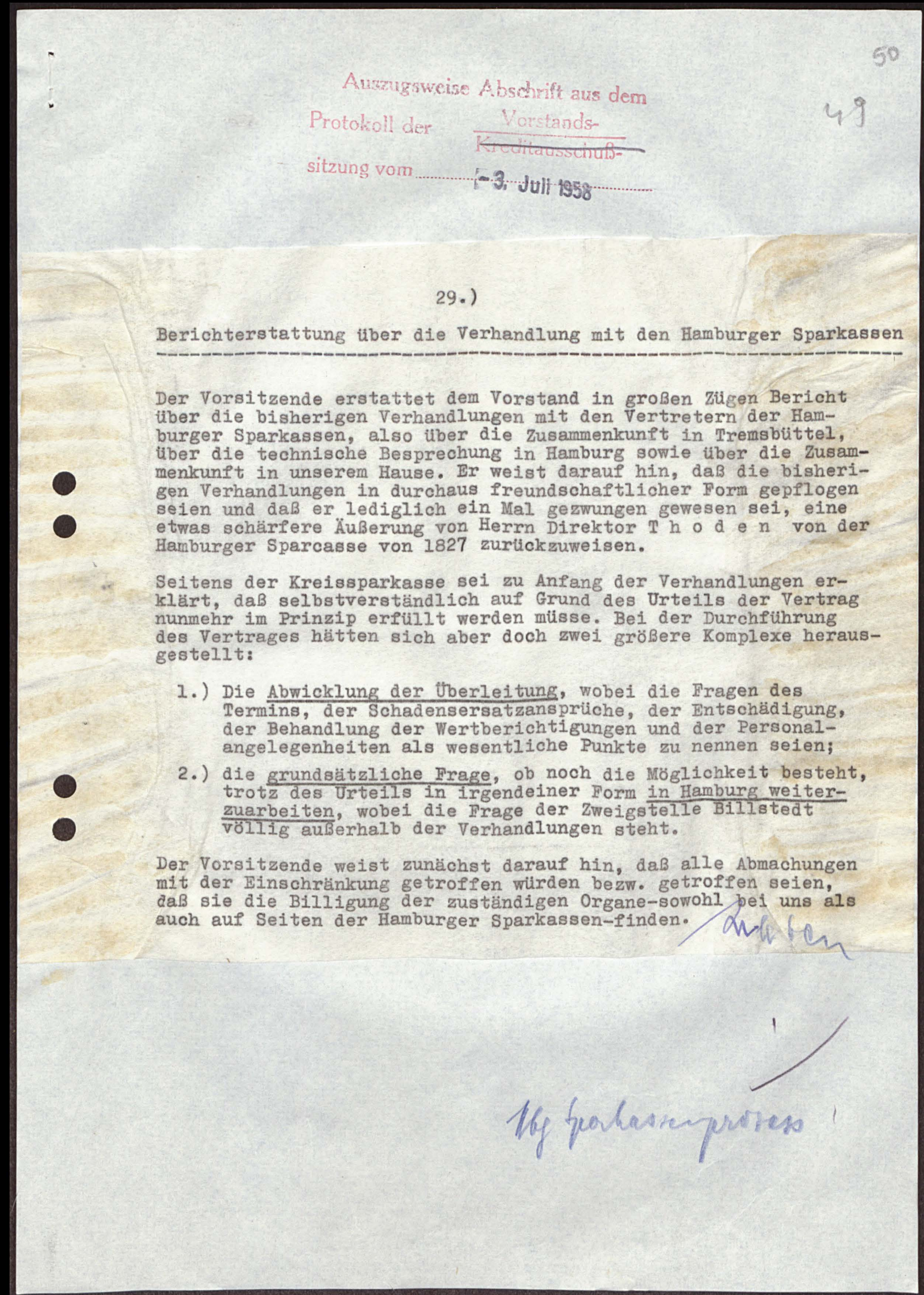
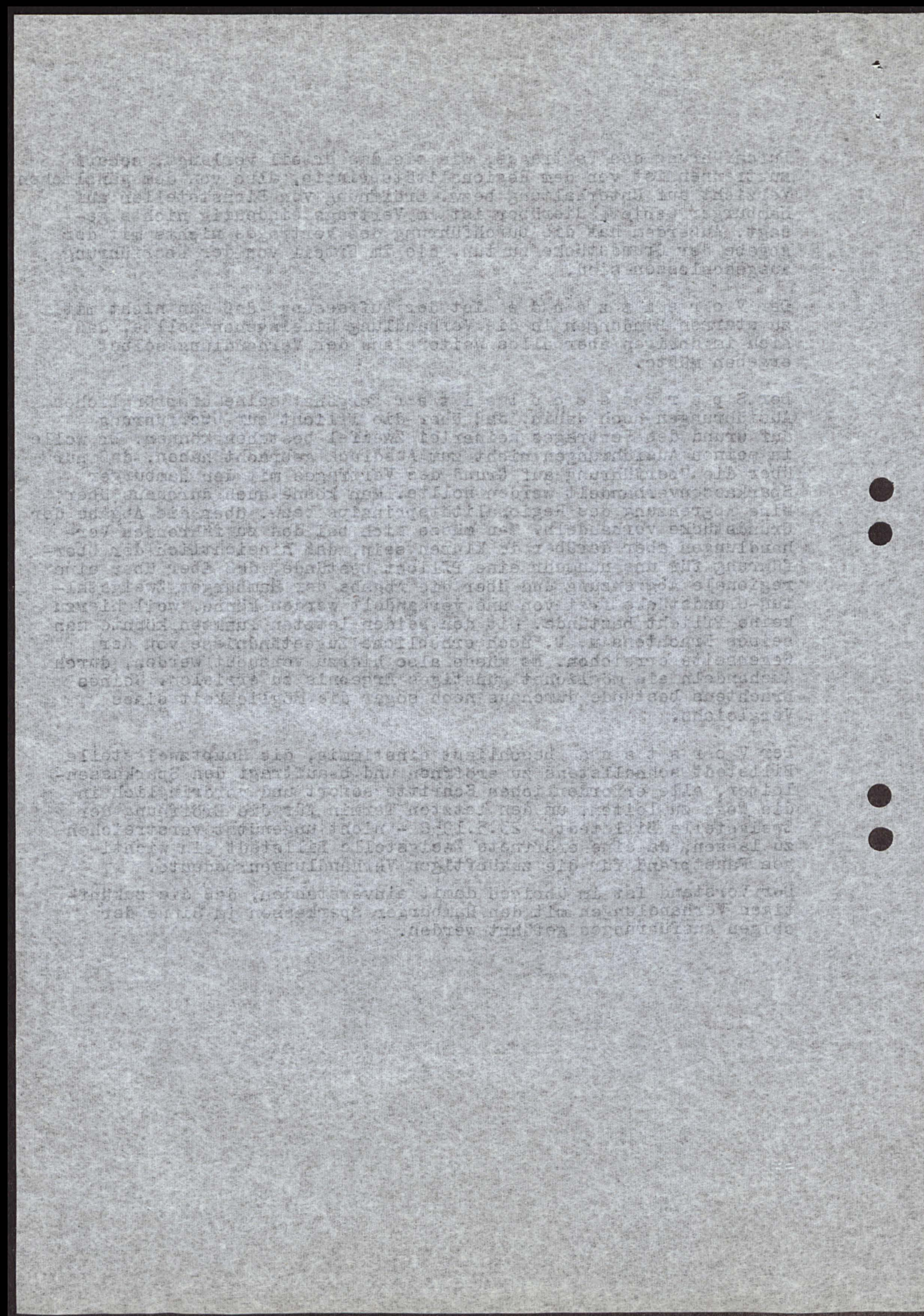
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

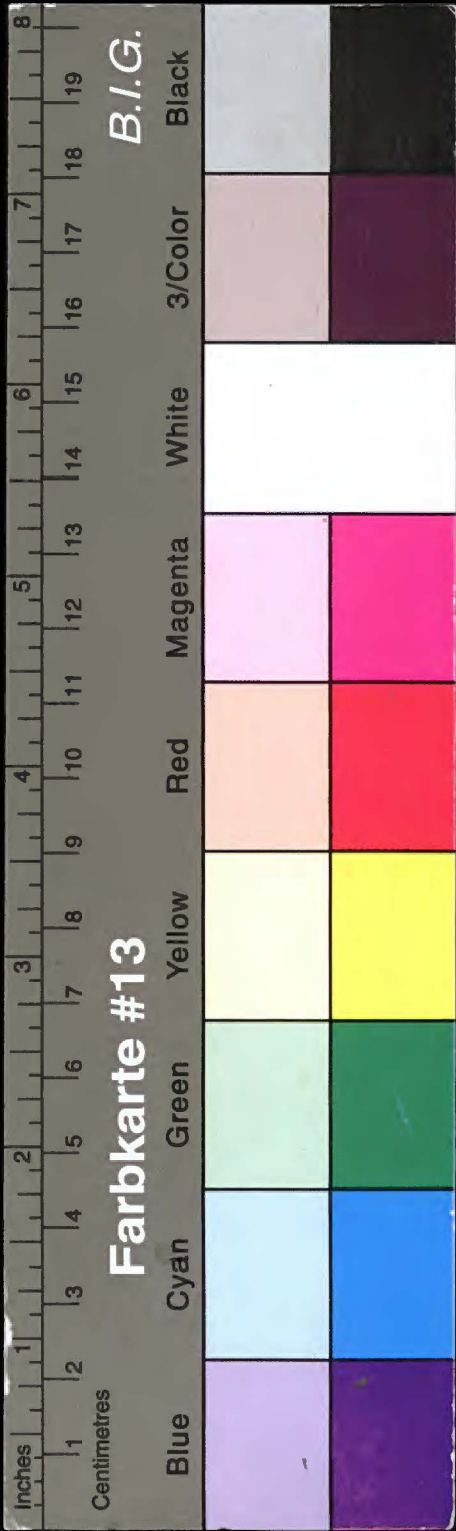




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Als Überführungszeitpunkt sei der 1.11.1958 in Aussicht genommen.

Die dem Kreis zustehende Entschädigung würde sich auf etwa 327.000,-- M belaufen. - Die Schadenersatzansprüche der Hamburger Sparkassen seien vorerst mit rund 800.000,-- M beziffert. Ob diese Ansprüche in diesem Umfange zu Recht bestünden, bliebe noch zu prüfen.

Es sei dann bereits in der ersten Verhandlung darauf hingewiesen, daß die Frage der Grundstücksregelung und der regionalen Abgrenzung davon abhängig sei, welches Entgegenkommen die Kreissparkasse hinsichtlich des Verbleibens mit einer oder zwei Zweigstellen auf Hamburger Gebiet finden würde. Nur wenn hier Entgegenkommen gezeigt würde, könne im übrigen ein Verzicht auf weitere Betätigung auf Hamburger Gebiet - Kirchsteinbek selbstverständlich ausgenommen - ausgesprochen werden.

Das Vorstandsmitglied W i e d e fragt, ob dieser Verzicht für alle Zukunft gelten soll.

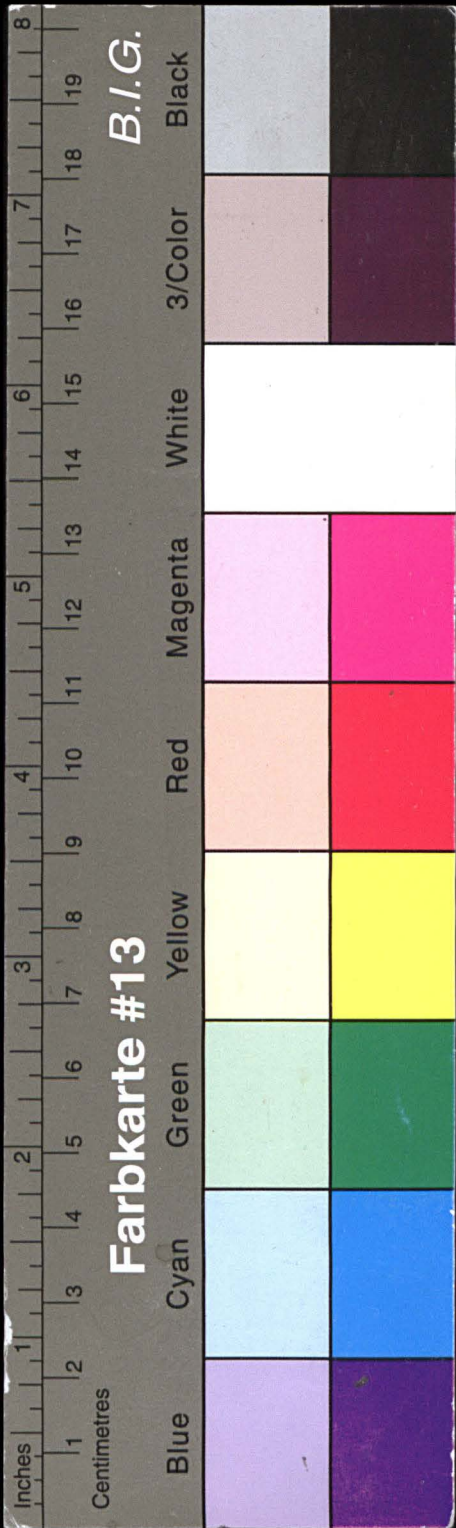
Der Vorsitzende bejaht diese Frage. Er ist der Auffassung, daß man insoweit dem Standpunkt der Hamburger Sparkassen Verständnis entgegenbringen müsse und weist darauf hin, daß selbstverständlich damit auch ein Verzicht der Hamburger Sparkassen, sich auf Stormarner Gebiet zu betätigen, verbunden sei.

Der Vorsitzende weist sodann auf den Schriftwechsel hin, der zwischen dem Bürgermeister B r a u e r , Hamburg, und dem Ministerpräsidenten von H a s s e l , Kiel, stattgefunden habe und in dem Herr Bürgermeister B r a u e r zum Ausdruck gebracht habe, daß Bedenken gegen eine Wiedereröffnung von Zweigstellen seitens unserer Sparkasse im Hamburger Raum nicht geltend gemacht würden. Selbstverständlich könne es sich hierbei nur um die öffentlich-rechtliche Seite der Angelegenheit handeln; es sei nichts damit gesagt über das privat-rechtliche Verhältnis der Hamburger Sparkassen zu uns auf Grund des geschlossenen Vertrages.

Im Hinblick auf die außerordentlich schwierige Entscheidung, die in der Wiedereröffnung von Zweigstellen auf Hamburger Gebiet liegt, schlägt der Vorsitzende vor, ein neutrales Gutachten einzuholen und bringt gleichzeitig als Gutachter Herrn Prof. Dr. B e t t e r - m a n n in Berlin, der ihm persönlich bekannt sei, in Vorschlag. - Eine vorläufige Anfrage bei diesem hat ergeben, daß evtl. noch ein zweiter Gutachter gehört werden soll, wobei an die Person des Prof. Dr. ~~B/o~~ B/o A m e y e r , Berlin, gedacht ist. - Ein solches Gutachten könne in etwa 6 Wochen vorliegen, so daß man etwaige Entscheidungen, was nun zu geschehen habe, bis dahin zurückstellen müsse. - Auf Fragen aus Reihen des Vorstandes erklärt der Vorsitzende weiter, daß die Kosten eines solchen Gutachtens noch nicht endgültig feststünden.

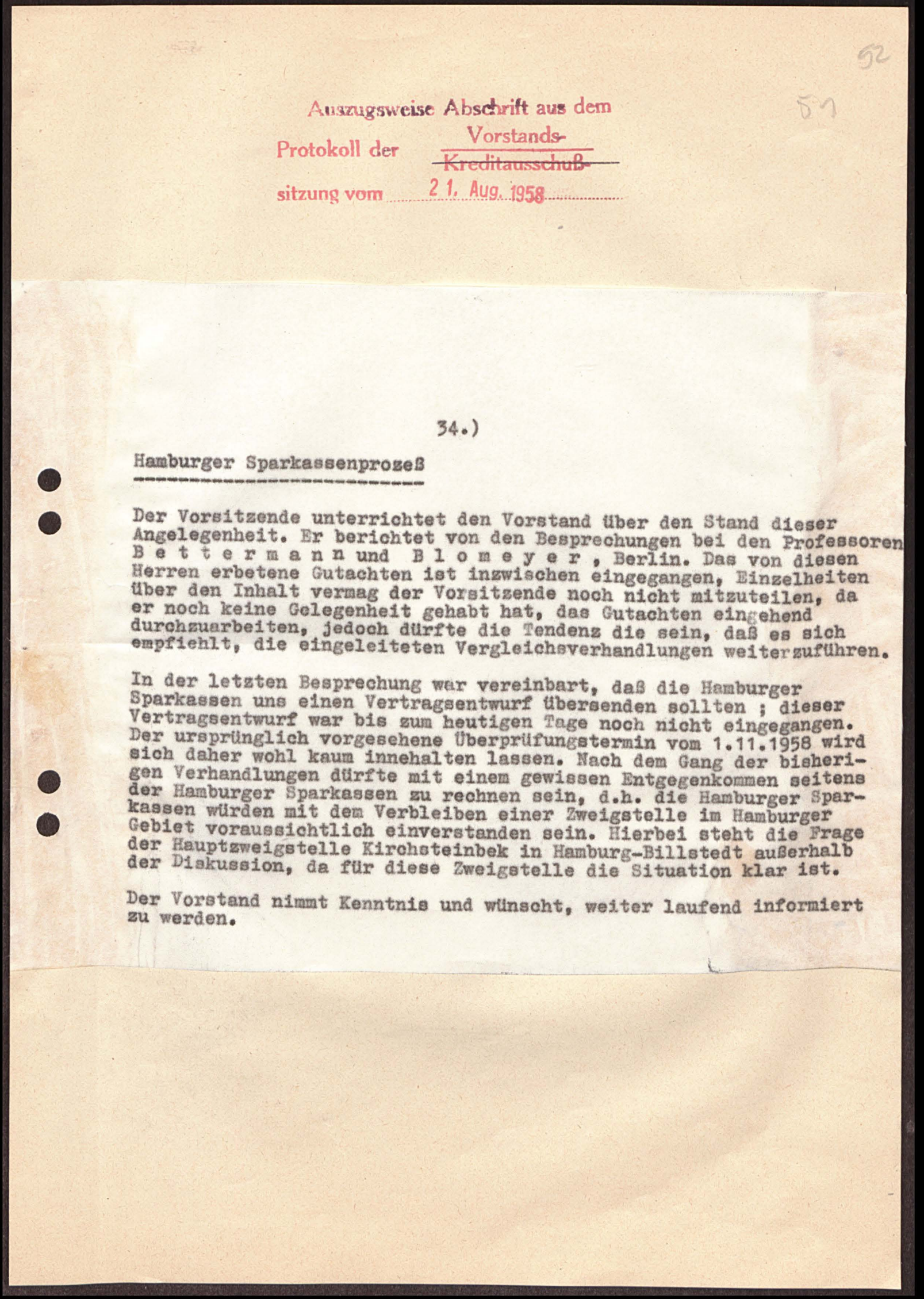
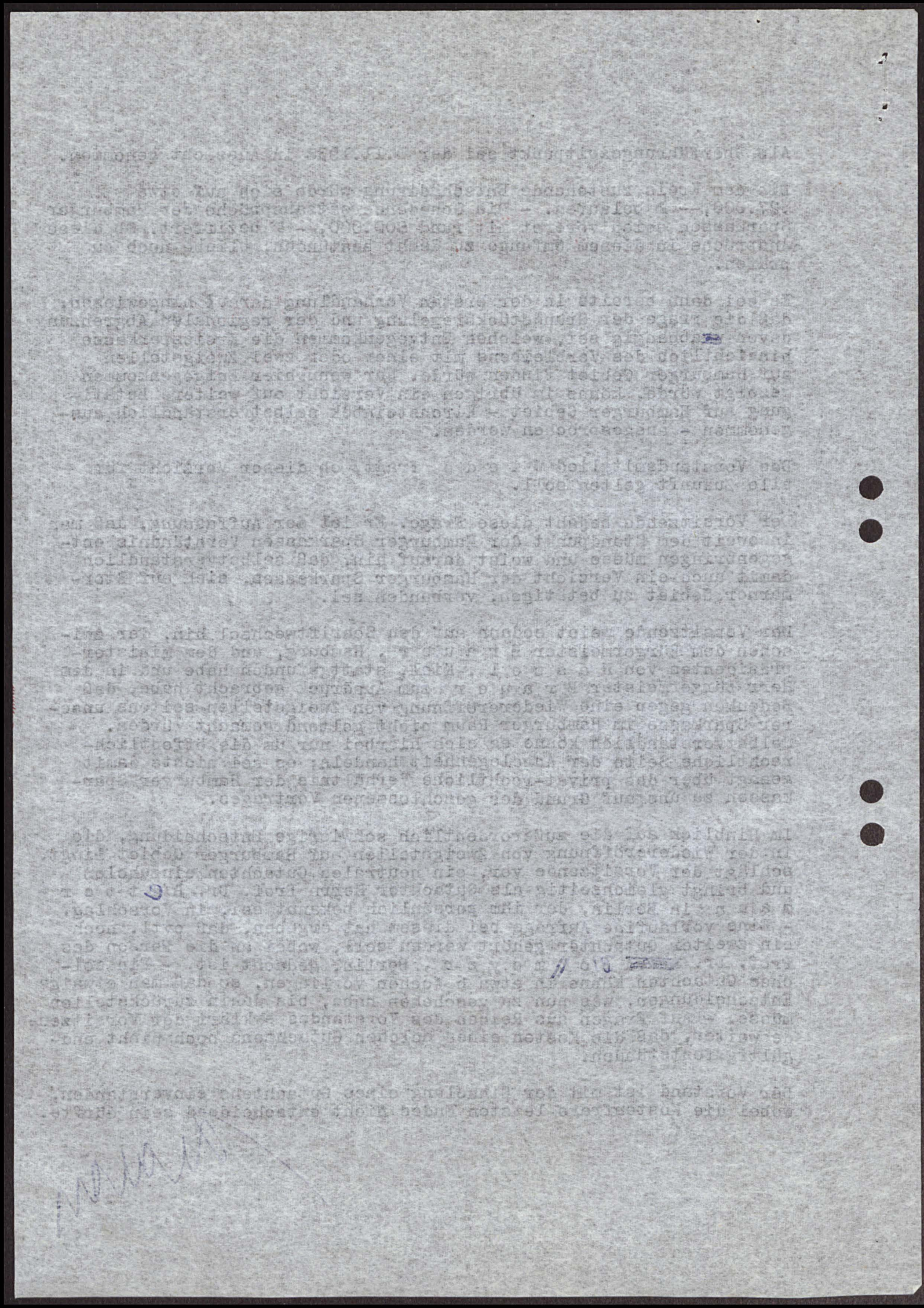
Der Vorstand ist mit der Einholung eines Gutachtens einverstanden, wobei die Kostenfrage letzten Endes nicht entscheidend sein dürfte.

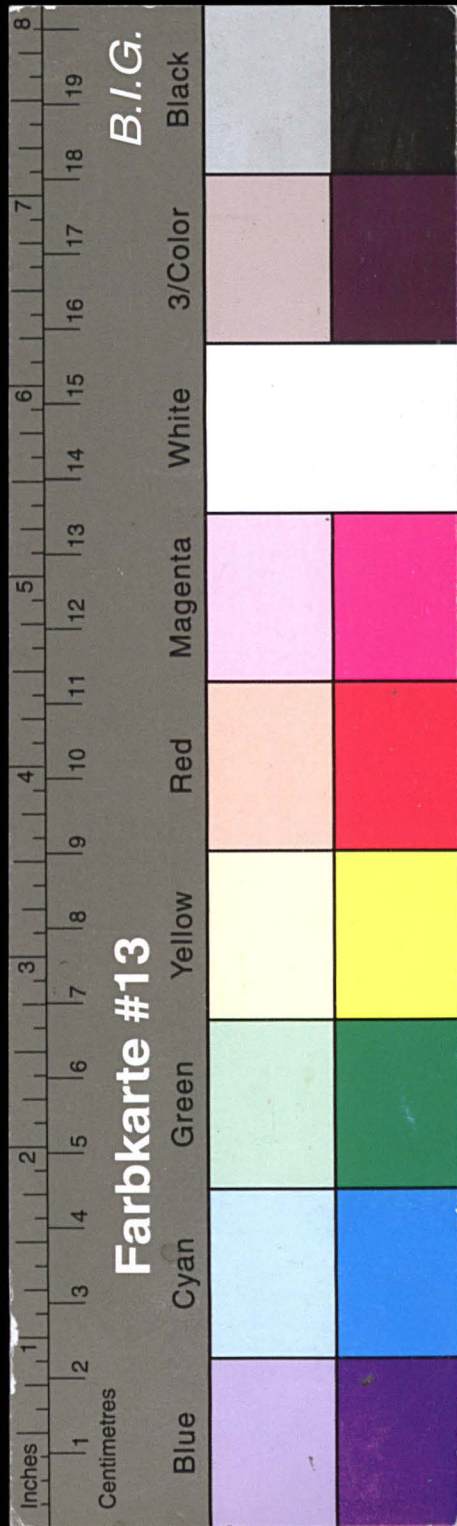
Klaus



Kreisarchiv Stormarn E103

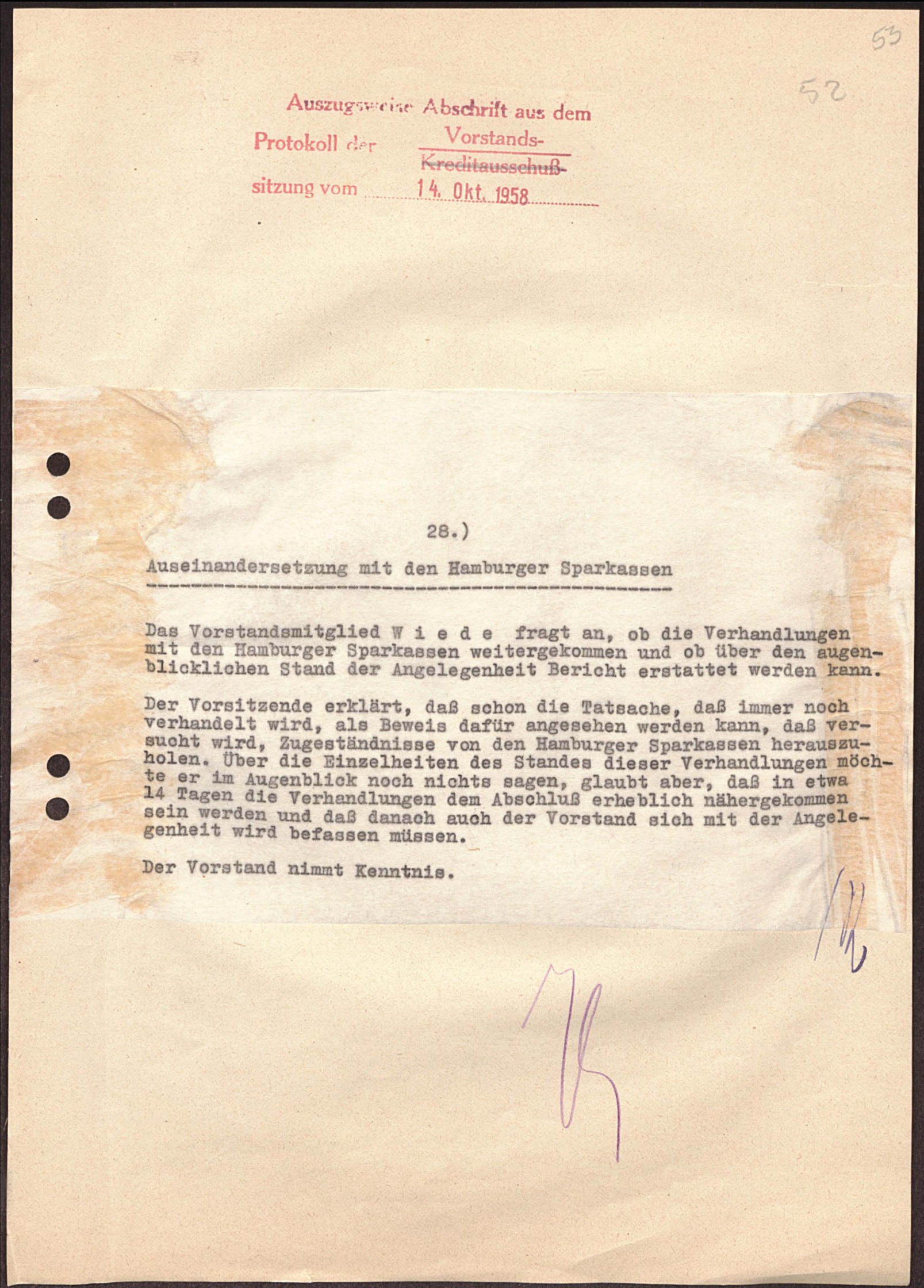
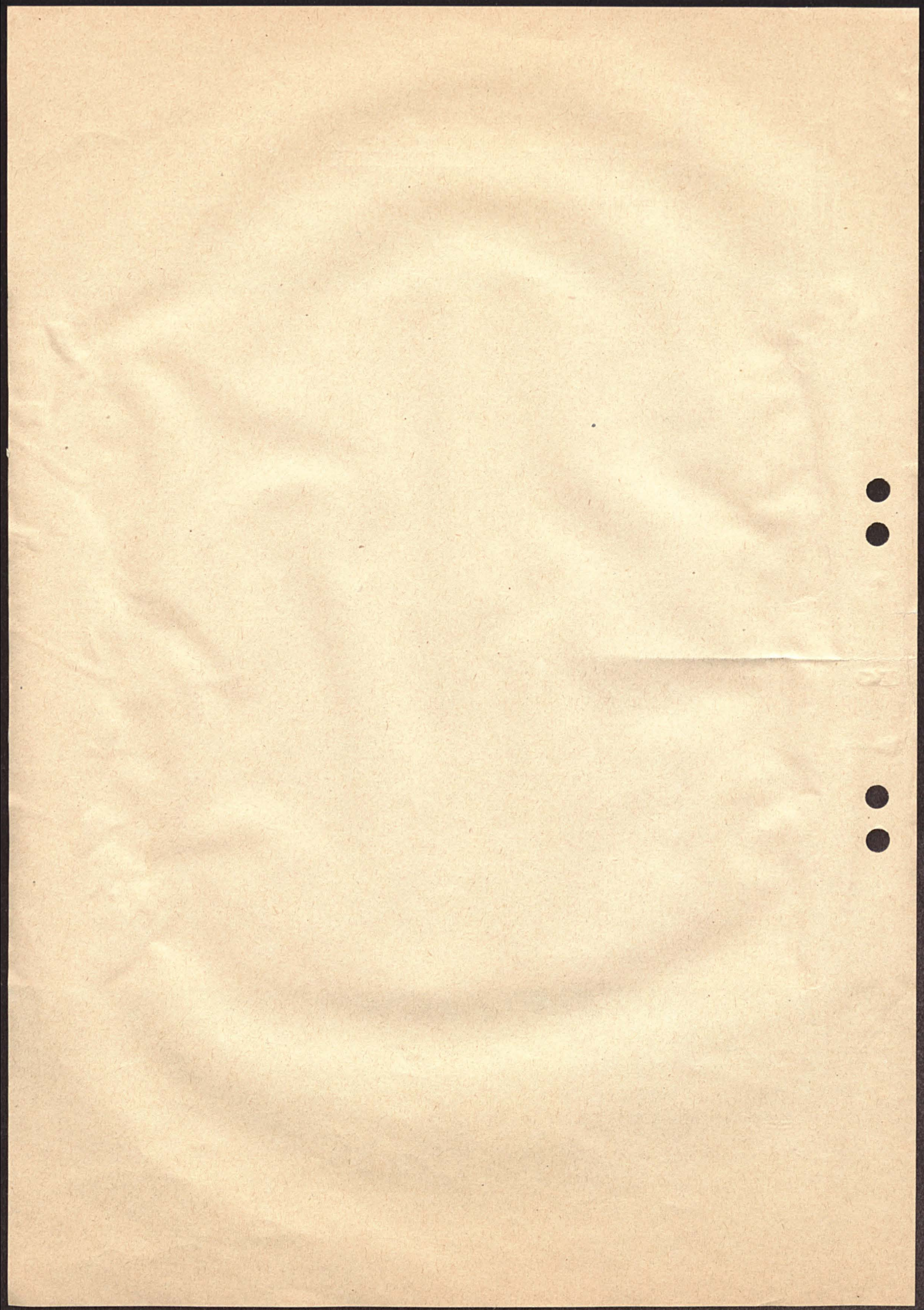
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





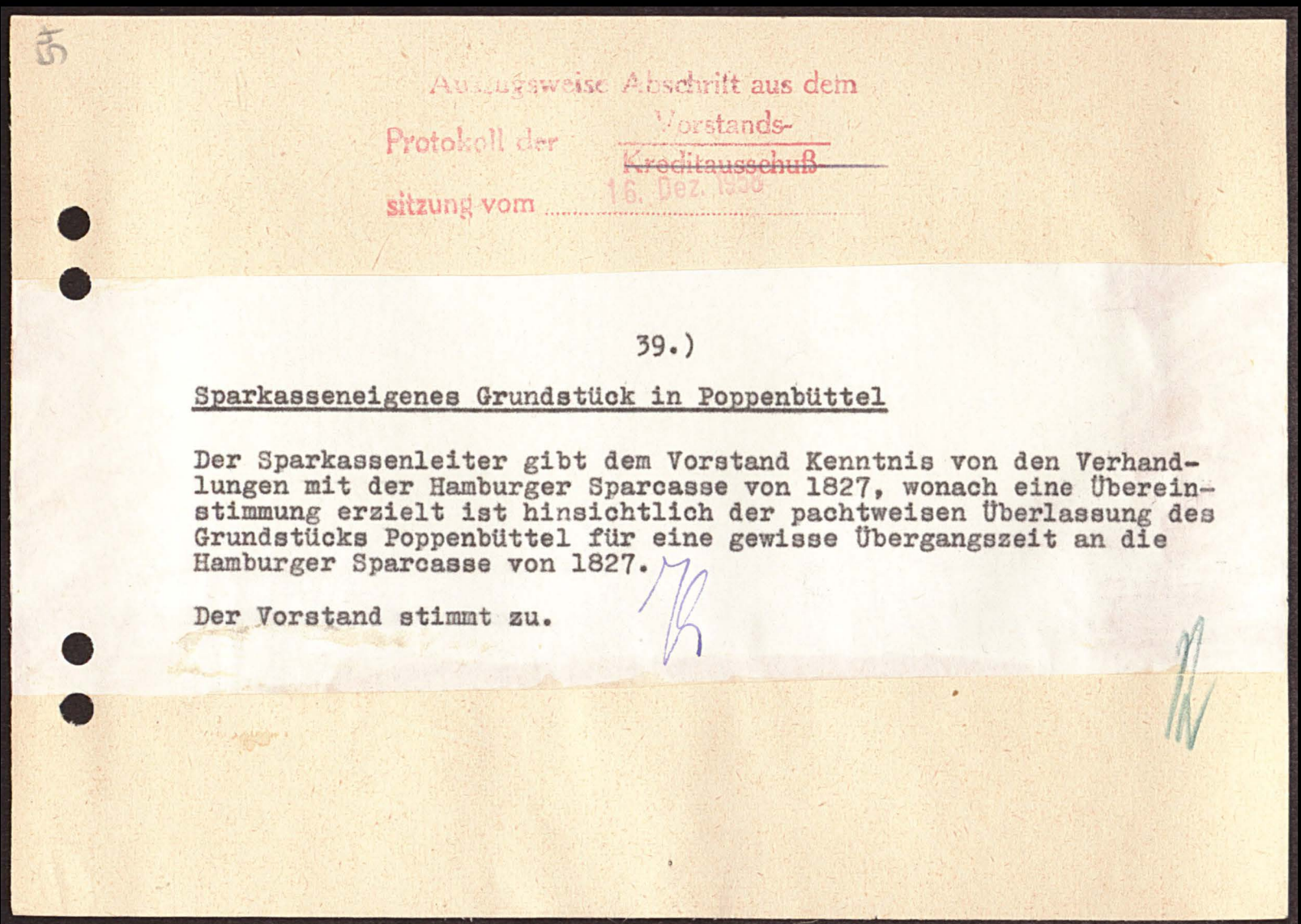
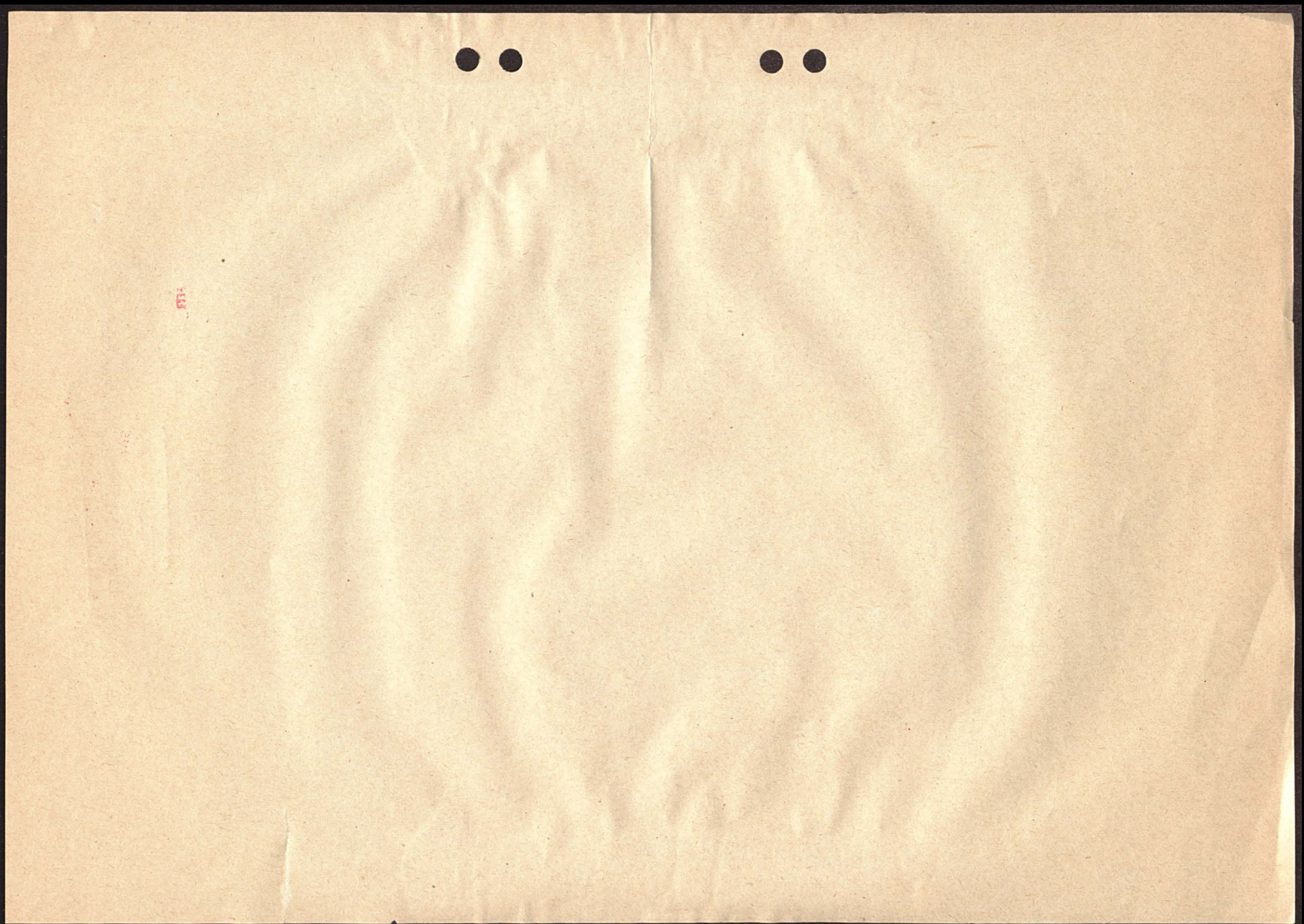
Kreisarchiv Stormarn E103

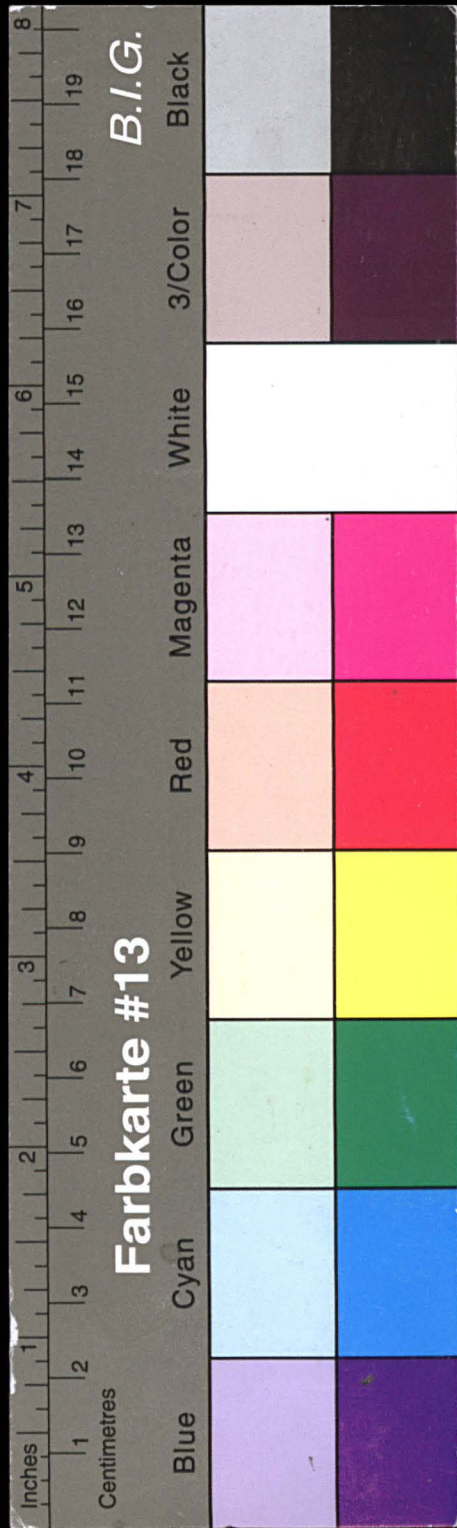
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Kreisarchiv Stormarn E103

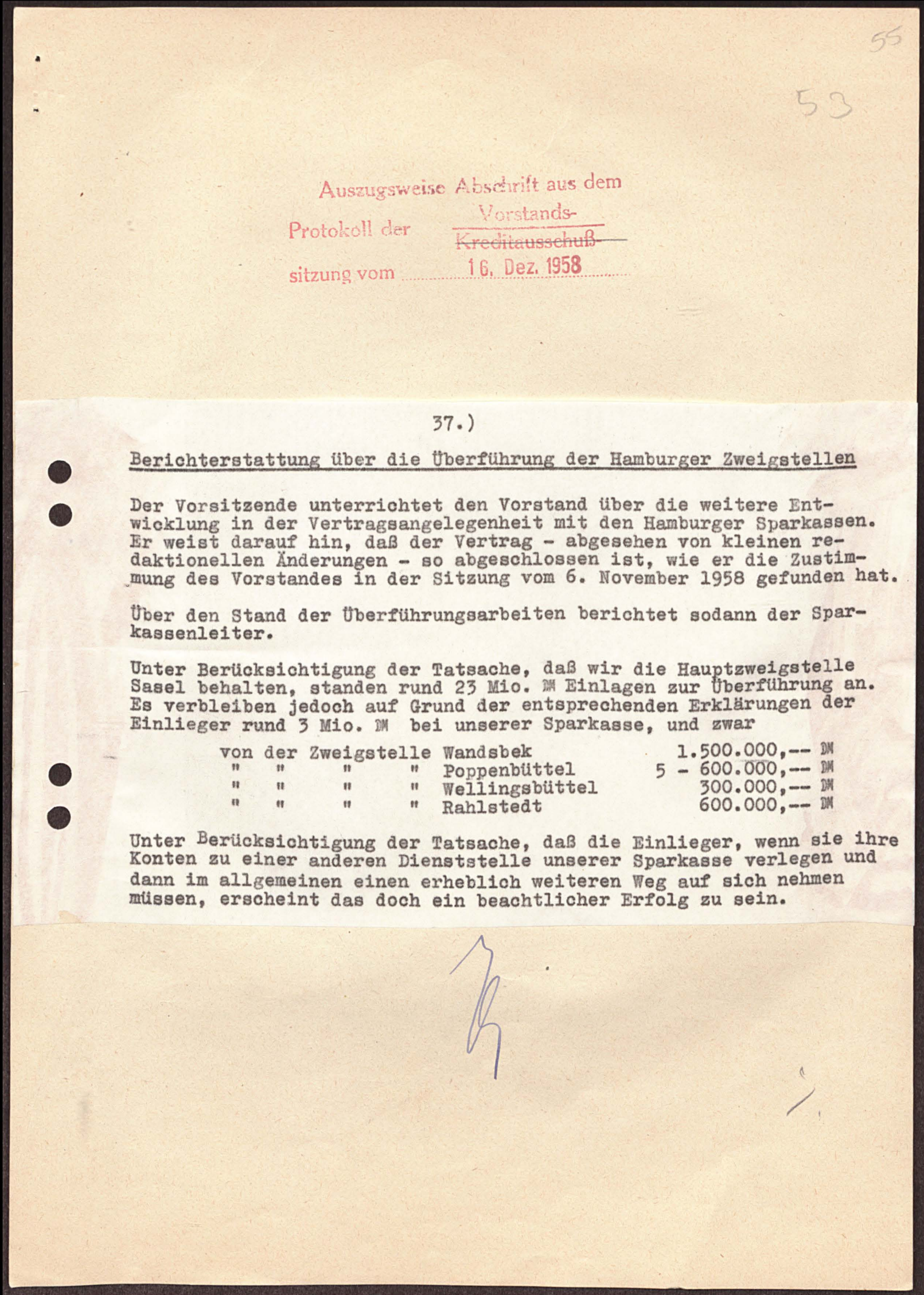
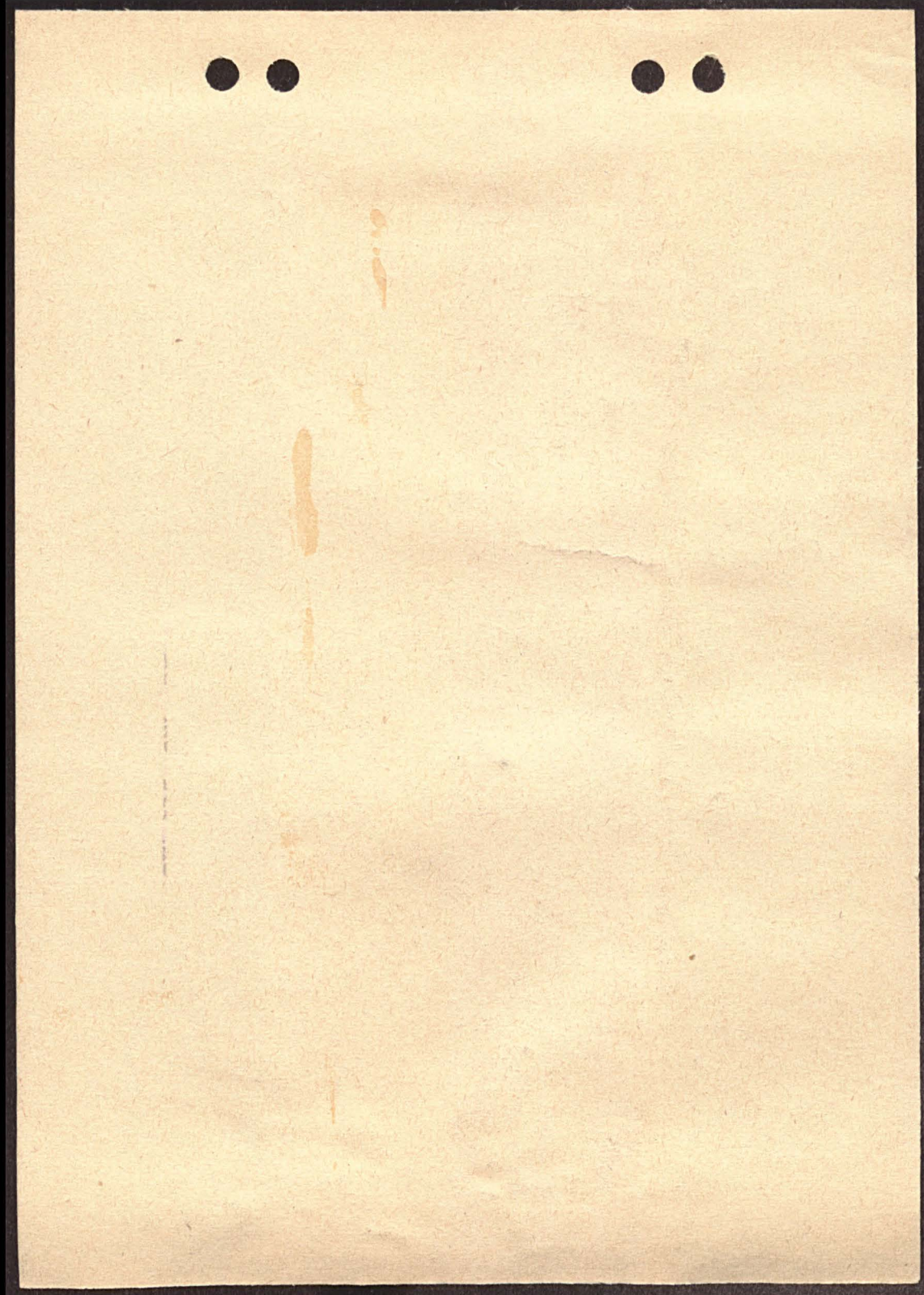
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

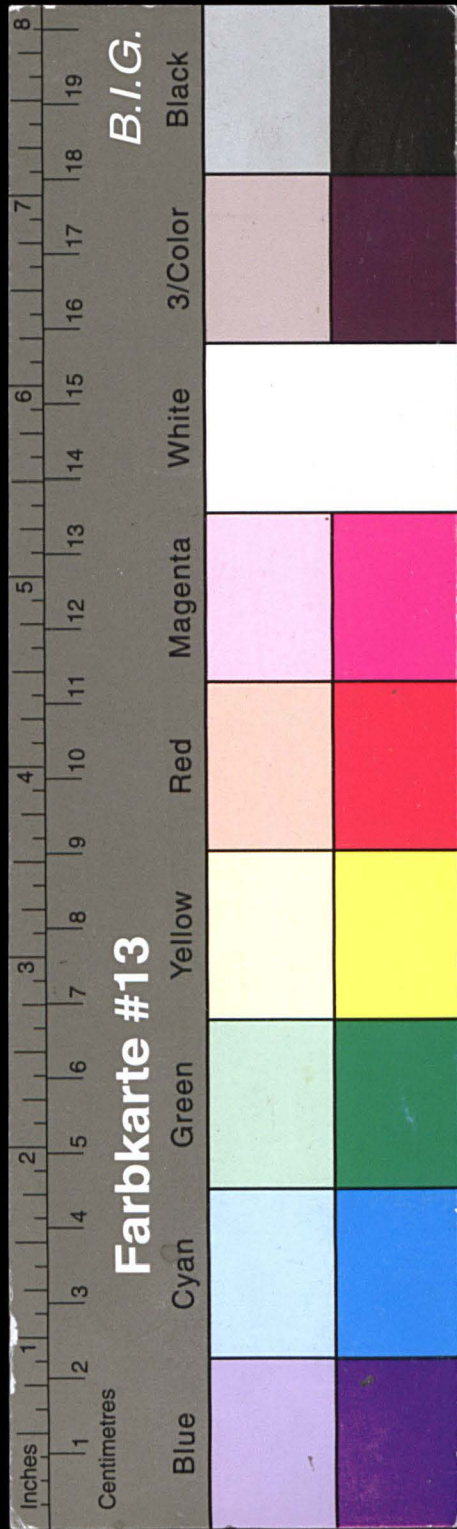




Kreisarchiv Stormarn E103

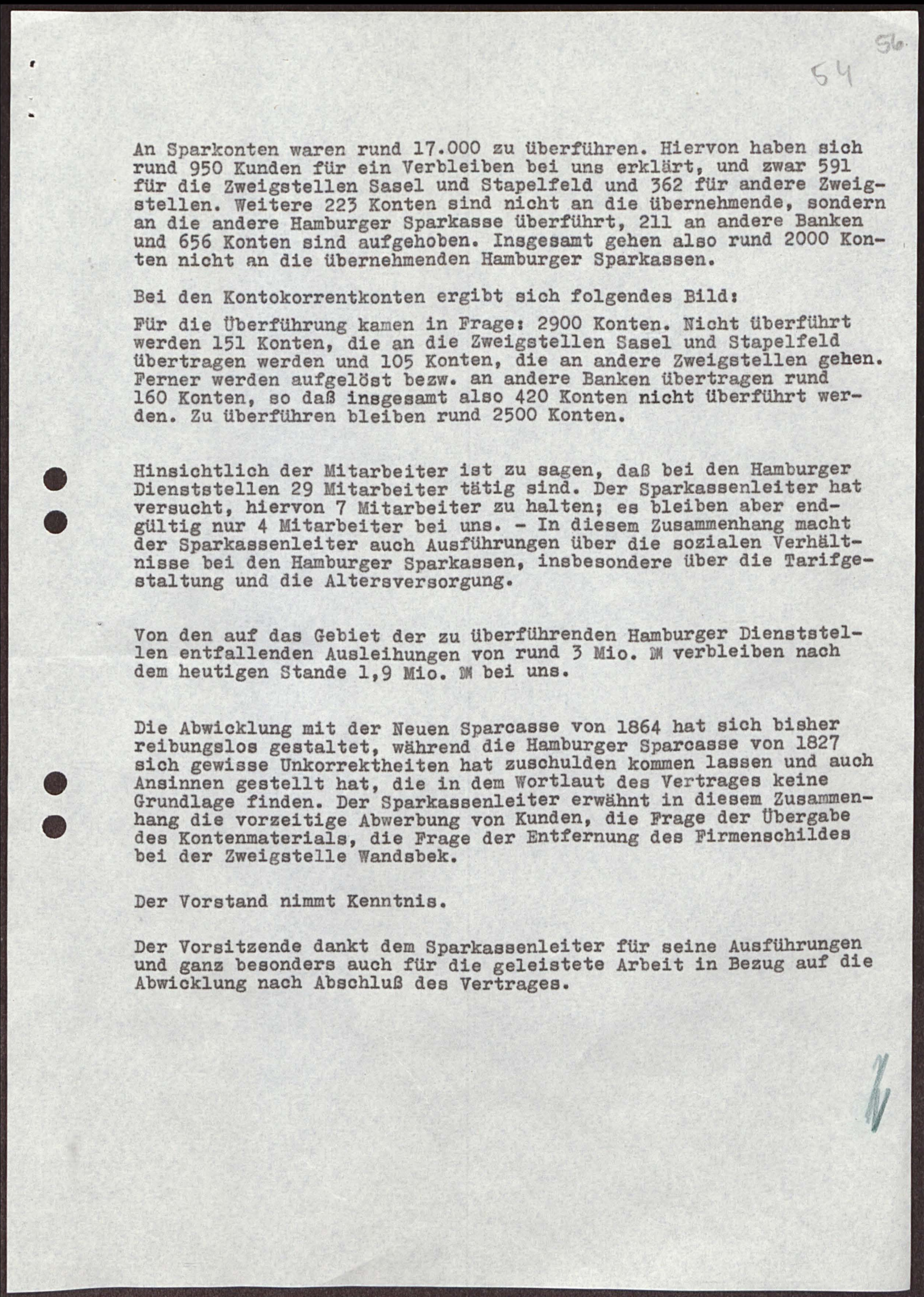
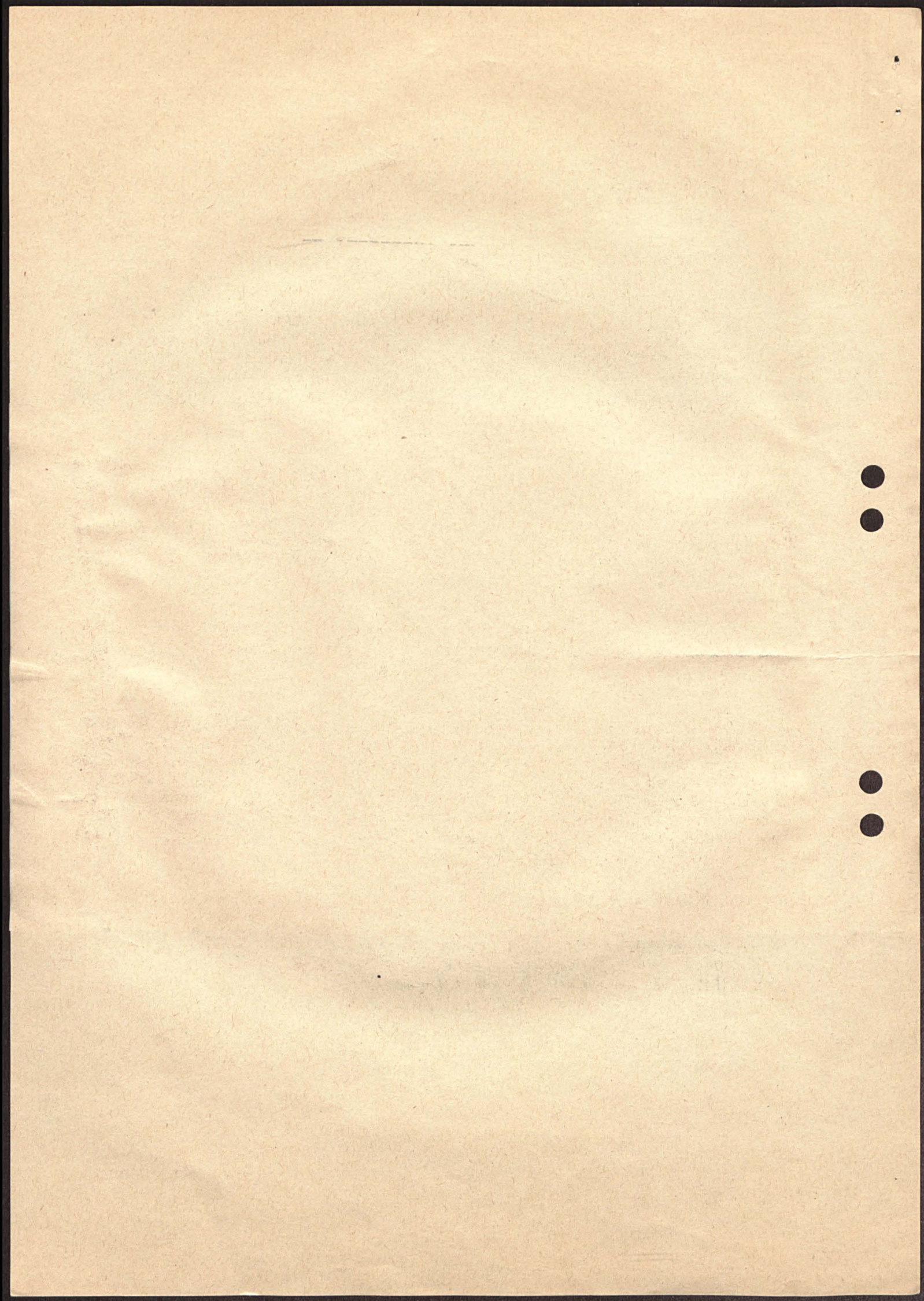
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

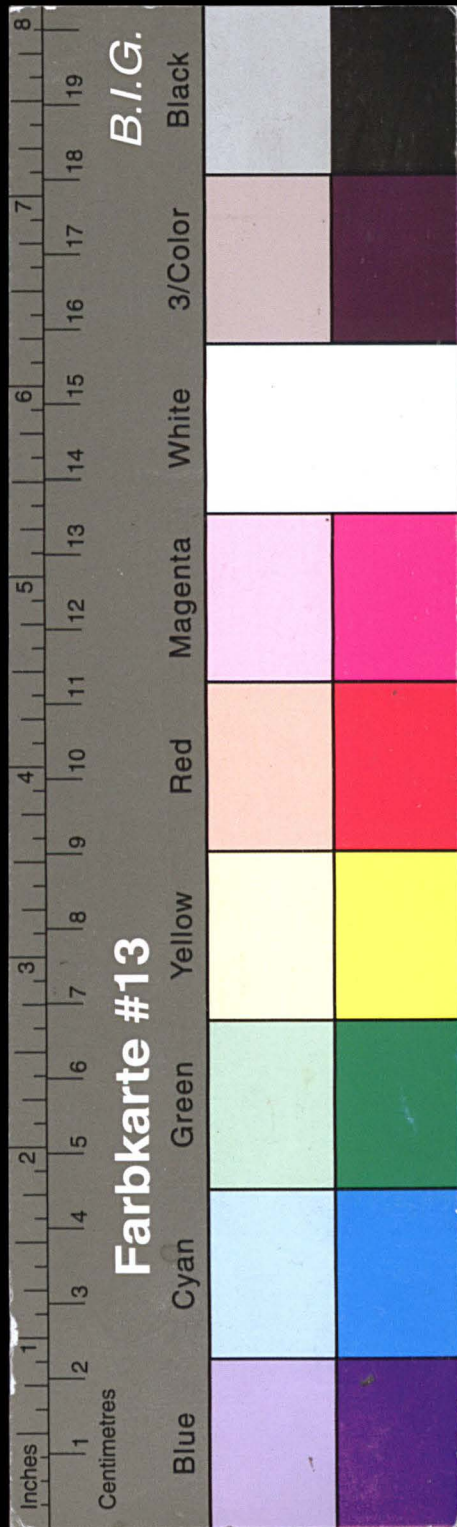




Kreisarchiv Stormarn E103

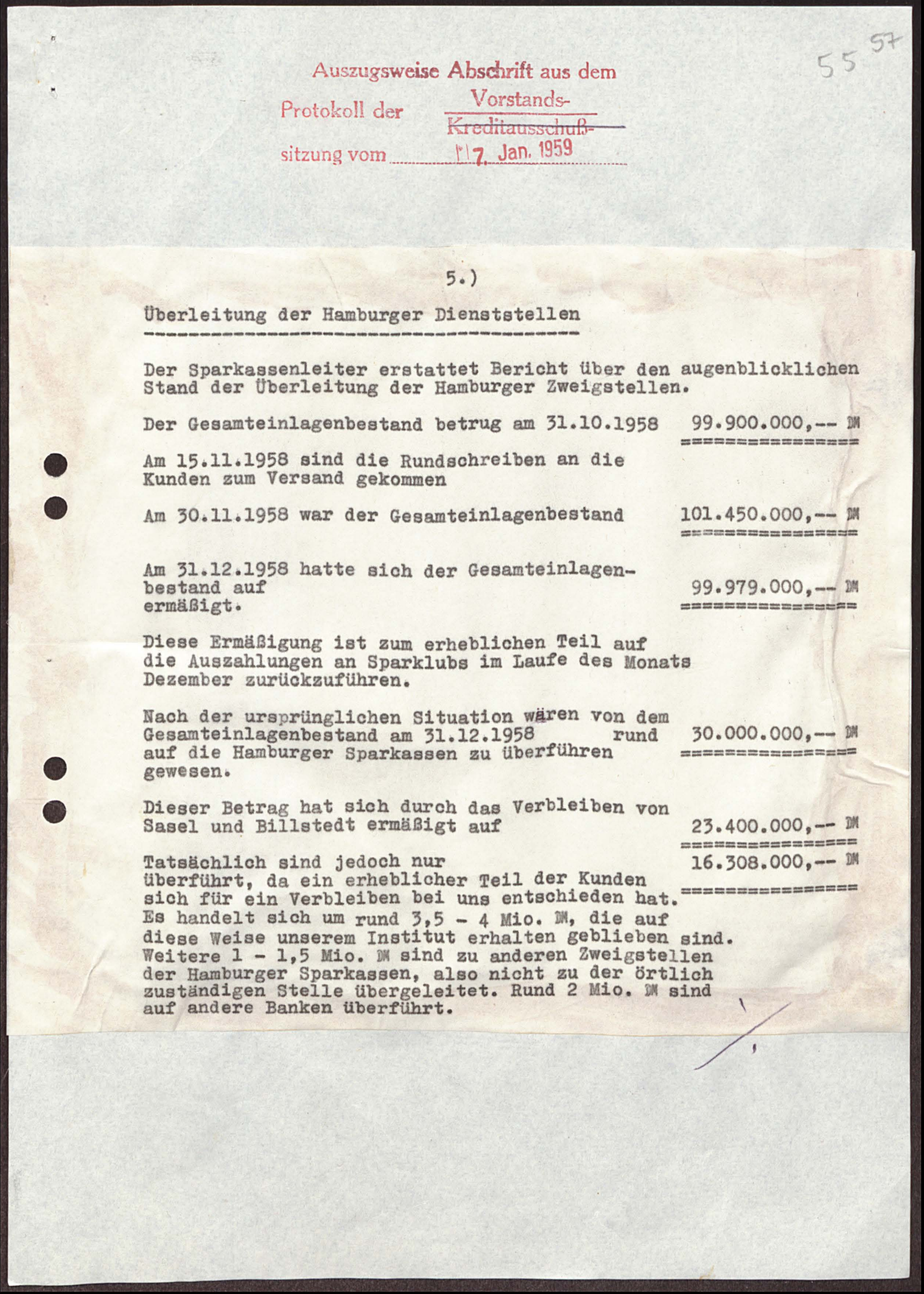
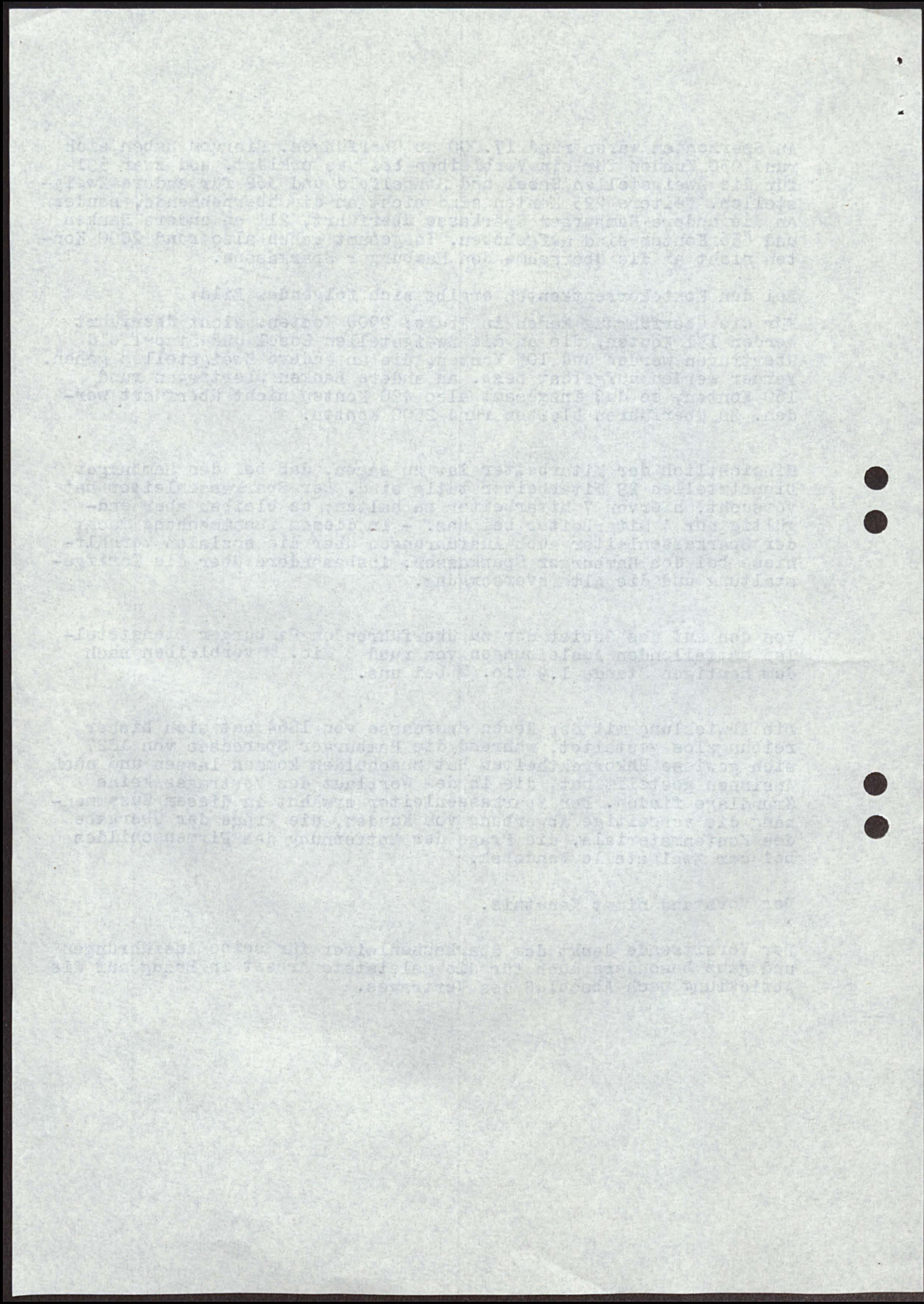
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

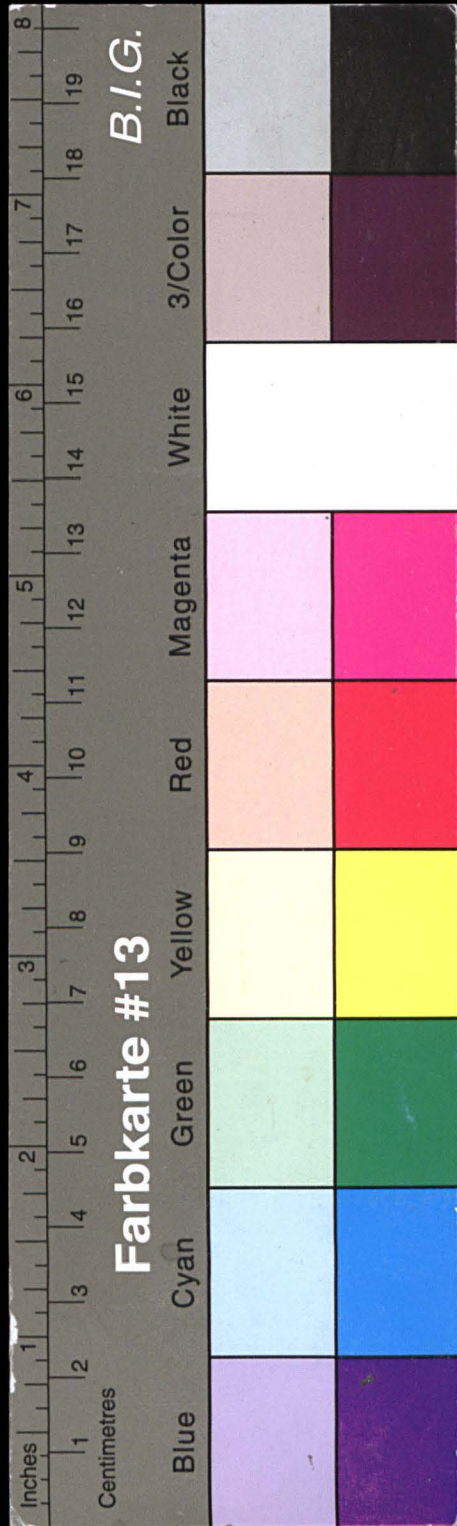




Kreisarchiv Stormarn E103

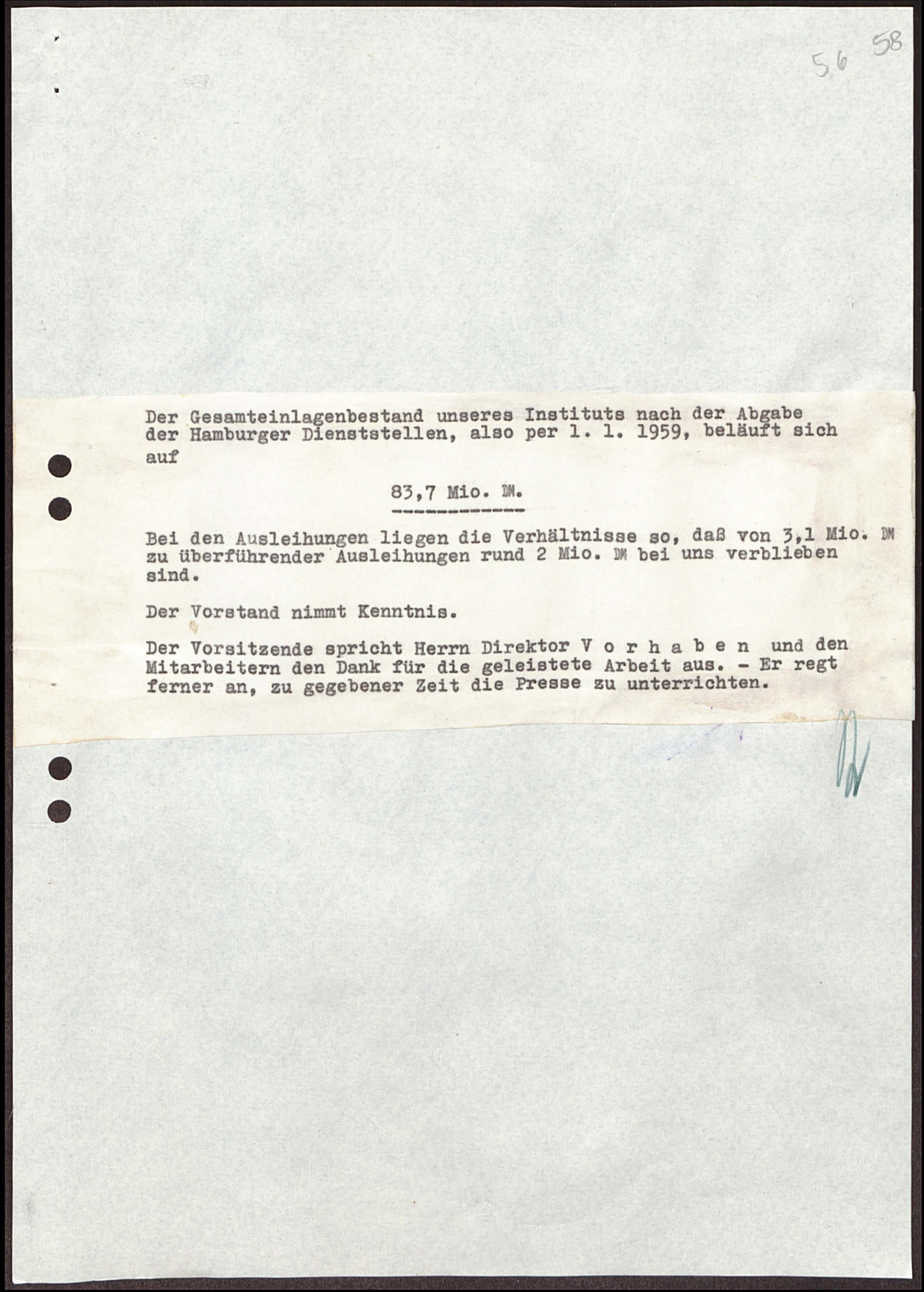
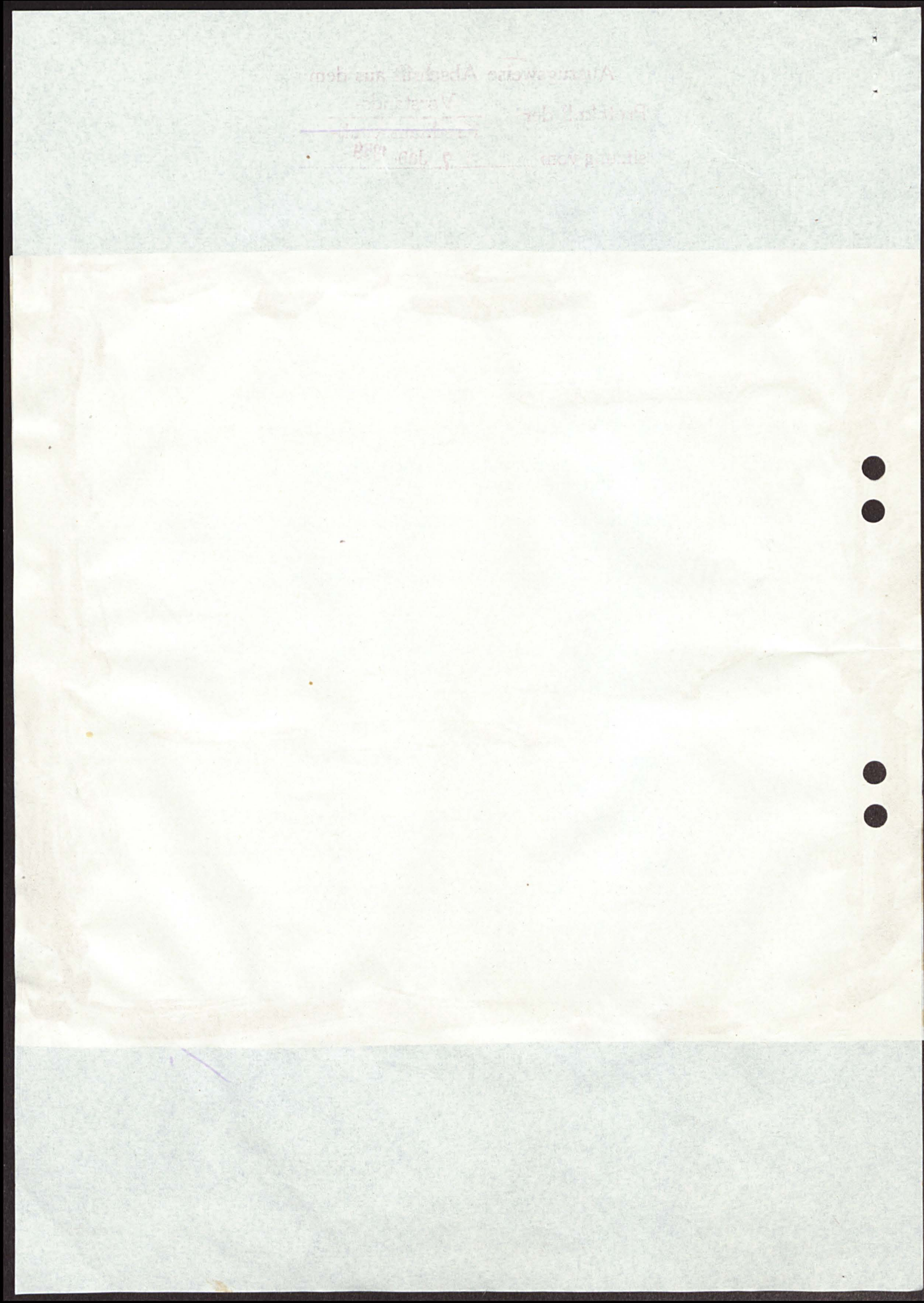
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

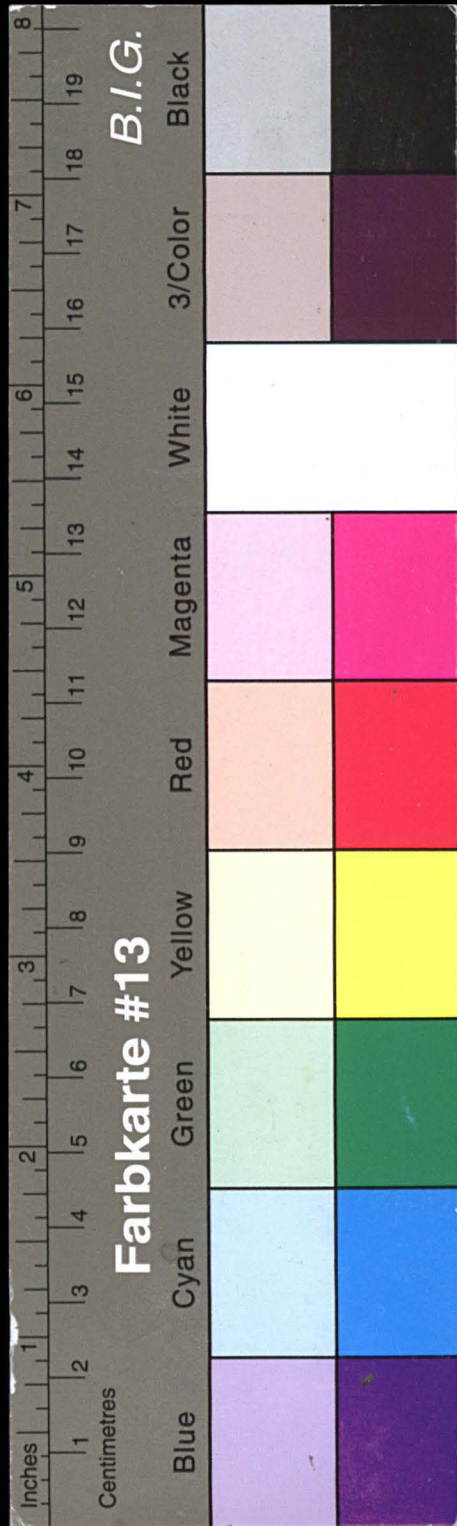




Kreisarchiv Stormarn E103

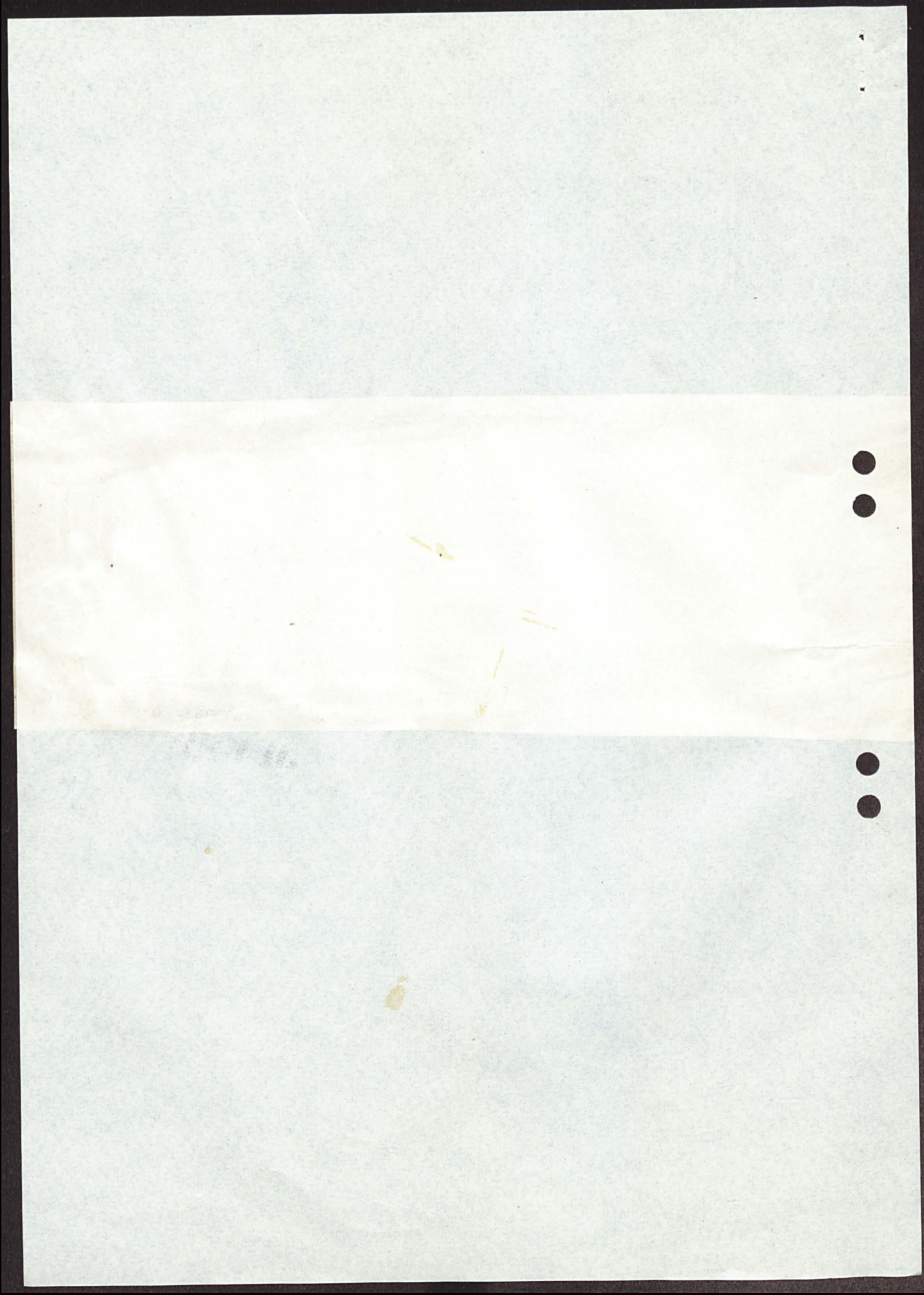
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Auszugsweise Abschrift aus dem
Protokoll der Vorstands-
sitzung vom 5. März 1959

57 59

3.)

Abwicklung der Übergabe der Hamburger Dienststellen

Der Sparkassenleiter gibt dem Vorstand einen abschließenden Bericht über die Überleitung der Hamburger Zweigstellen.

Der zu überführende Einlagenbestand per Ende November 1958 betrug 23,3 Mio. DM

Dieser Bestand hat sich durch Abhebungen bis zum Jahresschluß vermindert um rund 0,7 " DM

so daß am 31. Dezember 1958 22,6 " DM

auf die hamburgischen Sparkassen zu überführen gewesen wären.

In der Zeit vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1958 sind an die hamburgischen Sparkassen vorweg überführt 1,3 Mio. DM

Am 31. Dezember 1958 wurden überführt 16,3 " DM

Insgesamt also 17,6 Mio. DM

Bei der Kreissparkasse Stormarn sind verblieben 4,0 " DM

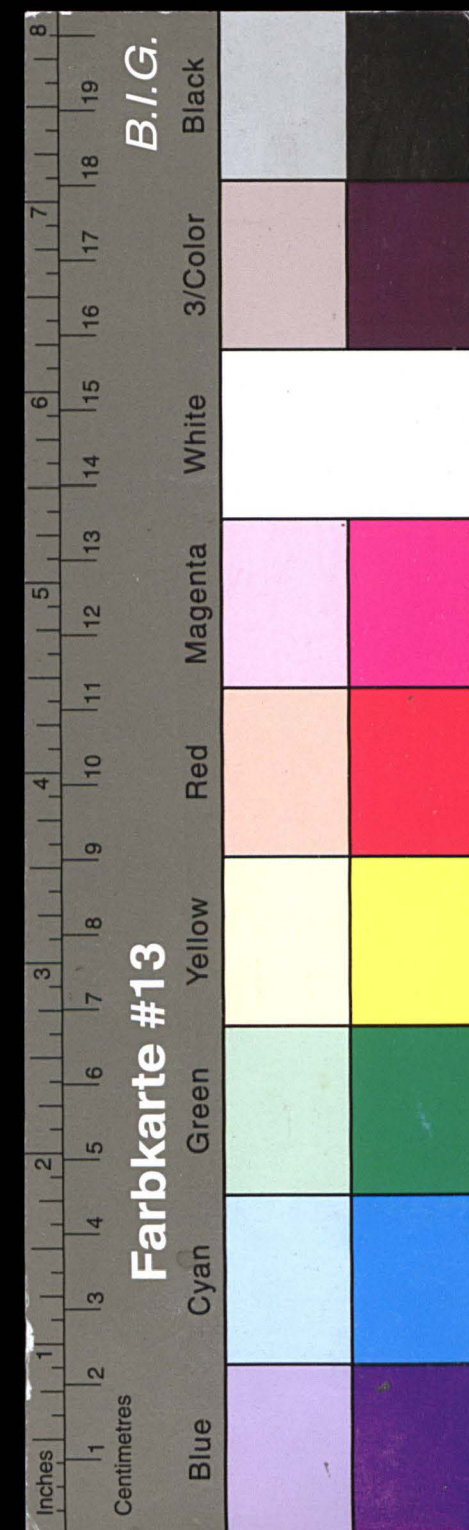
An andere Geldinstitute wurden überwiesen 0,5 " DM

Bar ausgezahlt infolge Kontoauflösung wurden 0,5 " DM

Insgesamt 22,6 Mio. DM

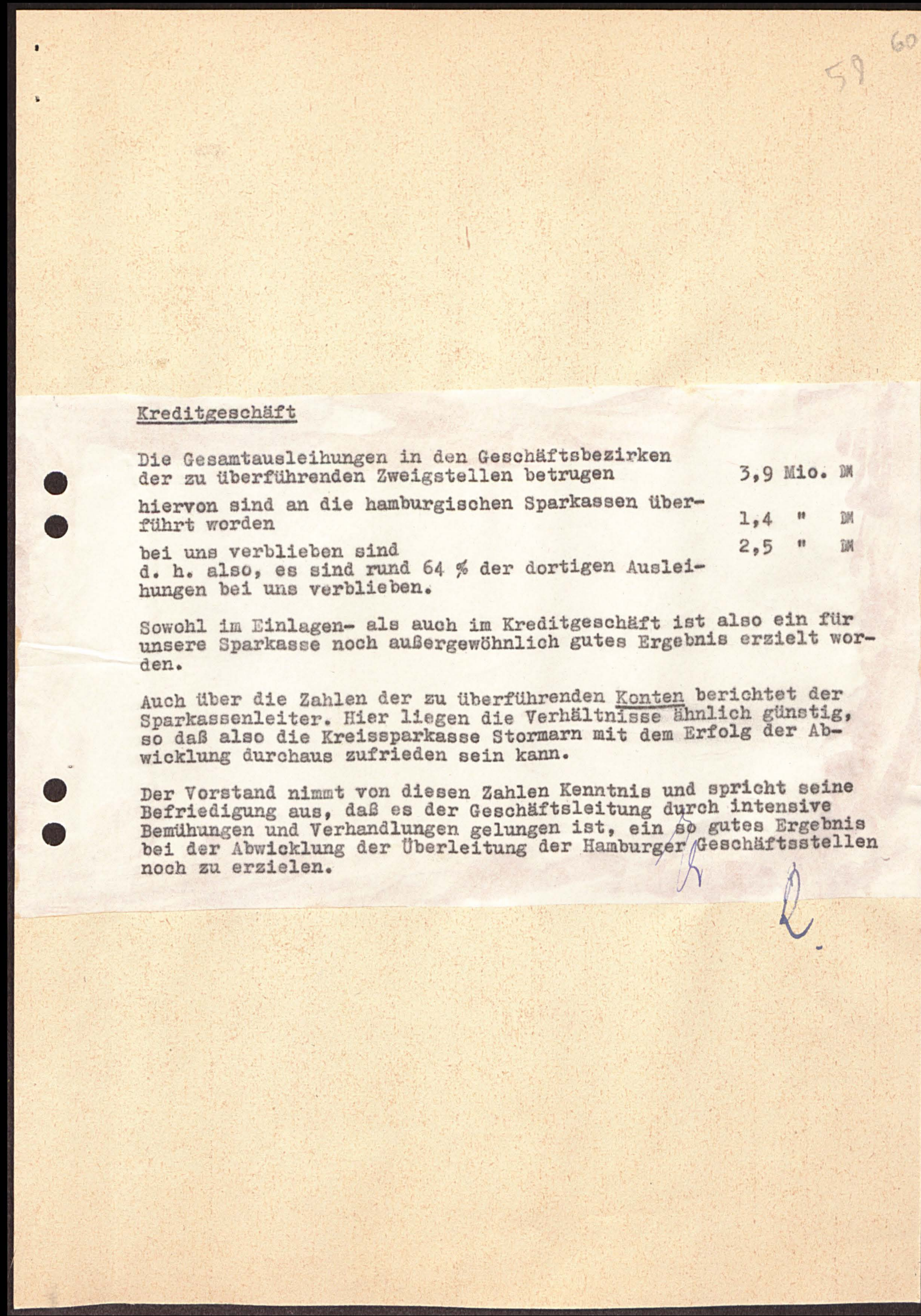
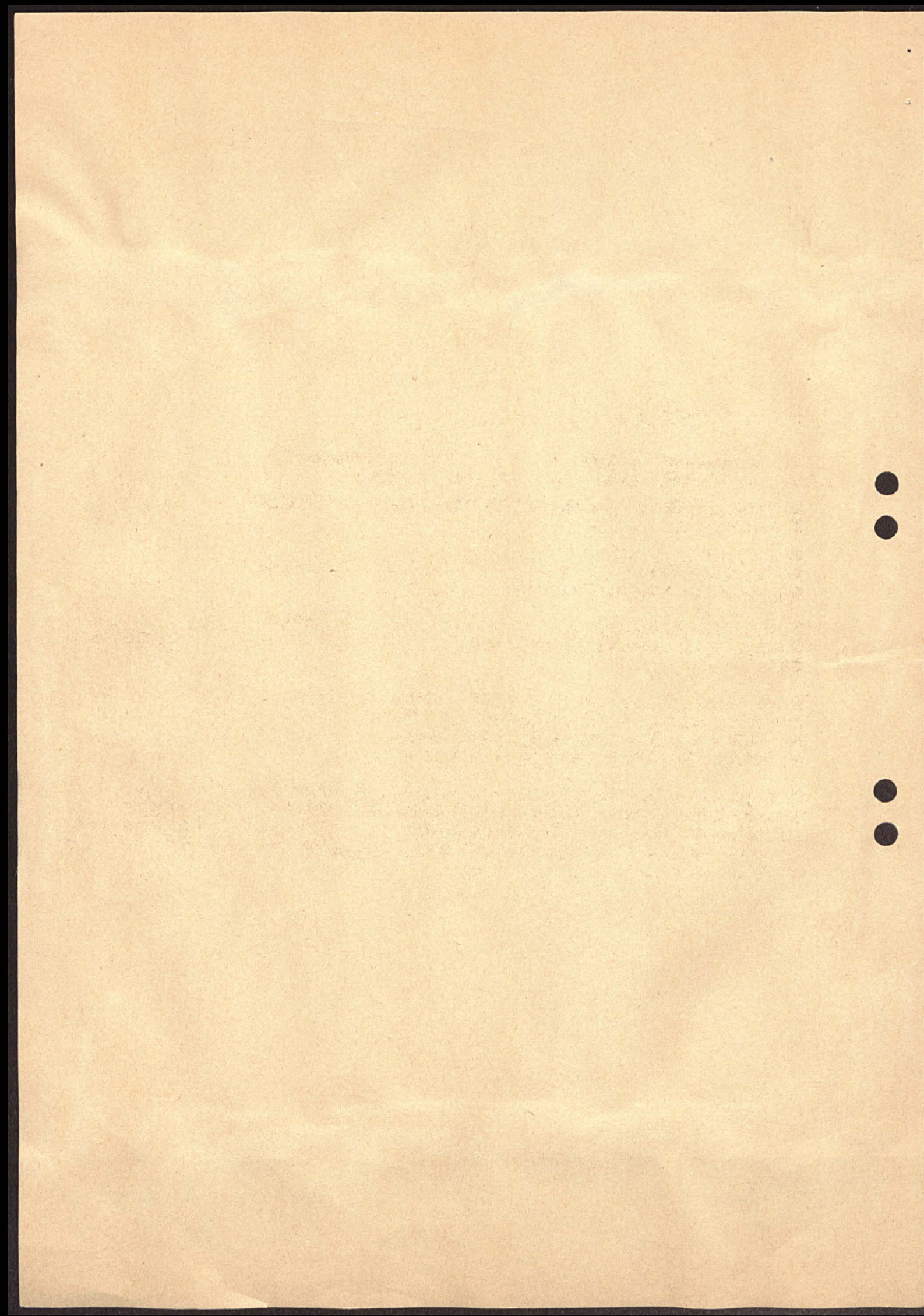
Es ergibt sich also folgendes Gesamtbild über das hamburgische Einlagengeschäft:

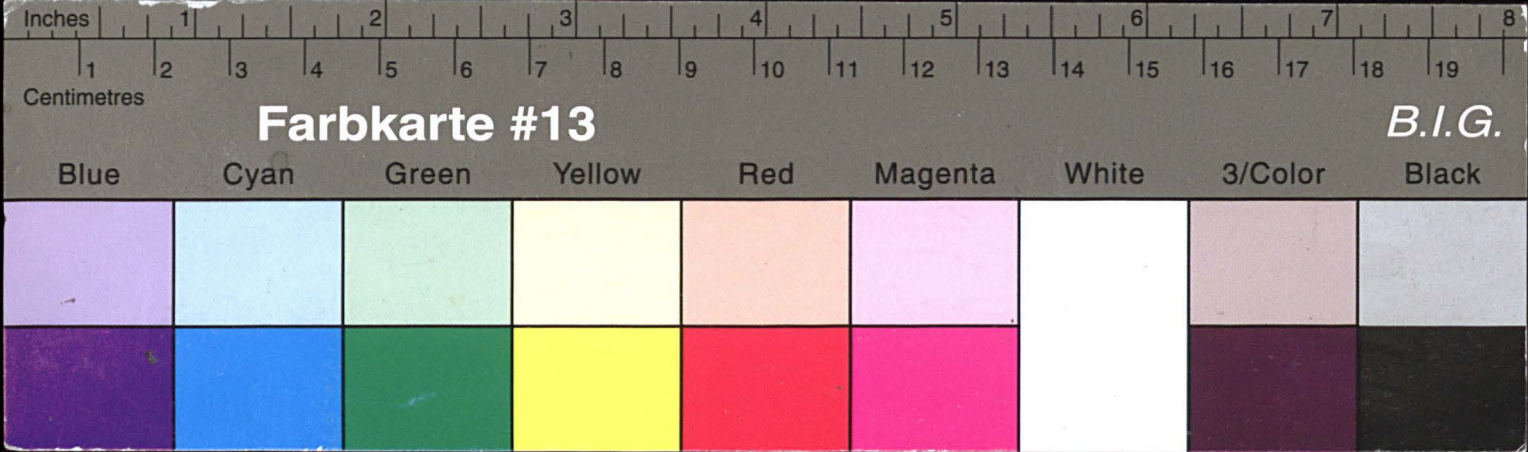
a) Hamburger Sparkassen	17,6 Mio. DM
b) Kreissparkasse Stormarn verblieben	9,0 " DM
(einschl. Bestände Billstedt und Sasel)	
c) andere Geldinstitute	1,0 " DM
	27,6 Mio. DM



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

